



**JUSO
HOCHSCHUL
GRUPPEN**

Erst Recht!

#bkt20

Antragsbuch

**Digitales
Bundeskoordinierungstreffen 2020
am 15. November 2020**

Inhalt

Vorwort des Bundesgeschäftsführers	1
Kontaktadressen	2
Bundesbüro	2
Bundesvorstand	2
Landeskoordinationen	3
Wichtige Informationsmöglichkeiten	6
Verbandsaufbau	7
Organisatorische Informationen	8
Vorschlag zur Tagesordnung	9
Vorschlag zur Geschäftsordnung	10
Antragsbereich A: Arbeitsprogramm	12
A1_20 Für alle Schwierigkeiten nur eine Antwort: Erst Recht! - Das Arbeitsprogramm der Juso-Hochschulgruppen 2020/21	12
Antragsbereich D: Demokratie & Kampf gegen Rechts	19
D1_20 Mehr Professuren für Antisemitismusforschung	19
D2_20 Schluss mit strukturellen Einzelfällen - für eine kritische Aufarbeitung von Polizeigewalt und Racial Profiling	21
D3_20 Kein Platz für Covidioten - Verschwörungsideologen entschieden entgegnetreten! ..	24
D4_20 Wer schützt das Grundgesetz? - Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Verfassungsschutz	27
Antragsbereich E: Europa & Internationales	32
E1_20 Europäische Hochschulen? Nur mit Demokratie!	32
Antragsbereich F: Feminismus & Gleichstellung	34
F1_20 Frauen* und Corona - in der Pandemie zeigen sich manifestierte gesellschaftliche Ungleichheiten	34
F2_20 Eine Sprache, die alle repräsentiert - Genderneutrale Sprache als Leitidee und Ziel ...	42
F3_20 Queer_feminismus in der Praxis etablieren, Empowerment strukturell schaffen und etablieren	44
F4_20 Inklusion ohne Gendersternchen	47
F5_20 Für eine inklusive Sprache – gegen die Formulierung „Frauen*“	48
F6_20 Safe Space auf dem Campus! – Sexismusermelder schaffen.....	50
Antragsbereich G: Gute Arbeit	52
G1_20 What do we want? – Bessere Arbeitsbedingungen an Hochschulen! When do we want it? – Now!.....	52
G2_20 Kaffee kochen, Bücher ausleihen und kopieren - Studentische Beschäftigte können und wollen mehr!.....	57

Antragsbereich I: Inklusion & Antidiskriminierung	61
I1_20 Barrierefreies Gendern bei den Juso-Hochschulgruppen.....	61
Antragsbereich M: Studentischer Wohnraum.....	62
M1_20 Juso-HSG-WG-Börse schaffen. Wohnen mit Linken statt Fechten mit Rechten.....	62
M2_20 Mikro-Appartements und Luxuswohnheime stoppen - Unterstützung für Studierendenwerke statt Gewinnmaximierung mit studentischer Wohnungsnot.....	63
Antragsbereich N: Digitale Gesellschaft	68
N1_20 Mehr Digitalisierung bedeutet nicht, weniger Hochschule - Unsere Hochschulen können Beides!	68
Antragsbereich Q: Gute Lehre, Qualitätsentwicklung & Studienreform.....	74
Q1_20 Wann wird es endlich wieder so, wie es nie war? – Unsere Visionen für die Hochschulen nach der Pandemie	74
Q2_20 Prüfungsausschüsse neu denken	83
Antragsbereich S: Studienfinanzierung.....	86
S1_20 Sozialer Staat auch für Studierende!: Nothilfen im Kontext Corona und Reformen für Stabilität über den Tellerrand der Krise hinaus	86
Antragsbereich U: Umwelt, Verkehrspolitik & Mobilität.....	91
U1_20 Ende der Diskriminierung von nachhaltigen Ernährungsformen – Flächendeckende Bereitstellung von veganen Alternativen in deutschen Mensen	91
U2_20 Klimakrise und Rassismus zusammen denken und zusammen überwinden.....	95
U3_20 Zeit für eine Bestandsaufnahme! – Nachhaltigkeit während der Corona-Krise	97
Antragsbereich V: Verfasste Studierendenschaft & Demokratische Hochschule	100
V1_20 Solidarisch mit bayrischen Studierendenvertretungen!.....	100
V2_20 Digitale Demokratie an der Hochschule?	102
Antragsbereich W: Kritische Wissenschaft & Forschungspolitik	105
W1_20 Die Verantwortung der Wissenschaft in der Digitalisierung.....	105
Antragsbereich WK: Wahlkampf	112
WK1_20 Mit Schwung in die Roten Zwanziger! Die Juso-Hochschulgruppen im Bundestagswahlkampf 2021.....	112
Antragsbereich X: Sonstiges	119
X1_20 Make The Rich Pay For COVID-19: Vermögensabgabe zur Finanzierung der staatlichen Mehrausgaben infolge der Corona-Pandemie durchführen.....	119
X2_20 Resolution: Gegen jeden Antisemitismus! – Den Pro-BDS-Beschluss von Die Linke.SDS verurteilen	122
X3_20 Campus statt Christus! - Endlich laizistisch handeln	125
X4_20 Keine Umerziehung durch Arbeit – Untersagung der Zwangsarbeit in Kooperation mit der KPC	128
Protokoll des Bundeskoordinierungstreffen 2019/2 vom 15.-17. November 2019 in Berlin ..	129

Vorwort des Bundesgeschäftsführers

Liebe Juso-Hochschulgruppen,

liebe Genoss*innen,

in diesem Antragsbuch erhaltet Ihr alle wichtigen Informationen, sowie die Tagungsunterlagen zu unserem kommenden digitalen Bundeskoordinierungstreffen (BKT) am 15. November 2020 in Berlin.

Ganz besonders freue ich mich darauf, dass das Bundeskoordinierungstreffen über das kommende Arbeitsjahr diskutieren wird. Gemeinsam wollen wir uns ein Arbeitsprogramm geben mit dem wir unseren Verband im kommenden Jahr erfolgreich gemeinsam gestalten und uns weiterhin als stärkster Studierendenverband zeigen können.

Unsere Debatte über den anstehenden Wahlkampf zur Bundestagswahl 2021 wird besonders im Fokus stehen, der das kommende Jahr prägen wird. Unsere Vorstellungen für eine progressive sozialdemokratische Wissenschaftspolitik und für den Wahlkampf werden wir mit unserem Parteivorsitzenden Norbert-Walter Borjans diskutieren.

Auch unser BKT steht unter dem Eindruck der Corona-Pandemie. Leider mussten wir uns entscheiden unser BKT in Präsenz abzusagen. Stattdessen wollen wir nun einen Tag digital gemeinsam diskutieren.

Auch in den Anträgen sehen wir, dass die Pandemie einen großen Bruch in der Hochschulpolitik erzeugt hat. Alte Probleme wurden noch deutlicher und neue traten hervor. In vielen Anträgen werden wir diskutieren, was die Pandemie für uns bedeutet und wie wir politisch umgehen möchten.

Dem Antragsbuch ist wie immer ein breites Themenspektrum zu entnehmen, das aktuelle Diskussionen widerspiegelt und diese insbesondere, aber nicht nur, auf den Bereich der Bildungs- und Hochschulpolitik zurückbezieht. Gute Lehre, Feminismus und Gleichstellung – hierüber und über viele weitere spannende Themengebiete wollen wir auf dem kommenden BKT gemeinsam diskutieren.

Wenn Ihr bereits im Vorfeld des BKTs Fragen habt, könnt Ihr Euch gerne jederzeit an den Bundesvorstand oder an mich wenden.

Ich freue mich auf spannende Debatten bei unserem Bundeskoordinierungstreffen in Berlin!

Mit sozialistischen Grüßen



Max Meisenheimer | Bundesgeschäftsführer

Kontaktadressen

Bundesbüro

Max Meisenheimer

Bundesgeschäftsführer der Juso-Hochschulgruppen

SPD-Parteivorstand

Willy-Brandt-Haus

Wilhelmstraße 141

10963 Berlin

Telefon: 030 / 25991-285

Fax: 030 / 25991-415

max.meisenheimer@spd.de

Bundesvorstand

Johanna	Dangloff	0160 / 96461533	johanna.dangloff@jusohochschulgruppen.de
Laura	Loew	0157 / 56474476	laura.loew@jusohochschulgruppen.de
Jule	Miklis	0176 / 32237367	jule.miklis@jusohochschulgruppen.de
Oliver	Nerger	0174 / 7649726	oliver.nerger@jusohochschulgruppen.de
Charlotte	Sonneborn	0151 / 12434345	charlotte.sonneborn@jusohochschulgruppen.de
Lukas	Thum	0152 / 03484937	lukas.thum@jusohochschulgruppen.de
Benjamin	Weiss	0151 / 70130584	benjamin.weiss@jusohochschulgruppen.de

Kontaktadressen

Landeskoordinationen

Baden-Württemberg

Sophia Hamm	0178 / 8062602	lko-bawue@jusohochschulgruppen.de
Kai-Uwe Herrenkind	0170 / 2025761	
Adrian Keller	0172 / 8436889	
Simone Münch	0151 / 10724167	

Bayern

Lea Karamizadeh		lko-bayern@jusohochschulgruppen.de
Kevin Martin	0176 / 82586181	
Kim Seibert		

Berlin

Lu Maywald	0176 / 57602968	lko-berlin@jusohochschulgruppen.de
Valerie Seulberger	0176 / 87774437	

Brandenburg

Lina-Sophie Horn	0151 / 51911125	lko-brandenburg@jusohochschulgruppen.de
Linus Stampehl	0178 / 1459568	

Bremen

Tom-Eric Grieme	0163 / 5103944	lko-bremen@jusohochschulgruppen.de
-----------------	----------------	--

Hessen

Isabel Hildebrand	0176 / 23163714	lko-hessen@jusohochschulgruppen.de
Moritz Stockmar	0172 / 4782112	

Mecklenburg-Vorpommern

Hannes Christen	0174 / 4271892	lko-mv@jusohochschulgruppen.de
Felix Willer (kooptiert)	0171 / 9082603	

Niedersachsen

Leonie Bode	0157 / 88180694	lko-nds@jusohochschulgruppen.de
Sofia Dräger	0151 / 59477313	
Furkan Zencirkiran	0152 / 37288732	

Nordrhein-Westfalen

Aselya Dilbas	0157 / 35135502	lko-nrw@jusohochschulgruppen.de
ErenCem Göktas	0171 / 5875177	
Nina Schaft	0170 / 7093892	

Rheinland-Pfalz

Fabian Kösters	0159 / 04346444	lko-rlp@jusohochschulgruppen.de
Simone Mangold	0157 / 86570335	

Saarland

Gideon Geier	0176 / 43994364	lko-saar@jusohochschulgruppen.de
--------------	-----------------	----------------------------------

Sachsen

Julius Reim	0176 / 54408458	lko-sachsen@jusohochschulgruppen.de
-------------	-----------------	-------------------------------------

Sachsen-Anhalt

Tobias Bäustmann	0152 / 25879073	lko-lsa@jusohochschulgruppen.de
------------------	-----------------	---------------------------------

Schleswig-Holstein

Marven Kruse	0162 / 7527029	lko-sh@jusohochschulgruppen.de
Johanna Falkson (kooptiert)	0176 / 72419513	

Thüringen

Annabelle Neis	0151 / 65443444	lko-th@jusohochschulgruppen.de
Anna Vogel	0160 / 1449907	

Wichtige Informationsmöglichkeiten

Post- und E-Mail-Verteiler für Hochschulgruppen

Im Bundesbüro müssen für den Postverteiler eine, am besten zwei, Postadressen für die Versendung von Einladungen und Rundbriefen hinterlegt sein. Es empfiehlt sich, ggfs. auch eine Postadresse für größere Sendungen (z.B. AStA oder SPD-Geschäftsstelle) anzugeben.

Um alle Hochschulgruppen schnell erreichen zu können, wird auch ein Verteiler mit E-Mail-Adressen der Gruppen gepflegt. Die Kontaktdaten und Adressen müssen jeweils unbedingt aktuell sein.

E-Mail-Verteiler HSG-intern

Unser E-Mail-Verteiler „hsg-intern“ dient dem Austausch zwischen aktiven Juso-Hochschulgrüpler*innen. Der Verteiler wird über das Bundesbüro verwaltet.

Weitere wichtige Informationsmöglichkeiten sind

- [Unsere Homepage](#)
- [Unsere facebook-Seite](#)
- [Unser twitter-Profil](#)
- [Unser Instagram-Profil](#)

Mehr Informationen findet Ihr auch in unserem Roten Faden für Juso-Hochschulgruppen, der [hier](#) abrufbar ist.

Verbandsaufbau

Wie funktioniert der Bundesverband der Juso-Hochschulgruppen?

Bundesvorstand (BuVo)

- Fünf bis neun Mitglieder (quotiert)
- weitere Kooptierungen sind möglich
- verantwortlich für Veranstaltungen
- vertritt die Juso-HSGn innerhalb der Jusos, der SPD und gegenüber der Öffentlichkeit

wählt für ein Jahr den Bundesvorstand

Bundesgeschäftsleitung (BGL)

- Koordination der Arbeit des Bundesverbandes
- Organisation der bundesweiten Projekte und Veranstaltungen
- Verwaltung der Finanzen
- Erledigung der laufenden Geschäfte

wählt für zwei Jahre die Bundesgeschäftsleitung

Bundskoordinierungstreffen (BKT)

- ist das *höchste* beschlussfassende Gremium der Juso-Hochschulgruppen
- tagt einmal im Jahr
- koordiniert die inhaltliche Arbeit
- jede Hochschulgruppe entsendet bis zu zwei Delegierte (quotiert) **Bitte beachtet hierbei jedoch die Empfehlung des Bundesvorstands und der Landeskoordinationen dieses Jahr nur eine*n Delegierte*n pro Juso-Hochschulgruppe zu entsenden.**
- jede Hochschulgruppe hat eine Stimme

Juso-HSG

Juso-HSG

Juso-HSG

Juso-HSG

Organisatorische Informationen

Zeitraum	Beginn: 15. November 2020 um 9:00 Uhr Ende: 15. November 2020 um 18:00 Uhr
Tagungsort	Digital, via WebEx Die Zugänge zu WebEx und zur Plattform für Abstimmungen werden nach Anmeldeschluss versendet.
Delegierte, LKOn & Gäste	Jede Hochschulgruppe kann eine geschlechterquotierte Delegation aus maximal zwei Personen zum BKT entsenden. Dabei hat jede Gruppe eine Stimme auf dem BKT. Es können sich bis zu zwei Mitglieder einer jeden Landeskoordination anmelden. Gäste, die Mitglieder SPD und/oder der Juso-Hochschulgruppen sind, können sich auch zum BKT anmelden.
Anmeldung	unter www.jusohochschulgruppen.de Anmeldeschluss: 28. Oktober 2020
Rückfragen	Bundesgeschäftsführer Max Meisenheimer E-Mail: max.meisenheimer@spd.de Telefon: 030 / 25991285

Vorschlag zur Tagesordnung

Sonntag, 15.11.2020

8:30		Digitaler BKT-Raum wird geöffnet
9:00	TOP 1	Begrüßung & Formalia
	TOP 2	Antragsberatung
	TOP 3	Grußwort Norbert Walter-Borjans, Vorsitzender der SPD
	TOP 4	Politischer Bericht des Bundesvorstands Fortsetzung der Antragsberatung
12:30		Mittagessen
13:30		Fortsetzung der Antragsberatung
	TOP 5	Bestätigung des Beirats Fortsetzung der Antragsberatung
	TOP 6	Schlusswort
18:00		Sitzungsende

Vorschlag zur Geschäftsordnung

1. Eröffnung

- (1) Die*der Bundesgeschäftsführer*in eröffnet das Bundeskoordinierungstreffen (BKT) und erteilt die Stimmberechtigungen.
- (2) Das BKT wählt als Versammlungsleitung ein drei- bis fünfköpfiges quotiertes Präsidium, welches den ordnungsgemäßen und konstruktiven BKT-Verlauf sicherstellt. Das Präsidium kann durch konstruktives Misstrauensvotum mit Zwei-Drittel-Mehrheit jederzeit abgelöst werden.

2. Stimmberechtigte, Beschlussfähigkeit, Beratungsschluss

- (1) Jede Juso-Hochschulgruppe hat eine Stimme.
- (2) Das BKT ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Wochen vor dem BKT-Termin schriftlich geladen wurde.
- (3) Beratungsschluss ist 18:00 Uhr. Die zweimalige Verlängerung um eine Stunde ist mit einfacher Mehrheit möglich. Werden Anträge oder Tagesordnungspunkte in dieser Stunde nicht beendet, werden sie vertagt.
- (4) Das BKT beschließt zu Beginn eine Tagesordnung.

3. Anträge

- (1) Behandelt werden alle bis zum Antragsschluss eingereichten Anträge. Später eingereichte Anträge können zur Beschlussfassung zugelassen werden, wenn das BKT den Initiativcharakter der Anträge mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit bestätigt. Die*der Änderungsantragssteller*in darf den Initiativcharakter in einem Redebeitrag begründen. Es gibt die Möglichkeit einer Gegenrede vor der Abstimmung. Es erfolgt unmittelbar die Abstimmung über den Initiativcharakter. Das Präsidium kann eine Empfehlung abgeben.
- (2) In jedem Fall werden drei durch die Hochschulgruppen zu Beginn zu priorisierende Anträge aufgerufen.
- (3) Änderungsanträge werden schriftlich und digital beim Präsidium eingereicht. Diese müssen vor Beginn der jeweiligen Antragseinbringung vorliegen. Falls Änderungsanträge von der*dem Antragssteller*in nicht übernommen werden, so darf die*der Änderungsantragssteller*in ihren*seinen Änderungsantrag in einem Redebeitrag begründen. Die*der Antragssteller*in hat danach die Möglichkeit, in einem Redebeitrag gegen den Änderungsantrag zu sprechen. Es erfolgt unmittelbar die Abstimmung über den Änderungsantrag. Auf Geschäftsordnungsantrag kann durch das BKT mit einfacher Mehrheit die Debatte zum Änderungsantrag eröffnet werden.
- (4) Geschäftsordnungsanträge werden mündlich gestellt und begründet. Das Wort wird nach dem aktuellen Redebeitrag unverzüglich erteilt. Über einen Geschäftsordnungsantrag wird abgestimmt, sofern es eine Gegenrede gibt, ansonsten ist er angenommen.
- (5) Geschäftsordnungsanträge sind insbesondere Anträge zur Abweichung von der Tagesordnung, auf Nichtbehandlung, namentliche Abstimmung, erneute Auszählung, Unterbrechung, Redezeitbegrenzung, Schluss der Redeliste oder Debatte, auf sofortige Abstimmung und auf Ende des Sitzungstages. Mittels eines Geschäftsordnungsantrags können Anträge, die einmal abgestimmt worden sind, mit Zwei-Drittel-Mehrheit nochmals zur Abstimmung gebracht werden. Für den Geschäftsordnungsantrag auf Nichtbehandlung eines Antrages ist ebenfalls eine Zwei-Drittel-Mehrheit notwendig.

- (6) Auf Verlangen eines weiblichen* oder genderqueeren Mitglieds einer Hochschulgruppe, ein Frauen*- bzw. Genderqueerplenum durchzuführen, unterbricht das Präsidium das BKT. Es finden zeitgleich ein Frauen*-, ein Genderqueer- und ein Männerplenum statt. Das BKT wird erst nach Beendigung der Plena fortgesetzt.

4. Abstimmung, Beschlussfassung

- (1) Abstimmungen erfolgen digital. Namentliche Abstimmung erfolgt, wenn mindestens ein Zehntel der anwesenden Hochschulgruppen dies verlangen.
- (2) Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt.

5. Redeordnung

- (1) Es gilt das quotierte Erstredner*innenrecht. Das bedeutet, dass die Wortmeldungen von Frauen* und Männern in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen notiert werden. Das Wort erhält jeweils im Wechsel eine Frau* und ein Mann bzw. umgekehrt (Reißverschlussprinzip). Meldet sich eine Person in einer Diskussion zum ersten Mal, so wird sie als nächstes aufgerufen, wenn ihr jeweiliges Geschlecht an der Reihe ist. Wenn keine Frauen* mehr auf der Redeliste stehen, ist die Debatte beendet. Auf Antrag kann die Liste zweimal für drei Männer geöffnet werden, worüber nur die Delegierten abstimmen können, die sich nicht dem männlichen Geschlecht zuordnen.
- (2) Auf Geschäftsordnungsantrag kann die Redezeit begrenzt werden.
- (3) Nach Beendigung der Behandlung eines Antrags oder Tagesordnungspunktes sind persönliche Erklärungen möglich. Diese sind ausschließlich in Bezug auf die Debattenkultur zulässig und werden nicht kommentiert. Sie sind schriftlich zu Protokoll zu geben.

6. Wahlen und Nominierungen

- (1) In Einklang mit den einschlägigen Rechtsgrundlagen wird der Beirat per Akklamation bestätigt.

Antragsbereich A: Arbeitsprogramm

Antrag A1_20

1 **Antragssteller*in:** Bundesvorstand

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **A1_20 Für alle Schwierigkeiten nur eine Antwort:** 4 **Erst Recht! - Das Arbeitsprogramm der Juso-** 5 **Hochschulgruppen 2020/21**

6 Sozialismus, Feminismus, Internationalismus - Mit diesen drei Grundpfeilern setzen sich die Juso-
7 Hochschulgruppen seit ihrem Gründungstreffen im März 1973 für eine progressive, soziale und
8 emanzipatorische Bildungs- und Gesellschaftspolitik ein. Vor Ort, in den Gremien der Hochschulen oder
9 draußen auf den Straßen ist es unser Ziel, bestehende gesellschaftliche Verhältnisse kritisch in Frage
10 zu stellen und neu zu ordnen. Dabei ist es unser treibender Anspruch, Wissenschafts-
11 Hochschulpolitikpolitik in einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive zu denken, denn diese beiden
12 Politikbereiche wirken weit über den Raum der Hochschulen hinaus tief in die Gesellschaft hinein. Wir
13 treten konsequent gegen zermürenden Leistungsdruck und kapitalistische Verwertungslogik, sowie
14 gegen spaltendes Konkurrenzdenken und neoliberale Entwicklungen in unserer Gesellschaft ein. Mit
15 unserer Entschlossenheit, die SPD zu bewegen, machen wir uns nicht nur für bildungs-, sozial- und
16 wissenschaftspolitische Verbesserungen stark, sondern entwickeln auch in anderen Fragen eigene
17 Positionen. Unser politisches Handeln fußt dabei auf einem starken theoretischen Fundament, welches
18 wir stetig weiterentwickeln.

19 Bundesweit gibt es mehr als 80 aktive Juso-Hochschulgruppen, die in den örtlichen
20 Studierendenvertretungen tatkräftig mitarbeiten, in der Sozialberatung engagiert tätig sind oder die
21 Stimmen der Studierenden in den Gremien der akademischen Selbstverwaltung unermüdlich vertreten.
22 Wir gestalten das Leben an den Hochschulen aktiv mit und sorgen für konkrete Verbesserungen im
23 Studienalltag. Auch auf Landes- und Bundesebene streiten wir unaufhörlich für eine bessere
24 Gesellschaft und ein gerechteres Bildungssystem. Unser täglicher Einsatz gilt einem gebührenfreien,
25 selbstbestimmten und chancengleichen Studium für alle, einer freien und kritischen Wissenschaft sowie
26 einer guten Lehre.

27 **Wahlkampf? Jetzt erst recht! – Die Bundestagswahl 2021**

28 Bei der Bundestagswahl 2021 möchten wir für eine progressive Wissenschaftspolitik und eine sozial
29 gerechte Gestaltung der Hochschulen kämpfen. Neben unseren konkreten Forderungen für eine bessere
30 Hochschulpolitik treibt uns vor allem die Aussicht auf eine umfassende politische Trendwende an! In
31 den letzten Monaten der Krise ist uns eindrücklich klar geworden, dass es eine starke Sozialdemokratie
32 braucht, mit der wir gemeinsam für ein gerechtes Studium, gute Arbeitsbedingungen und eine freie,
33 unabhängige Wissenschaft streiten. Mit unseren Positionen werden wir uns aktiv und engagiert in den
34 Programmprozess der SPD vor der Bundestagswahl einbringen, um der Sozialdemokratie ein scharfes
35 hochschulpolitisches Profil zu verpassen. Wir möchten die bildungspolitischen Themen, die junge Leute
36 bewegen, ins Zentrum einer sozialdemokratischen Erzählung stellen, denn eine progressive
37 Bildungspolitik muss ein Kernanliegen der SPD sein.

38 Zusätzlich zu unserem Engagement im Programmprozess gestalten wir eine gemeinsame
39 Jugendkampagne mit den Jusos, um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen und sie breiter in die
40 öffentliche Diskussion zu tragen. Weiterhin unterstützen wir die vielen Kandidierenden, die bei den
41 Jusos und Juso-Hochschulgruppen aktiv sind oder waren, bei ihrem Kampf, eine Stimme der jungen
42 Generation in den Parlamenten zu sein.

43 **Nichts kriegt uns klein! - Gem(einsam) durch die Coronavirus-Pandemie**

44 Das Jahr 2020 wird uns allen wohl eine ganze Weile in Erinnerung bleiben. Im Frühjahr des Jahres
45 standen das öffentliche und wirtschaftliche Leben in der Bundesrepublik und auch weltweit angesichts
46 des sich dramatisch ausbreitenden SARS-CoV-2-Virus plötzlich still. Geschäfte blieben geschlossen,
47 Kultureinrichtungen öffneten ihre Türen nicht und auch öffentliche Einrichtungen stellten ihren Dienst
48 ein. Die Zahlen der Menschen in Kurzarbeit schnellten auf ein Rekordhoch und eine schwere Rezession
49 trifft die Wirtschaft. Gleichzeitig musste die lang verschleppte Digitalisierung rasant in die Arbeitswelt
50 integriert werden und das Home-Office wurde in einigen Berufen zum neuen Arbeitsplatz. Zur
51 Bekämpfung der globalen Coronavirus-Pandemie wurden zahlreiche, bisher ungewohnte Maßnahmen
52 getroffen, wie eine Maskenpflicht in Geschäften und öffentlichen Verkehrsmitteln. Im Zentrum des
53 Krisenmanagements stand plötzlich die Notwendigkeit eines handlungsfähigen, starken Sozialstaats,
54 der Investitionen auf den Weg bringt und in der Krise die Betroffenen wirkungsvoll unterstützt. Die
55 Pandemie bestimmte den gesamten Lebensalltag. Wie unter einem Brennglas wurden soziale
56 Unterschiede noch sichtbarer und die Probleme bestimmter Bevölkerungsgruppen verschärften sich
57 massiv.

58 Ebenfalls hatte die Corona-Krise massive **Auswirkungen auf Hochschulen, Wissenschaft, Lehre und**
59 **Studium**. Im digitalen Sommersemester 2020 wurde nahezu komplett auf Präsenzlehre verzichtet.
60 Geschlossene Bibliotheken und veränderte Prüfungsformate stellten die gewohnten Lernbedingungen
61 komplett auf den Kopf. Auch die Möglichkeit, in einer Mensa eine günstige Mahlzeit zu bekommen oder
62 den Computerpool der Uni zu nutzen, entfiel. Das Campus-Leben, wie wir es bisher kannten, fiel in einen
63 Dornröschenschlaf und mit ihm brach der gesamte Sozialraum Hochschule weg.

64 Überdies spitze sich die Lage im Bereich der **Studienfinanzierung** angesichts der Corona-Krise massiv
65 zu. Für viele Studierende stellte sich aufgrund des nahezu kompletten Stillstandes des öffentlichen
66 Lebens und der massiven wirtschaftlichen Einschnitte die drängende Frage nach der Finanzierung des
67 Lebensunterhaltes. Besonders hart betroffen von den Maßnahmen und Schließungen waren
68 Studierende, die sich ihren Lebensunterhalt bislang durch Nebenjobs – z.B. in der Gastronomie, in
69 Kultureinrichtungen oder im Einzelhandel – finanziert haben. Sie waren häufig die ersten, die entlassen
70 wurden und ihre Jobs verloren. Aber auch die für viele Studierende noch immer unverzichtbare
71 finanzielle Unterstützung durch ihre Eltern brach angesichts von finanziellen Unsicherheiten,
72 Jobverlusten und Kurzarbeit nun weg. Das Bundesbildungsministerium und Ministerin Anja Karliczek
73 ließen Studierende in dieser Notlage eiskalt im Regen stehen. Nur durch unser Engagement und auf
74 Drängen der SPD wurde neben den KfW-Corona-Krediten überhaupt erst ein Nothilfe-Programm
75 geschaffen. Doch die zum Oktober ausgelaufenen Corona-Überbrückungshilfen gingen vollkommen an
76 der Krisenrealität vorbei. Nach einem viel zu späten Start im Juni war die Beantragung enorm
77 bürokratisch, die Hürden für die Bewilligung viel zu hoch und die Zuschussbeträge zu gering bemessen.
78 Mit den KfW-Corona-Krediten schickte die Ministerin junge Menschen sehenden Auges in eine
79 unausweichliche Schuldenfalle. Angesichts steigender Infektionszahlen, einer zweiten Pandemiewelle
80 und wegfallender Studierendenjobs in der Wintersaison brauchen wir dringend wirksame Hilfe für
81 Studierende in coronabedingten Notlagen sowie eine Modernisierung des BAföGs mit höheren
82 Bedarfssätzen und Einkommensgrenzen hin zu einer Studienfinanzierung unabhängig von Alter und
83 Eltern für alle!

84 In besonders dramatischem Ausmaß wirkte sich die Corona-Pandemie auf **Frauen*** aus. Zuvorderst sind
85 Frauen* aufgrund ihrer vermehrt ausgeübten beruflichen Tätigkeit im Pflege und Gesundheitswesen
86 einer signifikant höheren Infektionsgefahr ausgesetzt. Es lastet ein starker Druck und eine erhöhte
87 Belastung auf Frauen* in systemrelevanten Berufen. Weiterhin nimmt aufgrund der sozialen
88 Kontaktbeschränkungen die häusliche Gewalt zu und es steigt das Risiko, Opfer von sexualisierter
89 Gewalt zu werden. Durch die Isolation ist gleichzeitig der Zugang zu Hilfsangeboten verbaut und der
90 Austausch mit Betroffenen sowie das Einfordern eigener Rechte massiv erschwert. Zudem ist eine
91 Rückkehr zu veralteten Rollenbildern zu beobachten: In den allermeisten Fällen waren es wieder die
92 Frauen*, an denen die zusätzlichen Aufgaben von Haushaltsführung, Kinderbetreuung und Home-
93 Schooling hängen blieben. Dem müssen wir entschieden entgegenreten! Die Politik muss dafür sorgen,
94 dass die Corona-Krise nicht zum Rollback in der Gleichstellung der Geschlechter führt.

95 Gleichmaßen zeigt die Corona-Pandemie, dass sich das **gesellschaftliche Klima** verschlechtert hat.
96 Teile der Bevölkerung stellen wissenschaftliche Erkenntnisse vehement in Frage, verbreiten strukturell
97 antisemitische Verschwörungsmythen und glauben an alternative Fakten. Die Leugnung der
98 Coronavirus-Pandemie, die sich sowohl in der rücksichtslosen Verweigerung von Mund-Nasen-Masken als
99 auch in der Verbreitung gefährlicher Falschinformationen äußert, sind nur eine Ausprägung eines
100 rechten Rollbacks, gegen den wir als Juso-Hochschulgruppen uns weiterhin mit aller Kraft stemmen.

101 **Girls just wanna have FUNDamental rights**

102 Feminismus ist und bleibt für uns ein Querschnittsthema, das sich durch alle politischen Inhalte,
103 Überlegungen und Entscheidungen zieht – denn die strukturelle Diskriminierung von Frauen* in Politik,
104 Beruf und Alltag ist bis heute nicht überwunden.

105 Als Analysegrundlage dient uns hierbei, dass das kapitalistische Patriarchat bis heute die materielle
106 Grundlage für die Verfasstheit unserer Gesellschaft darstellt und so die Hierarchie zwischen den
107 Geschlechtern begründet und aufrechterhält. Auch nach über 100 Jahren Frauen*wahlrecht erleben wir
108 immer wieder, dass Antifeminismus, nicht zuletzt durch rechtsradikale Kräfte, deutlich zunimmt und
109 somit kontinuierlich dazu beiträgt, Frauen*rechte zu beschneiden. Auch die Selbstbestimmung der
110 Frau* über ihren Körper wird in Frage gestellt. Nach wie vor stehen wir für die dringend notwendige
111 Reform des Abtreibungsrechts im Sinne der umfassenden Straffreiheit eines
112 Schwangerschaftsabbruchs und der Abschaffung des § 219a StGB. Der feministische Rollback macht
113 auch vor unseren Hochschulen nicht halt – Studentenverbindungen, Männernetzwerke, sexualisierte
114 Gewalt, die so genannte gläserne Decke und die dadurch entstehende beschämende Quote von gerade
115 einmal 25 % Professorinnen sind dabei nur einige wenige Punkte. Diese Zustände nehmen wir nicht hin
116 und kämpfen für die Gleichstellung der Geschlechter.

117 Denselben Anspruch, den wir an die Gesellschaft haben, haben wir auch an unseren Verband. Wir
118 kämpfen unermüdlich für Feminismus auf all unseren Ebenen und wir bemühen uns, unsere Strukturen
119 an unseren feministischen Anspruch anzupassen. Wir wollen, dass sich der Verband dadurch
120 kontinuierlich weiterentwickelt, denn auch wir sind nicht frei von Sexismus und Diskriminierung.
121 Deswegen unterstützen wir weiterhin die Arbeit der Antisexismus-Kommission (ASK) und
122 Sensibilisierungs- und Awarenessarbeit spielt bei unseren Veranstaltungen stets eine wichtige Rolle.
123 Wir wollen unser Frauen*netzwerk weiter stärken und uns gegenseitig empowern, sodass viele Frauen*
124 politisch aktiv werden und bleiben. Nur wenn Frauen* überall den Platz einnehmen können, der ihnen
125 zusteht, wird unsere Vorstellung eines gleichberechtigten Lebens für alle Realität.

126 **Reformen? Jetzt erst recht! – Unsere Handlungsschwerpunkte für 2020/2021**

127 Nach wie vor scheitern viele Studieninteressierte aufgrund fehlender finanzieller Möglichkeiten bereits
128 bei dem Versuch, ein Studium an einer Hochschule aufzunehmen. Noch immer hängt der Zugang zu

129 Bildung entscheidend vom Geldbeutel des Elternhauses ab. Deshalb ist für uns im Bereich der
130 **Studienfinanzierung** das **BAföG** das zentrale Mittel, um ein selbstbestimmtes Studium frei von
131 Leistungsdruck und finanziellen Zwängen zu ermöglichen. Im Jahr 2021 feiert das BAföG seinen 50.
132 Geburtstag. Doch leider müssen wir feststellen, dass die Förderzahlen seit Jahren weiterhin rückläufig
133 sind und die im Koalitionsvertrag versprochene Trendwende ausgeblieben ist. Ein faires BAföG
134 bedeutet, dass die Fördersätze, die Freibeträge und die Wohnpauschale endlich dem realen Bedarf und
135 den tatsächlichen Lebensverhältnissen der Studierenden angepasst werden.

136 Dringend notwendig ist eine grundlegende Neukonzeption des BAföGs als Vollzuschuss als zentrales
137 Mittel für die gesamtgesellschaftliche Öffnung der Hochschulen, das alters-, eltern- und
138 ehpartner*innenunabhängig für alle zugänglich ist.

139 Als Juso-Hochschulgruppen fordern wir ein **demokratisches und soziales Bildungssystem**, das allen
140 offen steht und den Menschen im Vordergrund hat, statt seine ökonomische Verwertbarkeit. Für uns
141 müssen die Hochschulen die Gesellschaft widerspiegeln, jedoch bleibt das Studium vielen Menschen
142 immer noch verwehrt. Wir brauchen durchlässige Strukturen für Studierende mit Migrationshintergrund,
143 Menschen mit einem ausländischen Bildungsabschluss, Menschen mit einer studienrelevanten
144 Beeinträchtigung und Menschen, die bereits eine abgeschlossene Ausbildung haben. Dafür müssen wir
145 endlich von der elitären Sicht auf ein Hochschulstudiums wegkommen, kurzfristig
146 Hochschulzugangsverfahren angleichen und harmonisieren, mehr Studienplätze schaffen und die
147 Hochschulen so ausfinanzieren, dass jede*r daran teilhaben kann.

148 Die drastisch veränderten Lehrbedingungen während der Corona-Pandemie haben uns deutlich
149 gemacht, wie wichtig **gute Lehre an Hochschulen** ist. Aus überfüllten Seminaren, schlecht
150 ausgestatteten Hörsälen und gestressten Dozierenden wurden langweilige Zoom-Vorlesungen,
151 schlechte Lernplattformen und mangelhafter Zugang zu digitalisierter Literatur. Ziel guter Lehre muss
152 es sein, Studierenden die Möglichkeit zu geben, über den Tellerrand hinauszuschauen und ein
153 selbstbestimmtes Studium zuzulassen. Auch für die Zeit nach der Corona-Krise wollen wir eine inklusive
154 und kritische Lehre, die individuelle Lernwege ermöglicht und die einzelnen Vorteile von Präsenzlehre
155 und Online-Angeboten miteinander verknüpft.

156 Im Rahmen der **Hochschulfinanzierung** fordern wir eine solide und gerechte Grundfinanzierung aller
157 Hochschulen durch Bund und Länder. Die Corona-Krise hat deutlich gezeigt, dass es angesichts der
158 immensen Bedeutung von freier, unabhängiger und kritischer Wissenschaft und Forschung für unsere
159 Gesellschaft unerlässlich ist, Hochschulen in personeller und technischer Hinsicht ausreichend
160 auszustatten. Statt der Förderung einzelner „Exzellenzstandorte“ muss die deutsche
161 Hochschullandschaft in ihrer Breite konsequent gestärkt werden.

162 Gemeinsames Essen in der Mensa, eine Kaffeepause während des Lernens in der Bibliothek oder
163 gemeinschaftlicher Wahlkampf auf dem Campus - der Corona-Lockdown führt uns deutlich vor Augen,
164 dass Hochschulen nicht nur ein Lehr- und Lernraum, sondern auch ein **Sozialraum** sind. Hier treffen wir
165 unsere Freund*innen, hier tauschen wir uns mit Kommiliton*innen aus, hier streiten wir mit anderen
166 politischen Hochschulgruppen über Campuspolitik. Diesen Sozialraum zu erhalten und zu stärken,
167 sowie inklusiv, sozial, emanzipatorisch, vielfältig, diskriminierungsfrei, demokratisch und
168 antifaschistisch zu gestalten, ist Leitlinie unseres hochschulpolitischen Engagements.

169 Wir stehen für eine **Demokratisierung** aller Lebensbereiche - dazu zählen natürlich auch die
170 Hochschulen. Wir fordern daher die gesetzliche Festschreibung der Verfassten Studierendenschaft (VS)
171 in allen Bundesländern sowie ihre Ausstattung mit einem allgemeinpolitischen Mandat. Da
172 **Hochschulräume** immer auch **politische Räume** sind, müssen sich Hochschulen zu einem klaren
173 politischen Diskurs auf dem Campus bekennen. Eine freie und unabhängige Wissenschaft hat die

174 Aufgabe, Diskurse innerhalb der Gesellschaft anzustoßen und sie aktiv mitzugestalten. Gegen politische
175 Gruppierungen, die diese Freiheit beschneiden wollen, müssen sich die Hochschulen wehren.

176 Wir Juso-Hochschulgruppen setzen uns für den Schutz des weltweiten Klimas und der Umwelt sowie
177 für die Verankerung einer **nachhaltigen Perspektive** in Lehre und Forschung ein. Ausgehend von den
178 Hochschulen muss in der gesamten Gesellschaft ein Umdenkprozess stattfinden und ein gesteigertes
179 Bewusstsein für die Themen Ökologie und nachhaltige Mobilität entwickelt werden. Insbesondere in der
180 Corona-Pandemie wird deutlich, dass es für die Überwindung globaler Krisen gesellschaftlichen und
181 internationalen Zusammenhalt erfordert, um diese zu überwinden. Gleiches gilt auch für die Klimakrise:
182 Es braucht eine solidarische Veränderung der bisherigen Art des globalen Wirtschaftens, um die
183 Lebensgrundlage zukünftiger Generationen auf unserem Planeten zu retten.
184 Die Lage am Wohnungsmarkt hat sich in den letzten Jahren dramatisch verschärft. Längst ist die Frage,
185 wo das Wohnen noch bezahlbar ist, zu einer massiven Hürde bei der Wahl des Studienstandortes
186 geworden. Wir fordern deshalb bezahlbaren, inklusiven und qualitativ hochwertigen **studentischen**
187 **Wohnraum** für Alle! Gleichberechtigte Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben bedeuten auch, dass
188 Menschen in der Lage sind, frei zu entscheiden, wo und wie sie leben möchten. Der Staat muss endlich
189 entschiedener und wirkungsvoller in die unkontrollierbaren, kapitalistischen Dynamiken des
190 Wohnungsmarktes eingreifen.

191 Als Juso-Hochschulgruppen beobachten wir **Gesetzgebungsprozesse** auf **deutscher und europäischer**
192 **Ebene** und beteiligen uns mit unseren Vorstellungen einer sozial gerechten, progressiven Studierenden-
193 und Wissenschaftspolitik an den entscheidenden Rechtsetzungsverfahren, aktuell zum Beispiel am
194 Prozess der Konzeption eines Modells für europäische Hochschulen.

195 **Das sind wir - Unsere Juso-Hochschulgruppen**

196 Unser Verband lebt von den Hochschulgruppen vor Ort, die sich in den Gremien der studentischen und
197 akademischen Selbstverwaltung engagieren und dort präsent sind. Durch den Austausch zwischen den
198 einzelnen Hochschulgruppen, den Landeskoordinator*innen und dem Bundesverband werden wir als
199 starke studentische Stimmen wahrgenommen und kämpfen in verschiedenen Kontexten für die drei
200 Grundpfeiler unserer gemeinsamen Arbeit – Feminismus, Sozialismus und Internationalismus.

201 Den Mittelpunkt unserer innerverbandlichen Arbeit werden weiterhin Bildungsangebote bilden, die zur
202 Qualifizierung unseres Verbandes beitragen. Das letzte Jahr hat durch die Pandemie gezeigt, dass wir
203 auch Online ein gutes Bildungsangebot auf die Beine stellen können – das wollen wir neben unseren
204 Treffen in Präsenz beibehalten, es soll diese aber keinesfalls ersetzen. Wir wollen auf thematische
205 Vielfalt setzen, aktuelle und in Zukunft relevante Diskussionen anstoßen und weithin auf einen breiten
206 Austausch bauen. Dafür möchten wir uns im kommenden Jahr im Rahmen von **zwei**
207 **Seminarwochenenden** Zeit nehmen. Um den Austausch zwischen den Aktiven vor Ort zu stärken,
208 Multiplikator*innen auszubilden und die methodische Qualifizierung zu stärken, wird in diesem Jahr die
209 **Aktiven-Konferenz** stattfinden. Weiterhin möchten wir uns im kommenden Jahr wieder zu unserer
210 beliebten **Sommerschule** treffen, um theoretische Grundlagen zu festigen, Multiplikator*innen zu
211 motivieren und weitere Qualifizierungsangebote anzubieten. Damit wir als Verband mit besonderer
212 Schlagkraft in die Kampagne zur Bundestagswahl starten, eigene Schwerpunkte gezielt setzen und
213 gemeinsam Aktionen planen können, werden wir in diesem Jahr **Multiplikator*innen zur**
214 **Bundestagswahl ausbilden**.

215 Den engen Austausch mit unserem Ehemaligenverein, dem **Verein Demokratie und Hochschule (VDuH)**,
216 möchten wir bei unserer gesamten Arbeit fortsetzen, um von den verschiedenen Perspektiven und
217 Erfahrungen der Generationen zu profitieren.

218 Eine zentrale Rolle in unserer Verbandsarbeit nehmen die **Landeskoordinationen** ein. Durch sie besteht
219 eine enge Verbindung zwischen den einzelnen Hochschulgruppen und dem Bundesverband. Sie stärken
220 die Hochschulgruppen vor Ort und sorgen dafür, dass auf Landesebene Initiativen ins Leben gerufen
221 und umgesetzt werden. Den Kontakt zwischen den einzelnen Landeskoordinationen möchten wir
222 fördern und die Vernetzung u.a. durch unsere gemeinsame Konferenz aktiv unterstützen.

223 **Allein ist man stark, gemeinsam unschlagbar - Unsere Bündnispartner*innen**

224 Im unermüdlichen Kampf für den demokratischen Sozialismus und für eine gerechtere und
225 solidarischere Gesellschaft können wir auf viele wichtige Bündnispartner*innen zählen, mit denen wir
226 gemeinsam für unserer Positionen streiten.

227 Mit den **Jusos** haben wir einen starken Verband und viele junge Menschen an unserer Seite, mit denen
228 wir nicht nur innerparteilich eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten, sondern auch bei Kampagnen
229 gemeinsam und entschlossen auftreten, so zum Beispiel bei der Jugendwahlkampagne zur
230 Bundestagswahl 2021.

231 Unser Verhältnis zur **SPD** bleibt weiterhin von der Doppelstrategie geprägt. Wir sind das unabdingbare
232 linke, kritische Korrektiv innerhalb der Partei und sehen es als unsere Aufgabe an, die SPD hin zu einer
233 klar linken und progressiven gesellschaftlichen Kraft zu entwickeln. Innerparteilich stehen wir für eine
234 soziale, progressive und emanzipatorische Bildungs-, Wissenschafts- und Hochschulpolitik ein. Wir sind
235 dabei gefordert, laut zu sein und unsere zentralen Anliegen in die Debatten mit hinein zu tragen. Es ist
236 Zeit, nicht nur inhaltlich wichtige Impulse zu geben, sondern auch alte Strukturen zu hinterfragen und
237 durch neue Möglichkeiten der Partizipation zu ersetzen.

238 Mit dem **freien Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs)** haben wir seit Jahren einen
239 wichtigen und engen Bündnispartner im gemeinsamen Kampf für eine gerechte Bildungs- und
240 Hochschulpolitik an unserer Seite.

241 Im **BAföG-Bündnis** streiten wir weiterhin entschlossen zusammen für eine alters-, eltern- und
242 ehepartner*innenunabhängige Studienfinanzierung für alle.

243 Auch im kommenden Jahr werden wir uns in **feministischen Bündnissen** für eine feministische und
244 emanzipatorische Gesellschaft einsetzen.

245 Im Einsatz für bezahlbaren studentischen Wohnraum, nachhaltige Mensen, eine faire
246 Studienfinanzierung und eine soziale Infrastruktur stehen wir in engem Austausch mit dem **Deutschen**
247 **Studentenwerk (DSW)**.

248 Ebenfalls die **Gewerkschaften und Gewerkschaftsjugenden des DGB** sind wichtige Verbündete, um gute
249 Arbeitsbedingungen an Hochschulen zu erreichen und Kettenbefristung endlich den Riegel
250 vorzuschieben.

251 Mit **CampusGrün** sowie **weiteren progressiven hochschulpolitischen und politischen**
252 **Jugendverbänden** streben wir weiterhin eine enge Vernetzung und einen vertrauensvollen Austausch
253 an.

254 Gemeinsam wollen wir mit der **Jüdischen Studierendenunion Deutschland (JSUD)** jede Form von
255 Antisemitismus und rassistischer, fremdenfeindlicher, religiöser und politischer Diskriminierung
256 bekämpfen.

257 Im Bündnis **Aufstehen gegen Rassismus!** wollen wir die AfD und den Rechtsruck in der Gesellschaft
258 stoppen.

259 Da wir unserer hochschulpolitischen Ziele international denken, werden wir als internationalistischer
260 Verband über unsere internationalen Schwesterorganisationen **International Union of Socialist Youth**
261 **(IUSY)** und **Young European Socialists (YES)** in engem Kontakt und regem Austausch mit anderen
262 sozialistischen Jugendverbänden bleiben. Ganz besonders möchten wir den Dialog mit unseren
263 Partner*innen **Verband Sozialistischer Student_innen in Österreich (VSStÖ)** fortsetzen und
264 intensivieren.

265 **“Lassen wir uns nicht schrecken durch die Ungunst äußerer Umstände ...”**

266 Das vergangene Arbeitsjahr stellte uns in Betrachtung der Coronavirus-Pandemie vor bisher unbekannte
267 Herausforderungen. Auch das kommende Arbeitsjahr wird geprägt sein von vielen neuen
268 Problemstellungen sowie von vielen richtungsweisenden politischen Entscheidungen - und wir Juso-
269 Hochschulgruppen sind mitten drin!

270 Unsere linke Politik orientiert sich dabei stets an den Problemen der Studierenden an den Hochschulen
271 sowie an unserem sozialistischen Wertefundament. An den Hochschulen vor Ort kämpfen wir für ein
272 besseres Studium. Die einzelnen Juso-Hochschulgruppen sind dabei das Herzstück unseres
273 Verbandes.

274 Doch Hochschule und Wissenschaft dürfen nicht isoliert gesehen werden, sondern sind elementarer
275 Teil unserer Gesellschaft und stehen in einem ständigen wechselseitigen Austausch. Sie können und
276 müssen entscheidende Impulse zur Neuorientierung unserer Gesellschaft geben und wichtige Debatten
277 und globale Herausforderungen thematisieren. Deshalb setzen wir uns nicht nur für Verbesserung für
278 Studierende an den Hochschulen ein, sondern streiten darüber hinaus auch für ein gutes Leben für alle
279 Menschen. Wir kämpfen für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen, in der unsere Grundwerte Freiheit,
280 Gerechtigkeit und Solidarität verwirklicht werden.

281 *“... ,haben wir für alle Schwierigkeiten nur eine Antwort: Erst recht!” - Clara Zetkin*

Antragsbereich D: Demokratie & Kampf gegen Rechts

Antrag D1_20

1 **Antragssteller*in:** Juso-Hochschulgruppen Niedersachsen

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **D1_20** **Mehr** **Professuren** **für** 4 **Antisemitismusforschung**

5 Seit Jahren steigt die Zahl antisemitischer Straftaten in Deutschland und ganz Europa. Juden
6 verstecken ihre Kippa, Jüdinnen tragen die Davidssternkette lieber unter dem Oberteil, jüdische Schulen
7 gleichen Hochsicherheitsgefängnissen und vor jeder Synagoge stehen Polizist*innen. Der Anschlag von
8 Halle war ein vorläufiger, erschreckender Höhepunkt einer beunruhigenden Entwicklung. Ziemlich genau
9 ein Jahr danach wird ein jüdischer Student in Hamburg 2020 von einem Antisemiten angegriffen – trotz
10 Polizeipräsenz an der Synagoge.

11 Ja, es stimmt: antisemitische Straftaten nehmen zu. Aber: Antisemitismus war schon immer da. Auch
12 nach 1945 war er nicht einfach weg, er wandelte sich, existiert in anderen Formen weiter. Die zutiefst
13 menschenverachtende Haltung aber blieb. Der autoritäre Charakter ist tief in der Struktur der
14 Bundesrepublik verwurzelt, Antisemitismus gehört zu Deutschland wie Schnitzel, Sauerkraut und
15 Kleingartenanlage. Das ist die bittere Wahrheit, die uns sämtliche empirische Studien seit Jahrzehnten
16 vor Augen führen. In allen gesellschaftlichen Schichten sind antisemitische Einstellungen und Vorurteile
17 relativ gleich verteilt. Und auch alle Parteien des politischen Spektrums sind ähnlich stark betroffen, mit
18 einer Ausnahme: der AfD, in der Antisemitismus deutlich weiter verbreitet ist.

19 Antisemitismus greift die Grundlagen der freiheitlichen, bürgerlichen Gesellschaft an. Jüd*innen werden
20 von den Antisemit*innen mit der Moderne, die sie ablehnen, gleichgesetzt, Antisemitismus wird so zur
21 „negativen Leitidee“ (Salzborn) der Moderne. Statt die Ursachen für Unzulänglichkeiten der
22 unvollendeten Moderne in abstrakten Strukturen der Gesellschaft zu suchen, werden Enttäuschung,
23 Entfremdungsgefühle und Sinnverlust personifiziert und „der Jude“ als Ursache ausgemacht.
24 Antisemit*innen sind unfähig „abstrakt zu denken und konkret zu fühlen“ (Salzborn) und greifen dadurch
25 die Idee von Freiheit und Gleichheit aller Menschen grundsätzlich an.

26 In der Corona-Pandemie hat sich die Gefahr des Antisemitismus ein weiteres Mal erschreckend gezeigt.
27 Schon länger, aber besonders seit Beginn der Pandemie finden Verschwörungsideologien immer mehr
28 Anhänger*innen, immer mehr Menschen sind für rationale Argumente nicht mehr zugänglich.
29 Verschwörungsideologien sind dabei immer strukturell antisemitisch: das Böse, das Abstrakte, das
30 nicht verstanden wird, wird personifiziert. So seien etwa „globale Eliten“ unter der Führung von Bill Gates
31 die „Drahtzieher“, die aus eigenem Vorteil die Menschheit mit einem tödlichen Virus infizieren würden.
32 Oder aber die Existenz des Virus wird gleich bestritten, Aufklärung und Wissenschaft werden ignoriert
33 oder ihnen werden gemeine Absichten unterstellt. Hier zeigt sich auch die Verschränkung von
34 Antisemitismus und Antiintellektualismus. Deshalb warnt auch der Zentralrat der Juden vor
35 wachsendem Antisemitismus in weiten Teilen der Gesellschaft.

36 Die Erforschung von Antisemitismus ist also nach wie vor wichtig, wahrscheinlich wichtiger denn je.
37 Dennoch ist die Antisemitismusforschung in Deutschland vor allem eine Domäne der Historiker*innen.
38 Andere Disziplinen beschäftigen sich eher selten ausführlich mit Antisemitismus. Es ist heute gut
39 möglich, dass jemand in ihrem*seinem sozial- oder geisteswissenschaftlichen Studium nicht ein

40 einziges Mal mit Antisemitismus konfrontiert wird. Außer in der Geschichtswissenschaft gehört die
41 Erforschung von Antisemitismus in keinem Fach zum Kanon. Das muss sich ändern! Antisemitismus
42 ist eine alles umfassende Ideologie, die von ihren Anhänger*innen genutzt wird, um sich die Welt zu
43 erklären. Seine Entstehung, Wirkung, Erscheinungsformen, Bekämpfung und Prävention müssen
44 deshalb aus vielen Perspektiven und interdisziplinär erforscht werden. Es kann nicht sein, dass
45 Antisemitismus im Lehramtsstudium und in anderen pädagogischen Studiengängen häufig keine große
46 Rolle spielt. Um Antisemitismus wirksam zu bekämpfen, muss er aber gut erforscht sein und dieses
47 Wissen an die Pädagog*innen der Zukunft weitergegeben werden.

48 Wir fordern daher:

- 49 • Die Einrichtung von Professuren für Antisemitismusforschung an deutlich mehr Hochschulen
50 als heute. Diese müssen dabei in verschiedenen Disziplinen verankert sein und interdisziplinär
51 arbeiten.
- 52 • Eine Ausweitung des Lehrangebots im Bereich der Antisemitismusforschung außerhalb der
53 Geschichtswissenschaft, v.a. in den Fächern der Sozial, Geistes- und Kulturwissenschaften.
- 54 • Ein Angebot von grundlegenden und einführenden, interdisziplinären Lehrveranstaltungen zu
55 Antisemitismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit für
56 Studierende aller Fächer.
- 57 • Eine stärkere Thematisierung von Bekämpfung und Prävention des Antisemitismus in
58 pädagogischen Studiengängen, vor allem im Lehramt.

59 **Begründung:**

60 erfolgt mündlich.

Antragsbereich D: Demokratie & Kampf gegen Rechts

Antrag D2_20

1 **Antragssteller*in:** Juso-Hochschulgruppen Niedersachsen

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **D2_20 Schluss mit strukturellen Einzelfällen - für** 4 **eine kritische Aufarbeitung von Polizeigewalt und** 5 **Racial Profiling**

6 Im Bochumer Hauptbahnhof werden vermehrt Männer ohne Verdachtsgründe wegen ihrer Hautfarbe
7 kontrolliert. Aus Stuttgart liest man Schlagzeilen, in denen die Polizei eine Stammbaumprüfung für
8 Täter*innen einführen will. Erst kürzlich geschossene und nun kursierende Bilder eines Polizeihelms
9 aus Berlin zeigen einen deutlichen Bezug zur rechtsextremen „White Power“ Bewegung und WhatsApp
10 Gruppen aus u. a. Frankfurt und Mülheim offenbaren zutiefst rassistische und antisemitische
11 Gruppierungen in der dortigen Polizei. Dazu sieht man immer häufiger Szenen, in denen Polizist*innen
12 auf Einzelne einprügeln und Hunde auf Demonstrierende loslassen. Dies alles sollte Anlass genug sein,
13 umfassende Überprüfungen und Studien durchzuführen - möchte man meinen. Bundesinnenminister
14 Seehofer weigert sich jedoch noch immer, seinen Pflichten nachzukommen. Die Fälle seien lediglich
15 Einzelfälle und wer etwas gegen die Polizei sagt, sei auch direkt gegen den Staat.

16 Die Polizei als Exekutive ist eine der drei mächtigsten Säulen unseres Föderalstaates. Sie wurde
17 eingeführt, um für „Recht und Ordnung“ zu sorgen und bei der Durchführung der von der Legislative
18 gewünschten Umsetzungen von Beschlüssen zu helfen, dabei stets unter der Kontrolle der Judikative.
19 Aber was ist Recht und Ordnung? Sicherlich nicht die unbegründete Diskriminierung einzelner Gruppen
20 und ebenfalls nicht die starke Gewaltanwendung gegenüber Wehrlosen. Die Polizei trägt als Exekutive
21 eine besondere Stellung in unserer Gesellschaft und ist damit auch einer hohen Verantwortung
22 verbunden. Diese Verantwortung gebührt es, dass stets geprüft werden muss, ob ihr Verhalten mit den
23 Grundsätzen der verfassungsmäßigen freiheitlich-demokratischen Grundordnung vereinbar ist und
24 nicht strukturell gegen das Diskriminierungsverbot des Art. 3 I GG verstößt.

25 Immer häufiger kam es in der Vergangenheit zu Szenen wie z.B. im Bochumer Hauptbahnhof, bei dem
26 Männer aufgrund rassistischer Vorurteile kontrolliert wurden. Im Fall Bochum wurde von Seiten der
27 Bundespolizei argumentiert, dass auf dem Bahnhofsgelände häufiger Straftaten verübt werden. Auch in
28 anderen Orten wird dieses Argument immer wieder angeführt, um eine Art Generalverdacht zu
29 begründen und diskriminierendes Verhalten der Beamt*innen zu legitimieren. Mehrere Gerichte haben
30 jedoch mittlerweile zu Recht entschieden, dass in diesen Fällen stichhaltige Verdachtsgründe vorgelegt
31 werden müssen, um zu begründen, warum eine bestimmte Person kontrolliert wird. Darüber hinaus stellt
32 dieser Eingriff einen Verstoß gegen das im Grundgesetz verankerte Diskriminierungsverbot dar. Im
33 Übrigen ergaben die Zahlen in Bochum zwar einen Zuwachs an Straftaten, entgegen der Behauptungen
34 gingen diese aber überwiegend auf weiße Menschen zurück. Und dennoch liest man in den Nachrichten
35 Schlagzeilen, wie dass die Polizei Stuttgart eine Stammbaumüberprüfung von Täter*innen durchführen
36 möchte. Diese Forderung hat einen sehr faden Beigeschmack und erinnert an das durch den NS
37 geprägte Täter*innen-Strafrecht, welches davon ausgegangen ist, dass bestimmte genetische und
38 kulturelle Bedingungen Menschen zu Täter*innen machen. Diese Denkweise ist kriminologisch
39 widerlegt und schlicht rassistisch! Auch der Rückzug Seehofers für die angekündigte Studie zum

40 Thema Rassismus in der Polizei zeugt eher vom Verheimlichen als von einem transparentem Umgang
41 mit dem Thema - und gleicht einem weiteren Schlag ins Gesicht vieler von Racial Profiling Betroffener.

42 Wir wollen eine Gesellschaft, in der Rechtssicherheit herrscht und nicht die Hautfarbe entscheidend
43 dafür ist, ob man polizeilichen Kontrollen häufiger ausgesetzt ist oder nicht. Es ist eine Farce, dass wir
44 im Jahr 2020 solche Selbstverständlichkeiten noch immer einfordern müssen.

45 Deshalb fordern wir:

46 • Die Studie zum Racial Profiling sowohl auf Bundespolizeilicher-, als auch auf
47 Landespolizeilicher Ebene transparent und durch versierte Wissenschaftler*innen
48 durchzuführen und dem Ergebnis entsprechend konsequent zu handeln.

49 • Durch Weiterbildungen und Seminare, durchgeführt von einer dritten Instanz, sollen die
50 Polizeibeamt*innen, sowie die Staatsanwaltschaft regelmäßig für das Thema sensibilisiert
51 werden

52 • Polizist*innen sollen eine Möglichkeit bekommen, anonym Kolleg*innen anzuzeigen, die durch
53 ein oben beschriebenes Verhalten auffällig werden

54 Die im vergangenen Jahr veröffentlichte Studie zum Thema "Körperverletzung im Amt durch
55 Polizeibeamt*innen" der Juristischen Fakultät der Ruhr-Universität kam zu erschreckenden
56 Ergebnissen. Der Anteil der Fälle, in denen Befragte nicht einmal den Grund für eine Auseinandersetzung
57 kannten liegt bei ca. 32%. Die Folgen einer Gewaltanwendung durch die Polizeibeamt*innen hatten
58 neben den physischen Verletzungen (ca. 71% der Befragten, davon 19% schwere Verletzungen) auch
59 psychische Folgen, die ein Vertrauen in den Staat bzw. der Polizei langfristig abbauten. In ca. 80% der
60 Fälle wurde laut Befragungen kein Strafverfahren eingeleitet, obwohl Beweise in Form von Videos und
61 ärztlichen Befunden vorlagen. Als Gründe für die Einstellung des Verfahrens werden laut Studie in über
62 der Hälfte der Fälle "kein hinreichender Tatverdacht" festgestellt oder aufgrund Geringfügigkeit und
63 Opportunität eingestellt.¹

64 Um künftig Gewaltexzesse besser nachverfolgen und verhindern zu können, ist es notwendig, dass den
65 Anzeigen von Opfern höhere Bedeutung zugemessen wird, und Zeugenaussagen von Polizist*innen vor
66 Gericht stärker auf ihre intrinsische Motivation hin – genau wie auch bei anderen Zeug*innen, wenn diese
67 unmittelbar beteiligt waren – hinterfragt werden und ihnen nicht ein Sonderstatus und
68 Vertrauensvorsprung gewährt wird. Aus diesem Grund fordern wir:

69 • Eine weiterführende Studie, ähnlich der vorgestellten Studie der Ruhr-Universität zum Thema
70 Polizeigewalt für mehr Transparenz

71 • Eine bundesweite Kennzeichnungspflicht von Polizist*innen

72 • Die Auswertung der eingeführten Bodycams durch eine dritte unabhängige Instanz durchführen
73 zu lassen um Kolleg*innen zu entlasten und Verschleierungen zu verhindern

74 • Eine Strafe für die Polizist*innen, deren Kameras, "zufällig" genau in den Momenten
75 ausgeschaltet waren, wenn Beweismaterial für die Opfer hätte aufgezeichnet werden müssen

76 • Mehr Transparenz über aufgezeichnete bzw., nicht aufgezeichnete Daten, ohne Verletzungen
77 der Persönlichkeitsrechte von Betroffenen

¹ Link zur Studie der RUB: https://kviapol.rub.de/images/pdf/KviAPol_Zwischenbericht.pdf

78 • Eine verstärkte Kontrolle der ausgeübten Befugnisse der Polizei durch die Judikative

79 **Begründung:**

80 erfolgt mündlich.

Antragsbereich D: Demokratie & Kampf gegen Rechts

Antrag D3_20

1 **Antragssteller*in:** Juso-HSG Erfurt

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **D3_20 Kein Platz für Covidioten -** 4 **Verschwörungsideologen entschieden** 5 **entgegenzutreten!**

6 Weltweit haben sich seit Beginn der Covid19 Pandemie über 38,5 Mio Menschen mit dem Erreger SARS-
7 CoV-2 infiziert, über eine Millionen Menschen sind an der Infektion verstorben. Die Situation ist, gerade
8 aufgrund steigender Fallzahlen zum Herbst, ernst. Gleichzeitig erleben wir weltweit Akteur*innen, die die
9 Auswirkungen der Pandemie systematisch und gezielt herunterspielen, oder diese sogar explizit
10 leugnen. Die Äußerungen der Präsidenten Trump und Bolsonaro etwa und, in Deutschland,
11 systematische Versuche der AfD, die Glaubwürdigkeit von Wissenschaftler*innen und politischen
12 Maßnahmen zu untergraben, haben dazu geführt, dass verschwörungsideologisches Gedankengut zur
13 Pandemie in weite Gesellschaftskreise vorgedrungen ist. Da hilft es nicht, dass die krude Meinung, das
14 Virus sei ja gar nicht so gefährlich, immer weiter salonfähig gemacht wird. "Gib AIDS keine Chance"
15 ist kein legitimer Beitrag zur gesellschaftlichen Debatte um die richtigen Maßnahmen im Kampf gegen
16 die Pandemie, ganz im Gegenteil. Äußerungen wie diese, und die dahinterstehenden Ansichten, sind
17 brandgefährlich und können in letzter Konsequenz nur noch mehr Menschenleben kosten.

18 Die generelle Diskursverschiebung innerhalb der Gesellschaft hat zur Folge, dass die akute
19 Gefahrenlage seitens rechter Parteien, Randgruppen und Medien gezielt für Stimmenfang,
20 Wahlwerbung und Quoten genutzt wird. Beispielhaft ist hier der Tod eines 13-jährigen Mädchens in
21 Rheinland-Pfalz zu nennen, die zusammenbrach, während sie eine Maske trug und daraufhin in
22 medizinische Behandlung musste. Die AfD-Bundestagsabgeordnete Birgit Malsack-Winkelmann
23 verbreitete diesen Fall auf Facebook und vermutet, die Maske sei schuld an ihrem Zusammenbruch und
24 Tod. Akteur*innen der AfD und des rechten Spektrums schaffen es, über die Emotionalisierung solcher
25 Fälle über die sozialen Medien, online eine verschwörungsideologisch geprägte Gegenöffentlichkeit
26 aufzubauen, welche insbesondere die Schutzmaßnahmen von Landes- und Bundesregierung(en)
27 kategorisch ablehnen und sich selbst als Widerständler*innen gegen ein vermeintlich diktatorisches
28 Regime verstehen.

29 Durch den gezielten Anschluss verschwörungsideologischer Corona-Leugner an tatsächliche politische
30 Problemlagen, etwa die faktischen Berufsverbote in der Eventbranche oder die Einschränkungen in
31 Schulen und KiTas, drängen verschwörungstheoretische Inhalte in die öffentliche Debatte. Die dabei
32 entstehende öffentliche Akzeptanz der Verschwörungstheorien als legitime politische
33 Meinungsäußerung hat zur Folge, dass es solche Ansichten immer wieder schaffen, etwa in Talkshows
34 wissenschaftlich eindeutig fundierten Positionen als gleichwertig und diskutabel gegenübergestellt
35 werden. Insbesondere dann, wenn Menschen mit einem akademischen Titel, sowie Ärzt*innen sich
36 gegen bestimmte Maßnahmen oder die politische Linie an sich aussprechen, wird seitens der
37 Öffentlichkeit nachvollziehbarer Weise automatisch eine besonders Hohe Glaubwürdigkeit
38 angenommen. Hier besteht ein hohes Missbrauchspotential für solche Ärzt*innen und

39 Wissenschaftler*innen, die ihren Titel gezielt nutzen, um ihren verschwörungsideologischen Gedanken
40 eine größere Reichweite zu verleihen.

41 Zu nennen sind hier beispielsweise der Mediziner Wolfgang Wodarg sowie Dr. Martin Schwab von der
42 Universität Bielefeld, die sich gegen viele Corona-Maßnahmen aussprechen und der Presse vorwerfen
43 im Dienst „der profitierenden Test-, Impf- oder Datenkonzerne mit ihren politischen Gönnern und
44 Nutznießern“ zu stehen.¹ Ebenso behauptet das Forscher-Ehepaar Prof. Karina Reiß und Prof. Sucharit
45 Bhakdi, es gäbe gar „keine Epidemie von nationaler Tragweite und somit keinen Grund für
46 Einschränkungen.“² Aussagen wie diese sind gerade deshalb hochgefährlich, da sie Menschen in ihrem
47 verschwörungsideologischen Glauben bestärken, politischen Akteur*innen wie der AfD zusätzliches
48 Futter geben und die Akzeptanz solcher Ansichten in der Gesellschaft insgesamt stärken.

49 Dieser Akzeptanz muss eindeutig und klar entgegengewirkt werden. Zwar muss klar sein, dass ein
50 kritisches Hinterfragen der Anti-Corona Maßnahmen für unser gesellschaftliches und demokratisches
51 Miteinander wichtig und unverzichtbar bleibt. Ein solcher Diskurs kann aber nur dann Bestand haben,
52 wenn er auf Basis der bestehenden Realitäten geführt wird. Klar ist auch, dass die von Grenze
53 überzogener Kritik, hin zu verschwörungsideologischen Äußerungen nicht immer eindeutig definiert ist.
54 Umso zentraler ist es aber daher, dass in öffentlichen Diskussionen strikt darauf geachtet wird, den
55 möglichst aktuellen Sachstand wissenschaftlicher Erkenntnisse als gemeinsame
56 Diskussionsgrundlage zu verwenden, um über die Verhältnismäßigkeit von Schutzmaßnahmen zu
57 reden. Der Zugang zu diesen wissenschaftlichen Erkenntnissen muss für alle leichter zugänglich und
58 sichtbar gemacht werden, insbesondere online. Der Schlüssel, um dieses Ziel zu erreichen, ist guter,
59 breit ausfinanzierter öffentlicher Zugang zu wissenschaftlichen Erkenntnissen. Hier leisten bereits
60 heute wissenschaftsjournalistische Formate wie beispielsweise „MaiLab“ der promovierten Chemikerin
61 Mai Thi Nguyen-Kim wichtige Arbeit. Diese gilt es, insbesondere über öffentlich-rechtliche Formate,
62 weiter zu fördern und in die breite Öffentlichkeit zu tragen, um eine informierte Debatte zu ermöglichen.
63 Zudem können Open-Source Angebote von Hochschulen einen wichtigen Beitrag leisten, um
64 interessierten Bürger*innen einen vergleichsweise barrierearmen Zugang zu ihren Methoden und
65 Forschungsergebnissen zu eröffnen.

66 **Die Juso-Hochschulgruppen fordern daher:**

- 67 • Eine klare Abgrenzung von verschwörungsideologischen Äußerungen im öffentlichen Diskurs
68 um die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. Die Tatsache, dass wir uns in einer
69 Pandemie befinden, und dass diese mit schwerwiegenden Krankheitsbildern bis hin zum Tod
70 verbunden ist, steht nicht zur Debatte.
- 71 • die eindeutige Bekenntnis zu wissenschaftlichen Standards bei Diskursteilnehmenden, ob in
72 Talk Shows oder anderweitiger Öffentlichkeit.
- 73 • die Ausfinanzierung bestehender sowie den Aufbau von wissenschaftsjournalistischen
74 Angeboten, insbesondere als Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

¹ Wodarg, Wolfgang: Viren sind nicht das Problem-bleiben Sie besonnen!, <https://www.wodarg.com/>, [14.10.2020].

² Schafranek, Thomas: Coronavirus-Einschränkungen: Professor Sucharit Bhakadi fordert Aufhebung – „85 Prozent sind immun“, in: Fuldaer Zeitung, [14.10.2020], <https://www.fuldaerzeitung.de/panorama/coronavirus-massnahmen-sucharit-bhakdi-professor-immunitat-covid19-pandemie-karina-reiss-kiel-90028917.html>, [14.10.2020].

- 75
- Die Breitbandfinanzierung wissenschaftlicher Arbeiten und den Ausbau von Open Source
- 76
- Angeboten an und von Hochschulen.

Antragsbereich D: Demokratie & Kampf gegen Rechts

Antrag D4_20

1 **Antragssteller*in:** Juso-Hochschulgruppen Hessen

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **D4_20 Wer schützt das Grundgesetz? - Eine** 4 **kritische Auseinandersetzung mit dem** 5 **Verfassungsschutz**

6 Wer "Amt für Verfassungsschutz" sagt, muss NSU sagen. 9 Jahre nach der endgültigen Aufdeckung des
7 Haupttäter*innentrios des NSU, 7 Jahre nach Beginn des Strafprozesses gegen den harten Kern und 2
8 Jahre nach dessen vorläufigen Endes bleiben viele Fragen offen. Die Rolle der Sicherheitsbehörden ist
9 (bisher) nur unbefriedigend aufgearbeitet worden. Insbesondere das Amt für Verfassungsschutz muss
10 sich schwerwiegende Vorwürfe gefallen lassen. Zwar wurden diverse Untersuchungsausschüsse auf
11 Landes- und Bundesebene eingerichtet, die zu teilweise erschreckenden Erkenntnissen kamen, dennoch
12 sind aufgrund diverser Faktoren, wie z.B. parteipolitische Manöver oder mangelnde
13 Kooperationsbereitschaft der untersuchten Behörden, abgesehen von einigen Personalrochaden, kaum
14 Konsequenzen gezogen worden. Daran muss sich etwas ändern.

15 **Die problematischen Anfänge und ihr Einfluss auf Heute**

16 Das heutige Konzept des Verfassungsschutzes hat, wie so viele Behörden der Bundesrepublik, seinen
17 Ursprung in den Lehren, die man aus der Weimarer Republik gezogen hat. Konzipiert wurde er teilweise
18 von Menschen, die vor dem Nationalsozialismus aus Deutschland fliehen mussten, oder vertrieben
19 wurden als eine Art politische Polizei. Nach Auflösung der alten Nazi-Strukturen hielten die Alliierten
20 dies für eine gute Möglichkeit einen Staatsschutz gegen politische Extremist*innen aufzubauen. Die
21 föderalistische Komponente wurde, wie in der gesamten Verfassung, als Schutz vor zentralisiertem
22 Missbrauch eingeführt. Des Weiteren wurde von Seiten der Alliierten verfügt, dass der neue
23 Staatsschutz keine polizeilichen Befugnisse, wie bspw. Verhaftungen, und keine Befehlsgewalt über die
24 Polizei haben dürfe. Dies galt für Bundes- und Landesebene.

25 Bei den Gründungen der ersten Behörden, die den "Verfassungsschutz" aufbauen sollten, wurde jedoch
26 auf nationalsozialistische Altlasten zurückgegriffen, wodurch das Konzept von Anfang an unterlaufen
27 wurde. Des Weiteren wurde am Anfang der Bundesrepublik der Feind aufgrund des aufkommenden
28 kalten Krieges, aber natürlich auch aufgrund des eingesetzten Personals, eher links gesehen. Anfangs
29 spielte klar der Antikommunismus eine überproportional große Rolle im Verfassungsschutz und dies
30 scheint sich innerhalb der Strukturen auch verstetigt zu haben, wie man den Problemen der
31 Landesämter der "neuen" Bundesländer sehen wird.

32 Innerhalb dieser gab es schon ab der Gründung anfang der 90er Jahre Probleme mit einer Schiefelage
33 der thematischen Schwerpunkte. Neben den mindestens kuriosen Einträgen der DGB Jugend und der
34 Bündnisgrünen in den Verfassungsschutzbericht, führte es im Endeffekt auch dazu, dass der NSU mit
35 Geld ausgestattet wurde. Die jungen Verfassungsschutzbehörden wurden nämlich von
36 "Aufbauhelfer*innen" aus dem Westen aufgebaut. Dass man dafür nicht das Beste, sondern eher das
37 problembehaftete Personal aus dem Westen abstellte, dürfte auf der Hand liegen. Exemplarisch dafür
38 steht das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz, dessen erster Präsident und Aufbauhelfer Helmut

39 Roewer war. Dieser steht stellvertretend für eine Generation von in der frühen BRD sozialisierten
40 Sicherheitsbeamten, die durch den oben angesprochenen Antikommunismus geprägt wurden und
41 teilweise mit extrem rechten Tendenzen auffällt. Roewer ist heute Autor der neuen Rechte bei Junge
42 Freiheit, Compact, im Ares Verlag und tritt als Referent auf. Er kommt also ganz nach einem anderen
43 bekannten ehemaligen Präsidenten des Bundesamtes.

44 **Strukturelle Probleme**

45 Der Verfassungsschutz arbeitet mit einem Begriff, dem Extremismus, der juristisch nicht definiert ist
46 und sozialwissenschaftlich mindestens als umstritten gilt. Er ordnet politische Bestrebungen, die sich
47 gegen das Grundgesetz richten, als extremistisch ein. Radikal dagegen sind Ansichten, deren Ziel ein
48 Zustand ist, der sich gerade noch innerhalb des Grundgesetzes bewegt. Dabei macht der
49 Verfassungsschutz keine weitere Unterscheidung zwischen Links- und Rechtsextremismus. Diese
50 Darstellung, die auch nicht innerhalb der Behörden kritisch hinterfragt wird, ist stark unterkomplex und
51 ebenfalls ein Überbleibsel aus dem kalten Krieg.

52 Auf der einen Seite ist die Unterscheidung zwischen Extremismus und Radikalismus mit den gegebenen
53 Voraussetzung unmöglich in einer objektiven Weise zu treffen und auf der anderen Seite führt die
54 Darstellung zu einer Gleichsetzung des Links- und Rechtsextremismus. Geprägt ist diese Gleichsetzung
55 vor allem durch Uwe Backes sogenannte Hufeisentheorie. Doch wie können die Phänomene Rechts-
56 und Linksextremismus gleichgesetzt werden, obwohl nicht mal Rechts- oder Linksextremismus selbst
57 homogene Phänomene sind? Wie kann es sein, dass laut der Extremismustheorie und demnach laut
58 Verfassungsschutz Anarchist*innen mehr mit Nationalsozialist*innen zu tun haben als
59 Nationalsozialist*innen mit Nationalkonservativen, die sich gerade noch so im Rahmen des
60 Grundgesetzes bewegen, obwohl diese die gleiche ideologischen Herkunft haben und sogar in vielen
61 Sachfragen gleicher Meinung sind? Und wie kann es sein, dass Anarchist*innen mit Kommunist*innen
62 und Nationalsozialist*innen mit Monarchist*innen (oder Reichsbürger*innen) gleichgesetzt werden,
63 obwohl es sich um völlig unterschiedliche Phänomene mit völlig unterschiedlichen
64 Organisationsformen handelt? Das kann nur in einer Behörde passieren, die entweder Mitarbeiter*innen
65 zwischen Links- und Rechtsextremismusabteilungen einfach hin und her schiebt, oder gleich einfach
66 eine allgemeine Extremismus Abteilung einführt. So ist ein effektiver Schutz des Grundgesetzes nicht
67 möglich! Wer die RAF bei seiner Suche im Kopf hat, findet die Kaderstrukturen der Neonazis nicht!

68 Ein weiteres riesiges Problem sind die V-Leute. Ganz allgemein erscheint es schon ein bisschen naiv zu
69 erwarten von (Führungs-) Personen aus der rechten Szene gegen Geld genaue und Erkenntnis bringende
70 Auskünfte zu erhalten. Gefährlich wird es, wenn man diesen bis zu 100.000€ für ihre Informationen gibt,
71 die diese dann in die Szene investieren können, um beispielsweise Mordwaffen zu kaufen. Pervers wird
72 es, wenn man flächendeckend verhindert, dass gegen sie ermittelt wird oder Verfahren eröffnet werden,
73 obwohl mutmaßlich schwere Straftaten von V-Leuten begangen wurden. All das und viel mehr ist jedoch
74 im Vorfeld oder Laufe des NSU Terrors und der nachfolgenden gerichtlichen und parlamentarischen
75 "Aufarbeitung" geschehen. Herr Roewer aus Thüringen und sein Landesamt dienen als bestes Beispiel.
76 So stellt Herr Roewer Timo Brandt, einem der Obersten der Thüringer rechtsextremen Szene, 100.000€
77 zur Verfügung, damit dieser die Thüringer Szene ausbauen und sich Bundesweit vernetzen könne. Im
78 Gegenzug wollte Roewer Informationen über die nächsten Aktionen der Szene. Diese lieferte Brandt
79 auch, sodass die Landesregierung regelmäßig Naziaufmärsche unterbinden konnten, weil diese ja so
80 schlecht für das Image sind. Über Kleinigkeiten wie Schießtrainings und das Besorgen von Waffen
81 schweigt Brandt jedoch, oder aber der Verfassungsschutz gibt diese Infos nicht weiter. Beides fatal. Zu
82 guter Letzt werden die mindestens 30 Strafverfahren gegen Brandt eingestellt und der
83 Verfassungsschutz bittet darum die "Hexenjagd" auf Brandt doch bitte einzustellen. Die Hexenjagd auf
84 einen bekannten Nazi. Einstellen. Von staatlicher Stelle gefordert.

85 Hierbei handelt es sich nur um ein Beispiel von vielen, dafür, dass V-Leute in der Neonazi-Szene eine
86 kaum zu kontrollierende Gefahr darstellen. Schlimmer noch: sie nutzen staatliches Kapital, um ihre
87 Netzwerke weiter auszubauen und zu stärken. Das V-Leute-Prinzip läuft jeglicher Rechtsstaatlichkeit
88 zuwider, sodass die Frage gestellt werden darf, ob der Verfassungsschutz auf diese Weise nicht sogar
89 die Strukturen stärkt, welche er eigentlich bekämpfen sollte?

90 Das dritte strukturelle Problem ist, wie der Verfassungsschutz die Öffentlichkeit informiert. Der
91 Verfassungsschutz unterliegt einer Berichtspflicht gegenüber der Öffentlichkeit. Diese drückt sich in
92 prominentester Weise durch die Verfassungsschutzberichte aus. Wir erinnern uns noch alle an die
93 Aussagen von Hans Georg Maaßen bezüglich der Hetzjagden in Chemnitz 2018. Dabei wurde die
94 Privatmeinung eines Einzelnen, von diesem bestimmt nicht ganz ungewollt, als Meinung der Behörde,
95 die Nazitreffen eigentlich verhindern oder vor ihnen warnen sollte, verkauft. Ein weiterer Fall waren die
96 Prüffalläußerungen des neuen Präsidenten Anfang 2019 über die AFD. Dabei wurde die AFD als Prüffall
97 für extremistische Bestrebungen genannt. Man hatte Indizien und wollte die Öffentlichkeit darüber
98 informieren, dass die Oppositionsführer*in im Bundestag untersucht werden wird. Das Problem daran
99 war, dass es zu "Prüffällen" keine Regelungen gibt, da sie eben noch keine Verdachtsfälle sind.
100 Deswegen sah sich die AFD in ihren Parteirechten und Teilnahmechancen eingeschränkt und klagte vor
101 dem Verwaltungsgericht Köln. Dieses gab der AFD Recht und der Verfassungsschutz musste seine
102 Äußerung zurücknehmen. Da war der "Schaden" für die AFD jedoch schon angerichtet. Nun war das
103 kein großer Skandal, da von großen Teilen der Bevölkerung sowieso angenommen wird, dass sich die
104 AFD tatsächlich nicht sonderlich um das Grundgesetz schert, aber man stelle sich vor, dies wäre
105 beispielsweise mit "Die Linke" passiert. Es wurde unbefugt und unlegitimiert amtlich der Eindruck
106 erweckt, dass eine Partei verfassungsfeindlich ist, obwohl man nichtmal mit dem Auswerten der
107 Hinweise fertig war (sonst wäre die AFD, wie ihre Jugendorganisation) schon ein Prüffall.

108 Die enormen Auswirkungen von Erwähnungen durch den Verfassungsschutz bekommen darüber hinaus
109 auch jedes Jahr die Erwähnten im Verfassungsschutzbericht mit. Eine Erwähnung kommt in den
110 meisten Fällen einer Vorverurteilung gleich. Ganz abgesehen von kuriosen Erwähnungen, die es jedes
111 Jahr gibt, zeigt dies wie mächtig die 17 Ämter und damit die Innenministerien tatsächlich sind. Alleine
112 mithilfe einer Erwähnung können sie beliebige Projekte gesellschaftlich ausschließen. Das
113 nachträgliche Rausstreichen durch Verwaltungsgerichte ist dann meist nur noch Kosmetik, da auch hier
114 der Schaden schon angerichtet ist.

115 **Rechtsstaatlichkeit und parlamentarischer Kontrollaussch(II)uss**

116 An den oben genannten Sachverhalten erkennt man die extreme (gesellschaftliche) Macht, die der
117 Verfassungsschutz hat. Doch wie sieht es mit Kontrollen dieser aus?

118 Der Verfassungsschutz unterliegt, wie jeder Teil der Exekutive, natürlich grundsätzlich der Kontrolle
119 durch die Parlamente und kann von den Gerichten zurechtgewiesen werden. Die parlamentarische
120 Kontrolle ist stark unterschiedlich ausgestaltet. Es gibt in den Landesparlamenten oder im Bundestag
121 jeweils entweder einen Ausschuss, eine Kontrollkommission, oder ein parlamentarisches
122 Kontrollgremium. Im Folgenden wird der Einfachheit halber der Begriff Kontrollgremium verwendet.

123 In allen Ländern plus Bund müssen die jeweiligen Fachminister*innen dem Kontrollgremium über die
124 allgemeinen Tätigkeiten des jeweiligen Verfassungsschutzes berichten. Nur in 8 Ländern plus Bund darf
125 über Einzelfälle oder konkrete Themen berichtet werden, was die Kontrolle der Exekutive nicht gerade
126 leichter machen dürfte. Die Regelungen zur Akteneinsicht und -auskunft und zur Anhörung von
127 Mitarbeiter*innen sind in den Ländern sehr unterschiedlich und ungenau. Teilweise hat gar die
128 Landesregierung nach eigenem Ermessen zu entscheiden, wie beispielsweise in Hessen. Auch dies
129 scheint einer Kontrolle eher hinderlich zu sein. Im Bund hat das Kontrollgremium glücklicherweise
130 umfangreiche Rechte in diesen Fällen. Ein großes Problem stellt in diesem Fall der Föderalismus dar.

131 Dieser macht es unmöglich eine Stelle einzurichten, von der alle Informationen abgerufen werden
132 können, da das jeweilige Landeskontrollgremium nur Informationen zur Landesbehörde erhält und das
133 Bundeskontrollgremium nur Informationen zum Bundesamt. Dies macht eine effektive bundesweite
134 Kontrolle des Verfassungsschutzes de facto unmöglich. Die den Regierungen zugeschrieben
135 Verweigerungsgründe tun dann ihr übriges. Das Verweigerungsrecht der Regierungen liegt dabei meist
136 im Ermessen der Regierung selbst. Insbesondere Quellenschutz und Schutz von Partnerdiensten
137 werden dazu angeführt. Wenn man als Innenminister*in den Verdacht hat, dass der eigene
138 Nachrichtendienst sich in einer Sache nicht gerade mit Ruhm bekleckert hat, dann dürfte die Abwägung
139 zwischen Verweigerungsrecht und dem Recht auf Unterrichtung des Parlamentes sehr leichtfallen.

140 Neben den ständigen Kontrollkommissionen wurden gerade in Bezug auf den NSU-Komplex einige
141 parlamentarische Untersuchungsausschüsse auf Bundes- und Landesebene eingerichtet. Dieser kam
142 unter anderem zu dem Ergebnis, dass die Aktenführung beim Verfassungsschutz einer Lotterie
143 gleichkommt. Ob dies ganz unabsichtlich so ist, darf auch aufgrund der vielfach bescheinigten krassen
144 Verfehlungen, bezweifelt werden. Wenn kurz nach Bekanntwerden des NSU Akten vernichtet werden die
145 noch keine 15 Jahre (die normale Zeit nach der inzwischen unwichtig gewordenen Akten vernichtet
146 werden) alt sind, ist der Verdacht der Vertuschung auch nicht gerade weit her geholt.

147 Weitere rechtsstaatlich fragwürdige Aktionen von politischen Verantwortlichen, wie z.B., dass Volker
148 Bouffier als damaliger Innenminister seinen V-Leuten nicht erlaubte vor Gericht auszusagen, würden
149 hier den Rahmen sprengen. Und das auch dann, wenn man nur die offiziellen Ergebnisse des 1.
150 Untersuchungsausschusses im Bundestag nimmt und nicht das was anderweitige antifaschistische
151 Recherchen seit damals noch alles ergaben.

152 **Forderungen und Fazit**

153 Daher fordern wir:

- 154 • die Abschaffung der 17 Ämter für Verfassungsschutz und die Schaffung einer neuen
155 Bundesbehörde mit einheitlichen Regelungen zu ihren Befugnissen und der Vorgehensweise
156 und insbesondere die Abschaffung des V-Leute-Prinzips
- 157 • die regelmäßige Überprüfung von Beamt*innen auf Teilnahme an Aktionen, die auf eine
158 Abschaffung des GG, insbesondere der darin garantierten Rechte, hinwirken, durch ein neues,
159 vom Staatsschutz unabhängiges, Organ
- 160 • mehr Transparenz, um parlamentarische Aufklärungsarbeit zu ermöglichen, darüber hinaus die
161 unmittelbare Offenlegung der Akten aus dem NSU Komplex
- 162 • die Einführung von Staatsschutzbeauftragten durch das Parlament, welche unabhängig von der
163 Exekutiven die Arbeit des Staatsschutzes kontrollieren
- 164 • den polizeilichen Staatsschutz auf Strafverfolgung und Gefahrenabwehr zu beschränken
- 165 • mehr Diskussionen über das Was und Wie einer modernen und demokratischen
166 Sicherheitspolitik
- 167 • staatlich geförderte Forschung zum Thema Extremismus und autoritärer Einstellungen, auch
168 im Zuge wissenschaftlicher Studien über die Verbreitung innerhalb der Polizei

169 **Fazit:**

170 Die Ämter für Verfassungsschutz haben die Aufgabe das Grundgesetz zu schützen. Dieser Aufgabe wird
171 der Verfassungsschutz in seiner aktuellen Ausgestaltung jedoch nicht gerecht. Das Amt für

172 Verfassungsschutz hat in der Vergangenheit für zu viele negative Schlagzeilen gesorgt. Aufgrund der
173 enormen Macht, die diesem Organ innewohnt, hat sich der Verfassungsschutz, so wie viele andere
174 Sicherheitsorgane, zu einem besonders verlockenden Ort für Rechtsextremist*innen entwickelt, was
175 diesem Organ einen enormen Schaden zugefügt hat. Die Skandale der letzten Jahre haben dazu geführt,
176 dass das Misstrauen gegenüber diesen Organen stark zugenommen hat. Dabei liegt es sowohl in
177 unserem Interesse als auch in dem des Staates, dass solche extremistischen Strukturen und Netzwerke
178 mit aller Entschlossenheit bekämpft werden müssen!

Antragsbereich E: Europa & Internationales

Antrag E1_20

1 **Antragssteller*in:** Juso-HSG Leipzig

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **E1_20 Europäische Hochschulen? Nur mit** 4 **Demokratie!**

5 279 Hochschulen haben sich auf Initiative der Europäischen Kommission hin als Teil der European
6 University Initiative in 41 Allianzen zusammengeschlossen. Das bedeutet, dass jetzt eine Hochschule
7 pro ca. 65.000 europäischer Studierender Teil dieses Projektes ist. In der ersten Förderperiode erhält
8 jede Allianz jeweils für drei Jahre fünf Millionen Euro, um eigenständige Strukturen aufzubauen und die
9 interne Kooperation zu initiieren. 35 deutsche Hochschulen¹ sind Teil dieser Allianzen. Zusätzlich zur
10 europäischen Förderung werden diese *European University Alliances* (EUA) mit deutscher Beteiligung im
11 Rahmen eines nationalen Begleitprogramms unter Verwaltung des Deutschen Akademischen
12 Austausch Dienstes (DAAD) mit insgesamt 28 Mio. € gefördert. Auch Frankreich stellt mit einem
13 nationalen Begleitprogramm zusätzliche finanzielle Mittel bereit.

14 Es zeichnet sich mehr und mehr ab, dass mit diesem Projekt ambitionierte Pläne verfolgt werden
15 innerhalb einer weiteren europäischen Einigung nach dem Brexit. Ein begrüßenswertes Ziel der EUA
16 nach Maßgabe der EU-Kommission ist es zu erreichen, dass 50% aller Studierenden der Hochschulen
17 einer EUA innerhalb dieser mobil sind. Das ist ein Ziel, das wir ausdrücklich unterstützen. Doch was
18 genau unter dieser Mobilität zu verstehen ist, ist im Gegensatz zu einem Erasmus+ Semester allerdings
19 (noch) unklar. Die EUAs arbeiten an unterschiedlichen Formen wie Sommerschulen, Online-Kursen und
20 der klassischen Mobilität. Daraus können verschiedene Probleme entstehen, virtuelle "Mobilität" könnte
21 gerade in Zeiten dieser Pandemie sich als günstigere Mobilitätsalternative gegenüber der physischen
22 Mobilität durchsetzen. Für uns ist klar: Nur physische Mobilität ist echte Mobilität. Studierende müssen
23 die Möglichkeit haben, in Präsenz an anderen Hochschulen zu Lernen und sich mit Kommiliton*innen
24 auszutauschen!

25 Am wichtigsten ist jedoch die Sicherstellung studentischer Interessenvertretungen innerhalb der
26 neuentstehenden Institutionen. Während einige EUAs die Einrichtung von studentischer Beteiligung in
27 Student Councils oder ähnlicher Strukturen schon mit Antragstellung vorgesehen haben, kämpfen
28 andere Studierendenschaften um angemessene Beteiligung oder wissen schlimmstenfalls nicht einmal
29 von der Existenz ihrer EUA.

¹ Universität Leipzig, Universität Siegen, Universität Duisburg Essen, Humboldt Universität Berlin, Hertie School, Eberhard Karls Universität Tübingen, TU Hamburg, Friedrich Schiller Universität Jena, Universität Potsdam, Friedrich-Alexander Universität Erlangen Nürnberg, Universität Mannheim, RWTH Aachen, TU Berlin, Universität Göttingen, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Karlsruher Institut für Technologie, Universität Konstanz, LMU München, Brandenburgische TU Cottbus-Senftenberg, Universität Köln, FH Mittweida, TU Bergakademie Freiberg, TU München, FH Darmstadt, HfBK Dresden, Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, Universität Bonn, CAU Kiel, Universität des Saarlandes, Ruhr University Bochum, TU Darmstadt, Heinrich Heine Universität Düsseldorf, Universität Bremen, FU Berlin & Ruprechts-Karls-Universität Heidelberg

30 Die EUAs bieten die Chance kein Leuchtturmprojekt zu werden und stattdessen einen in der Breite
31 verankerten neuen Hochschultyp zu kreieren. Aus der Erfahrung vergleichbarer Förderprojekte zeigt sich
32 aber leider auch, dass in großen Teilen der Hochschulgovernance der Wunsch nach Spitzenförderung
33 und Exzellenz weit verbreitet ist. Die Juso-Hochschulgruppen werden sich dafür einsetzen, dass die
34 EUAs den Grundstein für eine hürdenarme, internationale studentische Demokratie legen und sich nicht
35 zu einem Elitenprojekt wie die Exzellenzinitiative entwickeln. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sie
36 auf allen Ebenen den selbstartikulierten Zielen gerecht werden, die Qualität steigern, neue Formen des
37 Studierens und Lehrens ermöglichen und sich dabei der Wettbewerbsfähigkeit verwehren.

38 Da die Allianzen noch am Anfang ihrer Entwicklung stehen und durch die Corona-Pandemie hinter ihrem
39 Zeitplan zurückbleiben, beobachten die Juso-Hochschulgruppen die weitere Entwicklung der EUAs und
40 den europäischen Gesetzgebungsprozess genau und fordern bis auf weiteres:

- 41 • dass jede EUA eine durch die lokalen Studierenden legitimierte, funktionsfähige und
42 demokratische Studierendenschaft hat, die an den wichtigen Entscheidungen der jeweiligen
43 Allianz beteiligt ist,
- 44 • dass Mobilität im Sinne der EUAs nur als Mobilität gezählt werden soll, wenn sie einen
45 physischen Anteil enthält und mindestens zwei Monate anhält und
- 46 • dass alle Studierenden der Hochschulen Zugang zu den Vorteilen der EUAs haben.

Antragsbereich F: Feminismus & Gleichstellung

Antrag F1_20

1 **Antragssteller*in:** Juso-Hochschulgruppen Berlin, Nordrhein-Westfalen, Sachsen & Thüringen

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **F1_20 Frauen* und Corona - in der Pandemie** 4 **zeigen sich manifestierte gesellschaftliche** 5 **Ungleichheiten**

6 Als im Dezember 2019 aus China die ersten Meldungen eines neuen, unbekanntem Virus nach Europa
7 gelangten, konnten wir uns alle noch nicht einmal im Ansatz vorstellen, welche Auswirkungen die
8 Mutation eines einzigen Virus für die ganze Welt haben würde.

9 Innerhalb von knapp drei Monaten stellte die Covid-19-Pandemie alles auf den Kopf. Viele
10 Lebensbereiche wurden komplett verändert und Diskussionen angestoßen, die vorher nur am Rande
11 stattfanden. Die Digitalisierung erhielt einen großen Aufwind, aus Landflucht wurde Stadtflucht und
12 Gesundheit rückte mehr ins Bewusstsein der Menschen. Gleichzeitig finden Entwicklungen statt, die
13 alles andere als begrüßenswert sind. Neben Verschwörungstheoretiker*innen und schwindender
14 Solidarität in der Gesellschaft zeigt sich vor allem in dieser Krisenzeit, wie stark das Patriarchat weltweit
15 manifestiert ist.

16 Dieser Antrag zeigt die Bereiche auf, in denen Frauen* besonders von negativen Auswirkungen der
17 Coronapandemie betroffen sind und stellt Forderungen auf, um die bestehenden Ungleichheiten zu
18 bekämpfen.

19 **Klatschen reicht nicht – Gehälter und Stellenkapazitäten in Gesundheit, Pflege und Kinderbetreuung** 20 **erhöhen**

21 Diejenigen, die ganz am Anfang der Pandemie am härtesten arbeiteten, waren Kranken- und
22 Altenpfleger*innen, Erzieher*innen und Mitarbeiter*innen in der Lebensmittelversorgung.

23 Diese Berufsgruppen haben eines gemeinsam: größtenteils sind es Frauen*, die diese Arbeit leisten.
24 Nach Stand von 2010 sind 95,8 % der Erzieher*innen weiblich sowie 89,9 % der Kassierer*innen und 86,2
25 % der Krankenpfleger*innen.¹

26 Menschen, die in diesen Berufen arbeiten, sind einem besonders hohen Infektionsrisiko ausgesetzt –
27 ebenso wie ihre Familien. Gleichzeitig sind diese Berufe systemrelevant – Mitte März waren es gerade
28 die gesundheitliche Versorgung und die Kinderbetreuung, nach der verzweifelt gefragt wurde.

29 In diesen Bereichen war die Versorgungslage schon vor Corona problematisch. Durch zunehmenden
30 Kostendruck wurden im Gesundheitswesen Stellen gestrichen und Krankenhäuser geschlossen,
31 während händeringend nach Fachpersonal gesucht wird. Gleichermaßen fehlten Erzieher*innen und
32 Kindertagesstätten. Eltern müssen ihre Kinder quasi direkt nach der Geburt für einen Kitaplatz

¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_Frauenanteilen_in_der_Berufswelt

33 anmelden, und falls sie doch keinen Platz in der Wunschkita finden, müssen sie andere teurere Angebote
34 wählen.

35 Die Corona-Pandemie traf beide Sektoren hart. Volle Betten in Krankenhäusern, unbezahlte
36 Überstunden, fehlende Schutzausrüstung, unklare Vorgaben von Behörden. Und dann gleichzeitig noch
37 die Familie zu Hause – Kinder, die zuhause unterrichtet oder betreut werden müssen, Partner*innen, die
38 aus dem Home Office arbeiten müssen sowie Angehörige, um die sich gekümmert werden muss. Das
39 ist eine Belastung, die niemand einfach so aushalten kann. Für viele Frauen* ist sie die bittere Realität.

40 Dieser Belastung gegenüber steht eine Bezahlung, die dieser nicht einmal ansatzweise gerecht wird.
41 Zurecht streikten im September und Oktober Angestellte des öffentlichen Dienstes, um auf ihre Situation
42 aufmerksam zu machen. Mit ihnen solidarisieren wir uns, denn ein einmaliger Bonus löst die Probleme
43 der Beschäftigten nicht. An Gesundheit, Pflege und Betreuung kann und sollte nicht gespart werden.

44 Wir fordern daher:

- 45 • Entsprechend der Forderungen von ver.di² 4,8 % mehr Gehalt für Angestellte des öffentlichen
46 Dienstes im Gesundheits-, Pflege- und Betreuungswesen
- 47 • Dementsprechend mehr Gehalt für Auszubildende, Praktikant*innen und Studierende in
48 sozialen Berufen (mindestens 100 € mehr pro Monat)
- 49 • Ausweitung der Personalkapazitäten in sozialen Einrichtungen
- 50 • Kleinere Betreuungsschlüssel in Kindergartengruppen zur besseren Entwicklungsförderung von
51 Kindern und zur Einhaltung der Infektionsschutzmaßnahmen

52 Die Probleme von Berufstätigen in anderen Branchen lassen wir nicht außer Acht. Auch hier traten
53 Mehrfachbelastungen und Unsicherheiten auf. Neben Kinderbetreuung, der Pflege von Angehörigen und
54 dem Haushalt machte auch die unsichere Rechtslage des Arbeitens im Home Office
55 Arbeitnehmer*innen und -geber*innen zu schaffen. Im Gegensatz zu anderen Ländern gab es in
56 Deutschland noch eine sehr stark ausgeprägte Bürokrultur. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass wir
57 uns für die Zukunft darüber Gedanken machen müssen, wie sich Arbeit über die Pandemie hinaus
58 gestalten lässt. Eine Mischung aus digitalen Formaten und Präsenztagen kann langfristig genutzt
59 werden, damit Berufstätige ihre Arbeit und ihr Leben besser miteinander vereinen können.

60 Wir unterstützen den Vorstoß von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, ein Recht auf Home Office für
61 Berufstätige festzuschreiben. Wer mobil arbeiten will, sollte das auch tun dürfen. Wir fordern darüber
62 hinaus

- 63 • Die Bereitstellung von Arbeitsgeräten durch Arbeitgeber*innen für das mobile Arbeiten
- 64 • Den Anstoß einer ernsthaften Debatte über die Vier-Tage-Woche als menschenfreundlicheres
65 Arbeitsmodell

66 **Care Arbeit- Wer sich kümmert und wen es (nicht) kümmert**

67 Dass unser Wirtschaftssystem auf unbezahlter Care Arbeit beruht, ist nichts Neues. Auch nicht, dass
68 diese meist von Frauen* und/oder Müttern erledigt wird. Genauer gesagt wurde die Care Arbeit bereits
69 vor der Corona Pandemie doppelt so viel von Frauen* geleistet wie von Männern.

² <https://unverzichtbar.verdi.de/>

70 Die aktuellen kapitalistischen Strukturen bevorzugen Männer und benachteiligen strukturell Frauen*.
71 Diese strukturelle Diskriminierung liegt sowohl am Gender Pay Gap, nach welchem Männer nach wie vor
72 ca. 21% mehr verdienen als Frauen*, als auch an der Gesetzeslage, welche durch das sogenannte
73 Ehegattensplitting den Anreiz für Frauen* in heterosexueller Ehe schafft, zuhause zu bleiben. Aber auch
74 die stereotype Rolle der Frau* als Verantwortliche für Kinder und Haushalt dominiert noch immer
75 gesellschaftliches Denken und Handeln.

76 Die prekäre Ungleichheit und Ausbeutung der Frauen* ist durch die Corona Krise stark gefördert
77 worden. Denn durch die Schließung von Schulen, Kindertagesstätten und ähnlichem, ist zu der ohnehin
78 schon zeit- und arbeitsaufwendigen Care Arbeit die nun ganztägige Kinderbetreuung sowie die Aufgabe
79 der Bildung der Kinder hinzugekommen. Dadurch sind während der Corona Pandemie
80 erziehungsberechtigte Menschen in die Pflicht genommen worden, jene Aufgaben zusätzlich zu
81 übernehmen. Aufgrund der sowieso schon ungerechten wirtschaftlichen Lage, aber auch durch die
82 gesellschaftlichen Strukturen, fiel dies wie selbstverständlich in den Aufgabenbereich der Frauen*,
83 meist ohne dass diese über eine Entscheidungsfreiheit verfügten. Darüber hinaus ist die vermeintliche
84 Erleichterung dieser Arbeit durch das Home Office ein Trugschluss. Barbara Vorsamer schreibt in der
85 Süddeutschen: "Der ultimative Tipp, wie man Berufstätigkeit, Kinderbetreuung und Schulunterricht als
86 Mutter oder Vater in einer Dreizimmerwohnung wuppt, steht hier nicht. Weil es nicht geht." Insbesondere
87 Frauen* die gleichzeitig noch im Home-Office arbeiten müssen, finden sich demnach in einer äußerst
88 stressigen Mehrfachbelastung wieder.

89 Vor diesem Hintergrund und den sowieso schon existierenden Ungleichheiten, die die Corona Krise
90 wiederum offenlegt und reproduziert, fordern wir ein ausgebauten Betreuungsangebot für Kinder,
91 sodass insbesondere Frauen* Familie und Beruf vereinbaren können. Dafür benötigt es unter anderem

- 92 • Im Fall einer weiteren Verschärfung der Pandemie muss Kinderbetreuung trotzdem
93 sichergestellt werden
- 94 • Kostenlose Kinderbetreuung für alle
- 95 • Mehr Personal für KiTas und Schulen
- 96 • Bessere Bezahlung der Erzieher*innen
- 97 • Bessere Infrastruktur dieser Betreuungsangebote

98 **Studieren mit Kind - zwischen Schreib- und Wickeltisch lernt es sich schlecht**

99 Gut 6 Prozent aller Studierende haben Kinder.³ Es ist oftmals eine große Herausforderung, die
100 Anforderungen eines Studiums mit den Aufgaben der Kinderbetreuung und -erziehung zu vereinbaren.
101 Das trifft vor allem Frauen*. So kam es hier auch während der Pandemie zu vielen Einschränkungen.
102 Mittlerweile haben die meisten Universitäten fast vollständig auf die Online-Lehre umgestellt. Somit
103 können die Studierenden nun von einem selbst gewählten Arbeitsplatz ihrem Studium nachgehen.

104 Der Bedarf nach Kinderbetreuung wird durch den wegfallenden Präsenzbetrieb nicht weniger. Es muss
105 von den Studierenden weiterhin die gleiche Studienleistung erbracht werden und jetzt meist zusätzlich
106 noch selbst ohne zusätzliche Hilfestellung von Professor*innen, Dozierenden oder mitstudierenden
107 Personen erlernt werden. Wer hierbei keine Hilfe von Familie oder Freunden hat, muss unter Umständen
108 das Studium pausieren.

³ https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs/070108-Studieren_mit_Kind-Muenchen_Gesamt.pdf

109 Wir fordern daher:

- 110 • ausreichende und kostenlose Kinderbetreuung an den Hochschulen
- 111 • einen finanziellen Ausgleich für die Eltern-/Betreuungszeit

112 **Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung studentischer Hilfskräfte**

113 Mehr als 5% der Studierenden an den Universitäten sind als studentische Hilfskräfte angestellt. Als
114 studentische Hilfskraft befinden sich viele in einem doppelten Abhängigkeitsverhältnis zum*r
115 Arbeitgeber*in (beruflich und wissenschaftlich), und arbeitsrechtliche Prinzipien sind oft nicht bekannt.
116 Nach Ausbruch der Pandemie mussten viele Studierende um ihr studentisches Arbeitsverhältnis
117 bangen. Unser Ziel ist es, dass keine studentische Hilfskraft den Arbeitsplatz verlieren muss. Sollte es
118 jedoch dazu kommen, muss es immer noch gewährleistet werden, dass mindestens die Hälfte der
119 Stellen von Frauen* besetzt werden. Auch bei neuer Stellenbesetzung muss dies eingehalten werden.
120 Die Transparenz der Stellenbesetzung darf unter keinen Umständen darunter leiden.

121 In Pandemiezeiten muss die Frau* in der Wissenschaft weiter gezielt gefördert werden. Die Publication
122 Gap in der Wissenschaft darf nicht noch größer werden. Es gilt, diese Diskrepanz weiterhin mit der
123 Förderung der Frau* und hier besonders bei der Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen zu
124 bekämpfen.

125 Zudem wurden viele Studierende mal eben so ohne die vielleicht notwendige Ausstattung
126 selbstverständlich ins Home-Office verabschiedet, Stunden wurden gekürzt und viele
127 Tätigkeitsverhältnisse ganz aufgelöst. Studierende werden in eine Situation gebracht, in der sie Angst
128 haben müssen, ihr Arbeitsverhältnis zu verlieren oder geraten in ein Arbeitsverhältnis, in dem die
129 Arbeitsbedingungen auf einmal nicht mehr so klar sind. Nutze ich mein privates Endgerät? Was passiert,
130 wenn es kaputt geht? Wie erfasse ich meine Arbeitszeit? Wann muss ich erreichbar sein? Wann arbeite
131 ich von zu Hause oder muss ich in die Uni? Wenn ich wegen Corona weniger arbeite, muss ich diese
132 Stunde nacharbeiten?⁴ Frauen* sind öfters davon betroffen, ins Home-Office gehen zu müssen. In
133 Pandemiezeiten hat sich wieder einmal verdeutlicht, dass Frauen* diejenigen sind, welche den größten
134 Teil der Care-Arbeit übernehmen und sich auch in Pandemiezeiten um Kinder oder andere
135 Familienmitglieder kümmern. Das heißt, diese Problematik trifft auch hier wieder die Frau* besonders
136 stark.

137 Im Home-Office zu sitzen darf hier aber vor allem nicht bedeuten, dass die Mitbestimmung am
138 Arbeitsplatz darunter leidet. Frauen* im Home-Office müssen genau die gleichen Rechte haben wie
139 studentische Hilfskräfte vor Ort. Das Arbeitsverhältnis der studentischen Hilfskräfte ist ein normales
140 Arbeitsverhältnis und muss auch wie ein solches behandelt werden. Dies wird besonders jetzt in Zeiten
141 der Pandemie allzu oft übergangen. Damit dies zukünftig ein Ende hat fordern wir:

- 142 • Die Mitbestimmung der Frau* darf im Home-Office nicht eingeschränkt werden
- 143 • Frauen* in der Wissenschaft müssen weiterhin besonders gefördert werden. Die Publication
144 Gap darf nicht größer werden. Unser Ziel ist es weiterhin, dieses aufzulösen

⁴ https://www.gew-hessen.de/bildung/hochschule-und-forschung/studierende/details/homeoffice-und-mehrbelastung-studentische-hilfskraefte-in-der-corona-krise/?tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=0bef35a50336fca955d8c49ab3be82a2

- 145 • Das Verfahren der Stellenvergabe muss weiterhin transparent verlaufen und mindestens die
- 146 Hälfte der Stellen müssen von Frauen* besetzt werden
- 147 • Aushandlung eines Tarifvertrags
- 148 • Die Aufklärung aller studentischen Hilfskräfte über ihre Rechte und Pflichten
- 149 • Personalvertretung für studentische Hilfskräfte
- 150 • Studentischen Hilfskräften muss es möglich sein, im Homeoffice zu arbeiten. Dafür müssen
- 151 jedoch Endgeräte von der Universität bereitgestellt werden
- 152 • In Quarantäne befindliche studentische/wissenschaftliche Hilfskräften muss eine
- 153 Lohnfortzahlung garantiert werden

154 **BAföG endlich an den realen Bedarf von Frauen* anpassen**

155 In Zeiten der Pandemie wird die Forderung der BAföG-Öffnung immer lauter. Wir wollen ein
 156 sozialistisches, faires BAföG zur Sicherung der Studienfinanzierung für alle Menschen. Viele
 157 Studierende haben ihren Nebenjob verloren. Dies betrifft vor allem Frauen*. Selbst die Frauen*, welche
 158 BAföG beziehen können, geraten auch außerhalb der Pandemie in die Situation, den Anspruch zu
 159 verlieren. Das geschieht beispielsweise, wenn sie ihre Regelstudienzeit überschreiten, weil eine
 160 Kinderpause nicht als Studienpause anerkannt wird. Die Pandemie hat es zusätzlich erschwert, das
 161 Studium in Regelstudienzeit zu absolvieren.

162 Hinzu kommt, dass Frauen* und weitere Personen, die menstruieren, einen zusätzlichen finanziellen
 163 Mehraufwand während der Menstruation haben. Tampons, Binden, Schmerztabletten - all das kostet
 164 Geld. Sie werden mitgekauft wie Nudeln, Seife und Klopapier. Es sind zusätzliche Kosten, die nur Frauen*
 165 haben. Die britische Abgeordnete Danielle Rowly sorgte für Aufregung, als sie im Parlament sagte: "Ich
 166 habe meine Periode und das hat mich diese Woche schon 25 Pfund gekostet." Sie zitierte eine Umfrage,
 167 der zufolge britische Frauen* jährlich 550€ (im Schnitt 20.500€ im Leben) für ihre Periode ausgeben.
 168 Die Berechnung berücksichtigte nicht nur die Kosten von Hygieneprodukten wie Tampons, Binden,
 169 Einlagen und Menstruationstassen. Sie bezog auch viele Dinge mit ein, von denen die Frauen* sagten,
 170 dass sie sie während oder wegen der Periode bräuchten, wie Schmerztabletten oder neue Unterwäsche
 171 zum Beispiel.⁵ Für Deutschland gibt es keine Erhebungen zu den Kosten der Menstruation. Fakt ist aber,
 172 dass menstruieren Geld kostet. Dieser Grundbedarf muss sich auch in der BAföG-Berechnung
 173 widerspiegeln.

174 Zudem übernehmen Frauen* nach der Geburt eines Kindes immer noch überwiegend die Erziehung und
 175 Care-Arbeit und haben damit einen zeitlichen sowie finanziellen Mehraufwand. Dieser muss ebenfalls
 176 im BAföG-Satz für Frauen* mit Kind eingerechnet werden.

177 Wir fordern:

- 178 • Die Anerkennung der Kinderpause als Studienpause
- 179 • ausreichende finanzielle Unterstützung im BAföG-Satz für Frauen* mit Kind
- 180 • Eine Erhebung der Kosten der Menstruation für Deutschland

⁵ <https://www.spiegel.de/gesundheit/diagnose/tampons-binden-schmerzmittel-was-kostet-die-menstruation-a-1220188.html>

- 181 • Einbeziehung der Kosten der Menstruation in den BAföG-Satz für Frauen* und weitere Personen,
182 die menstruieren

183 **My body, my choice! Schwangerschaftsabbrüche sind ein Menschenrecht**

184 In Deutschland ist der Zugang zu einer sicheren Abtreibung ohnehin erschwert. Die Corona-Pandemie
185 hat die Situation betroffener Frauen noch einmal dramatisch verschlechtert.

186 Deutschlandweit gibt es nur noch wenige Ärzt*innen, die eine Abtreibung durchführen, ca. 1200.⁶ Die
187 Mehrheit von ihnen sind älter als 55 oder haben das Rentenalter sogar schon weit überschritten und
188 mussten als Risikogrüppler*innen hilfeschuchende Frauen* in teils sehr weit entfernte Praxen zu
189 Kolleg*innen schicken.

190 Durch das Werbeverbot des §219a StGB dürfen Gynäkolog*innen nicht einmal auf ihrer Website darüber
191 informieren, dass sie Abtreibungen durchführen. Frauen* müssen dementsprechend in den Praxen
192 anrufen und danach fragen. Da ein Großteil der Praxen aufgrund des Alters der Inhaber*innen
193 geschlossen blieben, mussten Frauen* noch größere Hürden auf sich nehmen, um jemanden zu finden.

194 Einen Arzt oder eine Ärztin zu finden, ist aber nur der erste Schritt von vielen bis zu einer Abtreibung.
195 Nach §218a StGB ist ein Schwangerschaftsabbruch nur dann nicht strafbar, wenn er vor der zwölften
196 Schwangerschaftswoche durchgeführt wird. Vorher muss ein Beratungsgespräch stattfinden und eine
197 Bedenkzeit von drei Tagen eingehalten werden. Durch die Corona-Pandemie mussten Termine für
198 Beratungsgespräche nach hinten verlegt werden. Manche Frauen* mussten mit der Angst leben, dass
199 sie dazu gezwungen werden könnten, ein Kind auszutragen, oder eine illegale Abtreibung in Erwägung
200 ziehen müssten, welche sie selbst in große Gefahr bringt.

201 In anderen Ländern wie Großbritannien ist es durch Corona bereits möglich, bis zur neunten
202 Schwangerschaftswoche Abtreibungsmedikamente zu Hause einzunehmen. In Deutschland ist das nur
203 unter ärztlicher Aufsicht möglich.⁷ Aus gesundheitlichen Gründen sollen Frauen* am besten von
204 jemandem mit dem Auto zur Klinik gebracht werden. Wer weder Unterstützung aus dem Umfeld hat
205 noch ein Auto besitzt, musste sich trotzdem mit dem ÖPNV auf dem Weg in eine teils weit entfernte
206 Stadt machen, und das zu Zeiten, in denen Zugausfälle noch an der Tagesordnung standen.

207 Nicht nur in Deutschland kamen Frauen* durch Corona in diese Not, sondern auch weltweit. Durch
208 Verdienstaussfälle und dadurch geringere Familieneinkommen haben Frauen* auf der ganzen Welt nicht
209 genug Geld für Menstruationsartikel und Verhütungsmittel. Es wird geschätzt, dass durch Corona 70
210 Millionen ungeplante Schwangerschaften entstanden sind.⁸

211 Das Recht auf körperliche Selbstbestimmung darf auch in Zeiten der Corona-Pandemie nicht angetastet
212 werden! Jedes Jahr treiben ca. 100.000 Frauen* in Deutschland ab.⁹ Ihnen gegenüber stehen 1200
213 Ärzt*innen, die dem Bedarf nicht ausreichend nachkommen können. Nicht nur durch Corona, sondern

⁶ <https://www.tagesschau.de/inland/kontraste-abtreibung-103.html>

⁷ <https://www.sueddeutsche.de/panorama/corona-abtreibungen-kristina-haenel-1.4877744>

⁸ <https://www.unwomen.de/helfen/helfen-sie-frauen-in-der-corona-krise/corona-eine-krise-der-frauen.html>

⁹ https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Gesundheit/Schwangerschaftsabbrueche/_inhalt.html

214 bald auch durch das Wegfallen weiterer Praxen werden Frauen* ins Ausland fahren oder illegale
215 Abtreibungen durchführen müssen.

216 Wir fordern deshalb weiterhin:

- 217 • Die ersatzlose Abschaffung des §219a StGB
- 218 • Die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen
- 219 • Die Aufnahme des Schwangerschaftsabbruchs in den Lehrplan des Medizinstudiums
- 220 • Schutz der Ärzt*innen, die Abtreibungen durchführen
- 221 • Eine flächendeckende und schnelle Versorgung mit Beratungsgesprächen und anschließenden
222 Bescheiden
- 223 • Eine Gewährleistung der gesundheitlichen Versorgung auch in Notzeiten wie der Corona-
224 Pandemie (keine kurzfristige Absage von Eingriffen oder Praxisschließungen ohne Vertretung)
- 225 • Die Enttabuisierung des Themas und die Entstigmatisierung Betroffener

226 **Frauen*häuser als Zufluchtsorte stärken**

227 Frauen* in Beziehungen mit gewalttätigen Partnern haben es in der Corona-Zeit besonders schwer. Es
228 bestanden für sie keine Ausweichmöglichkeiten vor dem Partner, da sie sich beim Verlassen der
229 Wohnung für Arbeit oder Hobbys einem Infektionsrisiko aussetzten.

230 So stieg allmählich die Anfrage in den Frauen*häusern. Hier war es jedoch wichtig, Kinder vor einer
231 Ansteckung zu schützen, weshalb hilfeschende Frauen* erst anderweitig untergebracht werden
232 mussten. Teils haben Kommunen eigene Modelle entwickelt, in denen die Frauen* in externen Orten, wie
233 Ferienwohnungen, untergebracht wurden. Wenn nun sichergestellt wurde, dass von dieser Person kein
234 Infektionsrisiko ausgeht, kann sie in ein umliegendes Frauen*haus gebracht werden. Jedoch sollte die
235 Lösung dieser Misere nicht im freiwilligen Aufgabenregister der Kommunen liegen, denn diese Frauen*
236 müssen sicher untergebracht und auch psychisch betreut werden, um ihre Gewalterfahrungen zu
237 verarbeiten. Auch darf es nicht dazu kommen, dass die Unterbringung als ganze in einen Lockdown
238 gehen müsste. Hier müssen Hygienebestimmungen den Frauen* gewährleisten, diese vor einer
239 Ansteckung zu schützen.

240 Gestiegener Andrang gepaart mit verringerter Aufnahmekapazität um Abstände und Personenanzahl
241 gering zu halten, scheint unmöglich miteinander vereinbar. Die Frauen*häuser sind vor eine logistische
242 und eine riesige finanzielle Aufgabe gestellt, die diese alleine nicht bewältigen können.

243 Wir fordern daher :

- 244 • Den Druck auf die Länder zu erhöhen, damit diese ein Konzept für die sichere Unterbringung
245 und Betreuung der Frauen* erarbeiten
- 246 • Des Weiteren sollte der Bund diese Institutionen entlasten und finanziell unterstützen

247 **Pornografie - von der Pandemie profitiert nicht nur PornHub, sondern auch der Sexismus**

248 Schon vor der Covid-19-Pandemie beruhte Pornografie auf sexualisierter Gewalt und der Darstellung der
249 Frau* als Sexobjekt. Während der Pandemie ist der Konsum von pornografischen Inhalten um 6 %
250 gestiegen und weltweit erlangten Pornografieanbieter wie z.B. Pornhub ca. 24,4% mehr

251 Konsument*innen als zuvor.¹⁰ Die größte Pornografieplattform „Pornhub“ verzeichnet 115 Mio.
252 Besucher*innen täglich und einen Anstieg von 98.000 neuen Modells seit diesem Jahr. Dadurch erlangen
253 Pornografieplattformen immer mehr an Daten, Geld und Macht. Zusätzlich werden sehr viel mehr
254 Pornos hochgeladen, sodass die Qualität der Kontrolle der sexuellen Inhalte deutlich sinkt. Das fördert
255 die gewaltsame und frauen*verachtende Haltung der Gesellschaft. Gerade weil Frauen* besonders stark
256 ökonomisch unter den Folgen der Covid-19-Pandemie leiden, sind diese darauf angewiesen, diese
257 prekären Jobs auszuführen. Die Veränderungen verdeutlichen erneut, wie sexistisch und gewaltvoll
258 Pornografie ist. In der Pornografiebranche herrscht eine Goldgräberstimmung, welche neue dunkle
259 Seiten mit sich bringt. Deswegen ist Transparenz und Kontrolle wichtiger denn je.

260 Wir fordern

- 261 • mehr und stärkere Regulierungen sowie Kontrollen bei der Produktion, der Verbreitung und der
262 Bereitstellung von Pornografie
- 263 • Diese Regulierungen müssen international gelten und die Aufnahmen kontrollieren, sowie
264 gegebenenfalls aus dem Netz nehmen
- 265 • ein Verbot der Veröffentlichung sexualisierter Gewalt, sowie von der Abbildung der Frau* als
266 Sexobjekt

267 **Pandemie und Patriarchat zusammen denken**

268 Eine Krise bringt uns dazu, Prioritäten zu setzen. Manche Diskussionen und Probleme rücken in den
269 Hintergrund, manche werden wichtiger.

270 Die Unterdrückung der Hälfte der Menschheit ist aber keine Lappalie, die beiseite geschoben werden
271 kann, weil gerade andere Fragen wichtiger sind. Gleichstellung und Gleichberechtigung, sei es finanziell,
272 politisch oder kulturell, sind nicht nice to have, sondern eine Notwendigkeit.

273 Es ist unsere Pflicht, die Krise der Pandemie und die Krise des Patriarchats nicht zu trennen, sondern
274 zusammen zu denken. Frauen* haben im vergangenen dreiviertel Jahr Überstunden gemacht,
275 Angehörige gepflegt, mit Kindern Hausaufgaben gemacht, sich selbst für andere zurückgestellt. Viel zu
276 oft und viel zu lange wurde das als selbstverständlich hingenommen. Es wird Zeit, dass sich die Leistung
277 von Frauen* in Gehältern, politischer Vertretung und in gesellschaftlicher Relevanz widerspiegelt.

278 Es ist Zeit für die Gesellschaft der Freien und Gleichen, es ist Zeit für die Bekämpfung des Patriarchats!
279 Trotz und gerade wegen der Pandemie.

¹⁰ <https://www.zdf.de/politik/auslandsjournal/pandemie-und-porno-100.html>

Antragsbereich F: Feminismus & Gleichstellung

Antrag F2_20

1 **Antragssteller*in:** Juso-HSG Passau

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **F2_20 Eine Sprache, die alle repräsentiert -** 4 **Genderneutrale Sprache als Leitidee und Ziel**

5 Gendern ist eines der Themen im Queer_feminismus und doch haben die Juso-Hochschulgruppen
6 bisher keinen Beschluss zum Gendern gefasst. Es ist Zeit, dass wir uns darüber unterhalten!

7 Das generische Maskulinum, also die männliche Bezeichnung, ist die Gewohnheit die grammatisch
8 männliche Form zu nehmen, auch bei z.B. geschlechtergemischten Gruppen. Die männliche Form, die
9 alles um- und beschreiben könne.

10 Am Ende spricht es trotzdem nur Männer an. Es wurde bereits empirisch bewiesen, dass bei der
11 Verwendung des generischen Maskulinums eine Benachteiligung von Frauen stattfindet.
12 Vorkämpfer_innen wie Marlies Krämer, kämpfen bereits seit Jahrzehnten für eine geschlechtergerechte
13 Sprache!

14 „Gender“ (aus dem englischen) bedeutet Geschlecht. In den letzten Jahren hat es sich etabliert, bei der
15 Verwendung von geschlechtergerechter Sprache vom Gendern zu reden.

16 Geschlechtergerechte Sprache ist folglich die Abwendung vom generischen Maskulinum und die
17 Hinwendung zu alternativen Schreibformen.

18 Vorerst sehen wir daher die Notwendigkeit, dass sich auf eine Art des Genderns geeinigt wird. Die
19 gängigsten Formen des Genderns sind zurzeit der Genderstar, der Gender-Doppelpunkt sowie die
20 Gendergap. Sie sind alle Werkzeuge der geschlechtergerechten Sprache und bringen ihre Vor- und
21 Nachteile mit sich.

22 Das Juso-Bundeskoordinierungstreffen möge beschließen, dass

23 • alle Schriftstücke in Zukunft einheitlich gegendert werden sollen, wir schlagen dabei die so
24 genannte Gendergap vor ("_") und

25 • nicht gegenderte Anträge nicht behandelt werden.

26 Diese Werkzeuge haben wie oben erwähnt auch Nachteile bzw. Schwächen. Daher finden wir, dass das
27 Gendern nur ein Überbrückungsmittel ist, und das Endziel eine geschlechterneutrale Sprache sein muss.
28 Denn auch geschlechtergerechte Sprache ist diskriminierend, da sie zwar durch Symbole die binäre
29 Vorstellung der Gesellschaft in Teilen aufbricht, jedoch nicht verhindert. So werden weiterhin all jene
30 Identitäten, die sich jenseits der binären Vorstellung bewegen, seien sie noch so divers, in ein einziges
31 Symbol gesteckt und "mitgemeint" werden.

32 Die deutsche Sprache gibt bisher selten die Möglichkeit genderneutrale Formen zu verwenden, daher
33 fordern wir, dass:

- 34 • sich auf eine genderneutrale Sprache (wie z.B. in Schweden) geeinigt wird und diese offiziell
35 eingeführt wird und
- 36 • Bereits überall dort, wo dies möglich ist, genderneutrale Sprache verwendet wird.

Antragsbereich F: Feminismus & Gleichstellung

Antrag F3_20

1 **Antragssteller*in:** Juso-HSG Passau

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **F3_20 Queer_feminismus in der Praxis etablieren,** 4 **Empowerment strukturell schaffen und etablieren**

5 **Beschluss**

6 Die Juso-Hochschulgruppen bekennen sich eindeutig und uneingeschränkt zum Queerfeminismus und
7 seinen Werten und Zielen der Sichtbarmachung und Befreiung aller Geschlechter. In diesem Sinne:

- 8 • setzt er sich ein für das Selbstbestimmungsrecht hinsichtlich Identität, Sexualität und
9 Geschlecht;
- 10 • schafft sichere Räume für queere Identitäten;
- 11 • macht bestehende Diskriminierungsformen bezüglich intergender-, transgender- und anderer
12 queerer Identitäten sichtbar und bekämpft diese;
- 13 • strebt Emanzipation und Empowerment ebenjener Personen an und
- 14 • sorgt durch entsprechende Maßnahmen für die Möglichkeit einer angemessenen und
15 sichtbaren Repräsentation von intergender-, transgender- und anderen queergender-Personen
16 in Ämtern, Gremien und sonstigen Positionen.

17 Im Rahmen mit diesen formulierten Prinzipien und um diese maßgeblich zu fördern wird im Übrigen
18 folgendes beschlossen:

- 19 • Anträge und Beschlüsse, die bis zu diesem Zeitpunkt beschlossen wurden, sind, sofern sie in
20 sachlichem oder inhaltlichem Bezug stehen, im Einklang mit diesen Prinzipien zu lesen und
21 auszuführen;
- 22 • das Sternchen hinter Geschlechtsidentitätsbezeichnungen (bspw.: Frauen*) ist aufgrund seiner
23 transexklusiven Bedeutung nicht mehr anzuwenden;
- 24 • sämtliche Maßnahmen, die dem Empowerment von Frauen dienen (bspw. Quoten,
25 Delegationsbestimmungen etc.), sind in Maßnahmen zum Empowerment von FINT-Personen
26 umzuwandeln. Für den Fall, dass ein separater Raum/eine separate Maßnahme explizit für
27 Frauen gewünscht ist, ist diese zwingend und in entsprechendem Maße für Personen mit
28 queerer Identität umzusetzen, einzuführen und gegebenenfalls festzuschreiben;
- 29 • bei dem Zuschreiben der Identitäten einer Person gilt deren Wort und
- 30 • die Klammern um das Wort "queer" vor dem Wort "Feminismus" sind aus jeglichen Texten der
31 Juso-Hochschulgruppen ersatzlos zu streichen und die zwei Wörter als eins zu formulieren.

32 Leitfäden, Reader und sonstige Richtlinien jeglicher Art sind entsprechend anzupassen. In Fällen, in
33 denen ein gesonderter Antrag notwendig ist, haben die Bundeskoordinator_innen diesen fristgerecht
34 zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu stellen, ein Fehlen ist zu begründen und zu rechtfertigen. Wird auf
35 andere Personen zurückgegriffen, so ist diesen genau und vollständig zu erläutern, an welchen Stellen
36 welche Anträge bis zu welcher Frist und in welcher Form zu stellen sind. In Fällen, in denen eine
37 Änderung nicht in der unmittelbaren Kompetenz der Juso-Hochschulgruppen liegt, haben diese hierauf
38 hinzuwirken. Darüber ist Bericht zu erstatten.

39 **Erläuterung struktureller Änderungen**

40 Im Großen und Ganzen geht es bei diesem Antrag darum, bestimmte Bereiche zu öffnen oder
41 zusätzliche Schutzräume zu etablieren, was teilweise bereits Praxis ist. Erläutert werden soll das
42 anhand des Beispiels von Quotierungen. Bei Umsetzung dieses Antrags gäbe es zwei Möglichkeiten.
43 Entweder wird eine FINT-Quote (Frauen, Inter, Nonbinär, Trans) oder, alternativ dazu, zusätzlich zu der
44 Frauenquote eine Quote für Inter-, Nonbinäre- und Transpersonen eingeführt. Dies würde bei allen
45 empowernden Maßnahmen hinsichtlich der Bekämpfung von geschlechtsbezogener Diskriminierung
46 gelten. Weitere Beispiele sind unter anderem Plena, SafeSpaces, Toiletten, Schlafräume und
47 Teilnehmer_innenregelungen. Die jeweilige Identifikation steht dabei einzig und alleine den Personen
48 selbst zu. Überall dort, wo hierzu ein satzungsändernder oder sonstwie struktureller Antrag beschlossen
49 werden muss, werden die Bundeskoordinator_innen beauftragt, dies zu tun. Tun sie dies nicht, haben
50 sie dies zu begründen. Tun sie dies zudem nicht rechtzeitig, ist dies anzukündigen, damit andere
51 Personen notfalls Anträge schreiben können und das Unterfangen nicht an Fristenspielen scheitert.

52 Die übrigen Beschlüsse sind vor allem Arbeitsaufträge. Sie sollen Leitlinien und Prinzipien schaffen, auf
53 deren Umsetzung hinzuwirken ist. Das heißt jedoch nicht, dass sie leere Bekenntnisse bleiben dürfen.
54 Wenn diskriminierende Strukturen bestehen und benannt werden, ist dies sichtbar zu machen. Wenn
55 sichere Räume gefordert werden, sind diese zu schaffen. Beschlüsse, die diese Themenbereiche
56 ansprechen, sind mit den Prinzipien des Queer_feminismus und seiner Grundsätze im Einklang zu lesen.

57 Grundziel ist es, einen sicheren Ort für alle Personen zu schaffen, die außerhalb der Geschlechter- und
58 Sexualnormativität stehen, sie sichtbar zu machen und für eine angemessene Repräsentation Sorge zu
59 tragen.

60 **Begründung (CN: Darstellung von Transfeindlichkeit)**

61 "Why am I still fighting this shit?"

62 Was ist Queer_feminismus? In diesem Bezug der Kampf um Auflösung der Zwänge hinsichtlich
63 Geschlechtsidentität und Sexualität sowie die bedingungslose Anerkennung, Sichtbarmachung und den
64 Schutz von allen Identitäten außerhalb der Dyacisheteronormativität und anderen Normativitäten.
65 Warum ist dieser Kampf notwendig? Weil weiterhin staatlich aufgezwungene, auf willkürlichen Kriterien
66 festgesetzte Identitäten mit Zwang durchgesetzt wird. Wer hiervon abweicht, wird aus der
67 Mehrheitsgesellschaft verstoßen, muss sich peinlichen Behandlungen unterwerfen und wird dennoch in
68 die jeweiligen Rollen gezwungen. Verwirklichung der eigenen Identität? Fehlanzeige.

69 Dies gilt leider auch in zahlreichen Gruppierungen, die sich ansonsten dem Feminismus und der
70 Emanzipation bekannt haben. In der Vergangenheit wurde beispielsweise eine mögliche Koexistenz von
71 Queer_feminismus und Sozialismus als nicht notwendigerweise umsetzbar deklariert. Ein solcher
72 Beschluss ist, sofern der Sozialismus nicht als System zur Durchsetzung von Geschlechter- und
73 Sexualitätsnormativitäten verstanden wird, absurd. Wie kann ernsthaft behauptet werden, dass die
74 Befreiung persönlicher Identitäten, dass der Respekt und die Wahrnehmung von Personen als die
75 Identität, als die sie wahrgenommen werden, eine Gefahr für die Befreiung des Individuums aus den

76 derzeitigen Verhältnissen darstellt? Doch nur, wenn diese Verhältnisse aufrechterhalten oder andere,
77 jedoch ebenso unterdrückende Verhältnisse geschaffen werden sollen.

78 Dabei stellen marginalisiert Gruppen, die sich wehren und um Sichtbarkeit kämpfen selbstverständlich
79 eine Gefahr dar. Und um diese zu bannen, werden die Gruppen gegeneinander ausgespielt, ihnen gesagt,
80 dass andere ihren Platz nehmen, in ihre Räume eindringen und ihre hart erkämpften Privilegien, wenn es
81 überhaupt welche gibt, zerstören wollen. Jüdische gegen muslimische Menschen, kapitalschwache
82 Personen gegen Eingewanderte und Frauen gegen trans-, intergender- und nichtbinäre Personen. Zu
83 viele gehen darauf ein, wenden selbst Unterdrückungsmuster an und werden zu Handlanger_innen der
84 herrschenden Verhältnisse, nur um ein Stück vorgegaukelte Freiheit zu spüren. Auf Kosten ihrer eigenen
85 Emanzipation. Wer unterdrückt schafft Identitätszwänge, wer Identitätszwänge schafft, schränkt auch
86 sich selbst ein und lebt in der Angst, selbst unterdrückt zu werden. Solange nicht alle Menschen frei
87 sind, sind wir es alle nicht. Last uns bei diesem Spiel, das nach dem Motto "teile und herrsche"
88 funktioniert, nicht mitmachen. Als progressiver, feministischer und der Emanzipation gewidmeter
89 Verband haben die Juso-Hochschulgruppen eine Chance. Einen Schutzraum für alle Identitäten
90 schaffen, auch und gerade die, die sowieso in der Gesellschaft unterrepräsentiert sind. Einen
91 Schutzraum, in der nur das Patriarchat und das Cistem Angst haben sollen, dass ihnen etwas
92 weggenommen wird. Einen Schutzraum, in dem FINT-Personen Seite an Seite für Emanzipation und
93 Feminismus kämpfen.

Antragsbereich F: Feminismus & Gleichstellung

Antrag F4_20

1 **Antragssteller*in:** Juso-Hochschulgruppen Baden-Württemberg

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **F4_20 Inklusion ohne Gendersternchen**

4 Die Juso-Hochschulgruppen beschließen künftig auf Gendersternchen hinter den Worten Frau und
5 Mann aufgrund der Inklusion zu verzichten.

6 **Begründung:**

7 Durch persönliche Gespräche mit nicht-cis-Frauen haben wir erfahren, dass oft genau die Personen, die
8 wir mit Gendersternchen miteinbeziehen wollen, sich durch dieses ausgeschlossen fühlen. Das
9 Gendersternchen hinter Frauen wird von diesen als Sonderstellung wahrgenommen und stellt sie damit
10 nicht allen anderen Frauen gleich. Selbiges gilt für Männer.

11 Um diesem Gefühl gerecht Abhilfe zu verschaffen fordern wir, dass zukünftig alle Frauen und Männer
12 auch so betitelt werden, ohne Gendersternchen und ohne gut gemeinte Sonderstellung

Antragsbereich F: Feminismus & Gleichstellung

Antrag F5_20

1 **Antragssteller*in:** Juso-Hochschulgruppen Berlin

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **F5_20 Für eine inklusive Sprache – gegen die** 4 **Formulierung „Frauen*“**

5 Mit dem Antrag „Feminist liberation without socialism? Eine sozialistische Perspektive auf
6 Queerfeminismus“ (BKT 18/2) haben die Juso-Hochschulgruppen vor einem Jahr erstmals eine
7 Verortung in dem Spannungsfeld zwischen Queerfeminismus und materialistischem Feminismus
8 versucht – keine einfache Aufgabe.

9 Für unsere Arbeit ist es unerlässlich, immer wieder verschiedene Perspektive auf Geschlecht und
10 Gesellschaft miteinzubeziehen. Das bedeutet für uns etwa, gleichzeitig für Frauenquoten und eine
11 inklusive Sprache in unseren Publikationen, im Umgang miteinander und in der (Hochschul-)Politik zu
12 kämpfen. Schon seit mehreren Jahren verwenden die Juso-Hochschulgruppen daher anstatt des
13 generischen Maskulinums geschlechtsneutrale Formulierung wie „Studierende“ oder „Professor*innen“.
14 Damit verdeutlichen wir, dass wir alle Geschlechter ansprechen und uns gegen gesellschaftlich
15 konstruierte, oftmals gewaltvolle binäre Vorstellungen von Geschlecht wenden.

16 Neben geschlechtsneutralen Formulierungen haben wir auch begonnen, in Anträgen und Publikationen
17 von „Frauen*“ statt „Frauen“ zu sprechen.

18 Die Formulierung „Frauen*“ ist jedoch seit einigen Jahren zunehmend in die Kritik geraten. Von Anfang
19 an hat die Formulierung vor allem bei Leuten, die mit gendersensibler Sprache noch nicht so sehr in
20 Berührung gekommen sind, für Verwirrung gesorgt, da ein * üblicherweise auf eine Fußnote verweist.
21 Aber auch Personen, die sich schon länger mit (Queer-)Feminismus auseinandersetzen, wissen nicht
22 immer, was mit „Frauen*“ eigentlich gemeint ist. Das liegt vor allem daran, dass die Formulierung auf
23 verschiedenste Art und Weise mit jeweils unterschiedlichen Begründungsansätzen verwendet wird.

24 Im Antrag „Mein Körper, meine Entscheidung – weg mit 219a“, der auf dem BKT 2019/2 beschlossen
25 wurde, heißt es etwa „In diesem Text werden unter Frauen* alle weiteren Menschen mit Gebärmutter
26 eingeschlossen“. Durch das * wird also gerechtfertigt, trans Männern und nicht-binären Menschen,
27 denen bei ihrer Geburt das weibliche Geschlecht zugeschrieben wurde, absichtlich falsch als Frauen zu
28 bezeichnen.

29 Wenn es etwa um Schutzräume geht, soll mit der Schreibweise „Frauen*“ ausgedrückt werden, dass
30 nicht nur cis Frauen, sondern auch trans Frauen und andere queere Personen gemeint sind. Das
31 impliziert jedoch, dass trans Frauen keine „normalen“ Frauen sind, sondern eben nur

32 „Frauen*“ – eine zutiefst transfeindliche Konnotation. Auch nichtbinäre Menschen werden durch das *
33 nicht repräsentiert.

34 Einige feministische Gruppierungen wollen mit Frauen* damit aufmerksam machen, dass die Kategorie
35 Geschlecht eine soziale Konstruktion ist – eigentlich keine schlechte Idee. Es wirft aber die Frage auf,
36 warum man dann etwa nur selten „Männer*“ oder „Behinderung*“ liest, schließlich sind auch das nur

37 sozial konstruierte Kategorien. Außerdem ist es ohne erklärenden Hinweis – und der fehlt in den
38 allermeisten Fällen nun mal – unmöglich, die verschiedenen Erklärungsansätze auseinanderzuhalten,
39 sodass queerfeindliche Konnotationen immer mitschwingen.

40 Daher wollen wir uns von der Formulierung „Frauen*“ verabschieden und einfach sagen, was und wen
41 wir meinen: etwa „Frauen“, wenn es um Frauen geht. Auch wenn wir etwa auf die frauenfeindlichen
42 Absichten hinter der Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen aufmerksam machen wollen,
43 können wir das so benennen, ohne auf die transfeindliche Formulierung „Frauen*“ zurückgreifen zu
44 müssen.

45 Dieser Antrag soll kein Vorwurf der Transfeindlichkeit an alle Personen sein, die „Frauen*“ verwenden.
46 Ganz im Gegenteil: wir alle wurden in einer heteronormativen Gesellschaft sozialisiert und haben
47 dadurch heteronormative Denk- und Handlungsweisen verinnerlicht. Diese wieder zu verlernen, ist ein
48 anstrengender und langwieriger Prozess, der wohl nie ganz abgeschlossen sein wird. „Frauen*“ war ein
49 Versuch, unsere Sprache inklusiver zu gestalten, der leider nicht ganz geglückt ist.

50 Umso wichtiger ist es, dass wir nie damit aufhören, uns mit Sexismus und Queerfeindlichkeit
51 auseinanderzusetzen, uns zu hinterfragen und zu lernen. Der Kampf für eine gerechtere Gesellschaft ist
52 nicht leicht, aber er lohnt sich!

Antragsbereich F: Feminismus & Gleichstellung

Antrag F6_20

1 **Antragssteller*in:** Juso-Hochschulgruppen Nordrhein-Westfalen

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **F6_20 Safe Space auf dem Campus! –** 4 **Sexismusermelder schaffen**

5 Hochschulen sind noch lange nicht exklusive, sichere Zonen, in denen keine Ungleichbehandlung,
6 Gewalt oder Übergriffigkeiten vorkommen. Weiterhin wird dies an den Hochschulen übersehen oder
7 ignoriert. Es muss daher der erste Schritt sein diese Probleme, die keine Hochschulleitung auf ihre
8 Hochschule verbuchen möchte, publik zu machen. Sexismus muss an den Hochschulen sichtbar
9 gemacht und angegangen werden, um einen sicheren, diskriminierungs- und gewaltfreien Studienort zu
10 schaffen.

11 **Anlaufstellen für die Studierenden schaffen**

12 Hierfür müssen Anlaufstellen für die Studierenden geschaffen werden, um
13 Diskriminierungserfahrungen, sexualisierte Gewalt oder Diffamierung zu melden. Die betroffenen
14 Studierenden sollen dadurch adäquat unterstützt werden. Insbesondere Fälle sexueller Gewalt müssen
15 an Hochschulen stärker beachtet und aufgearbeitet werden, da diese – wie auch in der Gesellschaft –
16 viel zu selten gemeldet werden.

17 In Fällen von sexualisierter Gewalt und Ungleichbehandlungen sollten die Hochschulen digitale sowie
18 analoge Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme schaffen. Auch wenn mittlerweile die
19 Gleichstellungsbeauftragten an den Hochschulen etabliert sind, genügen diese Strukturen nicht aus, um
20 die Studierenden zu unterstützen.

21 Daher ist dies ein Aufruf an die Hochschulen dringend Strukturen aufzubauen, die es erlauben
22 übergriffiges Verhalten, unangemessene Äußerungen, sowie Annäherungen zu melden. Dieser Melder
23 sollte mindestens online, ggf. auch analog für alle Studierenden zugänglich sein. Beispielsweise eignen
24 sich sogenannte „Kontakt-Masken“ auf Webseiten mit Textfeldern, die automatisch E-Mails an die
25 Studierendenschaft generieren. Zusätzlich besteht auch die Möglichkeit Zettel zur Verfügung zu stellen,
26 die in einen Briefkasten geschmissen werden können. Wichtig ist es den Studierenden mehrere
27 Möglichkeiten zu geben und die Hemmschwelle zu verringern.

28 **Sexismus-Melder an den Hochschulen**

29 Darüber hinaus sollte es möglich sein, sexistische Vorfälle zu melden. Über einen längeren Zeitraum
30 könnten so anonyme Meldungen statistisch erfasst werden. Sofern die geschilderten Vorfälle keine
31 Rückschlüsse auf Täter*in und Opfer zulassen, könnte eventuell auch der Fall an die
32 Gleichstellungsbeauftragte weitergegeben werden, um gegen den/die Täter*in eventuell auch rechtlich
33 vorzugehen. Im Rahmen dieser Meldesysteme sollte den betroffenen Personen die Möglichkeit
34 geschaffen werden, die Vorfälle, ohne ein enges Zeitlimit, zu beschreiben. Zudem sollte es auch möglich
35 sein, Täter*innen zu benennen, dieses Feld aber auch frei zu lassen.

36 Sollten die Präsidien und Rektorate diesem Impuls entgegenstellen, so ist es die Aufgabe der
37 Gleichstellungsbeauftragten, welche mittlerweile an vielen Hochschulen etabliert sind, in dieser Sache
38 aktiv zu werden. Sie müssen alles in ihrer Macht Stehende tun, um – in Zusammenarbeit mit
39 Personalräten, dem Senat oder anderen Gremien – Strukturen aufzubauen.

40 Ein solcher Sexismus-Melder ist nur eine Möglichkeit, um Sexismus an den Hochschulen und in der
41 Gesellschaft entgegenzuwirken. Professorinnen und Studierenden sollten nicht ihre Stelle an der
42 Universität befürchten, wenn sie Diskriminierung offen zugeben. Um dieses Problem zu bekämpfen,
43 müssen wir dies sichtbar machen. Wir müssen deutlich machen, dass dies lange keine Einzelfälle mehr
44 sind und viele Studierende sich nicht mal darüber bewusst sind, dass sie gegen derartiges Verhalten
45 vorgehen können. Sexismus-Melder sind eines von vielen Instrumenten, die dringend umgesetzt werden
46 müssen. Denn auch wenn ein Melder den Gewaltakt oder den Akt der Diffamierung nicht unmittelbar
47 eindämmen konnte, ist es die Möglichkeit die Studierenden zu sensibilisieren und ihnen einen „Safe
48 Space“ zu bieten.

49 Es wird Zeit, dass sich die Hochschulen ernsthaft mit den Problemen betroffener Studierender
50 auseinandersetzen und sie weitestgehend unterstützen. Wir können nicht sexualisierte Gewalt, jegliche
51 Diskriminierung und Diffamierung auf dem Campus dulden!

52 Wir müssen zuhören, wenn Frauen* über Sexismus ob auf dem Campus, im Alltag oder bei den Juso-
53 Hochschulgruppen sprechen. Wir müssen die Strukturen an den Hochschulen hinterfragen und neue
54 schaffen. Und vor allen Dingen müssen feministische Bildungsarbeit an den Hochschulen, sowie an den
55 Hochschulgruppen fördern!

Antragsbereich G: Gute Arbeit

Antrag G1_20

1 **Antragssteller*in:** AK Gute Arbeit über den Bundesvorstand

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **G1_20 What do we want? – Bessere** 4 **Arbeitsbedingungen an Hochschulen! When do we** 5 **want it? – Now!**

6 Studierende finden sich häufig in einer „Sonderposition“ wieder, sie sind noch nicht in den Arbeitsmarkt
7 eingegliedert, arbeiten jedoch häufig viele Stunden, um sich ihre Ausbildung leisten zu können. Dabei
8 befinden gerade die Studierenden und die wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen den Hochschulen sich
9 in einer Situation zwischen Qualifikation und Lohnarbeit. Während in anderen Bereichen der
10 Gesellschaft Arbeitskämpfe berechtigterweise zur Normalität gehören, werden Menschen, die an
11 Hochschulen beschäftigt sind, häufig separat betrachtet. Für sie scheinen andere Regeln zu gelten,
12 schließlich befinden sie sich ja “in der Qualifizierung” und gehen ihrer Beschäftigung damit vorgeblich
13 zunächst zu ihrem “eigenen Nutzen” und nicht zur Lohneinbringung und aus ökonomischem Zwang
14 nach. Diese Sichtweise entspricht einem veralteten und elitären Bild von Studium und akademischer
15 Laufbahn, in dem Hochschulen denjenigen mit ausreichender finanzieller Absicherung vorbehalten
16 waren. Heute sind Hochschulen zwar auf dem Papier für alle offen, dennoch wird Menschen, die
17 finanziell schlechter gestellt sind, der Zugang zur Hochschule durch informelle und finanzielle Hürden
18 erschwert. Neue Ideen und strukturelle Veränderungen werden schon dadurch verhindert, dass
19 bestimmte Gesellschaftsgruppen an der Hochschule kaum repräsentiert sind. Sollten diese es trotz
20 dieser Widrigkeiten an die Hochschule schaffen und eine studentische Tätigkeit anstreben, treffen sie
21 hier auf prekäre Arbeitsbedingungen, verkrustete Hierarchien und existenzielle Unsicherheit. Diese
22 Umstände äußern sich unter anderem in Kettenbefristungen, Überstunden, miserabler Personalplanung,
23 die durch die chronische Unterfinanzierung der Hochschulen noch verstärkt werden. Diese Bedingungen
24 wiederum erschweren es Studierenden und Wissenschaftler*innen aus nichtakademischen oder
25 migrantischen Haushalten, an eine Anstellung an einem wissenschaftlichen Institut oder Hochschule
26 zu bekommen und dadurch Zugang zur Forschung zu erhalten. Es bedarf also einer Bekämpfung der
27 veralteten und elitären universitären Strukturen, und der strukturellen Verbesserung der
28 Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Personals. Studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte
29 müssen als Arbeitnehmer*innen mit entsprechenden Rechten wahrgenommen werden, die wir daher im
30 Folgenden einfordern.

31 **Wissenschaftszeitvertragsgesetz - Mehr Zeitvertrag als Wissenschaft**

32 Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) regelt seit 2007 die Anstellungs- und
33 Befristungspraxis an deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen für das wissenschaftliche
34 und künstlerische Personal, mit dem Ziel, die „Innovationskraft des Wissenschaftssystems zu fördern
35 und durch die Befristung eine Rotation für nachrückende Generationen zu ermöglichen“¹. Jedoch hat
36 das WissZeitVG ein großes Problem: Durch die sogenannte Rotation sind Befristungen an der

¹ <https://www.bmbf.de/de/karrierewege-fuer-den-wissenschaftlichen-nachwuchs-an-hochschulen-verbessern-1935.html>

37 Tagesordnung. Viele junge Wissenschaftler*innen arbeiten also unter prekären Bedingungen. Kurze
38 Vertragslaufzeiten und die Unsicherheit der Anstellung sorgen für Unsicherheit bei den
39 Mitarbeiter*innen, sowohl was ihre Karriere-, als auch was ihre Familien- und Lebensplanung angeht und
40 viele Studierende scheuen sich davor, einen Karriereweg im wissenschaftlichen Betrieb unserer
41 Hochschulen einzuschlagen.

42 Die am 17. März 2016 in Kraft getretene Novellierung des WissZeitVGs hatte vor allem ein Ziel:
43 Fehlentwicklungen in der Befristungspraxis entgegenzuwirken und dadurch unsachgemäße
44 Kurzbefristungen zu unterbinden. Die wesentlichen Veränderungen, die die Novelle beinhaltete, waren
45 die Einschränkung der sachgrundlosen Befristung auf Beschäftigte, die zu ihrer Qualifizierung angestellt
46 sind, die Abschaffung der Befristung im nichtwissenschaftlichen Bereich und die Beschränkung der
47 Beschäftigungszeit als studentische Hilfskraft auf 6 Jahre. Gesetzlich geregelt wurde hierbei auch eine
48 Evaluation der Novelle im Jahr 2020, jedoch macht das Bundesministerium für Bildung und Forschung
49 (BMB)F bis heute keine Anstalten, diese Evaluation in vollem Umfang in diesem Jahr durchzuführen.

50 Wie dringend notwendig eine solche Evaluation wäre, zeigt eine Studie, die von der GEW durchgeführt
51 wurde. „Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz – eine erste Evaluation der Novellierung von 2016“ zeigt,
52 wie wenig Einfluss die Novellierung des WissZeitVGs bisher auf die Befristungspraxis im
53 Wissenschaftsbetrieb hatte: Lag der Anteil der befristet angestellten wissenschaftlichen
54 Mitarbeiter*innen (ohne Professor*innen) im Jahr 2015, also ein Jahr vor der Novellierung, bei 82 %,
55 liegt dieser 2018 mit 80 % nur zwei Prozentpunkte darunter.

56 Die Novellierung des WissZeitVGs sieht zwar vor, dass die Befristungsdauer der Qualifikation
57 angemessen ist, jedoch wurde nicht festgehalten, wie genau eine solche Qualifizierung auszusehen hat.
58 Ein weiteres Manko des WissZeitVGs: Es gibt keine gesetzlich festgehaltene Untergrenze der
59 Befristungsdauer. Dadurch werden, so die Studie der GEW, die Hochschulen kreativ, wenn es um
60 Qualifizierungsziele geht. Die so genannten Qualifizierungsziele und die dadurch entstehende
61 Möglichkeit zur Befristung greift nämlich nicht nur dann, wenn im Vertrag von einer Promotion,
62 Habilitation oder vergleichbaren Leistungen dient, sondern auch bei bspw. Publikationen oder
63 Forschungsprojekten. Dadurch wird den Hochschulen ein Schlupfloch geboten, weiterhin die
64 Befristungsdauer auf ein Minimum zu beschränken, wodurch prekäre Arbeitsbedingungen gefördert
65 werden.

66 **Wie prekär ist das System tatsächlich?**

67 Wie viele anderen gesellschaftliche Missstände auch hat die Corona-Pandemie die
68 Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen verschärft. Anders als andere prekäre
69 Beschäftigungen, haben sie allerdings kaum Aufmerksamkeit erhalten. Geplante Stellen konnten nicht
70 angetreten werden, Projekte wurden auf Eis gelegt und Tutorien aufgeschoben oder gestrichen. Wie
71 auch in vielen anderen Bereichen der Gesellschaft musste zudem auf viele Ressourcen verzichtet
72 werden. Studentische Hilfskräfte waren in den allermeisten Fällen wie auch im Hochschulbetrieb auf
73 private Geräte wie Laptops angewiesen, allerdings haben viele Studierende veraltete Geräte oder keinen
74 guten Internetzugang. Zudem mangelt es dem Forschungsbetrieb am für ihn essentiellen Zugang zu
75 Literatur oder Laboren. Auch Forschungsreisen mussten abgesagt werden, Interviews konnten vielfach
76 nicht durchgeführt werden.

77 Wie überall führte die Coronakrise bei Beschäftigten im Wissenschaftsbetrieb dazu, dass sie verstärkt
78 private Betreuungs- und Pflegeaufgaben übernehmen mussten. Dies verstärkte bestehende
79 Geschlechterungleichheiten, da Frauen* zumeist einen Großteil der unbezahlten Sorgearbeit

80 übernehmen (52,4 % mehr als Männer)². Durch das Wegbrechen von bspw. Tagesstätten mussten vor
81 allem Frauen* die weggefallene Care-Arbeit zusätzlich übernehmen. Wissenschaftliche
82 Mitarbeiter*innen wurden zudem noch stärker in die Unterstützung der Lehrveranstaltungen ihrer
83 Professor*innen einbezogen. Gerade diese hatten oft Schwierigkeiten ihre Lehrformate in ein digitales
84 Konzept umzuwandeln und dieses dann umzusetzen.

85 Ein guter Schritt, um die beschriebenen Unsicherheiten und Herausforderungen umzugehen, mit denen
86 sich studentische Hilfskräfte und Beschäftigten des akademischen Mittelbaus konfrontiert sahen, war
87 die Corona-Novelle des WissZeitVGs. Dass Promovierenden, Forschenden sowie studentischen
88 Hilfskräften ein Nachteilsausgleich gewährt, und dessen Dauer noch einmal verlängert wurde, ist
89 begrüßenswert. Der Nachteilsausgleich bezieht sich allerdings lediglich auf die Dauer der Befristung
90 und versucht so zwar die oben beschriebenen Belastungen zu adressieren und den zeitlichen Druck auf
91 Angestellte zu reduzieren. Dennoch löst er nicht die zugrunde liegenden Probleme, wie den Mangel an
92 technischen und personellen Ressourcen oder Betreuungsplätzen. Des Weiteren handelt es sich dabei
93 um eine Kann-Regelung, weshalb kein Anspruch auf eine entsprechende Verlängerung besteht. Daher
94 ist es wichtig, dass die Hochschulen diese kollektiv gewähren, anstatt auf der individuellen
95 Nachweispflicht zu beharren. Die Hochschulleitungen sollten entsprechende Regelungen mit Personal-
96 und Betriebsräten abschließen, um Mitarbeiter*innen Sicherheit zu geben und die damit einhergehenden
97 Belastung zu reduzieren.

98 **Frauen* in der Wissenschaft - das kann doch nicht so schwer sein?**

99 Während Frauen* bis zum Masterabschluss häufig noch die Mehrheit der Studierenden stellen, nimmt
100 ihr Anteil danach stetig ab. Bei den Doktorand*innen und Assistent*innen sind beide Geschlechter noch
101 etwa gleich stark vertreten, doch das Ungleichgewicht zugunsten der Männer wird verstärkt, sobald es
102 um Habilitierte und Professuren geht³. Eine Auswirkung zeigt sich unter anderem durch die sogenannte
103 Gender-Publishing-Gap. Mit diesem Ausdruck wird das Phänomen beschrieben, dass Männer signifikant
104 häufiger wissenschaftliche Arbeiten veröffentlichen als Frauen*. Dadurch, dass die Anzahl
105 veröffentlichter Arbeiten häufig entscheiden für die akademische Laufbahn ist, beeinflusst dies auch
106 die Karrierechancen von Frauen* in der Wissenschaft. Die Gründe für den Publishing Gap überschneiden
107 sich in weiten Teilen mit denen, die Frauen* eine Teilnahme am Wissenschaftsbetrieb erschweren und
108 werden darüber hinaus durch die gegenwärtige Coronakrise noch einmal zugespitzt:

109 Die bereits erwähnte unbezahlte Carearbeit, die Frauen* überwiegend leisten, macht dabei den Kern des
110 Problems aus. Die Überstunden, die von Angestellten im Hochschulbetrieb erwartet werden, erschweren
111 es Frauen* mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen, einer solchen Beschäftigung nachzugehen.
112 Hinzu kommt die fehlende Planbarkeit bei befristeten Stellen, die wiederum zu schlechten Einstiegs-
113 und Aufstiegschancen führt. Wer es trotzdem schafft, diese Arbeit zu leisten oder kinderlos bleibt,
114 scheitert dennoch häufig an den strukturellen Missständen an Hochschulen. Hochschulen waren in ihrer
115 Entwicklung traditionell männlich dominiert und so wurden diese auf deren Lebensumstände hin
116 optimiert. Professoren tendieren dazu, Menschen, die ihnen ähneln, zu fördern und Leistungen selektiv
117 ihren Erwartungen entsprechend wahrzunehmen. So bilden sich Männerzirkel heraus, die sich
118 gegenseitig fördern und unterstützen. Um diesem entgegenzuwirken, ist es essentiell Maßnahmen zur

² BMFSFJ. 2019. "Gender Care Gap - ein Indikator für die Gleichstellung". Verfügbar auf:
<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/gender-care-gap/indikator-fuer-die-gleichstellung/gender-care-gap--ein-indikator-fuer-die-gleichstellung/137294>

³ Vgl. Hey 2019

119 Förderung von Frauen*netzwerken zu ergreifen und eine chancengerechte Personalentwicklung
120 anzustreben.

121 Auch im Zuge der Corona-Krise zeigen erste Zahlen, dass der Anteil an wissenschaftlichen Arbeiten, die
122 von Frauen* veröffentlicht wurden, merklich zurückgegangen ist. In manchen um bis zu 16 %⁴. Auch hier
123 spielt der Zeitverlust durch die Kinderbetreuung sowie die Pflege von Angehörigen eine besondere Rolle.
124 Darüber hinaus übernehmen Frauen* auch überproportionale Anteile in der Lehre. Der Transfer von
125 wissenschaftlichen Inhalten auf Formate der Online-Lehre dürfte somit zu einer größeren Belastung
126 für Frauen* geführt haben, die sich also direkt auch auf ihre Veröffentlichungen und somit ihre
127 wissenschaftlichen Karrieren auswirken. Gleichzeitig waren viele häufig von Männern dominierte
128 Gremien, wie Berufungskommissionen, vorübergehend unbesetzt und ließen ihren Mitgliedern so mehr
129 Zeit für die wissenschaftliche Arbeit. Corona zeigt uns also in diesem wie in so vielen anderen
130 Gesellschaftsbereichen einmal mehr dringenden Handlungsbedarf auf. Geschlechterquoten von 50%
131 müssen an Hochschulen zur Realität werden, Kinderbetreuungsangebote ausgebaut und Befristungen
132 abgeschafft werden, um Frauen* Planungssicherheit zu geben. Es braucht Überstundenregelungen
133 sowie eine gute Vertretung durch Betriebs- und Personalräte, sowie Mentoring- und Karriereprogramme
134 zur Förderung von Frauen* in der Wissenschaft.

135 **Lehrstühle? Ein alter Hut! Wir wollen die modernen Hochschulen von morgen!**

136 Die derzeitige Situation an Hochschulen und Instituten sieht also vor allem eins vor: geregelte
137 Arbeitsbedingungen für Professor*innen und schlechte Arbeitsbedingungen für wissenschaftliche und
138 technisch-administrative Mitarbeiter*innen. Wie bereits erwähnt, leiden vor allem
139 Nachwuchswissenschaftler*innen unter prekären Arbeitsbedingungen, die sogar vertraglich
140 festgehalten sind. Doch hinter dem Lehrstuhlprinzip, so wie wir es kennen, steckt mehr. Ein
141 Hierarchieverhältnis zwischen „Arbeitgeber*in“ und „Arbeitnehmer*in“. Professor*innen haben die
142 meisten Kompetenzen am Lehrstuhl und treffen dadurch viele und sehr weitreichende Entscheidungen
143 im Alleingang.

144 Mitarbeiter*innen befinden sich also nicht nur durch ihre Anstellungsverhältnisse, die von Befristungen
145 durchzogen sind, in einem Dilemma. Sie sind angewiesen auf das Wohlwollen der*des Chef*in und
146 befinden sich in einer doppelten Abhängigkeit: Sie unterliegen einem direkten Arbeitsverhältnis und
147 einer persönlichen, individuellen Abhängigkeit. Dieses System bietet Platz für Ausbeutung, Schikanen,
148 Mobbing und sexuelle Übergriffe. Das führt vor allem zu massiven Eingriffen in das Leben der
149 Betroffenen Ungleichgewicht, letztendlich aber auch zu einer wissenschafts- und
150 innovationshemmenden Wirkung der Abhängigen.

151 Durch die Konzentration der Macht auf einen sehr kleinen Kreis an Professor*innen werden viele
152 progressive Reformen an Hochschulen verhindert. Wie stellen wir uns als Juso-Hochschulgruppen ein
153 System für die Zukunft unserer Hochschulen vor?

154 Es lohnt sich, auf die skandinavischen Hochschulen und die der USA zu schauen. Hier wird die
155 Hochschule in sogenannte Departements aufgeteilt, die im Wesentlichen den Fachbereichen
156 entsprechen. Diese Departments sind, anders als bei uns, nicht einer*m Professor*in zugeteilt, sondern
157 setzen auf kooperative Zusammenarbeit statt auf Konkurrenzverhältnisse unter allen Mitarbeiter*innen.
158 Dabei wird auf eine breite Professor*innenschaft gesetzt. Junge Wissenschaftler*innen, die mit einer
159 Tenure-Track-Professur angestellt sind, und etablierte Professor*innen arbeiten dabei gemeinsam. Aus
160 der Grundfinanzierung stammende Mittel, wie z.B. Räume, Forschungsgeräte und Arbeitskräfte sind
161 dem Departement unterstellt, anstatt einzelnen Professor*innen. Durch die Aufteilung von Aufgaben wie

⁴ <https://www.nature.com/articles/d41586-020-01294-9>

162 zum Beispiel dem Personalmanagement auf mehrere Personen bietet sich gleich eine doppelte Chance:
163 Die Überwindung von hierarchischen Strukturen und dadurch deutlich mehr Zeit für Lehre und
164 Forschung.

165 Wir sind uns sicher: Für demokratischere, vielfältigere und internationalere Hochschulen einzustehen,
166 bedeutet auch, dass wir uns vom Lehrstuhlprinzip verabschieden und offen sind, neue Wege zu gehen.
167 Die Department-Struktur hat das Potenzial, die Probleme und Ungerechtigkeiten im heutigen
168 Wissenschaftsbetrieb zu überwinden.

169 **Deshalb fordern wir:**

- 170 • Die Evaluation und kurzfristige Novellierung des WissZeitVGs, besonders unter dem Aspekt
171 der Qualifizierungsziele. Diese müssen einheitlich geregelt werden und dem Zeitaufwand
172 angemessen sein. Daher muss auch eine festgeschriebene Untergrenze der Befristungsdauer
173 mit aufgenommen werden. Dazu zählt auch, dass mindestens $\frac{3}{4}$ der Promotionszeit
174 tatsächlich zur Promotion aufgewendet werden kann. Ansonsten leidet sowohl die Forschung
175 als auch die Lehre. Des Weiteren fordern wir eine Mindestbefristungsdauer von zwei Jahren
176 für alle Mitarbeiter*innen der Hochschulen.
- 177 • Eine langfristige Anpassung der Arbeitsbedingungen an Hochschulen! Arbeit und ein
178 planbares Leben können gemeinsam funktionieren. Dazu braucht es eine komplette
179 Novellierung des WissZeitVGs. Ausfinanzierte Stellen ohne Befristung, eine Promotion, die
180 dem tatsächlichen Aufwand gerecht wird und die Abschaffung der Befristungsgrenze von 6
181 Jahren vor und nach der Promotion. Dafür braucht es gut ausfinanzierte Hochschulen und
182 Universitäten, die Personalplanung ernst nehmen.
- 183 • Mehr Frauen* in der Wissenschaft! Wir brauchen Verbindlichkeiten, denn freiwillige
184 Regelungen nützen nichts! Deswegen fordern wir eine Frauen*quote von mindestens 50 % bei
185 Neueinstellungen, echte Teilzeitstellen und eine kostenfreie Kindertagesstätte Mindestens
186 genauso wichtig ist, dass Männernetzwerke endlich der Vergangenheit angehören und
187 Frauen* dazu angeregt werden sich untereinander zu vernetzen und zu solidarisieren. Unser
188 Ziel hierbei ist es, dass Frauen* zu Multiplikator*innen ausgebildet werden, die Erfahrungen
189 teilen und Wissen weitergeben, damit Männerbünde der Vergangenheit angehören!
- 190 • Eine grundlegende Reform der Personal- und Karrierestruktur in der Wissenschaft: Die
191 Abschaffung des Lehrstuhlprinzips und das Einführen von Departements, damit die Macht von
192 Professor*innen eingeschränkt wird und statt des kompetitiven Gedankens an den
193 Hochschulen solidarisch geforscht und gelehrt wird.

Antragsbereich G: Gute Arbeit

Antrag G2_20

1 **Antragssteller*in:** Juso-HSG Leipzig

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **G2_20 Kaffee kochen, Bücher ausleihen und** 4 **kopieren - Studentische Beschäftigte können und** 5 **wollen mehr!**

6 Die neben den Studierenden wohl größte, aber am wenigsten beachtete und am schlechtesten
7 vertretene Gruppierung an den Hochschulen ist die der Studentischen Beschäftigten. Rund 400.000
8 Studentische Hilfskräfte (SHKs), also Studierende ohne Studienabschluss, und dazu noch 40.000
9 Wissenschaftliche Hilfskräfte (WHKs), die mindestens einen Fachhochschul- oder Bachelorabschluss
10 haben müssen, arbeiten an deutschen Hochschulen. Sie bilden damit das Grundgerüst für den
11 universitären Betrieb, der ohne ihre Tätigkeit als Tutor*innen, Forschungsgehilf*innen, Korrektor*innen
12 und allzu häufig leider Aushilfen für jede Art von anfallender Arbeit zusammenbrechen würde. Trotz
13 dieser essentiellen Rolle, bleibt ihnen Anerkennung in jeder Form, besonders aber auch in finanzieller,
14 regelmäßig verweigert. Besonders durch die Corona-Pandemie wird deutlich, welche einschneidenden
15 Folgen das für viele SHKs haben kann.

16 **Wissenschaftliche Helfer*innen oder doch nur Hilfe für die Wissenschaftler*innen?**

17 Schon die Definition und Eingrenzung der tatsächlichen Arbeit von Studentischen Beschäftigten fällt
18 schwer. Abhängig von der Disziplin werden sie in den verschiedensten Bereichen eingesetzt und
19 müssen alle möglichen Assistenz-Tätigkeiten ausüben. Tatsächlich ist in Hochschulgesetzen vieler
20 Länder definiert, dass eine Hilfskrafttätigkeit der (wissenschaftlichen) Weiterbildung dienen soll und
21 auch das Bundesarbeitsgericht urteilte, dass Studierende nicht qua ihres Studierendenstatus'
22 automatisch "Studentische Beschäftigte" seien, sondern SHK- und WHK-Tätigkeiten dezidiert
23 wissenschaftliche Aufgaben sein müssten. Offiziell müssen für Aufgaben, die nicht direkt etwas mit
24 Forschung und Lehre zu tun haben, Beschäftigte nach Tariflohn bezahlt und angestellt werden. Dass
25 dies in der Realität nur selten geschieht und die häufig niedrigeren Löhne der SHKs genutzt werden, um
26 diese für reine Assistenz- oder administrative Tätigkeiten anzustellen, ist eine häufig auftauchende
27 Praxis. Auch weitere Kostenvermeidungsstrategien, wie die Versuche, Hilfskrafttätigkeiten als
28 Prüfungsleistungen anrechnen zu lassen, finden sich immer häufiger an Hochschulen. Dabei ist bei
29 letzterer nicht nur die fehlende Bezahlung problematisch, sondern auch die Intensivierung der doppelten
30 Abhängigkeit der Studierenden von ihren Professor*innen als Arbeitgeber*innen und Prüfer*innen. Um
31 diesen Praktiken einen Riegel vorzuschieben, müssen wir fordern, dass alle studentischen
32 Beschäftigungsverhältnisse, die nicht dezidiert mit wissenschaftlichen Aspekten zu tun haben, in
33 geregelte Tarifverträge umgewandelt werden und SHKs sowie WHKs nicht zur Verrichtung nicht-
34 wissenschaftlicher Arbeit angestellt werden!

35 **Aller Anfang ist schwer? - Der Weg zu einer Studentischen Beschäftigung**

36 Obwohl ca. 7 Prozent aller Studierenden, gemessen an den aktuellen Immatrikulations- und SHK/WHK-
37 Zahlen), einer Hilfskrafttätigkeit nachgehen, scheint der Weg zu einer solchen Tätigkeit oft eher
38 verworren. Man sei eben angesprochen worden, habe sich initiativ beworben oder sei halt

39 "reingerutscht", ist häufig die Erklärung wie es zu diesem Beschäftigungsverhältnis gekommen sei.
40 Formale Ausschreibungen für Hilfskraftstellen sind eher seltener der Fall und wenn, dann häufig nur für
41 die oben genannten Tätigkeiten, die wenig mit Forschung und Lehre zu tun haben. Die Besetzung von
42 Hilfskraftstellen stellt oft eher ein System persönlicher Favorit*innenförderung durch die
43 Professor*innen dar, die ihren Schützlingen so ein "wissenschaftliches Stipendium" gewähren. Eine
44 solche Besetzungspraxis von SHK- und WHK-Stellen widerspricht jeder Vorstellung von
45 Chancengleichheit und freien Zugangschancen, für die wir als Juso-Hochschulgruppen stehen. Zudem
46 verschärft sie die persönliche Abhängigkeit von dem*der Arbeitgeber*in für die Studierenden enorm: ein
47 Leistungsversagen im Studienverlauf kann sich negativ auf das Beschäftigungsverhältnis auswirken
48 und andersrum. In einer solchen Situation auf das Gutdünken der*des Arbeitgeber*in angewiesen zu
49 sein, ist eine zutiefst toxische Situation, der Studierende ausgeliefert sind, wenn sie ihre Studienerfolge
50 oder ein zukünftiges Beschäftigungsverhältnis als Wissenschaftliche*r Mitarbeiter*in oder
51 Promovierende*r nicht riskieren wollen. Aus diesem Grund müssen wir nicht nur fordern, das
52 Bewerbungsverfahren zu vereinheitlichen und jede SHK- und WHK-Stelle mit einer festen Frist vorher
53 auszuschreiben, so dass alle Studierenden die Chance auf eine Bewerbung haben, sondern uns auch
54 bemühen, das Geflecht von persönlicher Abhängigkeit zu entwirren. Dazu muss klar sein, dass
55 Arbeitsverträge nie über den*die Professorin direkt, sondern über das Institut laufen und dass feste
56 Regelungen in Arbeitsverträgen die Unabhängigkeit des studentischen vom Arbeitsverhältnis regeln und
57 die Studierenden sich auf diese berufen können, falls sie den Eindruck haben, dass ihre
58 Arbeitgeber*innen eines dieser Verhältnisse nutzen, um dem anderen zu schaden.

59 **All the Things I Could Do if I Had a Little Money**

60 Symptomatisch für die katastrophale Lage der Entlohnung von Studentischen Beschäftigten ist wohl
61 folgender Punkt: während die Lohnuntergrenze nur durch den vor einigen Jahren eingeführten
62 Mindestlohn gehalten wird, der für unter 18-jährige Studierende nicht einmal greift, definiert die
63 Arbeitgeber*innen-Tarifgemeinschaft der Länder Lohnobergrenzen als nicht rechtsverbindliche
64 Richtlinie für die Bezahlung von Studentischen und Wissenschaftlichen Hilfskräften. Wie viel die Arbeit
65 der Beschäftigten laut der Tarifgemeinschaft angeblich maximal wert sei, unterschied sich auch noch
66 an der klassischen Gehaltsgrenze. Während SHKs in den westlichen Bundesländern nach den Zahlen
67 des Sommersemesters 2018 höchstens 10,27, WHKs mit Bachelor oder FH-Abschluss 11,94 und WHKs
68 mit Master-Abschluss 16,21 Euro verdienen dürfen, weichen diese Maximallohnempfehlungen in den
69 östlichen Bundesländern jeweils noch zwischen 40 und 85 Cent nach unten ab. Der springende Punkt
70 bei diesen Sätzen ist jedoch: sie sind Höchstsätze! Je nach Bundesland sind die Hochschulen oder das
71 Land frei, diese Zahlen bis zum Satz des Mindestlohns zu reduzieren, um so an Personalkosten zu
72 sparen. Personalkosten sparen können die Arbeitgeber*innen jedoch auch durch einen anderen Trick,
73 nämlich durch die Anstellung von Studentischen Beschäftigten mit Masterabschluss anstelle von
74 regulären Wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen. Ihre Aufgaben sind praktisch die gleichen, aber die
75 Bezahlung, die Verträge und nicht zuletzt der Status von WHKs ist um Einiges schlechter.

76 Eine positive Ausnahme in dem ganzen Elend rund um die mangelhafte Bezahlung und Beschäftigung
77 von Studentischen Beschäftigten bildet das Bundesland Berlin. Während überall sonst die SHKs und
78 WHKs durch eine Vereinbarung der Arbeitgeber*innen-Tarifgemeinschaft vom Geltungsbereich von
79 Tarifverträgen ausgeschlossen sind, haben sich die Studierenden in Berlin nach Protesten gemeinsam
80 mit den Gewerkschaften im Jahr 1986 einen Tarifvertrag für Studentische Beschäftigte durchgesetzt,
81 der im Jahr 2018 nach einem erneuten Streik in Form des TV Stud III reformiert wurde. In diesem Vertrag
82 ist nicht nur ein Mindestlohn von 12,30 Euro festgehalten, der bis 2022 auf fast 13 Euro anwachsen soll,
83 sondern auch eine maximale und minimale monatliche Stundenanzahl, Urlaubstage, Nacht- und
84 Wochenendausgleiche und Vieles mehr. Dieser Tarifvertrag ist nicht nur eine beispielhafte Verknüpfung
85 von Studierenden und Gewerkschaften in ihrem Kampf für ihre gemeinsamen Ziele, sondern schafft
86 auch Erwartungs- und Rechtssicherheit für die Beschäftigten.

87 Einen solchen Tarifvertrag müssen wir für die Studentischen Beschäftigten aller Bundesländer
88 erkämpfen - sowohl in Zusammenarbeit mit Hilfskraftinitiativen, mit Gewerkschaften und durch unsere
89 Wirkung in die Partei und die Fraktionen hinein. Für einen solchen Vertrag fordern wir eine
90 Mindestvergütung von 12,50 Euro für SHKs und 15,00 für WHKs mit einem Bachelor- oder FH-Abschluss
91 mit stetigem Inflationsausgleich. Weiterhin soll die Gruppe von Wissenschaftlichen Hilfskräften mit
92 Master-Abschluss abgeschafft und alle Angestellte dieser Gruppe als reguläre Wissenschaftliche
93 Mitarbeiter*innen angestellt werden.

94 **Gimme, Gimme, Gimme: Rechte und Leistungen!**

95 Die Besonderheit Studentischer Beschäftigungen ergibt sich aus der geringen und häufig frei auf die
96 Monatstage aufgeteilten Stundenanzahl, dem geringfügigen Charakter des
97 Beschäftigungsverhältnisses und der engen Verbindung zum*zur Arbeitgeber*in, der*die häufig auch
98 gleichzeitig über den akademischen Weg der*des Arbeitnehmer*in entscheidet. Aus diesen Gründen
99 sind Leistungen wie Kranken- und Sozialversicherung, Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall,
100 Urlaubsansprüche und Elterngelds- oder Mutterschutzregelungen Studentischen Beschäftigten nicht
101 nur nicht bekannt, sondern werden auch nicht genutzt, aus Angst vor einer eventuellen Nicht-
102 Weiterbeschäftigung oder negativen Konsequenzen für das Studium.

103 Auch für diese Punkte ist ein Tarifvertrag, in dem alle diese Ansprüche geregelt sind, die richtige Lösung.
104 In Anlehnung an das Beispiel Berlins fordern wir in einem solchen 10 Wochen Lohnzahlung im
105 Krankheitsfall, einen Urlaubsanspruch für Studentische Beschäftigte von 30 Arbeitstagen pro
106 Kalenderjahr - bei der Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 5 Tage, die Wiedereinführung des
107 sogenannten "Weihnachtsgeldes", bzw. der Jahressonderzahlungen in Höhe von 95% des
108 Monatsbruttogehalts.

109 Auch über ihre Rechte bei gleichzeitigem Bezug von BAföG und/oder Kindergeld, die Sozial- und
110 Krankenversicherungsleistungen und steuerliche Verpflichtungen und Absetzbarkeiten müssen
111 Hilfskräfte transparent und unabhängig informiert werden. Dazu müssen die Arbeitgeber*innen
112 verpflichtet werden, gleichzeitig ist es aber auch essentiell, dass die Studierendenvertretungen an den
113 Hochschulen hier Leitfäden erstellen und Beratungsangebote schaffen, an denen Studentische
114 Beschäftigte sich orientieren und an die sie sich wenden können. Dabei kann und soll selbstverständlich
115 auf das bereits bestehende Wissen und die Materialien von Gewerkschaften und Hilfskraftinitiativen
116 zurückgegriffen werden.

117 **Befristung und Wissenschaft sind nicht unzertrennlich!**

118 Tätigkeiten als Studentische Beschäftigte dienen für viele nicht nur ihrer akademischen Laufbahn,
119 sondern vor allem auch der Finanzierung ihres Studienalltags. Neben möglicherweise ehrenamtlichem
120 Engagement und einer Hilfskraft-Stelle ist es häufig jedoch nicht mehr möglich, sein Studium im Zuge
121 der Regelstudienzeit zu beenden. Gerade diese Studierenden werden jedoch durch die zur Zeit im
122 Wissenschaftszeitvertragsgesetz festgehaltene, auf sechs Jahre befristete, maximale
123 Beschäftigungsdauer meist in der kritischsten Abschlussphase ihres Studiums von der Finanzierung
124 ihres Studiums abgeschnitten. Und selbst, wenn eine Hilfskrafttätigkeit weniger als sechs Jahre
125 ausgeübt wird: es ist an Hochschulen Praxis, für SHKs und WHKs Verträge mit 3 - 6 Monaten Laufzeit
126 zu vergeben. Das bedeutet für die Beschäftigten, alle paar Monate um ihre finanzielle und berufliche
127 Zukunft zu bangen. Die Statements der Hochschulrektorenkonferenz (sic!), dass befristete
128 Beschäftigungsverhältnisse in der Wissenschaft notwendig seien, um die Qualität der Forschung
129 hochzuhalten und Fluktuation zu gewährleisten, scheinen in Anbetracht dieser Umstände geradezu
130 zynisch.

131 Die Juso-Hochschulgruppen müssen sich für eine gerechte und Erwartungssicherheit schaffende
132 Beschäftigungspraxis einsetzen; dazu gehört die Abschaffung der maximalen Beschäftigungsdauer von
133 Studentischen Beschäftigten, die Entfristung aller Verträge von SHKs und WHKs oder mindestens die
134 Setzung einer Mindestbefristungsdauer von 4 Semestern mit anschließendem Recht auf
135 Weiterbeschäftigung.

136 **Die Coronapandemie – das Tüpfelchen auf dem I der Ungerechtigkeit**

137 In Krisenzeiten machen sich ungerechte Strukturen besonders bemerkbar. So auch im Bereich der
138 Hochschulen. Am Anfang des diesjährigen Sommersemesters musste der Hochschulbetrieb innerhalb
139 kürzester Zeit in den digitalen Raum verlagert werden. Angesichts der vorher oft schlecht oder gar nicht
140 laufenden Digitalisierung war das ein Kraftakt, den kaum ein Lehrstuhl mit Leichtigkeit vollbringen
141 konnte.

142 SHKs und WHKs leisteten vielerorts einen großen Beitrag dazu, so schnell wie möglich den Studierenden
143 eine funktionierende Online-Lehre zu ermöglichen. Dazu gehörten unbezahlte Überstunden für das
144 Erlernen und Erproben neuer Lehrtechniken, das Anschaffen neuer Geräte und nicht zuletzt das Arbeiten
145 von zuhause aus.

146 Dadurch, dass SHKs und WHKs oft nicht körperlich am Lehrstuhl anwesend waren, litt ihre betriebliche
147 Mitbestimmung. Wenn Informationen und Aufgaben an der Kaffeemaschine ausgetauscht werden,
148 haben Mitarbeiter*innen im Home Office einen großen Nachteil.

149 Wer denkt, dass die Tätigkeit als SHK im Vergleich zu einem Nebenjob in der Gastronomie deutlich
150 krisensicherer ist, liegt damit leider falsch. Bundesweit machte die Pandemie etlichen
151 Forschungsvorhaben einen Strich durch die Rechnung. Projekte und Lehrveranstaltungen wurden
152 verschoben und abgesagt, finanzielle Mittel an dringendere Stellen umgelegt.

153 So standen auch viele SHKs und WHKs durch die Corona-Pandemie ohne Arbeit da. Durch bessere
154 tarifliche Absicherung müssen wir dafür sorgen, dass das in Zukunft nicht so einfach passiert!

155 **Zur Not vertreten wir uns halt selbst!**

156 Zusätzlich zu den in diesem Antrag bereits erläuterten Punkten ist besonders die Information und
157 Vertretung von Studentischen Beschäftigten ein Grundanliegen, dem wir uns widmen sollten. Dazu
158 gehört die Vertretung von SHKs und WHKs in den Betriebsräten von außeruniversitären
159 Forschungseinrichtungen sowie in den Personalräten von Hochschulen und eine feste und
160 stimmberechtigte Vertretung im Senat. Außerdem müssen an den StuRä und ASten Beratungsstellen
161 für Studentische Beschäftigte eingerichtet werden, bei denen diese sich über ihre Rechte informieren,
162 rechtliche Hilfe in Anspruch nehmen und gemeinsame Interessen formulieren können.

163 Mit all diesen Forderungen greifen wir als Juso-Hochschulgruppen die Bedürfnisse einer besonders
164 verletzlichen Beschäftigtengruppe an den Hochschulen auf, die oft genug mehr als stiefmütterlich
165 behandelt wird. Gute Arbeitsbedingungen dürfen auch an Hochschulen nicht nur vom Gutdünken
166 der*des Professor*in abhängen, sondern müssen zu den grundlegenden Beschäftigungsstandards
167 gehören!

Antragsbereich I: Inklusion & Antidiskriminierung

Antrag I1_20

1 **Antragssteller*in:** Juso-Hochschulgruppen Baden-Württemberg

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **I1_20 Barrierefreies Gendern bei den Juso-** 4 **Hochschulgruppen**

5 Die Juso-Hochschulgruppen verwenden zum Zwecke der Inklusion zukünftig anstelle des
6 Gendersternchens einen Doppelpunkt zum Gendern.

7 **Begründung:**

8 Die Juso-Hochschulgruppen haben sich dem Gendern verpflichtet, um möglicher Diskriminierung von
9 Geschlechtern durch nicht-inklusive Sprachgebrauch vorzubeugen. Allerdings stellt das im Verband
10 geläufige Gendersternchen eine Barriere für Personen dar, die Sehbeeinträchtigt sind oder unter
11 Legastenie leiden. Sollen Texte mit Gendersternchen von Sprachausgabeprogrammen vorgelesen
12 werden, so wird das Gendersternchen als „Stern“ vorgelesen. Der Doppelpunkt hingegen wird
13 automatisch als Pause gelesen. Dieser Umstand trägt dazu bei, dass der Doppelpunkt Texte
14 verständlicher und letzten Endes barrierefreier macht.¹

¹ https://www.deutschlandfunkkultur.de/gendersternchen-doppelpunkt-und-co-die-suche-nach-der.2156.de.html?dram:article_id=482142

Antragsbereich M: Studentischer Wohnraum

Antrag M1_20

1 **Antragssteller*in:** Juso-HSG Kiel

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **M1_20 Juso-HSG-WG-Börse schaffen. Wohnen**
4 **mit Linken statt Fechten mit Rechten**

5 Das Bundeskoordinierungstreffen beauftragt den Juso-HSG-Bundesvorstand mit der Einrichtung einer
6 intern zugänglichen digitalen Juso-HSG-WG-Börse. Das Angebot soll unter Mitgliedern und HSG-
7 Interessierten beworben werden.

8 **Begründung:**

9 Wohnraum zu finden wird immer komplexer. Und harmonisierende Mitbewohnende zu finden kann einer
10 Art Wissenschaft gleichen. Plötzlich stellen sich einem Fragen, wie: Wie finde ich eine*n
11 Mitbewohner*in, wo ich sicher sein kann, dass sie*er kein*e Rechte*r ist? Eine Juso-HSG-WG-Börse
12 würde diese Frage für HSGler*innen und Erstsemester*innen beheben und eine niedrighschwellige Form
13 der stärkeren Vernetzung ermöglichen. Zudem verirren sich weniger Erstis zu Burschenschafter*innen,
14 wenn wir sie bei unseren Ersti-Aktionen auf unsere eigene WG-Börse hinweisen.

Antragsbereich M: Studentischer Wohnraum

Antrag M2_20

1 **Antragssteller*in:** Juso-Hochschulgruppen Nordrhein-Westfalen

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **M2_20 Mikro-Appartements und Luxuswohnheime** 4 **stoppen - Unterstützung für Studierendenwerke** 5 **statt Gewinnmaximierung mit studentischer** 6 **Wohnungsnot**

7 Viele Studis kennen es, bei der Wohnungssuche scrollt man nicht selten daran vorbei: Anzeigen für Ein-
8 Zimmer-Wohnungen, die wie sterile Ferienwohnungen anmuten, mit Extras wie Co-Working-Space, Auto-
9 Tiefgarage, Reinigungsservice und Pförtner daher kommen und vor allem eins sind: Sehr, sehr teuer.
10 Abgesehen davon, dass die meisten Studis wohl eher einen sicheren Bib-Platz, Fahrradständer, WG-
11 Putzpläne und alle paar Monate ein neues Klingelschild brauchen: Was steckt hinter diesen
12 sogenannten "Mikro-Appartements" und wieso gibt es in den letzten Jahren immer mehr davon?

13 **Das Geschäftsmodell: Studentische Wohnungsnot**

14 Seit der Einführung der Mietpreisbremse und der gleichzeitig einsetzenden neuen Dimension der
15 Wohnungskrise in deutschen Großstädten hat sich die Praxis der Mikro-Appartements als deutlicher
16 Trend auf dem Wohnungsmarkt herausgebildet. Eigentümer nutzen hierbei eine Gesetzeslücke, laut der
17 bei bereits möblierten Wohnungen weder die Mietpreisbremse noch der Mietspiegel zum Vergleich der
18 Mieten angewendet werden können. Der eigentliche Sinn dahinter war, die Kosten für Möblierung und
19 Dienstleistungen für die Mieter*innen zu decken.

20 Der Kern des Problems: Mittlerweile wird diese Lücke im Gesetz im großen Stil genutzt, um die
21 Mietpreisbremse bewusst zu umgehen. Es wird dann deutlich mehr Miete verlangt, als für die Deckung
22 der Kosten für Möblierung etc. anfallen. Die Gewinnspanne ist riesig und die Attraktivität für
23 Investor*innen dadurch hoch.

24 Diese Ausnahmeregelungen waren für Nutzer*innen wie Montagearbeiter*innen oder Young Professionals
25 gedacht, die kurzzeitig eine möblierte Unterkunft brauchen. Mikro-Appartements haben sich mittlerweile
26 aber vor allem zur "Notlösung" für Studierende entwickelt, die aus Verzweiflung darauf zurückgreifen
27 müssen: Zum Semesterbeginn eine Wohnung finden ist noch schwerer als sowieso schon, und die
28 Hürden werden immer größer: Lange Wartelisten für die Wohnheime der Studierendenwerke, endlose
29 WG-Castings, kaum soziale Kontakte und oft zusätzliche Sprachbarrieren, wie zB für Erasmus-
30 Studierende.

31 Für viele Studis bleibt da nur der letzte Ausweg, ein Mikro-Appartement zu beziehen, das sie sich
32 eigentlich nicht leisten können.

33 Doch das ist nicht der einzige Kniff. Investor*innen verschaffen sich weitere Vorteile durch den Bau von
34 privaten Studierendenwohnheimen, die sie mangels Zweckbindung - hier die Vermietung an Studierende
35 - auch an Geschäftsleute vermieten können. Dadurch wird die Chance von Studierenden mit einem
36 durchschnittlichen Einkommen auf einen Platz in diesen Wohnheimen zusätzlich verringert. Die privaten

37 Wohnheime, die öffentliche Fördergelder erhalten, sollten deshalb eine Zweckbindung bei der Verteilung
38 der Wohnheimplätze auferlegt bekommen.

39 **Ein Traum für Investor*innen**

40 Schon die nackten Zahlen zeigen, dass es sich hierbei um ein sehr beliebtes Geschäftsmodell handelt:
41 Allein von 2010 bis 2018 wurden in Deutschlands Großstädten 45.000 Plätze in Luxuswohnungen im
42 Kleinstformat gebaut. Zum Vergleich: Die Wohnheime der Studierendenwerke sind im selben Zeitraum
43 um lediglich knapp 18.000 Plätze gewachsen, also nicht einmal halb so viel. Das entscheidende ist
44 jedoch: Im selben Zeitraum ist die Zahl der Studierenden um sage und schreibe 597.000 (!) angestiegen.

45 Ist es nicht also gut, dass private Investor*innen so aktiv sind? Das Problem hierbei: Sie kaufen
46 Grundstücke auf, die auch von Studierendenwerken bebaut werden könnten. Durch die teuren
47 Grundstückspreise und den Druck der Investor*innen, hohe Renditen erzielen zu müssen, sind die
48 Preisunterschiede enorm. In Berlin beispielsweise kostet ein Wohnheimplatz des Studierendenwerkes
49 200-300 Euro, bei privaten Wohnheimen ist es das 2- bis 3-fache. In den teuersten Studi-Städten sind es
50 nicht selten sogar 800€ pro Monat, fast ein ganzer Bafög-Satz.

51 Auch wenn sie mit ihrem Image vorgaukeln, im Sinne der Studierenden zu handeln, existieren private
52 Wohnheime aus einem Grund: Wegen ihrer Rentabilität, die Gesetzeslücken und Wohnungsnot ausnutzt.

53 Ein weiterer Aspekt des "Geschäftsmodells Mikro-Appartements" besteht darin, dass
54 Baugenehmigungen auch ohne anteilige Sozialwohnungen erteilt werden, weil vorgegeben wird,
55 studentischen Wohnraum zu errichten. Investor*innen sparen sich dadurch viele Kosten und die
56 Verpflichtung, auch günstige Zimmer anzubieten.

57 Wohnraum ist aber nicht gleich Wohnraum! Die Appartements für 20-30 Euro pro Quadratmeter richten
58 mehr Schaden als Nutzen an, denn sie verhindern, dass auf den sowieso schon knappen Grundstücken
59 auch bezahlbarer Wohnraum entsteht und verschärfen damit Verdrängungsprozesse.

60 Wir brauchen keine Städte, in denen "der Markt" die Verteilung von studentischem Wohnraum regelt,
61 sondern müssen insbesondere bezahlbaren Wohnraum schaffen und sichern. Daher sind feste
62 Vorgaben für sozialen Wohnungsbau auch für Mikro-Appartements und eine Zweckbindung dringend
63 notwendig.

64 **Was ist das für ein Studi-Life?!**

65 Viele politische Entscheidungsträger*innen ziehen sich aus der Verantwortung und ruhen sich darauf
66 aus, dass auf dem Papier ja "Wohnungen für Studierende" gebaut werden. Sie sitzen damit der
67 Erzählung von Investor*innen auf, dieses Geschäftsmodell wäre im Sinne der Studierenden. Doch ist es
68 das?

69 • Die kapitalistische Verwertung des studentischen Lebensmodells widerspricht unserem
70 Anspruch von gerechten Bildungschancen und individueller Entfaltung. Die Freiheit, sein Leben
71 und damit auch seinen eigenen Wohnraum zu gestalten wird den Studis genommen.
72 "Käfighaltung" in identischen Appartements, aneinandergereiht, kann kein Ersatz dafür sein.

73 • Auch das typische studentische Zusammenleben in einer Wohngemeinschaft, welches viele
74 Studis wählen, wird geschwächt. Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft, das
75 Schließen neuer Kontakte: Ein wichtiger sozialer Aspekt des Studierendenlebens fällt weg. Man
76 stelle sich nur mal vor, Mikro-Appartements wären die vorherrschende Wohnungsart: Wo
77 würden eigentlich noch WG-Partys stattfinden?

78 • Prognosen zur Zahl der Studierenden sagen abnehmende Zahlen ab 2030 voraus.
79 Angenommen, dies bewahrheitet sich: Wer soll die kleinen und teuren Zimmer dann nutzen? Für
80 junge Familien und Lebensgemeinschaften sind die Zimmer zu klein. Geschäftsleute würden
81 für kurzfristige Aufenthalte wohl eher auf Hotels und andere bedürfnisgerechte Wohnformen
82 zurückgreifen. Und Studierende würden bis dahin bestenfalls in neu erbauten und deutlich
83 günstigeren, öffentlich geförderten Wohnungen, wie die der Studierendenwerke, untergebracht
84 sein. Das heutige "Modell Mikro-Appartement" ist also (nicht nur klassistisch, sondern auch)
85 nicht nachhaltig.

86 • Hinzu kommt ein gesellschaftliches Problem. Gerade Studierende mit weniger sozialer
87 Anbindung müssen sich darauf einlassen, da sie wenig Kontakte haben, um WG-Plätze zu
88 finden. Wir sehen hier die Gefahr einer sozialen Abwärtsstrudels, die auch zur Vereinsamung
89 führen kann. Daneben sind Studierende bereits heute starken psychischen Belastungen
90 ausgesetzt sind. Diese können durch den Aufwand, die enormen Kosten der Apartments zu
91 stemmen, verstärkt werden. In einer derartigen Drucksituation kommen Studierende leicht an
92 ihre Grenzen.

93 **Konsequenzen für die Studierendenschaft**

94 Bei zunächst weiter steigenden Studierendenzahlen und einer Verknappung des bezahlbaren
95 Wohnraums wird die Verdrängung von finanziell schwächeren Studierenden weiter verstärkt. Bereits
96 jetzt pendeln viele - entweder von zu Hause oder von den Stadträndern - oder müssen sich gegen ein
97 Studium entscheiden. Dieser Trend wird durch Mikroappartements verstärkt, denn das studentische
98 Klientel ist klar: Man braucht finanzstarke Eltern - für Arbeiterkinder oder Bafög-Empfängerinnen ist da
99 kein Platz.

100 Für uns ist klar: Leben auf 20 qm ist kein "Trend" und schon gar nicht erstrebenswert, sondern Ausdruck
101 der Wohnungsnot und einer katastrophalen Wohnraumpolitik.

102 **Hilflose Studierendenwerke**

103 Die Unterbringungsquote der Studierendenwerke ist von 2010 bis 2018 von 11,64 Prozent aller
104 Studierenden auf nur noch 9,6 gesunken. 1991 lag sie sogar noch bei fast 15 Prozent. Hauptgrund
105 hierfür ist, dass die Wohnheimplätze stagnieren, während die Zahl der Studierenden schnell steigt.

106 Im Wettbewerb mit finanzstarken Investor*innen, die in der Regel hinter dem Bau von Mikro-
107 Appartements stecken, haben die gemeinnützigen Studierendenwerke kaum eine Chance beim Kauf von
108 Grundstücken. Dadurch entstehen auch kaum neue Wohnheimplätze. Wir kritisieren die ausbleibende
109 Hilfe der Politik beim Kampf um die Grundstücke sowie die mangelnde Finanzierung der
110 Studierendenwerke. Mangelnde finanzielle Sicherheit stellt generell ein riesiges Problem für die Werke
111 dar und damit auch für ihre Bauaktivitäten.

112 Verstärkt wird die Lage der Studierendenwerke in diesem Jahr auch durch die Corona-Pandemie. Sie
113 sorgt dafür, dass eine Vielzahl von Studierenden ihr Studium nun nicht wie üblich vor Ort ausführen
114 können. Entsprechend wurden schlagartig viele Zimmer frei, die bei einem größtenteils online
115 abgehaltenen Semester auch nicht wie üblich neu belegt werden. Die fehlenden Einnahmen bringen die
116 Studierendenwerke in Bedrängnis, da sie als gemeinnützige Organisationen kaum Rücklagen bilden
117 können. Gerade jetzt müssen die Länder also dringend aushelfen, um das Problem studentischen
118 Wohnen nicht zusätzlich voranzutreiben.

119 Nebenbei weigern sich viele Länder den Studierendenwerken die Kreditwürdigkeit zuzusprechen, um bei
120 Kreditausfällen nicht in die Pflicht genommen zu werden. Dieses Vorgehen ist unverantwortlich. Es
121 drängt die Studierendenwerke in eine Zwangslage, durch die sie gezwungen sind, ihre Beiträge

122 anzuheben, um ihre Kosten decken zu können. Dadurch können sie ihrem Auftrag, gemeinnützig zu sein,
123 nicht umfassen nachkommen.

124 **Länder müssen aktiver werden**

125 Es ist nicht hinzunehmen, dass im Zeitraum vom Wintersemester 2004/2005 bis 2017/2018 in ganz
126 Deutschland nur ca. 20.000 öffentliche Wohnheimplätze geschaffen wurden. Die Politik kann sich nicht
127 nur auf die Investitionsfreude Privater verlassen, um das Wohnungsproblem zu lösen. "Privat vor Staat"
128 ist für uns als Juso-Hochschulgruppen zur Lösung der Wohnungskrise nicht akzeptabel. Die Länder
129 sollten deshalb einen erheblichen Teil der vom Bund für sozialen Wohnungsbau gewährten Fördermittel
130 für die Jahre 2020/2021 in studentischen Wohnraum in öffentlicher Trägerschaft oder öffentlicher
131 Förderung investieren.

132 Das Deutsche Studierendenwerk fordert schon seit Jahren einen Hochschulsozialpakt, durch den die
133 längst überfälligen Sanierungen neben Neubau vorangetrieben werden.

134 **Besondere Dringlichkeit angesichts der Corona-Pandemie**

135 Auch die in Folge der Corona-Pandemie frei werdenden Wohnheimplätze privater und öffentlicher
136 Träger dürfen von den Ländern nicht als Anlass zur Untätigkeit genommen werden. Ganz im Gegenteil.
137 Gerade jetzt sollten die Länder versuchen, Wege für die Planung und den Bau neuen studentischen,
138 öffentlich geförderten Wohnraums frei zu machen. Wird hier zu lange gezögert, ist zu erwarten, dass die
139 Länder bei den Problemen, die es nach der während und nach der Pandemie zu bewältigen gilt, mit dem
140 Bau nicht hinterherkommen werden. Außerdem bleibt der Wohnungsmarkt auch während der Pandemie
141 angespannt. Die seit Jahren von Studierendenwerken getätigte Forderung nach mehr Geld für Neubau
142 und Sanierungen hat deshalb nicht an Dringlichkeit verloren.

143 Für Mikro-Appartements stellt die Corona-Pandemie ebenfalls ein Problem dar, der üblich hohe Zuzug
144 von Erstsemestern blieb im letzten und in diesem Semester aus. Die langfristigen Folgen sind laut
145 Marktanalytiker*innen noch unklar. Und erneut zeigt sich, wie brüchig ein Modell ist, dass auf eine
146 bestimmte Gesellschaftsgruppe zugeschnitten ist, deren Einkommensverhältnisse aber bei weitem
147 verfehlt. Studierendenwohnheime der Studierendenwerke haben sich hingegen über Jahrzehnte als
148 bedarfsgerechte Form studentischen Wohnens bewährt. In diese und andere gemeinnützige
149 Wohnheime sollten die Länder deshalb investieren und das studentische Wohnen nicht der Willkür des
150 Marktes überlassen.

151 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge daher beschließen:

152 Die Praxis gewinnmaximierender Mikro-Appartements muss unterbunden werden. Dazu sollen folgende
153 Instrumente genutzt werden:

- 154 • Mietpreisbremse: Schluss mit "Möbel statt Mietpreisbremse" - Eine Novellierung der
155 Mietpreisbremse muss kommen, damit diese endlich auch bei möblierten Wohnungen greift.
- 156 • Sozialwohnungen: Auch unter Studierenden gibt es Bedarf für sozialen Wohnungsbau.
157 Investor*innen müssen verpflichtet werden, auch beim Bau privater Wohnheime einen gewissen
158 Anteil als Sozialwohnungen auszuweisen.
- 159 • Zweckbindung: Flächendeckende Zweckbindung bei öffentlicher Förderung privater
160 Studierendenwohnheime müssen festgelegt werden, damit der Wohnraum auch wirklich Studis
161 zukommt.

162 • Mietendeckel: Ein bundesweiter Mietendeckel ist das wirksamste Mittel, um die steigenden
163 Mieten auch für Studierende in allen Städten zu stoppen. Dadurch wird Zeit für den Neubau von
164 bezahlbarem Wohnraum gewonnen und Wohnraumspekulationen ein Riegel vorgeschoben.

165 Private Wohnheime treiben die Mieten nach oben. Wohnheime der Studierendenwerke bieten dagegen
166 Wohnraum für alle. Daher müssen die Studierendenwerke als Antwort auf private Mikro-Appartements
167 gestärkt werden:

168 • Eigeninitiative: Nicht mehr tatenlos zuschauen: Die deutschen Großstädte brauchen eine aktive
169 Bodenpolitik von Bund, Ländern und Kommunen: Bodenfonds zum Kauf von Grundstücken
170 bspw. in Uni-Nähe, die gemeinwohlorientiert weitervergeben werden sollen, u.a. an
171 Studierendenwerke.

172 • Grundstücksvergabe: Grundstücke, die bereits im Eigentum der öffentlichen Hand sind, müssen
173 gemeinwohlorientiert vergeben werden, z.B. an Studierendenwerke. Auch die Vergabe per
174 Erbpacht ist eine sinnvolle Möglichkeit, um Grundstücke für Studierendenwerke verfügbar zu
175 machen.

176 • Investitionen: Wir fordern, dass ein Teil der vom Bund für sozialen Wohnungsbau gewährten
177 eine Milliarde Euro von den Ländern auch in studentisches Wohnen investiert wird. Diese Gelder
178 sollen vorrangig öffentlichen/gemeinnützigen Trägern zugehen, die in den Neubau und die
179 Sanierung öffentlich geförderter Wohnheime investieren. Zusätzlich sollen mit diesen Mitteln
180 auch die Städte bei der Durchsetzung ihrer Vorkaufsrechte unterstützt werden.

181 • Hochschulsozialpakt: Wir unterstützen die Forderungen des deutschen Studierendenwerks vom
182 27.11.2019. Bund und Länder müssen endlich auf die Studierendenwerke zukommen und im
183 Rahmen eines Hochschulsozialpakts die Finanzierung der Studierendenwerke sicherstellen
184 sowie den Studierendenwerken die Kreditwürdigkeit zusprechen. Dies ist dringend notwendig,
185 damit Unterbringungsquoten erhöht werden können.

Antragsbereich N: Digitale Gesellschaft

Antrag N1_20

1 **Antragssteller*in:** AK Verantwortung der Wissenschaft in der Digitalisierung über den Bundesvorstand

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **N1_20 Mehr Digitalisierung bedeutet nicht,** 4 **weniger Hochschule - Unsere Hochschulen können** 5 **Beides!**

6 Die in den letzten Jahren immer wieder geforderte, aber nie wirklich umgesetzte "Digitalisierung der
7 Hochschulen" wurde durch den Lockdown und die Kontaktbeschränkungen plötzlich unausweichlich.
8 Es hat sich gezeigt: Online Lehre ist nicht das Schreckensgespenst, das von alten
9 Geschichtspräsident*innen und überforderten Verwaltungsangestellten immer an die Wand gemalt
10 wurde, sondern durchaus durchführbar! Vorlesungen, Seminare und sogar wissenschaftliche
11 Zusammenarbeit können auch im Home-Office erfolgreich und problemlos stattfinden. Formale
12 Prozesse in den digitalen Raum zu projizieren, scheint kein Problem zu sein: Texte können weiter
13 gelesen, Wissen weiter abgefragt und Fragen weiter beantwortet werden.

14 Aber was sind die Schlussfolgerungen, die wir aus diesen Umständen ziehen können? Möchten wir, dass
15 Alles zum Alten zurückkehrt? Oder wollen wir uns vielmehr zum Ziel setzen, die Hochschullehre in
16 Zukunft komplett online stattfinden zu lassen? Was ist der "analoge Wert" des Sozialraums
17 Hochschule? Was passiert, wenn jegliche spontane und informelle Interaktion im Lehr- und
18 Wissenschaftsbetrieb wegfällt?

19 Wir als Juso-Hochschulgruppen möchten uns mit diesen Problemen der nicht mehr so fernen, sondern
20 direkten Zukunft auseinandersetzen und eine analoge und digitale Hochschule der Zukunft zeichnen.
21 Einen Sozial- und Lernraum, der auf verschiedenen Ebenen und unter der Berücksichtigung unserer
22 feministischen, sozialistischen und internationalistischen Grundsätze funktioniert - kurz gesagt: Unsere
23 erträumte Hochschule, die Lehren aus der aktuellen Krise zieht, ohne in einen unkritischen
24 Digitalisierungshype zu verfallen und ohne in die Kreidezeit und Vorlesungen um 7 Uhr morgens
25 zurückzufallen!

26 Dazu sollen im Folgenden wichtige Entwicklungen und Tendenzen der digitalen Wissenschaft und Lehre
27 dargestellt und bewertet werden, die schon vor Corona Relevanz hatten und nun umso mehr in unser
28 Blickfeld rücken müssen!

29 **Gute Online-Lehre: Mehr als Zoom, Jitsi und Skype!**

30 Nicht nur die Erfahrungen aus dem rasanten Online-Semester 2020, sondern auch vorherige
31 Erfahrungen haben gezeigt: Vorlesungsformate mit gewöhnlichen Teilnehmer*innenzahlen (meist unter
32 1.000) und dementsprechend guten Betreuungsschlüsseln lassen sich auch online pädagogisch
33 sinnvoll und qualitativ hochwertig durchführen. Mögliche Methoden sind:

- 34 • Online-Vorlesungen, die interaktiv gestaltet sind, live gehalten und währenddessen
35 aufgezeichnet werden, damit sie allen Teilnehmenden auch im Nachhinein zur Verfügung
36 stehen

- 37 • Kurze erklärende Videos oder Podcasts der Lehrenden
- 38 • Regelmäßige Sprechstunden mit Lehrenden über Videoanrufe
- 39 • Online-Übungsgruppen, in denen Studierende kollaborativ arbeiten
- 40 • Foren, in denen außerhalb von festen Sprechzeiten Fragen zeitnah beantwortet werden
- 41 • Digitale, kostenlose Verfügbarkeit sämtlicher Lehrmaterialien
- 42 • Quiz, Abgaben und ggf. Bewertung von Übungen bzw. Peer-Review durch Studierende

43 Wenn die meisten der oben genannten Angebote zu einem durchdachten Konzept einer Online-
 44 Veranstaltung zusammengefügt werden, kann diese eine Präsenzvorlesung fast verlustfrei ersetzen.
 45 Wie in der Präsenzlehre, hängt die Durchführung und Konzeption und damit die Qualität einer
 46 Veranstaltung maßgeblich vom Engagement und vom methodischen Wissen der Lehrenden ab. Wichtig
 47 ist hierbei, dass bei jeder Anpassung stets die Lernerfahrung Studierender im Mittelpunkt steht, nicht
 48 der Aufwand für Lehrende.

49 Auch Veranstaltungen, die auf Diskussionen, Vorträgen und Austausch aufbauen, wie z.B. Seminare,
 50 sind online durchführbar. Jedoch sind damit nicht zu vernachlässigende Nachteile verbunden. Hierbei
 51 ist es möglich, durch Bildschirmfreigabe in einem Videoanruf einen Vortrag mit Folien zu halten, den
 52 Vortragenden fehlt jedoch das direkte visuelle Feedback des Publikums. Dadurch wird es schwieriger,
 53 einzuschätzen, ob es noch möglich ist, dem Vortrag zu folgen und die Qualität des Vortrags leidet. Dem
 54 Publikum hingegen fehlt die körperliche Präsenz der Vortragenden, welche ein Magnet für die
 55 Aufmerksamkeit sein kann.

56 Des Weiteren sind spontane Skizzen für Diskussionen, wie sie in Präsenz an Whiteboard oder Tafel
 57 gezeichnet würden, nicht ohne Vorbereitung und bei Fehlen der entsprechenden Software überhaupt
 58 nicht möglich. Generell zeigt die Erfahrung, dass das Diskutieren mit mehreren Personen über
 59 Videoanrufe deutlich schwieriger ist. Daher sollten diese Möglichkeiten für Ausnahmefälle genutzt
 60 werden, wenn die Durchführung in Präsenz nicht zumutbar oder nicht möglich ist.

61 Praktika, wie sie in vielen naturwissenschaftlichen Studiengängen üblich sind, sind mit der derzeitigen
 62 technischen Möglichkeiten nicht durchführbar. In diesen Formaten sollte auch langfristig auf Präsenz
 63 gesetzt werden. Dies gilt auch für Projektarbeiten, die in Gruppen durchgeführt werden. Zwar gibt es
 64 beispielsweise auch Unternehmen, die vorzugsweise auf Telearbeit setzen. Ist es jedoch das Lernziel
 65 einer Veranstaltung die Arbeit in einer Gruppe zu üben, dann wird dies durch die räumliche Distanz
 66 behindert und sollte vermieden werden.

67 Im Online-Semester entstand der Eindruck, Dozierende stellten Teilnehmer*innen ihrer
 68 Lehrveranstaltungen generell unter den Verdacht, an Live-Veranstaltungen nur nebenbei teilzunehmen
 69 oder sich außerhalb der Veranstaltungen nicht mit den Inhalten zu befassen. So wurde oft verlangt,
 70 während Veranstaltungen dauerhaft die Webcam aktiv zu haben oder es wurden mehr Abgaben als im
 71 Präsenzbetrieb gefordert, um die Studierenden zu kontrollieren. Diese Methoden lehnen wir klar ab. Es
 72 darf durch den Wechsel in den digitalen Raum weder die Überwachung Studierender noch der verlangte
 73 Arbeitsaufwand für eine Veranstaltung erhöht werden.

74 Derzeit wird die Möglichkeit von Online-Prüfungen eher stiefmütterlich behandelt, jedoch ohne
 75 überzeugende Gründe vorzulegen. Den Studierenden wird grundsätzlich misstraut und nachgesagt,
 76 sobald es keine direkte Aufsicht gäbe, würden unerlaubte Hilfsmittel genutzt. Hier ist eine
 77 grundsätzliche Änderung der Grundeinstellung notwendig. Zunächst sollten Lehrende den Studierenden
 78 vertrauen, dass sie die Prüfungen gewissenhaft nach den Regeln ablegen und sich von der Illusion

79 verabschieden, dass es bei Klausuren in Präsenz keine Möglichkeiten gäbe, zu betrügen. Vor allem aber
80 gilt es sich von einem antiquierten Bild der Prüfungen als reiner Wissensabfrage zu verabschieden. Eine
81 solche Vorstellung ist nicht nur studierendenunfreundlich und bereitet nicht auf Aufgaben im Arbeits-
82 und Berufsleben vor, sondern sorgt auch nicht dafür, dass der Lernstoff nachhaltig im Gedächtnis bleibt.

83 Mündliche Prüfungen werden vereinzelt digital durchgeführt, wobei nicht selten von Studierenden
84 verlangt wird, ihr Umfeld über die Webcam zu präsentieren, was einen schwerwiegenden Eingriff in die
85 Privatsphäre darstellt. Im Zweifelsfall sollte die Nutzung von Lernunterlagen für die Prüfung zugelassen
86 werden, um Verletzungen von Persönlichkeitsrechten zu vermeiden. Des Weiteren sind diese
87 Maßnahmen wenig wirksam und verhindern, ähnlich wie z.B. die strikte Kontrolle von Toilettengängen
88 bei Präsenzprüfungen, Täuschungsversuche nur begrenzt. Durch auf Open-Book-Formate ausgelegte
89 Prüfungen können auch schriftliche Prüfungen online realisiert werden und sind – wie oben bereits
90 dargestellt – auch pädagogisch um einiges sinnvoller als stumpfes Auswendiglernen. Zudem existieren
91 zahlreiche andere bewährte Prüfungsformate wie z.B. Hausarbeiten, Präsentationen oder sonstige
92 Ausarbeitungen, die keine physische Präsenz verlangen, auf die für die digitale Lehre zurückgegriffen
93 werden könnte.

94 Voraussetzung für den Erfolg aller aufgezählten Möglichkeiten ist die Verfügbarkeit der technischen
95 Endgeräte für teilnehmende Studierende. Notwendig ist in der Regel eine Internetverbindung mit
96 ausreichend Bandbreite. Beispielsweise gibt Zoom an 600 kbps im Upload und 1.2 Mbps im Download
97 für Gruppenanrufe zu benötigen. Hierfür ist ein konsequenter Breitband- und 5G-Ausbau notwendig.

98 Zudem wird ein Laptop mit eingebauter Webcam und Mikrofon oder ein Computer möglichst mit
99 Webcam und mindestens einem Mikrofon benötigt. Damit dies für alle Studierenden zur Verfügung
100 steht, muss dort, wo es benötigt wird, Geld zur Beschaffung der entsprechenden Geräte bereitgestellt
101 werden. Wir fordern daher eine Erhöhung des BAföGs um eine Digitalpauschale von 500€ pro
102 Bewilligungsperiode für eben jene Ausgaben.

103 **Massive Open Online Courses - Lernen im eigenen Tempo!**

104 Eine Entwicklung der letzten 10 Jahre, die an deutschen Hochschulen, bis auf wenige Ausnahmen,
105 komplett vorbeigegangen ist, sind *MOOCs*. Diese sogenannten *Massive Open Online Courses* sind
106 Vorlesungen, die vollständig digital und frei zugänglich angeboten werden. Es gibt sie sowohl in einer
107 an herkömmliche Vorlesungen angelehnten Version, bei der jede Woche eine Vorlesung hochgeladen
108 wird und eine Übung oder ein Quiz zu absolvieren sind, als auch als sogenannte *self-paced* Kurse, die
109 man jederzeit beginnen und absolvieren kann und sich dafür so viel Zeit nehmen kann, wie man möchte.
110 Abgeschlossen werden die Kurse ebenfalls durch Online Prüfungen oder das Bearbeiten aller Quiz' oder
111 Aufgaben und es kann ein offizielles Zertifikat - abhängig vom Anbieter gegen eine Gebühr - erworben
112 werden. Unterstützung gibt es durch Foren oder Online-Sprechstunden, in denen Fragen gestellt werden
113 können. Oft werden auch Möglichkeiten zur Selbstorganisation und zum Austausch unter Studierenden
114 z.B. zum Bilden von Lerngruppen angeboten.

115 Einer der Hauptkritikpunkte dieser Kurse sind die hohen Abbruchquoten. Diese liegen, je nach Quelle,
116 Plattform und Kurs, meist im Bereich von 90% bis 95%. Hierbei ist zu beachten, dass die Hemmschwelle,
117 sich in einem solchen Online-Kurs anzumelden, sehr niedrig ist. Eine Einschreibung erfordert weder eine
118 Immatrikulation noch eine Gebühr und somit hat jede*r mit entsprechendem Online-Zugang die
119 Möglichkeit, daran teilzunehmen. In einer Studie der Universität Carlos III zu Madrid wurde ein MOOC
120 mit ca. 5600 Registrierungen untersucht, davon meldeten sich 26,5% an und sahen sich nie ein Video an
121 oder bearbeiteten eine der Aufgaben. 42 % der Registrierten schauten ein paar Videos, aber bearbeiteten
122 nie eine Aufgabe. Der Schluss liegt nahe, dass diese Teilnehmer*innen keine ernsthafte Absicht hatten,
123 den Kurs abzuschließen oder sich nach kurzer Zeit abzeichnete, dass dieser nicht ihren Interessen
124 entsprach. Betrachtet man nur den Teil der Personen, welche die Aufgaben bis zum Ende absolvierten,

125 etwa 720 (13%), beträgt die Bestehensquote 61% (ca. 440 Personen). Solche Quoten sind auch bei
126 Präsenzveranstaltungen nicht unüblich und die Absolvent*innenzahl liegt trotz hoher Abbruchquote weit
127 über dem, was ein Präsenzkurs leisten kann.

128 Veranstaltungen, deren Lernziele überwiegend die Vermittlung von Faktenwissen, das Verstehen
129 bestimmter Konzepte und die Fähigkeit zur Bearbeitung bestimmter Aufgaben und Selbstorganisation
130 sind, können gut als MOOCs realisiert werden. Solche, die auf den Kompetenzerwerb anhand von
131 Diskussionen, Kommunikation und Präsentation ausgelegt sind, sind aufgrund der hohen
132 Teilnehmerzahlen, dem daraus resultierenden Betreuungsschlüssel und den Nachteilen digitaler
133 mündlicher Kommunikation nur schwer als MOOC vorstellbar. Auch Lernziele, die Labortätigkeiten und
134 die damit verbundene Durchführung von Experimenten beinhalten, sind derzeit nicht über MOOCs
135 erreichbar.

136 Trotzdem stellen MOOCs durchaus einen ernstzunehmendes Lernkonzept dar, insbesondere für
137 Veranstaltungen, die jedes Semester angeboten werden und von allen Studierenden eines Faches
138 absolviert werden müssen. Auch für Studierende anderer Hochschulen, anderer Fachrichtungen oder
139 zur Weiterbildung von Interessierten oder Berufsqualifizierten bieten solche Kurse eine
140 niedrigschwellige Möglichkeit. Dort, wo sie pädagogisch sinnvoll sind, sollten sie auch an deutschen
141 Hochschulen etabliert werden!

142 Insbesondere für die Vielfalt von Wahlbereichen wäre der Zugang und die Anerkennung zu MOOCs
143 anderer Universitäten sinnvoll. Hierfür braucht es klare Kriterien und einheitliches Verfahren für die
144 Akkreditierung und Anerkennung der Kurse. Eine Hochschule sollte ihre MOOCs selbstständig gestalten
145 und den Arbeitsaufwand in ECTS feststellen. Jede andere Hochschule sollte die Zertifikate der
146 entsprechenden Kurse akzeptieren und Studierenden die ausgeschriebenen ECTS gutschreiben und
147 anerkennen.

148 **Blended Learning: Geht auch beides!**

149 Ein weiteres Konzept, welches sich derzeit einer großen Öffentlichkeit erfreut, ist Blended Learning, also
150 sogenannte hybride Lehransätze. Dies bedeutet im weiteren Sinne die digitale Unterstützung von
151 Präsenzlehre bzw. die Kombination von digitalen- und Präsenzkzepten. Da viele der oben
152 aufgezeigten Maßnahmen die allgemeine Zugänglichkeit von Lehrmaterialien betreffen, können diese
153 logischerweise auch Präsenzveranstaltungen verbessern.

154 Es besteht aber auch die Möglichkeit, eine Präsenzvorlesung aufzuzeichnen oder live zu übertragen
155 (auch mit interaktiven Möglichkeiten) und so allen Studierenden die Gelegenheit zu geben, die
156 Veranstaltungen über den präferierten Weg wahrzunehmen.

157 Zudem ist es, abhängig von der Teilnehmendenzahl, möglich, Übungsgruppen-Treffen sowohl online als
158 auch in Präsenz anzubieten. Bei Seminaren kann ein Teil der angebotenen Seminare online stattfinden,
159 während der Rest in Präsenz stattfindet, so dass für jede*n die Möglichkeit besteht sein Studium
160 vollständig in Präsenz oder vollständig online zu absolvieren.

161 Gerade für Grundlagenveranstaltungen, deren Inhalte nur wenig variieren aber jedes Jahr angeboten
162 werden, lohnt es sich, Lehrinhalte zu produzieren, die in allen Folgejahren genutzt werden können.
163 Insbesondere kurze Erklärvideos oder aufgezeichnete Vorlesungen bieten sich hier an, da bei Änderung
164 der Inhalte nur einzelne Videos ausgetauscht werden müssten. Auch wenn ein solches Vorgehen viele
165 Vorteile bietet, muss durch eine vernünftige Kontrolle, Evaluation und Weiterentwicklung der Inhalte
166 sichergestellt sein, dass diese stets auf dem aktuellsten Stand sind.

167 **Die Uni der Zukunft: Ganz fern und doch so nah?**

168 Insgesamt zeigt die Erfahrung, dass vollumfängliche Lehre online mit geringen Nachteilen möglich ist.
169 Für viele Menschen, denen ein Studium in Präsenz nur schwer möglich ist – z .B. durch Elternschaft,
170 Pflege von Angehörigen, Leben im ländlichen Raum oder auch aufgrund gesundheitlicher Risiken –
171 überwiegen die Vorteile der Online-Lehre. Es ist notwendig, auch in Zukunft für diese Personen den
172 Zugang zu Hochschulbildung zu gewährleisten.

173 Da die örtliche Bindung durch die Möglichkeiten des Online-/Fernstudium aufgehoben wird, ist auch eine
174 Öffnung von Veranstaltungen für Studierende anderer Hochschulen möglich. Hierfür ist es unabdingbar,
175 dass Hochschulen Leistungen, die an anderen Hochschule erbracht wurden, anerkennen.
176 Übergangsweise kann diese Anerkennung innerhalb von eigens dafür geschlossenen oder bereits
177 bestehenden Hochschulverbänden stattfinden, das Ziel muss aber sein, dass es potentiell möglich ist,
178 Kurse jeder anderen Hochschule zu belegen. Hierfür ist selbstverständlich eine umfassende
179 Angleichung der Studienordnungen nötig, gerade für sich an den meisten Hochschulen ähnelnde
180 Grundlagenveranstaltungen scheint dies aber auch in näherer Zukunft realisierbar.

181 So könnten mehrere Hochschulen an den Lehrmaterialien arbeiten und so die Ressourcen auf den
182 lokalen Übungsbetrieb fokussieren. Dies hätte den Vorteil qualitativ hochwertiger, für alle verfügbare
183 Lehrmaterialien und eine bessere Betreuung an der eigenen Hochschule. Natürlich bedeutet das nicht,
184 dass alle Einführungsveranstaltungen bundes- oder europaweit gleich gestaltet sind – auch hier ist noch
185 eine gewisse Vielfalt und Angebote unterschiedlicher thematischer Schwerpunkte verschiedener
186 Hochschulverbände möglich und die Übungen und Seminare an den Hochschulen vor Ort können diese
187 selbst ausgestalten – aber den Dozierenden wird der Arbeitsaufwand genommen, jedes Jahr die gleiche
188 Vorlesung zu halten und sie können sich gemeinsam mit den Studierenden auf aktuelle Forschung und
189 Sparteninhalte konzentrieren.

190 Diese Vision bietet die enorme Chance der Schaffung einer bundes- oder sogar europaweiten
191 Fernuniversität/-hochschule: Solange jede Hochschule einige wenige Veranstaltungen beisteuerte,
192 könnte man ein mannigfaltiges Angebot an Bachelor- und Masterstudiengängen realisieren.

193 **Und weil die Studentin eine Studentin ist, braucht sie eine Mensa bitte sehr!**

194 Trotz all dieser digitalen Möglichkeiten bleibt für uns klar, dass Hochschulen auch einen Sozial- und
195 Lernraum darstellen, den für uns unverzichtbar ist. Im digitalen Raum erfolgt Kommunikation oft nur
196 formal und zufällige Begegnungen verschwinden gänzlich. Daraus resultiert ein Verlust an Spontaneität
197 und Kreativität. Hierfür ist persönlicher Kontakt in Form von körperlicher Anwesenheit notwendig. Auch
198 die soziale Infrastruktur, die insbesondere durch die Studierendenwerke zur Verfügung gestellt wird,
199 bildet die Grundlage der studentischen Lebens- und Erfahrungswelt. Campusnaher Wohnraum in
200 Wohnheimen, günstiges Essen in der Mensa sowie die Bibliothek als ruhiger Lernraum sowie
201 Rechercheort sind analoge und standortgebundene Faktoren, die nicht einfach in den digitalen Raum
202 transferiert werden können.

203 Das Ziel kann nicht sein, Hochschulen komplett in den digitalen Raum zu transferieren und damit
204 jegliche Standortfaktoren und Ortsgebundenheit zu verlieren. Hochschulkultur wird auch im
205 persönlichen Austausch und außerhalb der Lehrveranstaltungen und der Forschung gelebt. Wir wollen
206 jedoch die Chancen, die uns die Digitalisierung bei der sozialen Zugänglichkeit von Hochschulen, der
207 Internationalisierung der Forschung und der Verbreiterung des Lehrangebots nutzen, damit jede*r die
208 Möglichkeit hat, sein*ihre Studium frei nach den eigenen Wünschen zu gestalten!

209 **Wir fordern:**

- 210 • Eine Erhöhung des BAföGs um eine **Digitalpauschale** von 500€/Jahr für Endgeräte und
211 Software, welche für die Teilnahme am Lehrangebot benötigt werden.
- 212 • Einen flächendeckenden **Breitband- und 5G-Ausbau**.
- 213 • Eine qualitativ hochwertige **Online-Lehre**, solange diese pandemisch bedingt notwendig ist, die
214 aber auch darüber hinaus bestehen bleibt und genutzt werden kann.
- 215 • **Hybride Veranstaltungsformate** und zusätzliche Onlineangebote, auch nach der Rückkehr zu
216 Präsenzveranstaltungen, damit eine hürdenarme Teilnahme für alle ermöglicht wird.
- 217 • Die Schaffung von Rahmenbedingungen für **schriftliche Prüfungen**, die überall **über das**
218 **Internet abgehalten** werden können.
- 219 • Ausbau der Rahmenbedingungen für ein kostenloses **Online-Studium** (Fernstudium),
220 insbesondere über die Lockerung der Studienverlaufspläne sowie die erleichterte
221 Anrechenbarkeit von Kursen.
- 222 • Langfristig die Schaffung einer **Europäischen Online-Hochschule**, die ein vollwertiges Studium
223 anbietet, und deren Curriculum sich aus eigenen Kursen sowie Angeboten anderer europäischer
224 Hochschulen zusammensetzt (ergänzend zum Ausbau der analogen Programme wie Erasmus,
225 Horizon Europe und den analogen Europäischen Hochschulen).
- 226 • Entwicklung von **Akkreditierungsstandards für Massive Open Online Classes**, damit diese an
227 allen Hochschulen anerkannt werden können.

Antragsbereich Q: Gute Lehre, Qualitätsentwicklung & Studienreform

Antrag Q1_20

1 **Antragssteller*in:** Bundesvorstand

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **Q1_20 Wann wird es endlich wieder so, wie es nie** 4 **war? – Unsere Visionen für die Hochschulen nach** 5 **der Pandemie**

6 **Einleitung¹**

7 Das Jahr 2020 haben nicht nur wir Juso-Hochschulgruppen uns anders vorgestellt. Mit der
8 Aktivkonferenz wollten wir ein gänzlich neues Format im Verband etablieren, zusätzlich wollten wir
9 zahlreiche bildungspolitische Formate umsetzen und der Bildungspolitische Kongress sollte das
10 absolute Highlight im Juso-Hochschulgruppen Veranstaltungskalender setzen. Es kam anders. Die
11 Pandemie hat nicht nur die Arbeit von Hochschulgruppen vor Ort, der Landeskoordinationen und des
12 Bundesvorstands gehörig auf den Kopf gestellt. Sie hat im vergangenen halben Jahr ganzheitlich
13 erheblichen Einfluss auf unser aller tägliches Leben genommen. Von banalen Gemeinschaftsaktivitäten
14 bis hin zum Privileg der europäischen Freizügigkeit: Viele vermeintliche Selbstverständlichkeiten
15 verschwanden durch die Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung mit einem Mal.

16 Die Corona-Krise ist ein radikaler Einschnitt in die Gesellschaft, gleichzeitig aber auch ein Brennglas,
17 unter dem Missstände und Ungleichheiten deutlich zutage treten: Millionen Menschen in Kurzarbeit und
18 noch mehr im Homeoffice geben Anlass zu der Frage, wie die Arbeitswelt von Morgen gestaltet werden
19 soll. Und bestehende humanitäre Krisen, insbesondere die unhaltbaren Zustände für Asylsuchende an
20 den europäischen Außengrenzen, haben sich noch weiter verschlimmert. Fragen der Pandemie sind in
21 den vergangenen Monaten zum absoluten Querschnittsthema geworden. Als Studierendenverband ist
22 es uns an dieser Stelle jedoch ein Anliegen, eine Perspektive zu beleuchten, die in Politik und Medien
23 trotz zahlreicher Initiativen und Bemühungen nur wenig stattgefunden hat: Die Perspektive der
24 Studierenden während der Pandemie.

25 Studierende waren und sind von den Auswirkungen der Pandemie stark betroffen. Die
26 Komplettumstellung des Studienalltages auf digitale Lehre war für viele ein radikaler Bruch mit
27 gewohnten Routinen und damit eine Herausforderung an sich. Der Wechsel vom Hörsaal an den
28 heimischen PC, ohne Austausch mit Kommiliton*innen vor und nach der Vorlesung, ohne den Gang zur

¹ Die Auswirkungen der Corona-Pandemie sind ein absolutes politisches Querschnittsthema. Der nachfolgende Antrag versucht diesen einen übergeordneten Rahmen zu geben. Verschiedene Perspektiven und Blickwinkel werden zudem von zahlreichen weiteren Anträgen mit Corona-Bezug eröffnet. Insbesondere hervorzuheben sind hier der Antrag F1_20 „Frauen* und Corona - in der Pandemie zeigen sich manifestierte gesellschaftliche Ungleichheiten“ des Empowerment-Programms und der Antrag N1_20 „Mehr Digitalisierung bedeutet nicht, weniger Hochschule - Unsere Hochschulen können Beides!“ des AK Verantwortung der Wissenschaft in der Digitalisierung.

29 Mensa oder einen Kaffee am Campus hat verdeutlicht, dass ein Studium mehr ist als die Aneignung
30 wissenschaftlicher Inhalte. Zusätzlich verloren viele Studierende ihren Nebenjob. Von jetzt auf gleich
31 standen vor allem finanziell ohnehin schon schlechter gestellte Studierende vor existenziellen Sorgen.
32 Und nicht zuletzt warfen die neuen Studienbedingungen eine Reihe rechtlicher Fragen, vom Umgang mit
33 der Regelstudienzeit bis zur Prüfungsversuch-Regelung, auf. Die politischen Reaktionen waren vor allem
34 eines: vielfältig. Eine klare und einheitliche Linie gegenüber den Studierenden fehlte. Stattdessen
35 erfolgte eine Vielzahl der Maßnahmen über landes- und teils sogar hochschulspezifische Regelungen.
36 Trotz anhaltenden Drucks aus der SPD-Bundestagsfraktion agierte das, insbesondere für
37 Studienfinanzierung zuständige, Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) als Bremsklotz
38 und überließ die Studierenden über Monate sich selbst.

39 Das vergangene Semester ist ohne Beispiel in der Geschichte der deutschen Hochschullandschaft.
40 Durch die anhaltende Covid19-Pandemie ist nicht absehbar, wie lange Einschränkungen des
41 studentischen und alltäglichen Lebens weiter anhalten werden. Durch die Erfahrungen des vergangenen
42 Semesters ist für uns umso deutlicher geworden, dass es uns gelingen muss, eine Vision für die Zeit
43 während, insbesondere jedoch auch für die Zeit nach der Pandemie zu entwickeln.

44 **Rückblick - Das Sommersemester 2020:**

45 Auch wenn für viele die Einschränkungen in der vorlesungsfreien Zeit gekommen sind, machten sich die
46 Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie sofort bemerkbar. Prüfungen wurden teils wenige Tage
47 vorher abgesagt, Bibliotheken von heute auf morgen geschlossen. Zur Vorbereitung des Semesterstarts
48 blieben den Hochschulen teils nur wenige Wochen, teils bis zu zwei Monate. Gezwungenermaßen wurde
49 der Lehrbetrieb komplett in den digitalen Raum verlagert, die damit verbundenen Herausforderungen
50 waren massiv. Innerhalb kurzer Zeit musste aufgeholt werden, was jahrelang von den Hochschulen
51 verschlafen worden war. Digitale Infrastruktur und Software für den Ausbau der Online Kapazitäten
52 mussten angeschafft werden. Und zahlreiche Dozierende waren gezwungen sich zum ersten Mal
53 tiefgreifender mit ihrem Computer auseinanderzusetzen.

54 Wie erwartet funktionierte zu Anfang vieles entweder schlecht oder gar nicht. Überlastete virtuelle
55 Lernportale durch zu niedrige Serverkapazitäten waren keine Seltenheit. Videokonferenz-Tools
56 kämpften mit ähnlichen Problemen. Dazu kam die Rolle der Dozierenden als Faktor X. Neben den
57 technischen Problemen taten sich für die Studierenden jedoch noch eine Reihe weiterer Probleme auf.
58 Für die Erstsemester fehlte mit der Einführungswoche eine zentrale Möglichkeit, die Hochschule und
59 neue Leute kennenzulernen. Öffentliche Infrastruktur, wie Mensen, Bibliotheken und PC-Pools wurden
60 geschlossen, stattdessen fand das Studium weitestgehend auf Grundlage der privaten Infrastruktur, wie
61 dem heimischen PC sowie der Internetverbindung, statt. Für viele brach ein großer Teil des sozialen
62 Umfeldes weg, Gründe das Haus zu verlassen wurden rar. Der komplett veränderte Tagesrhythmus
63 erschwerte die Motivation dazu, sich mit den Studieninhalten auseinanderzusetzen, neue Lernmethoden
64 stellten eine eigene Herausforderung dar. Und als sei das nicht genug, dachten viele Dozierende
65 offenbar, dass Studierende ihre vermeintlich frei gewordene Zeit während der Pandemie doch nutzen
66 können, um ein höheres Arbeitspensum in den Veranstaltungen zu bewältigen. Die Prüfungen blieben
67 lange, teils bis weit in das Semester hinein, eine Blackbox. Zentrale Fragen, wie das Format,
68 Datenschutzregelungen bei z.B. Online Prüfungen, Vergleichbarkeit und teils sogar die Terminierung
69 blieben lange ungeklärt.

70 Internationale Studierende traf es zusätzlich hart. Ca. 300.000 internationale Studierende sind an
71 deutschen Hochschulen eingeschrieben, 75% sind neben dem Studium erwerbstätig. Wegbrechende
72 Nebenjobs trafen, aufgrund des notwendigen Nachweises über die eigene Fähigkeit das Studium zu
73 finanzieren, viele internationale Studierende besonders hart. Ohne BAföG-Anspruch und oft ohne die
74 Möglichkeit einer finanziellen Unterstützung durch die Eltern liefen Visa aus, konnten Studienleistungen
75 nicht erbracht werden, im Extremfall fehlte sogar das Geld für einen Rückflug. Auf der anderen Seite

76 konnten zahlreiche Studierende nicht oder nicht wieder nach Deutschland ein- bzw. zurückreisen.
77 Reisebeschränkungen griffen in der Anfangszeit der Coronapandemie besonders hart und sind für viele
78 Staaten weiter nur unter großen Umständen oder gar nicht möglich. Auch das ERASMUS+ Programm
79 konnte nicht wie gewohnt weiterlaufen. Etwa die Hälfte der laufenden Programme wurde durch digitale
80 Formate ersetzt, ein Viertel komplett gestrichen. In vielen Fällen wurden finanzielle Auswirkungen
81 gegenüber den Betroffenen unklar kommuniziert. Zudem kam es in Deutschland insbesondere in der
82 Anfangszeit der Pandemie zu rassistischen Anfeindungen gegenüber internationalen Studierenden.

83 Die Corona-Krise hat auch die Geschlechterungerechtigkeiten innerhalb der patriarchalen Gesellschaft
84 mit neuer Deutlichkeit hervortreten lassen. So waren und sind es überwiegend Frauen*, die in den
85 "systemrelevanten" jedoch gleichsam systemisch schlecht bezahlten Jobs beispielsweise in der Pflege
86 und dem Einzelhandel unter oft großer Mehrbelastung arbeiten. Gleichsam waren Frauen* für den
87 Großteil der privaten Pflege und Betreuung Angehöriger und Kinder sowie für das Homeschooling
88 während der Schulschließungen verantwortlich. Betroffen waren und sind an dieser Stelle auch
89 Studierende - insbesondere Studierende mit Kind. Diesen kam die Digitalisierung des
90 Sommersemesters zwar entgegen. Der Mehraufwand war jedoch eklatant, das Verständnis und
91 Entgegenkommen vieler Dozierender gleichzeitig oft mangelhaft.

92 Neben der Umstellung auf digitale Lehre war die Studienfinanzierung das große Thema im
93 Sommersemester 2020. Dabei zeigte sich insbesondere, dass bestehende Ungerechtigkeiten durch die
94 Pandemie verstärkt und finanziell ohnehin schwächer gestellte Studierende besonders hart getroffen
95 wurden. Bei einer seit Jahren sinkenden BAföG-Förderquote (2019: unter 12%²) sind viele Studierende
96 auf einen Nebenjob angewiesen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Dieser Umstand war
97 schon vor der Pandemie gefährlich, mit ihr wurde er schlicht katastrophal. Klassische studentische
98 Minijobs in Gastronomie, Kinos, Freizeiteinrichtungen und der Eventbranche brachen als erstes weg.
99 Nach einer nicht-repräsentativen Umfrage der Juso-Hochschulgruppen, haben 35 % der befragten
100 Studierenden ihren Nebenjob verloren. Dies resultierte in durchschnittlichen finanziellen Einbußen von
101 1.570 € zwischen Februar und Juni. Von einem auf den anderen Tag standen Studierende ohne
102 Einkommen da, die Chancen auf einen neuen Job waren durch den Einstellungsstopp in praktisch allen
103 Branchen gleich Null. Insbesondere bei Arbeiter*innen-Kindern wurden durch die Jobverluste in
104 besonderer Härte getroffen, was zu massiven Existenzängsten führte. 41% der Befragten gaben in der
105 Umfrage an, an Existenzängsten zu leiden. Dazu waren auch viele Eltern durch die immensen
106 Lohneinbußen bei Kurzarbeit nicht länger in der Lage, ihre Kinder finanziell zu unterstützen. Damit waren
107 viele Studierende zunächst auf die Unterstützung durch private Kontakte, den Rückgriff auf ihre
108 Ersparnisse oder die Aufnahme von Krediten angewiesen.

109 Umso dringlicher wurde bereits früh die Forderung nach einem schnellen Handeln der Politik laut. Das
110 BMBF fiel in der ersten Phase der Pandemie insbesondere durch Untätigkeit auf, den ersten Schritt
111 unternahm daher vielerorts die Länder. Um die Studienfinanzierung zumindest in einem ersten Schritt
112 zu gewährleisten, legten einige Landesregierungen, teils sogar einzelne Hochschulen,
113 Soforthilfeprogramme und Hilfsfonds für die Studierenden auf. Hier hing der Zugang zur dringend
114 benötigten finanziellen Hilfe am Glück, zufällig am "richtigen" Ort zu studieren. Gleichzeitig konnten die
115 Programme nur einen Bruchteil der benötigten Hilfe leisten. Mittel waren teils innerhalb von Stunden
116 vollständig abgerufen.

117 Es war glasklar, dass nur umfassende Hilfen des Bundes dem Problem effektiv begegnen würden
118 können. Doch bis das BMBF handelte, geschah zunächst lange nichts. Zwar lag ein Lösungsansatz -
119 nämlich die schnelle Öffnung des BAföGs für in Not geratene Studierende - praktisch auf der Hand und
120 wurde seitens der SPD und weiterer Akteur*innen gefordert. Das BMBF sperrte sich jedoch mit der alten

² <https://www.bafog-rechner.de/Hintergrund/art-2416-bafog-statistik-2019.php>

121 Argumentation "keine Mittel mit der Gießkanne verteilen zu wollen" konsequent gegen diese einzig
122 vernünftige Handlungsoption. Die stattdessen vorgestellten Corona-Studienkredite, die bei der
123 staatlichen KfW-Bank ab Anfang Mai 2020 beantragt werden konnten, werden der Krisenrealität nicht
124 mal im Ansatz gerecht. Zahlreiche Studierende kämpften bereits im Februar mit den Auswirkungen der
125 Pandemie. Beantragt werden konnten die Kredite jedoch erst ab dem 8. Mai. Die effektive
126 Darlehenshöhe beträgt maximal 650€ und ist damit in manchen Städten lediglich dazu ausreichend, die
127 monatlichen Mietkosten für ein WG-Zimmer zu finanzieren. Für Studierende mit Kind ist die maximale
128 Förderhöhe oft unabhängig vom Wohnort nicht im Ansatz genügend. Dazu kommt eine undurchsichtige
129 bürokratische Handhabe der Darlehensbewilligung durch die KfW. Und die angebliche Zinsfreiheit der
130 Darlehen hat einen riesigen Haken: Was das BMBF als die große und neue Lösung für die Corona-
131 Notlage verkaufte, ist lediglich eine modifizierte Form der ohnehin schon bestehenden KfW-
132 Studienkredite. Die normalerweise fälligen Zinsen wurden lediglich bis zum 31.03.2021 ausgesetzt,
133 grundsätzlich gelten jedoch die allgemeinen Bestimmungen des KfW-Studienkredites. Das bedeutet: Im
134 Anschluss an die zinsfreie Zeit wird für das Darlehen ein effektiver Zinssatz von unfassbar überhöhten
135 4,36 % p.a. fällig. Bundesbildungsministerin Karliczek schickt damit junge Menschen sehenden Auges
136 in eine Schuldenfalle.

137 Um die Relevanz von Studienkrediten für die Studienfinanzierung zu erfassen, lohnt ein kurzer Rückblick:
138 In den vergangenen fünf Jahren war die Zahl der neu beantragten Studienkredite stetig rückläufig (-30%
139 bewilligte Neuanträge). Die KfW-Studienkredite als eine echte Lösung für die unverschuldete Notlage
140 tausender Studierender zu verkaufen, ist damit schlicht eine maximale Unverschämtheit. Vielmehr
141 belebt das Ministerium ein unattraktives Auslaufmodell auf Kosten der Studierenden zu neuem Leben.
142 Nach Zahlen des BMBF verzeichnen die neubeantragten Studienkredite im SoSe20 einen eindeutigen
143 Anstieg. 30.000 Studierende (2019: 18.500) haben im vergangenen Semester Kredite im Gesamtumfang
144 von einer Milliarde Euro beantragt (Vorjahr unter 500Mio. Euro). Die Zahlen des Sommersemester 2020
145 im Vergleich mit dem Trend der vergangenen Jahre zeigen deutlich, dass die Kredite trotz eindeutiger
146 Unattraktivität aus einer puren Notlage heraus aufgenommen wurden. Es besteht die Gefahr, dass
147 dieser Umstand langfristig zu einer studentischen Schuldenkrise führt.

148 Zwar konnte die SPD-Bundestagsfraktion unter Mühen einen Nothilfefond im Umfang von 100 Mio. Euro
149 gegen den Koalitionspartner durchsetzen, die Umsetzung durch das BMBF stellte Studierende jedoch
150 wiederum vor zahlreiche, teils groteske bürokratische Hürden. Die maximale Auszahlungssumme lag
151 mit 500€ noch unter den KfW-Darlehen, oft wurden jedoch auch nur deutlich geringere Summen
152 ausgezahlt. Anträge konnten nur gesondert für die einzelnen Monate gestellt werden, eine rückwirkende
153 oder den Gesamtzeitraum von Juni bis September umfassende Beantragung schloss das BMBF aus.
154 Um die maximale Summe ausgezahlt zu bekommen, musste neben einem Kontostand nahe Null
155 bewiesen werden, dass dieser auch tatsächlich durch die Pandemie verursacht worden war. Der Wegfall
156 der eigenen Erwerbstätigkeit bzw. der finanziellen Unterstützung durch die Eltern musste gegenüber
157 den zuständigen Stellen penibel dokumentiert werden. Bei Formfehlern, fehlenden Dokumenten oder
158 lediglich bei nicht gut leserlichen Unterlagen konnten Anträge, ohne Chance auf Nachbesserung durch
159 die*den Antragsteller*in, abgelehnt werden. Die Bearbeitung und Auszahlung der Zuschüsse erfolgten
160 ab dem 29. Juni 2020. Der Anteil der tatsächlich angenommenen Anträge lag im Juni bei niedrigen 52
161 %. Insbesondere der Verweis darauf, dass bei der*dem betreffenden Antragsteller*in zwar eine Notlage
162 vorliege, diese jedoch nicht pandemiebedingt sei, machte einen Großteil (42 %) der erfolgten
163 Ablehnungen aus. Das BMBF war über das gesamte Semester zu keiner Zeit willens, der finanziellen
164 Notlage von Studierenden ernsthaft zu begegnen und nahm damit Studienabbrüche, prekäre
165 Lebensverhältnisse und Existenzängste zahlreicher Studierender billigend in Kauf. Einer Umfrage an der
166 HU in Berlin zufolge dachten etwa 30% der befragten Studierenden über einen Studienabbruch im
167 Corona-Semester nach.

168 Mit dem Bündnis *Solidarsemester* wurde früh die Forderung laut, den Pandemieumständen mit
169 besonderen Regeln zu begegnen. Schnell wurden zentrale Forderungen aufgestellt. Neben einer
170 Öffnung des BAföGs forderte das Bündnis eine Aussetzung der Regelstudienzeit sowie von
171 Zwangsexmatrikulationen und Langzeitstudiengebühren, außerdem sollten Prüfungsversuche im
172 "Solidarsemester" nicht auf die reguläre Prüfungsversuchsregelung angewendet werden. Das Bündnis
173 forderte Bundes- und Landespolitik dazu auf, eine gemeinsame Linie im Umgang mit der Pandemie zu
174 finden. Leider griff diese Forderung ins Leere. Durch das BMBF erfolgte keinerlei nennenswerte
175 politische Kommunikation oder Koordination, sodass es letztlich zu einem bunten Katalog
176 verschiedener Regelungen kam. Während in einigen Ländern zügig die Regelstudienzeit sowie
177 Prüfungsversuche ausgesetzt wurden, standen die Studierenden in anderen das ganze Semester über
178 vor der Unsicherheit, wie das Semester rückwirkend geregelt werden würde. In Niedersachsen etwa fiel
179 die Entscheidung des Wissenschaftsministeriums erst nachträglich im Oktober. Statt eines Aussetzens
180 der Regelstudienzeit verlängerte das Ministerium diese schlicht um ein Semester. Mit Blick auf
181 kommende Semester unter Corona-Bedingungen machte das Ministerium deutlich, dass es sich um
182 eine einmalige Erhöhung handeln, und damit entstandene Nachteile durch die Pandemie pauschal
183 abgegolten seien.

184 Insgesamt war das Sommersemester geprägt von Unsicherheiten. Studierende mussten harsche
185 Einschnitte in ihren tagtäglichen Alltag hinnehmen, eine klare Linie der politisch Verantwortlichen fehlte
186 weitestgehend.

187 **Das Wintersemester 2020/21**

188 Mit dem Beginn des Wintersemesters vor der Tür, hat sich an der bestehenden Situation nur wenig
189 verändert. Die Pandemie hält an und eine Rückkehr in den Normalzustand ist bislang zeitlich nicht
190 absehbar. Zahlreiche Veranstaltung werden auch im kommenden Semester digital stattfinden müssen.
191 Zwar hatten die Hochschulen über das vergangene Semester, sowie die vorlesungsfreie Zeit, die
192 Möglichkeit, digitale Formate zu überarbeiten und Hygienekonzepte zu entwickeln, an zahlreichen
193 Problemlagen ändert sich damit aber zunächst nichts.

194 Insbesondere für die Studienanfänger*innen bedeutet die bestehende Situation einen Start ins
195 Ungewisse. Das anhaltende Fehlen des Sozialraums Hochschule wird es erheblich erschweren,
196 Kontakte zu knüpfen und einen umfassenden Einstieg in das studentische Leben zu finden. Umso
197 wichtiger ist, dass die Hochschulen Konzepte finden, das studentische Leben vor Ort aufrecht zu
198 erhalten und insbesondere den Fachschaften, Hochschulgruppen und studentischen Initiativen Räume
199 für ihr Engagement zu eröffnen. Bereits im vergangenen Semester gab es zahlreiche, großartige
200 studentische Initiativen, welche abseits des regulären Lehrbetriebs mit verschiedensten Formaten
201 studentisches Leben aufrechterhielten. Diese müssen konsequent bestärkt und bei Bedarf auch
202 insbesondere finanziell gefördert werden. Klar ist aber auch, dass einige Formate durch digitalen Betrieb
203 nicht zu leisten sind. Labor- und Schulpraktika, Chor- und Orchester-, sowie der Mannschaftsportbetrieb
204 können unter den aktuellen Umständen schlicht nicht, oder nur unter starken Auflagen stattfinden. Hier
205 gilt es seitens der Hochschulleitungen, mit Blick auf die lokale Pandemieentwicklung, das Mögliche zu
206 ermöglichen.

207 Rechtlich bedeutet der Start in das neue Semester wiederum einen Schritt ins Ungewisse. Dort wo
208 studierenden-freundliche Ausnahmeregelungen für die Regelstudienzeit oder Prüfungsregelungen
209 bestehen, waren diese bisher lediglich auf das Sommersemester 2020 beschränkt. Mit Blick auf die
210 anhaltende Ausnahmesituation müssen sie dringend verlängert werden. An der Situation hat sich
211 gegenüber den Vormonaten wenig verändert und die Gefahr besteht, dass sich die Pandemie - gerade
212 in den Wintermonaten, - weiter zuspitzen könnte. Es darf keinen Rollback der eingeführten Corona-
213 Regelungen geben. Für die Länder, in denen Regelungen bereits für das Sommersemester unzureichend
214 waren, muss hingegen endlich klar sein, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Auch das

215 kommende Semester wird für Studierende eine klare Mehrbelastung werden. Da ist es weder fair, diese
216 den Studierenden dauerhaft ohne Ausgleich zuzumuten, noch kann dies einem guten Studium in
217 irgendeiner Form förderlich sein. Insgesamt muss gelten, dass Studierende in die Entscheidungsfindung
218 des Krisenmanagements besser eingebunden werden müssen. Als die Gruppe, die in größter Zahl und
219 höchster Intensität von den Maßnahmen betroffen ist und sein wird, brauchen die Studierenden ein
220 starkes Mitspracherecht.

221 Die Umbrüche im Hochschulleben dürfen nicht dazu führen, dass die verfassten Studierendenschaften
222 geschwächt, und die politische Partizipation Studierender dauerhaft unterbunden wird.
223 Studierendenvertreter*innen kommt in der Krise eine große Verantwortung zu, für die Interessen
224 Studierender einzutreten. Entsprechend stark muss ihre demokratische Legitimation und
225 Handlungsfähigkeit sein. Vielerorts wurden Gremienwahlen zwar bereits verschoben oder abgesagt. Es
226 muss jedoch klar sein, dass diese zu nächstmöglichen Zeitpunkten nachgeholt werden - im Zweifel auch
227 unter einem logistischen und finanziellen Mehraufwand. Gleiches muss auch für die Arbeit der Gremien
228 gelten, etwa wenn es um die Bereitstellung von Räumlichkeiten oder Lizenzen für geeignete Online-
229 Konferenz-Tools geht.

230 Auch an der finanziellen Situation zu vieler Studierender hat sich wenig verändert. Mit zahlreichen Eltern
231 in Kurzarbeit, ganzen Branchen weiterhin im Lockdown und dem Ausfall vieler lukrativer Sommerjobs
232 besteht bei zu vielen Studierenden weiter eine akute finanzielle Notlage. Gegen diese braucht es endlich
233 ein klares und verlässliches Konzept. Zwar waren die Corona-Nothilfefonds zu keinem Zeitpunkt eine
234 optimale Lösung, dass das BMBF diese jedoch unter dem Hinweis auf eine sich entspannende Lage zu
235 Ende September hat auslaufen lassen, ist für notleidende Studierende blanker Hohn und wirft die Frage
236 auf, in welcher Realität die Entscheidungsträger*innen im Ministerium eigentlich leben. Ohnehin sind
237 weder Nothilfen, die von Monat zu Monat neu beantragt werden müssen, noch die KfW-Studienkredite,
238 welche ab dem Sommersemester 2021 eine massive Zinslast nach sich ziehen, diesen Studierenden
239 dauerhaft zumutbar. Die einzige Lösung, die dauerhaft den Umständen Rechnung tragen kann, ist eine
240 umfassende und schnellstmögliche Öffnung des BAföG.

241 Die Pandemie darf auch nicht dazu führen, dass der internationale studentische Austausch zum Erliegen
242 kommt. Um in der bestehenden Situation ein Auslandssemester anzustreben braucht es eine gute
243 Portion Mut und eine deutliche Zusage an die gastgebende Hochschule. Dieser Mut muss gerade zum
244 jetzigen Zeitpunkt von allen zuständigen Stellen unterstützt werden. Die fortlaufenden besonderen
245 Umstände des Semesters fordern weiter ein entschlossenes, progressives Handeln aller Akteur*innen.

246 **Unsere Vision für die Hochschule nach der Pandemie**

247 Wann wird es endlich wieder so, wie es niemals war? Die Erfahrungen der letzten Monate haben allen
248 eindeutig vor Augen geführt, dass unsere Hochschullandschaft großen Reformbedarf zu bewältigen hat.
249 Weder ist der bestehende Status Quo auf Dauer akzeptierbar, noch kann die Antwort auf die Erfahrungen
250 der Pandemie eine einfache Rückkehr in den Betrieb vor Covid19 sein. Durch die Umstellung des
251 Sommersemesters 2020 haben die Hochschulen einen bislang nicht gekannten Digitalisierungsschub
252 erhalten. Dozent*innen, die sich teils über viele Jahre gegen digitale Tools und Neuerungen gesträubt
253 hatten, haben durch das digitale Semester zwangsweise einen Crashkurs im Umgang mit neuer Technik
254 erhalten. Neue Formate wurden ausprobiert und entwickelt.

255 Die Tatsache, dass das Semester in weiten Teilen einen experimentellen Charakter hatte, war eine große
256 Schwäche im Betrieb, bietet aber insbesondere im Nachgang zahlreiche Erfahrungen und Ideen, auf
257 denen aufgebaut werden kann. Hier kommt es auf eine umfassende und alle Gruppen sowie
258 Perspektiven einbindende Evaluation des Sommersemesters an. Dabei darf diese nicht nur die digitalen
259 Methoden untersuchen, sondern muss auch schauen, welche Wechselwirkungen sich mit den anderen
260 (Lebens-)Bereichen der Hochschule ergeben. Zahlreiche Studierende konnten zudem von bislang nicht

261 gekannten Freiheiten in ihrem Studium profitieren. Durch on-Demand Veranstaltungen war es
262 insbesondere denjenigen Studierenden, die nicht regelmäßig zu festen Zeiten an den Terminen
263 teilhaben können, besser möglich, ihr Studium mit ihrem Leben zu vereinbaren. Menschen mit
264 unregelmäßigen Arbeitszeiten, die Care-Arbeit leisten oder die aus privaten Gründen große
265 Menschenansammlungen meiden, wurde durch das digitale Semester eine bessere Teilhabe am
266 Studium ermöglicht. Vieles, was lange von den Hochschulen als nicht umsetzbar zurückgewiesen
267 worden war, wurde plötzlich möglich gemacht. Auch für Menschen, die gerne ihr eigenes Lerntempo
268 bestimmen sind on-Demand Veranstaltungen eine eindeutige Hilfe und nehmen den Druck, Inhalte in
269 einer Vorlesung blind mitschreiben zu müssen, ohne den Dozierenden konzentriert zuhören zu können.
270 Über die digitalen Formate bestehen zudem vielfältige Möglichkeiten, Lernmaterialien besser zu
271 verwalten. Vor einer Klausur können beispielsweise Lernvideos erneut angeschaut werden, auf vorab
272 markierte Zeitstempel kann zurückgegriffen werden.

273 Digitale Lehre bietet zudem zahlreiche Chancen, Hochschulinhalt einer breiteren Gruppe zugänglich zu
274 machen. Für Menschen, die sich aus persönlichem Interesse gerne über wissenschaftliche Inhalte
275 informieren wollen, können Open- Access Angebote eine Möglichkeit sein, an offenen Hochschulen
276 teilzuhaben. Open-Source Lizenzen können dazu beitragen, dass junge Wissenschaftler*innen besser in
277 den Austausch untereinander treten und ihren Forschungsschwerpunkten freier nachgehen können.

278 Gleichzeitig kann digitale Lehre viele Dinge aber auch nicht leisten. Angebote jenseits des Forschungs-
279 und Lehrbetriebs sind das, was den Sozialraum Hochschule und damit einen essenziellen Teil des
280 Campuslebens ausmachen. Jener basiert wesentlich auf dem Austausch untereinander und kann
281 niemals adäquat durch digitale Tools ersetzt werden. Zudem leidet der fachliche Austausch
282 untereinander. Wissenschaft und Forschung lebt vom ständigen kritischen Austausch, sei es im Labor,
283 im Seminar, in der Bibliothek oder auch in der Mensa. Digitale Formate können die dazu notwendige
284 Nähe nicht bieten und laufen oft Gefahr, dass das Studium in großen Teilen auf das Selbststudium und
285 reinen Konsum von Inhalten beschränkt bleibt.

286 Dazu kommt die Frage nach der Infrastruktur. Durch die Ausstattung der Hochschulen soll gewährleistet
287 werden, dass grundsätzlich allen Studierenden die gleichen Bildungschancen zukommen. Wie gut dies
288 tatsächlich gewährleistet ist, darf zwar hinterfragt werden, die digitale Lehre ist jedoch in ihrem Kern
289 darauf ausgelegt, dass auf private Infrastrukturen zurückgegriffen werden muss. Wenn die Lehre im
290 Wesentlichen zu Hause stattfindet, dann bedeutet das auch, dass für den Lernerfolg dem heimischen
291 PC, der Internetleitung sowie dem WG-Zimmer und dessen Ausstattung eine verstärkte Bedeutung
292 zukommt. Und nicht zuletzt ist der Umgang vieler Dozierender mit der digitalen Lehre bestenfalls
293 ausbaufähig. Weniger Präsenz heißt nicht, dass Studierende mehr Zeit haben und deshalb ein höheres
294 Arbeitspensum bewältigen müssen.

295 Wir Juso-Hochschulgruppen verstehen die Hochschulen als einen Ort, der so vielen Menschen wie
296 möglich zugänglich gemacht werden sollte. An dem jede*r Zugang zu guter Bildung, aber auch die
297 Möglichkeiten zur persönlichen Entwicklung erhalten sollte. Als einen Ort, der weder reine
298 Ausbildungsstätte und schon gar nicht Zulieferer für die Wirtschaft ist, sondern der Möglichkeiten des
299 Austausches und der Begegnung bereithalten muss. Wenn es nach der Pandemie wieder möglich sein
300 wird, die Hochschulen für den Präsenzbetrieb zu öffnen, muss es uns gelingen, Errungenschaften der
301 digitalen Lehre und die mit ihnen verbundenen Bildungszugänge zu erhalten und auszubauen.
302 Gleichzeitig kann nur ein lebendiger Campus vieles von dem leisten, was Hochschule in ihrem Kern für
303 uns ausmacht. Die zentrale Herausforderung wird damit sein, digitale Elemente so in den
304 Präsenzbetrieb einzuflechten, dass Zugänge bewahrt bleiben. Gleichzeitig dürfen digitale Tools aber zu
305 keiner Möglichkeit für die Hochschulen werden, um Sparmaßnahmen an Infrastruktur oder Personal
306 vorzunehmen. Neben guten Konzepten braucht es damit insbesondere eine breite Ausfinanzierung der
307 Hochschulen durch Bund und Länder, im analogen wie im digitalen Raum. Um den akuten Problemen

308 des Hochschulbetriebes zu begegnen und eine langfristige Perspektive für offene Hochschulen von
309 morgen zu schaffen, fordern die Juso-Hochschulgruppen:

310 **Eine krisenfeste Studienfinanzierung:**

311 • Das BMBF ist mit seiner Darlehenslösung gescheitert. Überbrückungshilfen in der derzeitigen
312 Form können keine Lösung sein. **Wir fordern daher eine schnellstmögliche Öffnung des BAföG**
313 **noch im laufenden Wintersemester** für hilfsbedürftige Studierende.

314 • Das BAföG an sich ist dringend reformbedürftig. Eine schnellstmögliche Öffnung ist unter den
315 derzeitigen Bedingungen zwar ein erster Schritt, für eine langfristig gerechte
316 Studienfinanzierung braucht es jedoch eine tiefgreifende Reform. **Die Juso-Hochschulgruppen**
317 **setzen sich daher für ein eltern-, alters- und ehepartner*innenunabhängiges BAföG als**
318 **Vollzuschuss ein.** Dieses muss zudem unabhängig von der Semesterzahl und der vorherigen
319 Bildungsbiographie sein.

320 • Durch die KfW-Kredite haben sich tausende Studierende verschuldet. Neben der Rückzahlung
321 dieser Schulden werden insbesondere die ab April 2021 fälligen Zinsen zu einer immensen
322 Belastung werden. Die Gefahr besteht, dass diese mittelfristig zu einem Grund für
323 Studienabbrüche werden. **Wir fordern daher schnellstmöglich die Zinsfreiheit der Kredite**
324 **fristlos zu erweitern und langfristig die entstandenen Schulden zu streichen.**

325 **Die Pandemie ist nicht vorbei!**

326 • Bestehende rechtliche Rahmenbedingung in den Ländern müssen darum dringend erhalten
327 bleiben oder endlich eingeführt werden. Dazu gehört insbesondere:

328 ○ **Die Aussetzung der Regelstudienzeit**

329 ○ **Die Aussetzung von Prüfungsversuchen**

330 ○ **Die Aussetzung von Langzeitstudiengebühren**

331 ○ **Die Aussetzung von Zwangsexmatrikulationen**

332 • Unser Hochschulverständnis geht davon aus, dass der Zugang zum Studium nicht von den oben
333 genannten Zwängen beschränkt werden sollte. **Die Juso-Hochschulgruppen setzen sich daher**
334 **für eine Abschaffung von Regelstudienzeit, Prüfungsversuchen, Langzeitstudiengebühren**
335 **und Zwangsexmatrikulationen ein.**

336 **Einen starken sozialen Campus:**

337 • Die Hochschulen und ihre Studierendenwerke sind für viele Studierende sozialer Bezugspunkt
338 und müssen dieser Verantwortung auch in Pandemiezeiten nach Möglichkeit gerecht werden.

339 • Eine dauerhafte Schwächung der sozialen Infrastruktur an den Hochschulen muss verhindert
340 werden!

341 • Mensen sind so auszustatten und einzurichten, dass ein möglichst umfassender Betrieb unter
342 den notwendigen Hygienevorkehrungen gewährleistet werden kann.

343 • Die Kinderbetreuungsangebote und KiTas der Studierendenwerke müssen finanziell und
344 personell so ausgestattet sein, dass eine Betreuung weiterhin möglich ist und es nicht weiter zu
345 erheblichen Mehrbelastungen von Studierenden mit Kind kommt. Das ist insbesondere im

346 Hinblick auf die ansonsten drohende Benachteiligung von Sorge-Arbeit leistenden Frauen*
347 wichtig!

- 348 • Das Fortbestehen studentischen Lebens, etwa in Form von Kulturangeboten, Sport,
349 studentischen Initiativen, Hochschulgruppen und anderer Freizeitaktivitäten muss -
350 insbesondere im Hinblick auf die Einbindung der vielen Erstsemester - auch unter Heranziehung
351 neuer, kreativer Konzepte - sichergestellt und unterstützt werden.

352 **Kein Lockdown für die Hochschuldemokratie!**

- 353 • Studierendenvertreter*innen sind in **alle** Entscheidungen des Krisenmanagements, der
354 Organisation der Lehre, der Prüfungsverfahren etc. mit einzubeziehen!

- 355 • Gremienwahlen, die verschoben wurden oder ausgefallen sind, müssen schnellstmöglich
356 nachgeholt werden!

- 357 • Die Hochschulen müssen das **Engagement der verfassten Studierendenschaften**
358 **gewährleisten**, etwa durch die Bereitstellung von Räumen oder Online-Lizenzen.

359 **Internationale Studierende und ERASMUS+ stärken!**

- 360 • Internationale Studienbewerber*innen, die das Studium dieses Semester nicht antreten können,
361 müssen die Zusage für das kommende, oder auf Wunsch ein nachfolgendes Semester, erhalten.

- 362 • Rechtliche Rahmenbedingungen, wie die Aussetzung von Regelstudienzeit, Prüfungsversuchen
363 etc. müssen uneingeschränkt für internationale Studierende gelten.

- 364 • Aufenthaltstitel internationaler Studierender müssen unbürokratisch verlängert,
365 Finanzierungsnachweise ausgesetzt werden.

- 366 • Alle verschobenen oder abgesagten Aufenthalte im Rahmen des ERASMUS+ Programms
367 müssen nachgeholt werden können.

- 368 • In finanzielle Not geratenen internationalen Studierenden muss unbürokratisch geholfen
369 werden.

- 370 • Internationale Studierende, die in den kommenden Semestern trotz Corona-Bedingungen einen
371 Teil ihres Studiums an einer deutschen Hochschule verbringen wollen, müsse unabhängig
372 davon, ob ihre Kurse analog oder präsent stattfinden, einreisen dürfen.

373 **Gute (digitale) Lehre während und nach Corona:**

- 374 • Gute Lehre benötigt gute Infrastruktur. Mit Blick auf die bestehende Situation wird insbesondere
375 in der digitalen Lehre erheblicher Finanzierungsbedarf deutlich. **Wir fordern daher eine**
376 **Verdreifachung des „Zukunftsvertrages Studium und Lehre“, rückwirkend zum Haushaltsjahr**
377 **2020.**

- 378 • Digitale Lehre kann keine Ausrede zur Unterfinanzierung des Präsenzbetriebs an den
379 Hochschulen sein. Nach wie vor ist die Breite der Hochschulen unterfinanziert. Insbesondere
380 die Finanzierung von Grundaufgaben wird zu oft durch Drittmittel bestritten. Damit nach der
381 Pandemie eine Rückkehr in den Präsenzbetrieb in allen notwendigen Bereichen vollumfänglich
382 möglich ist, **fordern wir eine umfassende Breitenfinanzierung der gesamten deutschen**
383 **Hochschullandschaft durch den Bund.**

Antragsbereich Q: Gute Lehre, Qualitätsentwicklung & Studienreform

Antrag Q2_20

1 **Antragssteller*in:** Juso-HSG TH Köln

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **Q2_20 Prüfungsausschüsse neu denken**

4 **Zum Rechtlichen**

5 Das deutsche Hochschulrecht ist von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich und dennoch bildet
6 sich durch die Hochschulgesetzgebung und die Umsetzung durch (Rahmen-) Prüfungsordnungen ein
7 homogenes Bild, indem Prüfungsausschüsse insbesondere folgende Aufgaben von herausragender
8 Bedeutung übernehmen:

- 9 1. Behandlung von Anträgen auf Nachteilsausgleiche in Prüfungen für Studierende mit
10 Beeinträchtigungen
- 11 2. Behandlung von Anträgen auf Anerkennung von Prüfungsleistungen
- 12 3. Behandlung von Widersprüchen gegen Prüfungsbewertungen
- 13 4. Einsicht in die Prüfungsakten und Anfertigung einer originalgetreuen Kopie sowie Einsicht in
14 eine Musterlösung
- 15 5. Bestellung von Prüfenden, Festlegung von Prüfungsformen und Gewichtung von
16 Prüfungsleistungen, Bestimmung von Ort und Zeit der Prüfungen, Festlegung von
17 Prüfungsanmeldungszeiträumen und Notenbekanntgabe

18 Meist werden Prüfungsausschüsse entsprechend Prüfungsordnungen von Fakultäten durch
19 Fakultätsräte gewählt, die ihre Aufgaben für einen oder eine Gruppe mehrerer Studiengänge
20 wahrnehmen. Teilweise besteht keine Verpflichtung, auch Studierende in die Prüfungsausschüsse
21 aufzunehmen. Um nicht für jede Entscheidungsfrage eine Prüfungsausschusssitzung abhalten zu
22 müssen, können Aufgaben meist an einzelne Mitglieder delegiert werden.

23 **Zum Tatsächlichen**

24 Bei genauerer Beobachtung dieser oft an Bedeutung unterschätzten Gremien ist jedoch schnell ein
25 weiterer Brandherd der Verletzung von Studierendenrechten und -interessen erkennbar. Hier sei ein
26 Einblick in einige solcher Fälle gegeben:

- 27 • Fachlich und von der Menge der zu erledigenden Arbeit nebst anderen Verpflichtungen in der
28 Hochschule werden viele Mitglieder von Prüfungsausschüssen überfordert, Abhilfe steht in der
29 Regel nur professoralen Mitgliedern zu.
- 30 • Zu viele unabhängig voneinander agierende Prüfungsausschüsse stehen einer Spezialisierung
31 entgegen und erschweren eine einheitliche Linienführung.
- 32 • Der Prüfungsausschussvorsitz wird nicht gewählt, sondern einfach wahrgenommen.

- 33 • Prüfungsausschusssitzungen finden jahrelang nicht statt, im Internet sind falsche studentische
34 Mitglieder angegeben, die dann nach Ablauf ihrer Legislatur zu Sitzungen geladen werden.
35 Dabei sind vertrauliche Unterlagen im Mail-Anhang.
- 36 • Einzelmitglieder erledigen Ausschussaufgaben allein, berichten aber nicht darüber und können
37 auch auf Anfrage kein Protokoll einer Aufgabendelegation vorlegen. Auch informelle
38 Partizipation wie etwa bei der Festlegung von Prüfungsterminen und -Anmeldungszeiträumen
39 findet nicht statt.
- 40 • Geltendes Recht wird bewusst und absichtlich gebrochen, um Arbeit zu vermeiden und eigene
41 Vorstellungen eines guten Studiums durchzusetzen. Bei ablehnenden Bescheiden werden
42 selten Rechtsbehelfsbelegungen versandt.
- 43 • Insbesondere Nachteilsausgleiche werden teils vermieden. Hierzu wird Studierenden mit
44 chronischer Erkrankung geraten, das Studium abzubrechen, ein Jahr zu pausieren, um gesünder
45 zu werden, und Entscheidungen sogar intern damit gerechtfertigt, dass der Abschluss einer
46 bestimmten Person nicht gewünscht sei.
- 47 • Studierende werden über ihr Recht auf Anerkennung von Prüfungsleistungen falsch informiert.
48 Dazu gehört insbesondere ein angeblicher Ausschluss der Anrechenbarkeit von
49 Schulleistungen und einzelnen Modulen oder Abschlussarbeiten. Teilweise wird die Beweislast
50 der Hochschule im Anerkennungsverfahren nicht anerkannt.
- 51 • Das Recht auf Einsicht in Prüfungsunterlagen, Anfertigung einer Kopie und Einsicht einer
52 Musterlösung wird nicht gewährt. Oft täuscht schon die Bezeichnung eines Termins zur
53 „Klausureinsichtnahme“ über die Rechte, die Prüfungsunterlagen zu anderen Prüfungsformen
54 einzusehen, hinweg. Das Verbot, die Unterlagen zu fotografieren, entsteht meistens auf Druck
55 jener Lehrenden, die um ihr „Konzept“ fürchten, immer wieder dieselbe Prüfung zu stellen.
- 56 • Anträge auf Prüfungseinsicht werden nicht behandelt, bis nach Ablauf der Widerspruchsfrist
57 verschleppt oder rechtswidrig abgelehnt. Selbst aus gesundheitlichen Gründen zu einem
58 Einsichtstermin entschuldigte Studierende werden abgewiesen, um den minimalen Aufwand
59 eines Sondertermins zu vermeiden.
- 60 • Die Vorbereitungen zu Sitzungen sind klar auf ein bestimmtes Ergebnis zugeschnitten, so haben
61 Studierende im Widerspruchsverfahren keine Kenntnis von der Stellungnahme der Prüfenden.
- 62 • Widersprüche gegen Prüfungsbewertungen werden erst nach dem nächsten Prüfungstermin
63 behandelt., es erfolgen keine Rückmeldungen wie eine Eingangsbestätigung.
- 64 • Noten werden per Aushang mit Matrikelnummer bekanntgegeben, wodurch keine
65 zufriedenstellende Anonymisierung erreicht wird.
- 66 • Oft werden Aufgaben der Prüfungsausschüsse (faktisch) auf nicht zuständige Stellen über-
67 tragen. So entscheiden Modulbeauftragte über Anerkennungen von Prüfungsleistungen, Profs
68 organisieren Prüfungseinsichtnahmen oder Lehrende treffen Entscheidungen bzgl. der Form
69 ihrer Prüfungen und Abgabetermine, nicht berechnigte Personen entscheiden über Anträge auf
70 Anerkennung und Nachteilsausgleiche.

71 **Zum Neudenken**

72 Die lange Liste an nicht hinnehmbaren Rechtsbrüchen und die Verfestigung unprofessioneller
73 Verhaltensmuster ruft nach strukturellen Reformen. Die Risse im System Prüfungsverwaltung sind zu

74 tief und zu zahlreich, um nur gekittet zu werden. Auf der Suche nach einer geeigneten Organisations-
75 struktur für obige Aufgaben, finden sich wenige Gründe, sie in vielen dezentralen Gremien zu bündeln.
76 Einzig Punkt fünf scheint in großen Teilen subsidiär gut verantwortet. Eine zentralisierte Verwaltung
77 ermöglicht eine geeignetere Personalauswahl, höhere Spezialisierung, bessere Skaleneffekte und
78 bessere Kontrolle. Zudem können aus der Ferne deutlich einfacher unpopuläre Entscheidungen
79 getroffen werden. Auch kann die Verwaltung zentralisiert einheitlicher und damit gerechter agieren. Das
80 Argument, einer zentralen Stelle fehle für Entscheidungen notwendiges Fachwissen, ist durch
81 Beharrungswiderstände intendiert und auch zur Rechtfertigung der verbreiteten Strukturen nicht
82 geeignet. Über notwendiges Fachwissen müssen nicht die Ausschüsse in gerichtlicher Funktion
83 verfügen, sondern kann durch Gutachten eingeholt werden. Ständig werden beispielsweise an
84 sozialwissenschaftlichen Fakultäten Rechtsprüfungen, an wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten
85 Mathematikprüfungen abgelegt. Die im Zusammenhang mit den fakultätsfremden Fächern
86 entstehenden Aufgaben werden oft besser von einer Vertretung eben jener wissenschaftlichen Disziplin
87 wahrgenommen, was ebenfalls zentral geschehen kann.

88 Jenseits der Zentralisierung setzen wir uns ein für:

- 89 • Studentische Mitglieder im Prüfungsausschuss
- 90 • Die Transparenz von Entscheidungen im Prüfungsausschuss
- 91 • Sensibilisierung verantwortlicher Stellen für die Sinnhaftigkeit von Studierendenrechten und
92 Ermutigung der Studierenden, ihre Rechte wahrzunehmen
- 93 • Kostenlose Rechtsberatung und ggf. Rechtsbeistand durch Studierendenschaften ihre
94 Mitglieder

Antragsbereich S: Studienfinanzierung

Antrag S1_20

1 **Antragssteller*in:** Juso-HSG Kiel

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **S1_20 Sozialer Staat auch für Studierende!:** 4 **Nothilfen im Kontext Corona und Reformen für** 5 **Stabilität über den Tellerrand der Krise hinaus**

6 Nicht alle Studierende haben reiche oder vermögende Eltern oder können sich auf diese verlassen.
7 Zahlreiche Studierende leben unterhalb des Existenzminimums. Dementsprechend wirkt sich der
8 Wegfall des Nebenjobs für sie schnell existenzbedrohend aus. Laut Sozialerhebung des Deutschen
9 Studentenwerks aus dem Jahr 2016 jobben etwa zwei Drittel der Studierenden, um sich ihren
10 Lebensunterhalt und ihr Studium zu finanzieren. 59 % sind laut der Erhebung auf die Einnahmen aus
11 ihrem Nebenjob angewiesen. Nur erhalten nur 517.675¹ der 2.897.336² Studierenden BAföG, sodass
12 eine Öffnung der Leistung wichtig ist.

13 Die Corona-Pandemie stellt sozioökonomisch benachteiligte Studierende vor existentielle finanzielle
14 Probleme. Unter ihnen befinden sich auch Studierende, die aus unterschiedlichen Gründen nicht BAföG-
15 berechtigt, aber finanziell benachteiligt sind. Studierende mit Kind(-ern), Behinderungen, zu pflegenden
16 Angehörigen oder in anderen besonderen Lebenslagen. Für sie stellt die Situation eine umso
17 gravierendere Härte dar.

18 Auch die besondere Situation internationaler Studierender muss berücksichtigt werden. Hier bedarf es
19 einer zielgerichteten Maßnahme. Selbiges gilt für Studierende, die sich über eine selbständige Tätigkeit
20 ihr Studium und ihren Lebensunterhalt verdienen.

21 Einen neuen Nebenjob zu finden, ist durch den krisenbedingten Wegfall diverser Jobstellen erheblich
22 schwierig bis unmöglich geworden. Dieser Umstand wird für Studierende noch eine erhebliche Zeit
23 andauern. Zusätzlich erschwert die derzeit nicht zeitlich fest gebundene Onlinelehre Zeitfenster zur
24 Ausübung eines Nebenjobs zu finden. Studienkredite und verzinste Darlehen sind, ähnlich wie ein
25 zurückzuzahlendes BAföG, eine Studienhürde für sozioökonomisch benachteiligte Menschen und
26 behindern entsprechend den Aufstieg durch Bildung massiv.

27 Der Studienzugang darf nicht vom Geldbeutel und ihrer Herkunft abhängen. Entscheiden muss das
28 Wissen und Talent eines und einer jeden! Die Zugänglichkeit von Bildung ist eine Errungenschaft, auf
29 die wir stolz sind.

30 Die von Bundesministerin Karliczek auf den Weg gebrachten kreditbasierten Maßnahmen sind keine
31 Lösung für Studierende in existentieller Not. Insbesondere für Studierende, die bereits Studienkredite
32 aufgenommen haben, um ihr Studium finanzieren zu können, sind die Maßnahmen Karliczeks akut

¹ <https://de.statista.com/themen/379/bafoeg/>, zuletzt abgerufen am 16.06.2020]

² <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/221/umfrage/anzahl-der-studenten-an-deutschen-hochschulen/>, zuletzt abgerufen am 16.06.2020)

33 kontraproduktiv. Der besagte Nothilfefonds wird lediglich 100 Mio Euro umfassen und erst bei maximal
34 unter 500 Euro auf dem Konto eines Studierenden gewährt. Das ist auch angesichts der
35 existenzbedrohenden Krise zynisch und sozial ausgrenzend. Zumal der KfW Kredit nur anfangs zinsfrei
36 ist und dann in den normalen Zinssatz übergeht.

37 Obwohl eine BAföG-Reform dringend indiziert ist, um der Lebensrealität und u.a. den je Studienort
38 erheblich unterschiedlich hohen sowie in den letzten Jahren gestiegenen Mieten entsprechen zu
39 können, ist es das bewährteste und geeignetste Instrument für eine soziale Studierendenhilfe. Eine
40 Öffnung des BAföG für alle Studierenden in finanzieller Not ist dringendst geboten und muss Ziel
41 bleiben. Naheliegend ist dies auch aufgrund dessen, dass der BAföG-Topf des Bundes gut gedeckt ist.
42 So wurden im vergangenen Jahr 900 Millionen Euro BAföG-Mittel nicht investiert³. Auch wird bzw. wurde
43 ohnehin am BAföG gearbeitet, sodass die Möglichkeit einer schnellen, zielgenauen Hilfe für Studierende
44 über das bewährte Instrument BAföG bestand und die Verweigerung dieser Lösung durch Ministerin
45 Karliczek auf unser absolutes Unverständnis stößt. Zumal es im aktuellen Koalitionsvertrag heißt:

46 *“Das Ausbildungsförderungsgesetz des Bundes (BAföG) wird ausgebaut und die Leistungen*
47 *werden deutlich verbessert [Hervorhebung hinzugefügt]. Unser gemeinsames Ziel ist es, die*
48 *förderbedürftigen Auszubildenden wieder besser zu erreichen und bis 2021 eine Trendumkehr*
49 *[Hervorhebung hinzugefügt] zu schaffen.”⁴*

50 Viele Studierende zahlen aufgrund ihres Beschäftigungsverhältnisses keine Beiträge in die
51 Arbeitslosenversicherung ein und sind somit nicht berechtigt, ALG I oder II zu empfangen.

52 Weiterhin sind grundsätzlich BAföG-Berechtigte weder Wohngeld-, noch Grundsicherungsberechtigte.
53 Hier braucht es eine echte Lösung, die die Verschuldung für Studierende nicht durch noch ein weiteres
54 Darlehen eingedenk der entsprechenden Verschuldung für jenen Zweck erhöht. Dies muss für alle
55 Studierenden in Not gelten; der entsprechend geltende Ermessensspielraum muss zugunsten einer
56 verlässlichen, bundesweiten Regelung ausgesetzt werden.

57 Zur komplexen Situation der Studierenden kommt erschwerend hinzu, dass hohe und mancherorts
58 deutlich gestiegene Semesterbeiträge zu zahlen sind. Dies ist ein klares Problem für die finanzielle Lage
59 sozioökonomisch benachteiligter Studierender. Zum Kostenaspekt kommt hinzu, dass Semestertickets
60 derzeit aufgrund von pandemie- bzw. gesundheitsbedingten Einschränkungen nicht im angedachten
61 Umfang genutzt werden können. Zudem wurde durch die zu begrüßende kürzlichen Erhöhungen des
62 BAföG auch der Betrag der studentischen Krankenversicherung erhöht, da dieser an die Höhe des BAföG
63 gekoppelt ist. Dies stellt, insbesondere in der aktuellen Zeit, eine wiederum zu behebbende finanzielle
64 Erschwernis dar.

65 Insgesamt summieren sich die finanziellen Belastungen für ohnehin finanziell benachteiligte
66 Studierende auf ein Maß, das in einem Sozialstaat untragbar ist.

67

³ <https://www.spiegel.de/panorama/bildung/wegen-corona-krise-debatte-um-hartz-iv-fuer-studierende-a-3fad0827-fe70-4c1d-9b86-33c526a4f9aa>

⁴

<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/656734/847984/5b8bc23590d4cb2892b31c987ad672b7/2018-03-14-koalitionsvertrag-data.pdf?download=1> (S. 32-33)

68 **Wir fordern:**

69 • **Studienfinanzierung endlich auf ein solides und sozialstaatsgerechtes Fundament stellen, d.h.**

- 70 ○ Das BAföG ist in Höhe von mindestens 641 Euro⁵ bis zum aktuellen BAföG-Höchstsatz
71 für alle Studierenden zwecks einer Corona-Nothilfe rückzahlungsfrei zu öffnen und zu
72 entbürokratisieren. Bedingung für den Erhalt dieser Förderung soll ein Nachweis eines
73 aktiven Studiums sein. Für den Fall besonderer Lebenslagen muss es Ausnahmen
74 geben. Stigmatisierungen und Diskriminierungen darf es durch das Einfordern eines
75 Nachweises nicht geben.
- 76 ○ Eine Studie des Forschungsinstituts für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS) gelangte
77 durch einen Vergleich von Sozialerhebung⁶, EVS⁷ und SOEP⁸ zu dem Ergebnis, dass der
78 BAföG-Bedarf eine Unterdeckung aufweist⁹. Gemäß BVerfG müsste der Gesetzgeber
79 den Sozialleistungsbedarf¹⁰ empirisch ermitteln¹¹. Dies ist künftig regelmäßig
80 durchzuführen.
- 81 ○ Bildungsgerechtigkeit ist nur zusammen mit Steuergerechtigkeit zu denken. Alle
82 Bildungsphasen müssen eine starke öffentliche Förderung erfahren. Sollten die
83 finanziellen Mittel des BAföG-Topfes für eine generelle Öffnung nicht ausreichen, so
84 müssen diese aus Steuermitteln per Umverteilung von oben nach unten finanziert
85 werden. Dies ist auch deshalb angeraten, weil die Schere zwischen arm und reich immer
86 stärker auseinander geht. Einen deutlich verschärfenden Faktor dieser Situation stellt
87 die Corona-Pandemie dar.
- 88 ○ Das umstrittene Deutschlandstipendium hat sich nicht bewährt und war von Anfang an
89 verfehlt¹². Dessen Mittel sollen effektiv eingesetzt werden. Aktuelle Empfänger*innen
90 des Deutschlandstipendiums sollen keine Nachteile erfahren. Das
91 Deutschlandstipendium soll entsprechend mit Ablauf der zuletzt vergebenen
92 Förderungen auslaufen und dessen Mittel künftig in das BAföG investiert werden. Zu
93 entsprechend gegebener Zeit muss das BAföG für bedürftige Studierende ohne
94 Beschränkungen durch Regelstudienzeit oder Alter, wie schon 1971 geltend und später

5

https://www.studentenwerke.de/sites/default/files/fibs_dsw_studentischer_warenkorb_2018_190108_0.pdf, S. 74 (BAföG als Haupteinnahmequelle, "(...) untere 15 % nach Einkommen" bzw. "(...) nach Einkommen mit BAföG")

⁶ Sozialerhebung des DSW, Bezugsjahr 2012

⁷ Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, Bezugsjahr 2013

⁸ Sozio-ökonomisches Panel (SOEP), Bezugsjahr 2010

⁹ http://www.studentenwerke.de/sites/default/files/dsw_fibs_online.pdf, Dohmen, Cleuvers, Cristóbal & Laps, 2017

¹⁰ Das BAföG ist eine Sozialleistung, § 68 SGB I

¹¹ BVerfGE 125, 175 – 260

¹² <https://www.tagesspiegel.de/wissen/bundesrechnungshof-prueft-deutschlandstipendium-aufwendige-beihilfe/9280526.html>

- 95 von der Bundesregierung Helmut Kohls abgeschafft, wieder als Vollzuschuss gewährt
96 werden.
- 97 ○ Für Studierende, die bereits den verzinsten Nothilfekredit der KfW erhalten haben,
98 müssen die Zinsen erlassen werden. Die Rückzahlung der in Anspruch genommenen
99 Nothilfekredite muss analog zu den aktuell noch geltenden Rückzahlungsbedingungen
100 des BAföG erfolgen, d.h. mit der Möglichkeit, die Rückzahlung bis zum Vorhandensein
101 eines entsprechend ausreichenden Einkommens aufzuschieben.
- 102 • **Bezahlbare Krankenversicherung für alle Studierenden.**
- 103 ○ Der Versicherungsbetrag der sogenannten studentischen Krankenversicherung muss
104 auf unter 100 Euro gedeckelt werden. Auch muss mindestens während der finanziellen
105 Bedürftigkeit, auch nach eigentlichem Ablauf der alters- und semesterorientierten
106 Geltungszeit, weiterhin gelten.
- 107 • **Wohnen: bezahlbar und verlässlich auch für Studierende. Soziale Infrastruktur der
108 Hochschulen sichern und stärken.**
- 109 ○ Eine zielgenaue und verschuldungsfreie Lösung für alle Studierenden, die weder
110 wohngeld-, noch grundsicherungsberechtigt sind. Der entsprechend geltende
111 Ermessensspielraum muss zugunsten einer verlässlichen, bundesweiten Regelung
112 ausgesetzt werden.
- 113 ○ Die Regelung des Wohngelds nach der das Wohngeld auch für das Wohnen in einer
114 Wohngemeinschaft gewährt wird, muss wieder eingeführt werden.
- 115 ○ Zur Absicherung der akut unterfinanzierten sozialen Infrastruktur (insbesondere
116 psychosoziale Beratung) sowie zum Ausbau des studentischen bezahlbaren
117 Wohnraums des Studentenwerks, ist ein Bund-Länder-Hochschulsozialpakt auf den
118 Weg zu bringen. Ein entsprechendes Forderungspapier befindet sich im Anhang¹³.
- 119 ○ Ergänzend sollen Wohnungsgenossenschaften dabei unterstützt werden, bezahlbaren
120 Wohnraum für Studierende zu schaffen. Denkbar sind auch gemeinsame
121 Wohnungsgebäude für Studierende, Auszubildende und Schüler*innen. Die Förderung
122 entsprechender wohnungsfördernder Maßnahmen sind an Bedingungen zu knüpfen.
123 So darf der Wohnraum den Mietkostenbetrag der Wohnungen des örtlichen
124 Studentenwerks pro Quadratmeter nicht nennenswert übersteigen – im Ergebnis
125 müssen diese Wohnungen für sozioökonomisch Benachteiligte bezahlbar sein!
- 126 • **Besondere Hürden abbauen und Solidarsemester einführen:** Die Bundesländer müssen die
127 Semesterbeiträge mindestens zur Hälfte des jeweilige Betrags übernehmen. In Schleswig-
128 Holstein muss die Anschubfinanzierung des Semestertickets mindestens in seiner
129 ursprünglichen Höhe langfristig gestaltet werden. Kostensteigerungen des Tickets sind durch
130 eine Erhöhung dieser Mobilitätsförderung auszugleichen. Der Bund muss den Ländern
131 Finanzmittel zur Verfügung stellen. Zudem dürfen das SoSe 2020 sowie folgende Semester
132 innerhalb der Pandemiezeit nicht in die Regelstudienzeit eingerechnet werden.

¹³ <https://www.afb-sh.de/soziale-infrastruktur-an-den-hochschulen-ausbauen-mehr-kapazitaeten-fuer-psychologische-beratung-schaffen/> [Anm.: Ebenso Beschluss AfB-Bundeskonzferenz 2018, S. 38: https://afb.spd.de/fileadmin/user_upload/Beschlussbuch_AfB-Bundeskonzferenz2018.pdf]

133 Erfolgen jetzt nicht geeignete Maßnahmen, werden die langfristigen Folgen, insbesondere für
134 sozioökonomisch benachteiligte Studierende, deutlich sein¹⁴. Dies muss verhindert werden.

¹⁴ https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.790482.de/diw_aktuell_44.pdf, S. 5 ff.]

Antragsbereich U: Umwelt, Verkehrspolitik & Mobilität

Antrag U1_20

1 **Antragssteller*in:** Juso-Hochschulgruppen Baden-Württemberg

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **U1_20 Ende der Diskriminierung von nachhaltigen** 4 **Ernährungsformen – Flächendeckende** 5 **Bereitstellung von veganen Alternativen in** 6 **deutschen Mensen**

7 Hitzesommer, Extremwetter und nicht zuletzt die Corona-Pandemie zeigen eindrücklich, dass der
8 Mensch seinen Umgang mit der Natur dringend überdenken muss. Eine der einfachsten Möglichkeiten
9 nachhaltiger zu leben, besteht in einer veganer Ernährung – und tatsächlich entscheiden sich jedes Jahr
10 vor allem in der jungen Generation mehr Menschen dafür den Planeten nicht länger mit einer
11 tierproduktthaltigen Diät zu belasten. Die Mensen hinken in dieser Entwicklung allerdings weit hinterher,
12 häufig gibt es hier keine veganen Optionen. Da dies einen nachhaltigen Lebensstil für Studierende
13 erheblich erschwert und vegane Studierende besonders diskriminiert, sehen wir hier einen dringenden
14 Handlungsbedarf.

15 **Ein veganer Lebensstil ist gut für Klima, Umwelt und Gesundheit**

16 Dürresommer, Temperaturrekorde, mehr Extremwetterereignisse: Die letzten Jahre haben uns
17 eindrucksvoll gezeigt, dass der Klimawandel bereits bittere Realität ist und dringender Handlungsbedarf
18 herrscht. Die Liste an nötigen Maßnahmen und damit verbundenen Problemen ist lang und große
19 Anstrengungen werden von uns allen zu entrichten sein, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens
20 noch zu erreichen.

21 Mit etwa 14,5% aller Klimagasemissionen ist die weltweite Tierwirtschaft dabei einer der
22 entscheidenden Faktoren, mit höheren Emissionen als der gesamte weltweite Verkehrssektor¹.
23 Ursachen für die hohen Emissionen sind unter anderem das Kohlendioxid aus der industriellen
24 Tierhaltung, der Methanausstoß der Tiere oder die Rodung von Urwäldern zugunsten von Weideflächen
25 oder der Futtermittelproduktion.

26 Um das Ziel von Netto-Null Emissionen zu erreichen muss es also auch in der Landwirtschaft zu großen
27 Einsparungen kommen. Studien haben gezeigt, dass die größten und einfachsten Einsparungen hier
28 durch eine pflanzenbasierte Ernährung möglich sind, mit einer Reduktion der ernährungsbedingten
29 Klimagas-Emissionen um bis zu 70 % bei einer weltweiten veganen Ernährung².

¹ Treibhausgase aus der Landwirtschaft – Klimakiller Tierhaltung (Jul. 2020).
<https://www.peta.de/treibhausgase> (abgerufen am 10.10.2020, 20:46 Uhr)

² Studie: Vegane Ernährung könnte Klima und Menschenleben retten (Apr. 2016).
<https://utopia.de/studie-vegane-ernaehrung-klimaschutz-15078/> (abgerufen am 10.10.2020, 19:52 Uhr)

30 Doch eine Reduktion des Tierproduktkonsums hätte nicht nur große Vorteile für das Klima, sondern
31 auch für die Umwelt insgesamt. Denn weitere Folgen der globalen Tierwirtschaft sind unter anderem die
32 rasante Entwaldung, das dadurch verstärkte Artensterben, fortschreitende Desertifikation des Planeten,
33 Belastung der Ozeane durch Überfischung und das Auftreten von ozeanischen „dead zones“, ein
34 Rückgang der Biodiversität und die Verunreinigung des Grundwassers durch Überdüngung und
35 übermäßiger Wasser- und Flächenverbrauch³.

36 Neben dem Klima und der Umwelt profitieren jedoch auch die Menschen und ihre Gesundheit von einer
37 pflanzenbasierten Ernährung. So wurde zum Beispiel rotes Fleisch von der WHO als Gruppe-2-
38 Karzinogen eingestuft und verarbeitete Fleischwaren wurden sogar als Gruppe-1-Karzinogen und damit
39 qualitativ gleich wie Tabakrauchen eingestuft⁴. Weiter konnte der Konsum von Tierprodukten auch mit
40 einem erhöhten Risiko unter anderem für Kardio-Vaskuläre Erkrankungen (Häufigste Todesursache
41 weltweit), Diabetes Typ II oder sogar einigen Augenkrankheiten in Zusammenhang gebracht werden⁵.

³ Livestock's long shadow – environmental issues and options (2006).
<http://www.fao.org/3/a0701e/a0701e.pdf> (abgerufen am 10.10.2020, 21:03 Uhr)

Bodendegradation: Landwirtschaftliche Tierhaltung zerstört den Boden (Jul. 2020).
<https://www.peta.de/bodendegradation> (abgerufen am 10.10.2020, 20:33 Uhr)

Überfischung: Bald drohen uns leere Meere (Sep. 2018), <https://www.wwf.de/themen-projekte/meere-kuesten/fischerei/ueberfischung/> (abgerufen am 10.10.2020, 19:25 Uhr)

Meat industry blamed for largest-ever 'dead zone' in Gulf of Mexico (Aug. 2017).
<https://www.theguardian.com/environment/2017/aug/01/meat-industry-dead-zone-gulf-of-mexico-environment-pollution> (abgerufen am 10.10.2020, 21:26 Uhr)

Nitrat im Grundwasser (Mai 2018). <https://www.duh.de/themen/natur/naturvertraegliche-landnutzung/stickstoff-in-der-umwelt/nitrat/> (abgerufen am 10.10.2020, 19:58 Uhr)

Wasserverbrauch sinkt deutlich bei veganer Lebensweise (Sep. 2018). <https://vegconomist.de/studien-und-zahlen/wasserverbrauch-sinkt-deutlich-bei-veganer-lebensweise/> (abgerufen am 10.10.2020, 21:32 Uhr)

⁴ WHO-Behörde stuft rotes Fleisch und Wurst als krebserregend ein (Okt. 2015).
<https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/64572/WHO-Behoerde-stuft-rotes-Fleisch-und-Wurst-als-krebserregend-ein> (abgerufen am 10.10.2020, 20:07 Uhr)

⁵ Le LT, Sabaté J. Beyond meatless, the health effects of vegan diets: findings from the Adventist cohorts. *Nutrients*. 2014 May 27;6(6):2131-47.

Sinha R, Cross AJ, Graubard BI, Leitzmann MF, Schatzkin A. Meat intake and mortality: a prospective study of over half a million people. *Arch Intern Med*. 2009 Mar 23;169(6):562-71.

Paul N Appleby, Naomi E Allen, Timothy J Key. Diet, vegetarianism, and cataract risk, *The American Journal of Clinical Nutrition*, Volume 93, Issue 5, May 2011, Pages 1128–1135

42 Hinzu kommt noch, dass die weltweite Tierwirtschaft auch zur Zunahme von antibiotikaresistenten
43 Keimen beiträgt⁶ und das Risiko für den Ausbruch von Epi- und Pandemien erhöht⁷.

44 Zusammen mit Leid und dem Tod von Milliarden Tieren jährlich ergeben sich somit zahlreiche
45 Argumente dafür, Menschen die sich nachhaltig und pflanzenbasiert ernähren wollen zu unterstützen
46 und gerade im wissenschaftsfreundlichen Umfeld der Hochschulen sollte der Schutz von Klima, Umwelt
47 und Gesundheit nicht unnötig erschwert werden.

48 **Diskriminierung nach Ernährungsform und Lebensstil an deutschen Mensen muss aufhören**

49 Die Mensa sollte gute erschwingliche Ernährung und soziale Interaktion für alle Studierenden
50 ermöglichen. Im Jahr 2018 boten jedoch nur 37 der 57 deutschen Studierendenwerke⁸ jeden Tag ein
51 veganes Gericht an, in den Cafés der Studierendenwerke ist oft gar kein veganes Angebot vorhanden.
52 Gleichzeitig entscheiden sich immer mehr Menschen in Deutschland für eine pflanzliche Ernährung und
53 für einen nachhaltigeren Lebensstil: Die Anzahl der Veganer*innen in Deutschland ist von 2008 auf 2019
54 um 1525 % auf 1,3 Millionen Menschen gestiegen⁹, Tendenz anhaltend. Folglich wird immer mehr
55 Studierenden, die sich für eine nachhaltige und gesunde Lebensform entschieden haben, eine
56 campusnahe und bezahlbare Versorgung verwehrt und die Teilhabe am sozialen Miteinander erschwert.
57 Vegane Gerichte bieten außerdem eine Option für Menschen, die tierische Produkte aus religiösen
58 Gründen oder aufgrund von Allergien bzw. einer Lactoseintoleranz vermeiden. An einem modernen,
59 weltoffenen und sozialen Bildungsstandort wie Deutschland sollte dies nicht länger hingenommen
60 werden.

61 **Deshalb fordern wir:**

- 62 • An allen deutschen Hochschul-Mensen soll jeden Tag mindestens ein wechselndes vollwertiges
63 veganes Gericht angeboten werden. Zudem sollte auf Unverträglichkeiten, insbesondere
64 Glutenunverträglichkeit geachtet werden.
- 65 • In den dazugehörigen Cafés und ähnlichen gastronomischen Einrichtungen soll das vegane
66 Angebot ausgebaut werden (z.B. pflanzliche Milchalternativen, vegane belegte Brötchen,
67 veganes Gebäck, ...).
- 68 • Vegane Optionen sollen gut einsehbar und verständlich auch als vegan klassifiziert werden.
- 69 • Langfristig fordern wir eine Vielfalt an vegetarischen und veganen Angeboten, um nachhaltige
70 Lebensweisen zu fördern. Gleichzeitig sollten Hochschul-Mensen Studierende, zum Beispiel
71 durch Aktionswochen darüber informieren, wie sie mit ihrer Ernährung einen positiven Beitrag
72 zu ihrer Gesundheit und für die Umwelt leisten können.

⁶ Antibiotikaresistenz. https://www.bfr.bund.de/de/a-z_index/antibiotikaresistenz-61681.html
(abgerufen am 10.10.2020, 21:52 Uhr)

⁷ Wie Tierproduktkonsum zu Pandemien beiträgt (März 2020). <https://albert-schweitzer-stiftung.de/aktuell/tierproduktkonsum-pandemien> (abgerufen am 10.10.2020, 20:27 Uhr)

⁸ Hochschulgastronomie: vegane Verpflegung von Studierenden (Jul. 2019). <https://proveg.com/de/blog/vegane-verpflegung-von-studierenden/> (abgerufen am 09.10.2020, 14:47 Uhr)

⁹ 1,3 Millionen Deutsche leben vegan. <https://www.skopos-group.de/news/13-millionen-deutsche-leben-vegan.html> (abgerufen am 09.10.2020, 14:58 Uhr)

- 73
- Förderungen für Studierendenwerke für mehr ökologische, regionale und saisonale
- 74
- Essensangebote.

Antragsbereich U: Umwelt, Verkehrspolitik & Mobilität

Antrag U2_20

1 **Antragssteller*in:** Juso-Hochschulgruppen Nordrhein-Westfalen

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **U2_20 Klimakrise und Rassismus zusammen** 4 **denken und zusammen überwinden.**

5 **Forderung:**

6 Wir fordern eine frühzeitige Aufklärung über den Zusammenhang von Klimawandel/-ungerechtigkeit
7 und Rassismus, beginnend in Schulen und weitergeführt im universitären Raum. Die Klimakrise muss
8 intersektional betrachtet werden. Außerdem fordern wir eine Berücksichtigung von Rassismus in allen
9 Klimabewegungen, und nicht nur die westlich privilegierte Perspektive auf den Klimawandel
10 einzunehmen. Um auf einen bewussteren Konsum in unserem Alltag aufmerksam zu machen, sollen
11 sich Juso-Hochschulgruppen aktiv durch Aktionen in die Debatte einbringen, zum Beispiel durch
12 selbstorganisierte Flohmärkte, Kleidertauschplattformen, Fairteiler etc., sowie durch
13 Informationsmaterial über oftmals komplizierte und undurchsichtige Produktionsketten informieren.
14 Auf (internationaler) Hochschulebene setzen wir uns für den Austausch mit anderen Universitäten in
15 Deutschland und anderen Ländern ein und fördern Austausch- und Dialogprogramme, die dazu anregen
16 sollen, über den Klimawandel und seine Folge zu lernen. Dies wirkt zudem einem Fortwirken von
17 rassistischen Strukturen entgegen. Für alle Menschen, die durch das westliche Wirtschaftssystem
18 ausgebeutet werden und an den Folgen der Klimakrise, hervorgerufen durch westliche/nördliche
19 Staaten, leiden, gilt unsere Solidarität.

20 **Begründung:**

21 Mit der kolonialistischen Ausbreitung der europäischen Welt begann eine nie dagewesene Form der
22 Ausbeutung aufgrund von rassistischen Merkmalen und der gleichzeitige Glaube an eine Überlegenheit
23 europäischer Kulturen. Mit der Ausbeutung von Humankapital durch den transatlantischen
24 Sklavenhandel, von dem vor allem BIPOC betroffen waren und der damit einhergehenden Anhäufung
25 von Kapital in den ausbeutenden Ländern, wurde der Industrialisierung die Türen geöffnet. Durch die
26 Industrialisierung kam es zu einer weiteren Ausbeutung von Ressourcen in kolonialisierten Regionen
27 der Welt und ungleiche Macht- und Herrschaftsverhältnisse intensivierten sich weiter. Heute ist klar,
28 dass die ausbeutenden Länder des Kolonialismus die treibenden Kräfte des Klimawandels sind,
29 während die Hauptleidenden die Länder und Menschen des globalen Südens sind. Trotzdem sind die
30 Volkswirtschaften des Nordens weiterhin auf kurzfristige Gewinne und wirtschaftliches Wachstum
31 fixiert, anstatt sich für langfristige und nachhaltige Lösungen und ein kollektives Wohlergehen
32 einzusetzen.

33 Bis heute wird die Ausbeutung von Ressourcen und Humankapital in strukturschwächeren Regionen der
34 Welt fortgeführt. Gleichzeitig scheint eine Überwindung von Rassismus und rassistischen Strukturen
35 kaum in greifbarer Nähe zu sein. Unter inhumanen Bedingungen wird die Ausbeutung von Arbeiter*innen
36 in strukturschwachen Regionen zur Versorgung der westlichen Welt mit Produkten weiter in Kauf
37 genommen. Dies fördert einerseits die fortschreitende Belastung der Umwelt, wie auch die
38 Aufrechterhaltung rassistischer Strukturen und offenkundigem Rassismus. Es scheint einen
39 unausgesprochenen Konsens darüber zu geben, dass eine Ausbeutung der Menschen des globalen

40 Südens in Ordnung oder nötig sei, um sie am weltweiten Wirtschaftswachstum teilhaben zu lassen. Dies
41 hat ein Überlegenheitsgefühl gegenüber diesen Menschen zur Folge und dies implementiert sich in
42 unser Gesellschaftsbild. Der Konsum solcher Produkte trägt zur stetigen Reproduktion der Verhältnisse
43 bei. Des Weiteren profitiert der Westen/Norden von den geringeren Umweltregulierungen, produziert
44 dort die Waren und Produkte billig und exportiert am Ende den Müll zurück in diese Länder. Die
45 Ausbeutung der Umwelt und Arbeiter*innen legt offen, dass ein Kampf gegen den Klimawandel auch ein
46 Kampf gegen den Rassismus bedeutet. Auch Bewegungen wie FFF müssen für ihren oft „weißen“,
47 westlichen und privilegierten Blick kritisiert werden und eine Berücksichtigung von Rassismus in der
48 Klimabewegung gefordert werden.

49 Darüber hinaus wird der Klimawandel und die Ausbeutung der Umwelt weitere Geflüchtete –
50 Klimageflüchtete produzieren. Durch Umweltkatastrophen, Vertrocknung, Überschwemmungen und
51 daraus resultierende Perspektivlosigkeit werden zunehmend mehr Menschen ihre Zukunft in Europa
52 suchen. Es ist wichtiger als je zuvor als globale Gesellschaft zusammenzurücken, den Klimawandel zu
53 stoppen und den Rassismus zu überwinden.

Antragsbereich U: Umwelt, Verkehrspolitik & Mobilität

Antrag U3_20

1 **Antragssteller*in:** Juso-Hochschulgruppen Berlin

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **U3_20 Zeit für eine Bestandsaufnahme! –** 4 **Nachhaltigkeit während der Corona-Krise**

5 Die Umwelt- und Nachhaltigkeitsbewegungen geraten in der Corona-Krise ins Hintertreffen. Eben waren
6 die Bedrohung durch den Klimawandel und die Verhinderung des globalen Artensterbens noch in aller
7 Munde, doch nun kommen umweltpolitische Themen so gut wie nicht mehr vor. Das Corona-Virus und
8 die damit verbundene Krise nehmen die gesamte politische und öffentliche Aufmerksamkeit in
9 Anspruch. Unternehmen sparen das Sponsoring von Nachhaltigkeitsinitiativen ein, stellen ihre
10 Planungen zur Klimaneutralität und Emissionsarmut zurück und richten sich auf eine harte
11 wirtschaftliche Rezession ein. Ökonomie vs. Ökologie – die beiden Bereiche scheinen in der COVID19-
12 Pandemie so stark zu konkurrieren wie nur selten davor. Der Modus der politischen
13 Entscheidungsträger*innen ist der Modus der Gegenwart, der Gefahrenabwehr, des Aufbaus von
14 Vorsorge. Das politische „Entscheiden auf Sicht“ prägte die politischen Prozesse des vergangenen
15 Monate des Corona-Jahres 2020. Doch der entscheidende Zeitpunkt für wegweisende
16 Richtungsentscheidungen über die Corona-Pandemie hinaus ist längst gekommen.

17 **Zusammen denken was zusammen gehört**

18 Die Corona-Pandemie und die weltweite Krise des Klimas sind zwei globale Probleme, die untrennbar
19 miteinander verwoben sind. Was auf den ersten Blick nicht offensichtlich scheint, wird auf den zweiten
20 Blick umso logischer: Mit der zunehmenden Zerstörung von ganzen Ökosystemen und der Vernichtung
21 artenreicher Biodiversität steigt die Wahrscheinlichkeit von globalen Pandemien rasant an. Durch
22 schrumpfende Lebensräume sind Tiere gezwungen, ihre natürlichen Lebensumgebungen zu verlassen
23 und in die Nähe von menschlicher Zivilisation zu wandern, um sich neue Lebensräume zu eröffnen und
24 überlebenswichtige Nahrung zu finden. Durch diese Verhaltensänderungen der Tiere und den engeren
25 Kontakt zwischen Tieren und Menschen steigt das Risiko der Übertragungen von Krankheiten von Tieren
26 auf Menschen. Damit besteht ein offensichtlicher Zusammenhang zwischen der globalen Gesundheit
27 und dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen. Es wird deutlich, dass in einer globalen Welt einzelne
28 Fragestellungen nicht mehr isoliert betrachtet werden können, sondern dass es zur Lösung der
29 drängenden Probleme unserer Zeit eines ganzheitlichen, internationalen Lösungsansatzes bedarf, um
30 den komplexen Sachverhalten gerecht zu werden.

31 **Zwei Generationen-Fragen**

32 Derzeit sind wir mit zwei Generationenfragen konfrontiert:

33 Das Corona-Virus schadet nach bisherigem Wissens- und Forschungsstand in seinen kurzfristigen
34 Folgen insbesondere älteren Menschen und Risikopatient*innen. Die Klimakrise wiederum bedroht die
35 Lebensgrundlage zukünftiger Generationen auf unserem Planeten. Beide Situationen haben
36 gemeinsam, dass sie immer bedrohlicher werden und dramatische Konsequenzen nach sich ziehen
37 werden, wenn nicht verantwortungsvoll und nachhaltig gehandelt wird. Um beide Probleme zu lösen,
38 braucht es eine grundlegende Veränderung des bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftssystems.

39 In beiden Fällen ist ein solidarischeres Verhalten gefragt, denn nur so lässt sich das Risiko senken.
40 Grundlegend unterscheidet sich diese beiden Krisen darin, wie mit ihnen umgegangen wird. Bei der
41 Corona-Pandemie vertraut niemand darauf, dass „der Markt“ schon alles allein lösen wird, im Gegensatz
42 dazu gilt dies jedoch bei der Klimakrise häufig als Hoffnungsargument.

43 **Trends zu mehr Nachhaltigkeit durch Corona?**

44 Die Corona-Pandemie macht die Globalisierung und weltweite Abhängigkeiten sichtbarer und somit eine
45 internationale Perspektive unverzichtbar. Wie auch die Klimakrise, als globales Phänomen nur durch
46 internationale Kooperationen bewältigt werden kann.

47 In der Diskussion um die Bekämpfung der Menschheitskrisen spielt das Konzept der Planetary Health
48 eine immer wichtigere Rolle. Dieses beschreibt den Gesundheitszustand der menschlichen Zivilisation
49 und der sie umgebenden Umwelt, von der sie abhängt. Demnach hängt die Gesundheit des Menschen
50 von gut funktionierenden Ökosystemen ab, sowie von den menschlichen Aktivitäten, diese Ökosysteme
51 in einem guten Zustand zu erhalten. Die Schädigung von Luft, Wasser und Böden haben in Kombination
52 mit einem bedeutenden Verlust an Biodiversität substantziellen negativen Einfluss auf die Gesundheit.

53 Aufgrund der zur Eindämmung der Corona-Pandemie notwendigen Maßnahmen, wie die Reise- und
54 Kontaktbeschränkungen, wird die Digitalisierung beschleunigt. Dies geschieht sowohl im privaten
55 Raum, wie auch in Unternehmen. Laut einer jüngsten Studie des Ifo-Institutes im Auftrag des
56 Personaldienstleisters Randstad wollen knapp zwei Drittel der befragten Personalverantwortlichen
57 häufiger virtuelle Konferenzen ansetzen und rund 60 Prozent wollen Meetings im Büro und Dienstreisen
58 reduzieren. Diese auch langfristig bleibende Entwicklung, welche durch die Corona-Pandemie
59 angestoßen worden ist, wird sich auch positiv auf die Co²-Bilanz auswirken und somit auch
60 Klimatechnisch ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung sein.

61 Zudem beschwört das Corona-Jahr 2020 die Tragweite von Vorsorge. Vorsorgestrategien sind ein
62 politisches Bewährungsfeld, sie brauchen jedoch einen höheren politischen Stellenwert. Hier besteht
63 eine Parallele zu der Klimarisiko: Bis die Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 Europa erreichte, wurde die
64 Pandemie-Vorsorge ähnlich nachlässig behandelt wie es heute noch für die Nachhaltigkeits- und
65 Klimarisiken der Fall ist. Mehl, Hefe, Toilettenpapier- angesichts knapper Waren und Güter in
66 Supermärkten und Geschäften wird weiterhin deutlich, dass nachhaltiges Wirtschaften eine wesentlich
67 gesteigerte Bedeutsamkeit beigemessen werden muss. Die tiefen Corona-Einschnitte in die Wirtschaft
68 und das öffentliche Leben verändern die Haltung des zivilgesellschaftlichen Mainstreams zum
69 nachhaltigen Wirtschaften, und zwar nicht nur im Augenblick, sondern, so ist zu hoffen, auch
70 längerfristig.

71 Die Corona-Pandemie lehrt die Bedeutung von Werten, die bisher nicht im Vordergrund standen.
72 Zuerst gilt das für den systemrelevanten Wert der Arbeit von Menschen, die für andere da sind, aber
73 meist wenig Geld verdienen. Des Weiteren ist auch der Wert industrieller Vernetzung, von
74 gesundheitlicher Infrastruktur, von Forschung und von Politik auf wissenschaftlicher Evidenzbasis, zu
75 nennen. Darüber hinaus haben wir gesehen, dass Krisen erst genommen werden können und dass es
76 möglich ist komplexe Gemeinschaftsprojekte zu bewältigen. Das muss sich jetzt auch in den
77 Maßnahmen zur Bewältigung der Klimakrise zeigen.

78 **Nachhaltige Politik nicht aus den Augen verlieren!**

79 Trotz der drängenden zu bewältigenden Probleme der Coronavirus-Pandemie, darf eine nachhaltige
80 Politik nicht aus den Augen verloren werden. Die Klimakatastrophe ist ein grenzüberschreitendes,
81 globales Problem, der nur somit auch nur grenzüberschreitend und global gelöst werden kann. Für uns
82 Juso-Hochschulgruppen ist klar, dass wir uns für den Schutz des weltweiten Klimas und der Umwelt
83 sowie für die Verankerung einer nachhaltigen Perspektive in Lehre und Forschung einsetzen.

84 Ausgehend von den Hochschulen muss in der gesamten Gesellschaft ein Umdenkprozess stattfinden
85 und ein gesteigertes Bewusstsein für die Themen Ökologie und nachhaltige Mobilität entwickelt werden.
86 Wir stehen dafür ein, dass die ökologische Trendwende sozial gerecht gestaltet werden muss. Dabei
87 betrachten wir Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik aus vier Perspektiven: Feministisch, Sozialistisch,
88 Internationalistisch, Antifaschistisch.

Antragsbereich V: Verfasste Studierendenschaft & Demokratische Hochschule

Antrag V1_20

1 **Antragssteller*in:** Juso-HSG Passau

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **V1_20 Solidarisch mit bayrischen** 4 **Studierendenvertretungen!**

5 Bayrische Hochschulen haben seit den 1970ern keine Verfasste Studierendenschaft mehr und müssen
6 seit 2012 als letztes Bundesland auf die Einführung ebendieser warten. In der Zwischenzeit muss die
7 Situation mit Pseudobeteiligung der Studierenden ertragen werden, an einigen Hochschulen sogar
8 gänzlich ohne politische Hochschulgruppen. Tatsächliche Gegenmodelle, beispielsweise in Form
9 alternativer Methoden sind selten.

10 1973 strich Hans Maier, damaliger Kultusminister, die Verfasste Studierendenschaft aus dem
11 bayrischen Hochschulgesetz mit den Worten „den linken Sumpf an den Universitäten trocken zu legen“.
12 Seitdem ist der studentische Raum in Bayern massiv eingeschränkt und es hat sich nichts verändert.
13 Besonders erschreckend zu sehen ist, dass studentische Gruppen wie der RCDS die Beschränkungen
14 des studentischen Raumes nicht einfach hinnehmen, sondern auch noch mittragen und somit aktiv an
15 der Bewahrung der bestehenden Verhältnisse arbeiten.

16 Eine Verfasste Studierendenschaft, wie sie zuletzt in Baden-Württemberg wieder eingeführt wurde, ist
17 eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, welche durch diese Eigenschaft Satzungsautonomie,
18 Finanzhoheit und Rechtspersönlichkeit gibt. Von unabhängigen BAföG-Beratungen, Möglichkeiten der
19 tatsächlichen Rechtsdurchsuchungen bis hin zu Klassikern wie Fahrradwerkstätten und Studikneipen
20 bietet dies eben zahlreiche Möglichkeiten, wie das studentische Leben freier, sicherer und mit mehr
21 Beteiligung erfüllt werden könnte. Ebendiese Autonomie wurde jedoch abgeschafft, seither nicht
22 wiederhergestellt bzw. es wurde versucht Abhilfe zu finden.

23 **Alternative Modelle der Verfassten Studierendenschaft**

24 Um dennoch eine starke Studierendenvertretung in Bayern zu etablieren, gibt es neben der Verfassten
25 Studierendenschaft alternative Möglichkeiten. Die bayrischen ASten können beispielsweise
26 eingetragene Vereine gründen, wie es in Bamberg bereits der Fall ist, und erlangen darüber eine
27 Finanzhoheit und Teile ihrer Autonomie wieder.

28 Ferner bestehen durch die Experimentierklausel des Bayrischen Hochschulgesetzes zahlreiche
29 Möglichkeiten, wie die Hochschulen selbst ein größeres Maß an studentischer Beteiligung einführen
30 können, beispielsweise durch eine interne Körperschaft mit festgeschriebenen und durchsetzbaren
31 Rechten gegenüber der Hochschule.

32 Alternative Modelle zu der Verfassten Studierendenschaft sind eine Übergangsmöglichkeit, bis
33 irgendwann auch Bayern wieder eine Verfasste Studierendenschaft hat. Solange dies noch nicht
34 geschehen ist, liegt es an den Alternativen eine bestmögliche studentische Partizipation zu
35 ermöglichen.

36 Der Irrglaube eine Hochschule könne „politisch neutral“ sein darf nicht weiterverbreitet werden.
37 Stattdessen muss der politische Diskurs an Hochschulen erhalten bleiben, als gesellschaftliche
38 Verantwortung einer jeden Hochschule. Weiterhin darf der Aspekt einer starken Studierendenvertretung
39 für die Universität nicht unterschätzt werden. Ein starker AStA ist essenziell für die Studierenden, aber
40 auch die Hochschulpolitik. Für die Hochschulleitung bedeutet eine starke Studierendenvertretung, dass
41 eine gute Beziehung zwischen Studierenden und Dozierenden erhalten werden kann.

42 **Forderung**

43 Damit solche Projekte etabliert werden können und die bayrischen Studierendenvertretungen Teile ihrer
44 Autonomie zurückerlangen brauchen wir viel Unterstützung!

45 Daher möge das Juso-Bundeskoordinierungstreffen beschließen, dass:

- 46 • alternative Modelle zur Verfassten Studierendenschaft finanziell und materiell unterstützen
47 werden, sofern sie nicht den Grundsätzen der Juso-Hochschulgruppen widersprechen.

Antragsbereich V: Verfasste Studierendenschaft & Demokratische Hochschule

Antrag V2_20

1 **Antragssteller*in:** Juso-Hochschulgruppen Sachsen

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **V2_20 Digitale Demokratie an der Hochschule?**

4 Die verfasste Studierendenschaft ist und bleibt unbestritten der Grundpfeiler für die demokratische
5 Hochschule. Die gleichwertige Beteiligung von demokratisch legitimierten Studierenden ist der Garant
6 für die konsequente Fortentwicklung der Hochschule an sich und fördert die Demokratiebildung der
7 Gesellschaft.¹

8 Diese selbstverwaltete studentische Demokratie hat sich während der Corona-Pandemie bewiesen. An
9 den Hochschulen wurde unter massiver studentischer Beteiligung Maßnahmen erarbeitet und
10 umgesetzt, um Lehre und Kompetenzvermittlung unter fairen Bedingungen fortsetzen zu können. Nicht
11 zuletzt wurde eben diese demokratische Basis durch die Corona-Pandemie auf eine harte Probe gestellt.
12 Denn sie lebt von basisdemokratischer Beteiligung vor Ort, von der zwischenmenschlichen Begegnung
13 und dem Leben auf dem Campus. All das ist in Zeiten von Kann Semestern ohne Präsenzlehre auf ein
14 Minimum heruntergefahren und ist gerade für Hochschul-neulinge viel schwierige zu durchblicken und
15 zu verstehen.

16 Doch als Juso-Hochschulgruppen lassen wir uns davon nicht entmutigen, sondern leben die de-
17 demokratische Hochschule digital. Als Juso-Hochschulgruppen setzen wir uns vor Ort ein, um auch
18 unter schwierigen Bedingungen Beteiligung zu ermöglichen. In Zeiten wurden Gremiensitzungen ins
19 Digitale verlagert und Entscheidungen ohne Präsenz getroffen. Was zunächst als Provisorium
20 eingerichtet wurde, muss jetzt auf ein stabiles Fundament gestellt werden. Dabei müssen die
21 demokratischen Grundsätze gewahrt bleiben und es muss anerkannt werden, dass nicht jeder
22 demokratische Prozess digitalisiert werden kann.

23 **Hochschulwahlen**

24 Als verfasste studentische Selbstverwaltung verstehen wir uns nicht als Kegelverein oder als Vorstufe
25 zur echten Politik. Wir nehmen die Interessen aller Studierenden ernst, das heißt wir kämpfen für eine
26 hohe Wahlbeteiligung und die allgemeinpolitische Interessenvertretung. Entsprechend müssen die
27 höchsten demokratischen Ansprüche gelebt und umgesetzt werden.

28 Die Basis für studentische Demokratie sind die jährlich wiederkehrenden Hochschulwahlen. Einmal im
29 Jahr werden alle Studierenden an die Urne gerufen, um ihre Interessenvertretung zu wählen. Ein handelt
30 sich hier um einen Prozess, welcher letztlich auf den Wahlgrundsätzen unseres Grundgesetzes fußt und
31 nicht mit einer digitalen Umsetzung vereinbar ist. Neben den offensichtlichen Problemen bei der
32 Geheimhaltung und der Unmittelbarkeit der Wahl im digitalen Raum ist insbesondere die Öffentlichkeit,
33 die Transparenz sowie der Schutz vor Manipulation nicht ausreichend abgesichert. Wir interpretieren

¹ Der Antrag versteht sich in Ergänzung zum Antrag „V1_18/2 Unsere Hochschulen sind politisch und müssen es bleiben!“.

34 das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Verbot von elektronischen Wahlgeräten so, dass es
35 auch auf Hochschulwahlen angewendet werden muss.

36 Die klassische Urnenwahl auf Papier ist unschlagbar in den Punkten Transparenz, Nachvollziehbarkeit
37 und Manipulationssicherheit. Im Gegensatz dazu muss jede*r Wähler*in bei einer digitalen Wahl auf
38 eine „Black Box“ aus Transistoren und Leitungen vertrauen ohne die Möglichkeit zur Beobachtung des
39 Wahlvorgangs. Eine einzelne Person kann unentdeckt die gesamte Wahl manipulieren. Allein die
40 Möglichkeit beschädigt das Vertrauen in die Demokratie massiv.

41 Auch in Pandemiezeiten muss eine analoge Variante gefunden werden, um das Vertrauen in die
42 studentische Demokratie zu erhalten und keine Gewohnheitseffekte für andere Wahlen auf Lan-
43 oder Bundesebene zu generieren.

44 In der Konsequenz bleiben vor allem zwei Varianten:

- 45 • Die Amtszeiten im hochschulpolitischen Maßstab sind im Vergleich ziemlich kurz, so dass
46 kleinere pandemiebedingte Anpassungen der Legislaturlängen nicht zu Machtkonzentration
47 und -missbrauch führen. Entsprechend sind in Pandemiezeiten die Länge der Legislaturen
48 flexibel gemäß dem Infektionsgeschehen zu handhaben. In Zeiten niedriger Infektionszahlen
49 können Wahlen mit entsprechenden Hygienekonzepten in klassischer Form umgesetzt werden.
- 50 • Die Durchführung einer kompletten Briefwahl zum jeweiligen Wahlzeitpunkt ist teuer, aber
51 genügt den demokratischen Ansprüchen.

52 Neben der Einhaltung der demokratischen Grundsätze spricht insbesondere die Erhaltung des
53 Happening-Charakters der Hochschulwahl eine außerordentlich wichtige Rolle. Der hochschulpolitische
54 Wahlkampf an der Uni, das gemeinsame Wählen mit Kommiliton*innen an der Urne und das Gespräch
55 mit den Wahlhelfer*innen vor und nach dem Gang zur Wahlkabine gehören genau-so zur studentischen
56 Demokratie hinzu, wie die Stimmabgabe selbst. Die studentische Demokratie darf nicht zum Multiple-
57 Choice-Test am Rechner zu Hause degradiert werden. Die Erfahrung von Hochschulen, die testweise
58 digitale Verfahren bei den Wahlen eingesetzt haben, zeigt, dass die Beteiligung entweder direkt oder
59 nach kurzem Zeitraum teils drastisch absackte.

60 Die demokratischen Grundsätze, die für Hochschulwahlen als geheime Personenwahlen gelten, müssen
61 auch auf andere geheime Abstimmungen und Wahlgänge gelten und angewandt werden. Demokratie
62 kostet Zeit und Geld. Demokratie verlangsamt Entscheidungsprozesse. Lasst uns in der
63 effizienzgetrimmten Gesellschaft die Demokratie hoch halten und nicht mittelfristig durch
64 Sparbemühungen wegoptimieren.

65 **Digitale Demokratie in Gremien**

66 Im krassen Gegensatz zu geheimen Wahlen stehen klassische Gremiensitzungen, die offen über
67 Sachverhalte diskutieren und abstimmen. Durch den Sturz ins kalte Wasser zu Beginn der
68 Einschränkungen des öffentlichen Lebens im Rahmen der Corona-Pandemie haben Gremien in
69 unterschiedlichsten Zusammensetzungen und Größen gute Alternativen gefunden, um weiterhin
70 demokratische Entscheidungen an Hochschulen zu ermöglichen. Von diesen Erfahrungen können wir
71 profitieren und künftig für mehr Beteiligung sorgen.

72 Als Juso-Hochschulgruppen setzen wir uns für digitale Lösungen ein, die den Zugang für alle
73 Interessierten sichern, ihr Rede- und Antragsrecht umfassen berücksichtigen und auf OpenSource
74 Software basieren. In Zusammenarbeit und in Unterstützung durch die Rechenzentren vor Ort müssen
75 die studentischen Gremien Zugang zu digitalen Werkzeugen haben, die auf OpenSource Software
76 basieren und die digitale Beteiligung an demokratischen Prozessen vollumfänglich ermöglichen. Dabei

77 ist klar, dass nur verschlüsselte Kommunikation eingesetzt werden darf, sichergestellt wird kann, dass
78 nur berechnigte Personen abstimmen und das eigene Abstimmungsverhalten durch die
79 Veröffentlichung des gesamten Abstimmungsergebnisses verbunden mit dem Klarnamen sichtbar und
80 nachvollziehbar gemacht wird.

81 In Zukunft soll es bei Präsenzsitzung zusätzlich möglich sein, digital teilzunehmen, so dass auch hybride
82 Gremiensitzungen ermöglicht werden. Dies ermöglicht es Studierenden im Praktikum, Urlaubssemester
83 oder mit eigenen Kindern stärker am demokratischen Prozess zu partizipieren ohne spät abends noch
84 in der Hochschule zu sein.

85 Sollte es im Rahmen von klassischen Gremiensitzungen zu geheimen Abstimmungen kommen, muss
86 ein entsprechendes schriftliches Verfahren auf der Basis von Briefwahl zur Anwendung kommen.

87 **Als Juso-Hochschulgruppen fordern wir:**

88 • Die Verhinderung der Durchführung digitaler Wahlen, da sie den demokratischen Ansprüchen
89 nicht genügen.

90 • In Zeiten, in denen Präsenztreffen nicht möglich sind müssen nicht digitale Alternativen für
91 Wahlen in Betracht gezogen werden.

92 • Die Schaffung von digitalen Werkzeugen durch die Hochschulen, die Gremiensitzungen mit
93 offenen Abstimmungen ohne Präsenztreffen. Im Weiteren sollen damit auch hybride Sitzungen
94 möglich gemacht werden.

95 • Als Juso-Hochschulgruppen verpflichten wir uns alle Grundsätze in unseren eigenen Gremien
96 und Strukturen entsprechend umzusetzen.

Antragsbereich W: Kritische Wissenschaft & Forschungspolitik

Antrag W1_20

1 **Antragssteller*in:** AK Verantwortung der Wissenschaft in der Digitalisierung über den Bundesvorstand
2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **W1_20 Die Verantwortung der Wissenschaft in der** 4 **Digitalisierung**

5 Die kulturelle und technologische Entwicklung der Menschheit ist rasant. Die Welt ist längst globalisiert
6 und die Industrialisierung in der vierten Runde. Mit unseren Technologien produzieren wir ein Meer
7 digitaler Informationen, in dessen Untiefen große Potenziale schlummern, aber auch manches
8 Ungeheuer. Dies ist das Umfeld, in dem sich die moderne Wissenschaft behaupten muss. Gelingt es ihr
9 nicht, mit dem Wandel Schritt zu halten, dann ist das Gesellschaftsmodell bedroht, für das wir als
10 Jungsozialist*innen eintreten. Darum entwickeln wir Ideen, die helfen, die Zukunft zu gestalten.

11 Das Feld der Wissenschaft selbst sowie die Fragen, inwiefern es sich durch die Digitalisierung verändert
12 und welche gesellschaftliche Verantwortung daraus erwächst, sind komplex und vielschichtig. Allein im
13 Bereich der Wissenschaftskommunikation gilt es viele Facetten zu beachten. Das Spannungsfeld, in
14 dem Gesellschaft und Wissenschaft einander beeinflussen (sei es z.B. durch Beteiligungsformate, in
15 denen Bürger*innen am wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn mitwirken, oder durch Soziale Medien, in
16 denen die Forschenden ihre Ergebnisse der Öffentlichkeit präsentieren), ist nicht einfach aufzulösen.
17 Auf der einen Seite steht dabei, insbesondere im Zeitalter von Fake-News, der konkrete, durch die
18 Digitalisierung bestimmte Wandel innerhalb der Wissenschaftskommunikation. Auf der anderen Seite
19 stellt sich die Frage, wie Wissenschaft der breiten Gesellschaft zugänglich gemacht werden kann, auch
20 um elitäre Strukturen innerhalb der Wissenschaftswelt zu durchbrechen.

21 Gleichzeitig müssen wir die Frage beantworten, welche (insbesondere ethische) Verantwortung
22 Wissenschaftler*innen übernehmen müssen, wenn es um die Entwicklung und den Einsatz von
23 “Künstlicher Intelligenz”, “Machine Learning” und co geht.
24 Selbstverständlich gilt es darüber hinaus noch viel mehr Themen zu diskutieren und weitere Bereiche
25 der Wissenschaft im Verhältnis zur Digitalisierung stärker zu beleuchten. Der vorliegende Antrag kann
26 nicht mehr als der Anfang einer spannenden und wichtigen Debatte sein, die es in den kommenden
27 Jahren zu führen gilt.

28 **Der Weg des Wissens in die digitale Gesellschaft**

29 Wir sind davon überzeugt, dass wissenschaftliche Erkenntnisse und Fähigkeiten für eine offene,
30 solidarische und demokratische Gesellschaft essentiell sind. Ohne adäquate Faktenbasis gibt es keine
31 vernünftigen Entscheidungen, ob privat oder politisch. Ohne adäquate Informationskompetenz fehlen
32 die Mittel zur Unterscheidung von Wahrheit und Lüge, Opfer und Täter, Freund und Feind. Wir brauchen
33 dieses Wissen mehr denn je, und zwar in der Breite.

34 **Externe Wissenschaftskommunikation statt Journalismus?**

35 Wer nun nach der Wissenschaftskommunikation im digitalen Zeitalter fragt, stolpert einmal mehr über
36 Google, Facebook und Co. Denn immer weniger Menschen informieren sich auf klassischem Wege über

37 den Stand der Forschung. Die einschlägigen Fachredaktionen werden seit Jahren zusammengestrichen
38 und die Daten-Ethikkommission des Bundes schlägt alarmierende Töne an. Sie führt den
39 wirtschaftlichen Niedergang des Journalismus auf die Verbreitung des Internets zurück und merkt dabei
40 an, dass die “elektronische Öffentlichkeit” nicht die gleiche Funktion – als vierte Gewalt – einnimmt, wie
41 das ein guter Journalismus vermag. Auch besteht die Gefahr, dass durch Wenige zentrale
42 Medienintermediäre (wie Facebook)¹, die als Torwächter fungieren, gefährlicher Einfluss auf
43 demokratische Meinungsbildung entstehen kann.

44 Kurzum: Die Digitalisierung führt zum Niedergang des Journalismus im allgemeinen und damit auch
45 dem Wissenschaftsjournalismus im speziellen. Dies übt damit einen verheerenden Einfluss auf die
46 Funktionsweise der externen Wissenschaftskommunikation aus. Den neuen Intermediären kommt eine
47 gewaltige gesellschaftliche Verantwortung zu, der sie von sich aus kaum gerecht werden. Neben
48 Manipulationen durch Propaganda und Lügen droht auch die Zersplitterung der Öffentlichkeit in
49 voneinander losgelöste, auf “alternativen Fakten” basierende Diskurse. Zwar zeigen öffentlicher Druck
50 und staatliche Regulierungen erste Effekte (beispielsweise jüngst Twitter bestimmte
51 Falschbehauptungen des US-Präsidenten), doch erstens ist das Löschen von Inhalten durch Konzerne
52 wie Twitter keineswegs unumstritten und zweitens wird die Repräsentationslücke, die durch das
53 Wegbrechen des professionellen Wissenschaftsjournalismus entsteht, damit nicht geschlossen. Kann
54 womöglich die Wissenschaft selbst in die Bresche springen und für eine angemessene Kommunikation
55 der Forschungsergebnisse nach außen sorgen?

56 Das BMBF jedenfalls setzt sich dafür ein, “[...] dass Wissenschaftskommunikation **grundständig** im
57 Wissenschaftssystem verankert wird.” Es sei “[...] notwendig, dass sich Wissenschaftlerinnen und
58 Wissenschaftler in den öffentlichen Diskurs einbringen, über ihre Forschungsarbeit
59 allgemeinverständlich kommunizieren und Zusammenhänge einordnen.” Wir schließen uns dem an und
60 begrüßen ausdrücklich Maßnahmen, die dazu geeignet sind, diese Vorstellung einer
61 Wissenschaftskommunikation sicherzustellen. Sie erzeugen bei adäquater Umsetzung **Transparenz**
62 und stärken hierdurch die Glaubwürdigkeit der Wissenschaft. Dies ist auch dringend nötig, angesichts
63 der vielfältigen Bedrohungen, denen sie (auch unabhängig von der Digitalisierung) ausgesetzt ist:
64 Wissenschaftliche Reputations- und Finanzierungslogiken begünstigen die Veröffentlichung positiver
65 Ergebnisse und führen zu massiven Verzerrungen im Erkenntnisprozess (“publication bias”). Das
66 monopolistisch strukturierte Verlagswesen profitiert unverhältnismäßig stark von – und erschwert
67 gleichzeitig den Zugang zu – öffentlich finanzierter Forschung. Trittbrettfahrer und Betrüger geben sich
68 als seriöse Fachzeitschriften aus (“predatory journals”). Wir meinen daher, dass die Maßnahmen des
69 BMBF in der Sache nicht weit genug gehen, und fordern über sie hinaus:

- 70 • Lehrveranstaltungen zur Wissenschaftskommunikation sollen in Master-Studiengängen zum
71 Standard werden! Hierzu ist ein Fördertopf einzurichten, aus dem Gelder an Hochschulen
72 fließen, die Wissenschaftskommunikation systematisch in ihre Curricula einbinden.

73 **Moderne Medienpolitik**

74 Man darf jedoch nicht verkennen, dass der Wissenschaftsjournalismus letztlich **nicht** zu ersetzen ist.
75 Und zwar schlicht deshalb, weil er weitgehend wirtschaftlich unabhängig ist von der Institution, über die
76 er berichten soll. Es gibt Aspekte der kritischen Auseinandersetzung mit Forschung, die eine
77 transparente Wissenschaft selbst nicht abbilden kann. Daher muss eine wissenschaftspolitische

¹ Als Intermediäre werden [...] Dienste verstanden, die durch Aggregation, Selektion und Präsentation Aufmerksamkeit für Inhalte erzeugen – seien es eigene oder von anderen erstellte. Das betrifft auch Inhalte, die die Meinungsbildung der Gesellschaft und unsere öffentliche Kommunikation beeinflussen können. (Definition der 14 Landesmedienanstalten)

78 Strategie zur digitalen Wissenschaftskommunikation durch medienpolitische Maßnahmen flankiert
79 werden. Eine medienrechtliche Regulation der Intermediäre erscheint opportun, ruft jedoch komplexe
80 Probleme auf den Plan, die an anderer Stelle diskutiert werden müssen. Was wir stattdessen fordern,
81 sind positive Maßnahmen zur Stärkung des Wissenschaftsjournalismus, die sich an Empfehlungen der
82 deutschen Wissenschaftsakademien orientieren. Das gilt einerseits für den öffentlich-rechtlichen
83 Sektor, der weiterhin für die Grundversorgung der Gesellschaft mit Informationen und Wissen
84 unverzichtbar bleibt. Dabei müssen wir ihn in die Lage versetzen, eben auch
85 wissenschaftsjournalistische Angebote digital anzubieten, und sie generell auszubauen. Daher muss
86 der Informations- und Bildungsauftrag gegenüber dem Unterhaltungsauftrag gestärkt werden.

87 Es existieren bereits diverse Angebote, die für den Erfolg einer solchen Strategie sprechen. Besonders
88 beachtenswert sind aus unserer Sicht Angebote wie der Youtube-Kanal “mailLab”, der sich als Teil des
89 „Funk“-Netzwerks seit einigen Jahren um den digitalen Wissenschaftsjournalismus verdient macht. Wir
90 sollten uns klarmachen, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk zwar verbesserungswürdig ist, es sich
91 dabei jedoch um ein echtes Bollwerk im postfaktischen Zeitalter handelt. Nicht umsonst wird er von
92 Rechten und Verschwörungstheoretiker*innen vehement attackiert und – zumeist frei von Sachkenntnis
93 – als “Staatsfunk” diffamiert.

94 Im privaten Sektor wiederum wäre denkbar, den “Wissenschaftsjournalismus nach dem Modell der
95 Forschungsförderung” zu unterstützen. Die deutschen Wissenschaftsakademien, von denen dieser
96 Vorschlag stammt, betonen völlig zurecht, dass hierbei die wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Staate
97 unbedingt zu wahren ist. Daher sollte die Förderung durch Stiftungen erfolgen, oder aber nach öffentlich-
98 rechtlichem Vorbild.

99 Im Sinne einer zeitgemäßen, nämlich auf die Stärkung des Wissenschaftsjournalismus ausgerichteten,
100 Medienpolitik fordern wir daher:

- 101 • Anpassung des Rundfunkstaatsvertrags bzw. Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
102 a) zur Förderung digitaler und crossmedialer Angebote sowie
103 b) zur Stärkung des Informations- und Bildungsauftrags gegenüber dem Unterhaltungsauftrag.
- 104 • Staatliche Förderrichtlinien und Stipendienprogramme zur Förderung von Journalismus “[...]”
105 auf Basis von Gutachter-/Jury-Entscheidungen unter maßgeblicher Beteiligung von
106 Journalist*innen und ihrer Verbände [...]” Die Finanzierung ist dabei nach öffentlich-
107 rechtlichem Vorbild zu gestalten. Außerdem müssen Anreize für private Stiftungen geschaffen
108 werden, die zur Installation vergleichbarer Förderprogramme führen.

109 **Wie die Digitalisierung die Wissenschaft verändert**

110 Digitalisierung ist im Jahr 2020 wahrscheinlich eines der am meisten verwendeten Wörtern an
111 deutschen Hochschulen. Wir haben im Sommersemester diesen Jahres eine Aufholjagd erlebt, die von
112 der Notwendigkeit getrieben wurde. Auch wenn wir ohne die Coronakrise eventuell noch Jahre auf einen
113 wirklichen Schub der digitalen Lehre hätten warten müssen, so war diese ad hoc-Digitalisierung davon
114 geprägt, dass gehandelt wurde, ohne sich über Probleme und Auswirkungen der neuen Formate,
115 Methoden und Voraussetzungen Gedanken zu machen.

116 Aber nicht nur die Lehre wird digitaler. Die Wissenschaft ist schon längst im 21. Jahrhundert
117 angekommen. Hier werden “intelligente” Algorithmen genutzt, um große Datenmengen auszuwerten.
118 Hier werden Systeme entwickelt, die gesellschaftliche Entscheidungen vorbereiten, oder gar treffen
119 sollen. Und es wird dazu geforscht, wie Algorithmen unser Leben schon jetzt verändern. Damit diese
120 Entwicklung gewinnbringend für die Gesellschaft ist und wir mögliche Gefahren für unser

121 Zusammenleben frühzeitig erkennen und verhindern können, müssen wir Regeln festlegen, die das
122 Zusammenspiel von digitalen Neuerungen und Gesellschaft gestalten.

123 **Die Erkenntnis in der Black Box**

124 “Künstliche Intelligenz”, “Machine Learning” und Algorithmen sind Schlagwörter, die in den letzten Jahre
125 immer häufiger in Curricula, Förderanträgen und Studiengangsbeschreibungen auftauchen. Dabei
126 werden diese Dinge häufig als Zukunftstechnologie und das “nächste richtig große Ding” beschrieben.

127 Gleichzeitig haben wir im letzten Jahr gesehen, wie wichtig ein Verständnis davon für die Art und Weise
128 ist, wie in der Wissenschaft diskutiert wird. Wissenschaft, die sich ihrer gesellschaftlichen Rolle im
129 Kontext der Gesellschaft bewusst ist, muss auf einen möglichst transparenten und intersubjektiven
130 Diskurs über wissenschaftliche Erkenntnis abzielen. Gerade dies kann jedoch durch die oben genannten
131 Methoden (besonders bei Big Data) zu kurz kommen.

132 Algorithmen, die bspw. mit einem Datensatz aus Tierbildern trainieren, Katzen zu erkennen, sind dazu
133 heute schon mit großer Sicherheit in der Lage. Welche Kriterien der Algorithmus jedoch tatsächlich
134 nutzt, um ein Katzen- von einem Hundebild zu unterscheiden, lässt sich am Ende nicht mehr sagen. Der
135 Algorithmus wird zur erkenntnistheoretischen Black Box. Dieses Problems muss sich die Wissenschaft
136 und auch die Wissenschaftspolitik bewusst sein. Auch weil Algorithmen nicht frei sind von Fehlern und
137 Biases (*Neigung oder in diesem Fall auch Vorprägung*).

138 Um diesem Problem vorzubeugen, fordern wir:

- 139 • die verstärkte Implementierung von Grundlagen des wissenschaftlichen Arbeitens in den
140 Curricula aller Studiengänge schon im Bachelor, mit besonderem Augenmerk auf den
141 gesellschaftlichen Kontext und einen guten wissenschaftlichen Diskurs.
- 142 • In den Förderprogrammen des Bundes festgelegte Standards, die dem Black Box-Problem
143 vorbeugen.

144 **Die digitale Reproduktion der Machtverhältnisse**

145 Im oben genutzten Beispiel wurde ein Algorithmus darauf trainiert, Katzenbilder von anderen Tierbildern
146 zu unterscheiden. Dieses Training benötigt einen Datensatz, mit dem der Algorithmus trainieren kann.
147 Die Datensätze können bei anderen Anwendungen jedoch schnell zum Problem werden.

148 Datensätze, mit denen Algorithmen lernen sollen, bestehen meist aus Entscheidungen, die Menschen in
149 der Vergangenheit getroffen haben, bspw. wenn das Vorsortieren in einer Personalabteilung
150 automatisiert werden soll: Wenn die Entscheidungen bspw. durch rassistische oder sexistische
151 Vorurteile geprägt sind, wird der Algorithmus diese ebenfalls lernen und in seinen Entscheidungen
152 reproduzieren. Das birgt die Gefahr, dass die gesellschaftlichen Machtverhältnisse durch automatisierte
153 Entscheidungshilfen und Entscheider zementiert und nicht mehr kritisch begleitet werden können.
154 Algorithmen sind nicht wertfrei. Das Anwender*innen von Algorithmen diese immer kritisch
155 hinterfragen, und ein solches Vorgehen zum Standrats.

156 Um diesen Problemen vorzubeugen, fordern wir:

- 157 • Die interdisziplinäre Begleitung der Forschung und Entwicklung zu automatisierten
158 Entscheidungssystemen, um mögliche Biases schon im Vorfeld zu erkennen und in der
159 Entwicklung zu berücksichtigen.

160 **Asymmetrie zwischen Wissenschaft und Wirtschaft**

161 Unser aller Leben spielt sich nicht mehr nur im heimischen Wohnzimmer, in Cafés, oder der Bibliothek
162 ab, sondern vermehrt in sozialen Netzwerken und auf Plattformen. Diese Plattformen und Netzwerke
163 werden von Algorithmen gesteuert, die entscheiden, was wir wie wann sehen.

164 Gesellschaftstheorien, die erklären wollen, wie Gesellschaft funktioniert, wie sie sich verändert und wie
165 unser Miteinander auf äußere wie innere Faktoren reagiert, gibt es genügend. An ihnen wird theoretisch
166 und empirisch weiter geforscht. Dabei sind die Forschenden häufig auf Daten angewiesen, die durch
167 Umfragen, Ämter oder andere Analysen erhoben wurden. In der digitalen Welt wird das Miteinander
168 jedoch maßgeblich durch Algorithmen gestaltet, die als Firmengeheimnisse unter Verschluss stehen
169 und damit der Öffentlichkeit nicht zugänglich sind.

170 Wollen wir verstehen, welchen Einfluss die Algorithmen, die digitalen Plattformen zugrunde liegen auf
171 unser Leben haben, müssen wir wissen, wie sie funktionieren. Dazu ist ein Studium der Funktionsweise
172 der Algorithmen von Nöten. Wissenschaftler*innen brauchen daher Zugriff auf die Algorithmen, sowie
173 die Daten, mit denen diese arbeiten. Nur so können sie dann im Sinne der externen
174 Wissenschaftskommunikation die Nutzer*innen dazu befähigt, ihr Recht auf digitale Selbstbestimmung
175 angemessen wahrzunehmen. Wie die letzten Jahre gezeigt haben, wohnt diesen Plattformen ein
176 enormes Potenzial inne, Schaden anzurichten. Seien es rechtsextreme Tendenzen, die sich ungehindert
177 verbreiten, oder die gezielte Manipulation über Plattformen wie Facebook, während der US Wahlen 2016
178 oder die Entscheidung über einen Brexit. Die Forschung zu diesen Netzwerken kann die Bürger*innen
179 besser informieren und sie in die Lage versetzen mündige Entscheidungen zu treffen.

180 Um diesem Problem vorzubeugen, fordern wir:

- 181 • Ein Transparent-Machen und den rechtlich durchsetzbaren Zugang der Wissenschaft zu den
182 Algorithmen, Systemen und Daten, mit denen die Anbieter sozialer Netzwerke oder Plattformen
183 diese gestalten.

184 **Multilateralismus und internationale Standards**

185 Gerade die Digitalisierung ist keine Entwicklung, für die nationale Standards ausreichen würden, um
186 Missbräuche zu verhindern. Schon heute entscheiden automatisierte Systeme, wie bspw. die des
187 Finanzdienstleisters Black Rock nicht nur über Prozesse in einzelnen Nationalstaaten, sondern üben
188 Einfluss auf Prozesse über nationale und kontinentale Grenzen hinweg aus. Standards, die bspw. die
189 oben genannten Probleme betreffen und in der Entwicklung und Anwendung solcher Systeme Grenzen
190 ziehen, müssen daher auf einer internationalen Ebene beschlossen und kontrolliert werden.

191 Um hier einen Anfang zu machen, müssen die Bemühungen der Europäischen Union, einen Katalog von
192 ethischen Standards für die Entwicklung von KI-Systemen und anderen automatisierten Entscheidern
193 zu beschließen, verstärkt werden. Aber auch die EU kann nicht alleine für einen verantwortungsvollen
194 Umgang mit solchen Systemen sorgen. Auf der anderen Seite des Atlantiks (aber eben auch hier in
195 Europa) wird die Finanzwelt an vielen Stellen schon von solchen Systemen gestaltet, häufig ohne dass
196 die Behörden und die Gesellschaft wissen, wie genau diese Systeme arbeiten. In China versucht die
197 Kommunistische Partei in China dank Algorithmen ihr Herrschaftssystem zu automatisieren und stattet
198 – in bester Black Mirror-Manier – ihre Bürger*innen mit einem Sozial Creditsystem aus.

199 Da wir aber generell in einer verantwortungsvollen und an demokratische Werte und Kontrolle
200 rückgekoppelten Forschung in diesem Bereich ein großes Potential sehen, die Zukunft zu gestalten und
201 auch Gefahren zu antizipieren, setzen wir uns dafür ein, sie von demokratischen Staaten unter strenger
202 öffentlicher Kontrolle durchaus trotzdem zu führen.

203 Wir fordern daher:

- 204 • Eine internationale Ächtung autonomer Angriffssysteme sowie Massenvernichtungswaffen.
- 205 • Eine internationale Konvention zu ethischen Standards in der Forschung, Entwicklung und
206 Anwendung von KI und anderen automatisierten Entscheidungssystemen.
- 207 • Unter solchen Standards eine Intensivierung der Forschung an solchen Systemen, und der
208 Begleitforschung zur Entwicklung selbiger.

209 **Die Chance für eine wissenschaftliche Gesellschaft**

210 Die Digitalisierung bietet jedoch neben vielen möglichen Problemen auch eine große Chance. Schon
211 jetzt gibt es zahlreiche Beteiligungsformate für Nicht-Wissenschaftlicher*innen; sei es die Bereitstellung
212 von Prozessorleistung des heimischen PCs, oder der Hackathon der Bundesregierung. Allerdings lohnt
213 es sich an dieser Stelle die Beziehung zwischen Wissenschaft und Gesellschaft genauer zu betrachten.
214 Denn obwohl durch den Einfluss der Digitalisierung die Möglichkeiten für einen engeren Austausch
215 wachsen, gilt es noch viele Hindernisse zu überwinden. Genauso wie wissenschaftsinterne
216 Kommunikationsprobleme bestehen, wäre es aktuell auch mit der besten
217 Wissenschaftskommunikation nicht möglich, die gesamte Bevölkerung zu erreichen. Zu viele Hürden
218 hindern viele Menschen immer noch daran, sich an Wissenschaft zu beteiligen, sei es passiv durch die
219 Auseinandersetzung oder aktiv durch direkte Mitarbeit oder Kommunikation.

220 Während in diesem Antrag die Frage der Wissenschaftskommunikation schon ausführlich diskutiert
221 wurde, ist es wichtig, auf einen weiteren Punkt des bestehenden Spannungsfeldes aufmerksam zu
222 machen: Wissenschaft kämpft nicht nur mit rasant veränderter Mediennutzung und Monopolen im
223 Bereich der Publikationswelt, sondern steht auch vor der großen Frage, wie die Bevölkerung tatsächlich
224 Zugang zu wissenschaftlichen Ergebnissen erlangen kann.

225 Bisher ist der Zugang zu wissenschaftlichen Erkenntnissen aufgrund des Mangels von öffentlich
226 zugänglichen Wissenschaftsforen für den Großteil der Bevölkerung extrem schwierig bis überhaupt
227 nicht möglich. Dies hat zur Folge, dass viele wissenschaftliche Erkenntnisse nicht in der Gesellschaft
228 ankommen. Durch die Errungenschaften der Digitalisierung könnte zumindest der Zugang zu
229 wissenschaftlichen Erkenntnissen erleichtert werden. Jedoch ist es wichtig, darauf zu achten, dass
230 nicht nur unverständliche Datensätze zur Verfügung gestellt werden, sondern auch darauf geschaut
231 wird, dass wissenschaftliche Erkenntnisse für alle verständlich zugänglich sind.

232 Noch immer hängt der Zugang zu Wissenschaft außerdem zu stark von finanziellen und sozialen
233 Faktoren, sowie von Geschlecht und Herkunft ab. Sei es, wenn es um den Zugang zu Universitäten und
234 Hochschulen geht oder auch später, wenn die Frage einer wissenschaftlichen Karriere im Raum steht.
235 Aufgrund des Mangels an Zugangs- und Partizipationsmöglichkeiten am wissenschaftlichen
236 Erkenntnisprozess wird Wissenschaft innerhalb vieler Teile der Gesellschaft als etwas Elitäres
237 wahrgenommen. Denn auch wenn Formate wie bspw. der Hackathon der Bundesregierung theoretisch
238 die Möglichkeit zur Teilnahme für alle bieten, sieht die Praxis anders aus. Die Wahrscheinlichkeit, dass
239 Menschen, die u.a. aufgrund mangelnder Informationsmöglichkeiten ohne wissenschaftlichen Bezug
240 aufwachsen, sich dazu entscheiden, selbst in die Wissenschaft zu gehen, ist äußerst gering. Durch die
241 hieraus resultierende Reproduktion gewachsener, verkrusteter Strukturen und zu wenig Förderung
242 bleiben wissenschaftliche und akademische Kreise zu häufig unter sich.

243 Die Digitalisierung der Wissenschaft birgt das Potenzial, mit vergleichsweise geringem Kostenaufwand,
244 Wissenschaft in die Gesellschaft (zurück) zu bringen. Hierdurch könnten bestehende „elitäre“ Strukturen
245 innerhalb des Wissenschaftssektors endlich aufgebrochen werden. Allerdings ist die auch die
246 Digitalisierung kein Selbstläufer. Sie ist lediglich ein Instrument, welches nur in Kombination mit dem

247 Willen zur gesellschaftlichen Veränderung eine Melodie ergeben kann. Wir müssen die Digitalisierung
248 als Chance begreifen, doch gleichzeitig schnell handeln.

249 Denn wenn sich insbesondere im Bereich der Wissenschaft und der Wissenschaftskommunikation nicht
250 bald etwas verändert, werden die Folgen für unsere Gesellschaft noch stärker zu spüren sein. Ein noch
251 größeres Wissensgefälle, zwischen der akademischen Welt und der Öffentlichkeit ist mit wachsender
252 Chancenungleichheit, sowohl im Bereich der Bildung, als auch in allen anderen Lebensbereichen
253 verbunden. Das daraus resultierende fehlende Interesse für Wissenschaft und der wachsende
254 entstehende Unmut stellen (langfristig) eine Gefahr für die Demokratie und den Kampf für gleichwertige
255 Lebensverhältnisse dar.

256 Deshalb fordern wir:

- 257 • Freien Zugang zu wissenschaftlichen Erkenntnissen und Ergebnissen
- 258 • Die Einrichtung von kostenfrei zugänglichen öffentlichen Räumen, die den digitalen Zugang zu
259 Wissenschaft für alle ermöglichen, inklusive der Möglichkeit, vor Ort Unterstützung durch
260 Mitarbeiter*innen bei Recherchen oder Verständnisfragen zu erhalten

Antragsbereich WK: Wahlkampf

Antrag WK1_20

1 **Antragssteller*in:** Bundesvorstand

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **WK1_20 Mit Schwung in die Roten Zwanziger! Die** 4 **Juso-Hochschulgruppen** **im** 5 **Bundestagswahlkampf 2021**

6 Schon jetzt - knapp ein Jahr vor der Wahl - scheint alles klar zu sein: Die SPD ist in den Umfragen seit
7 Monaten auf einem ähnlichen Niveau, der Kanzlerkandidat wurde schon bestimmt, der Weg scheint
8 vorgezeichnet.

9 Aber gerade das letzte Jahr hat uns gezeigt, dass man wirklich gar nichts als gegeben ansehen sollte.
10 Mehrere Kommunal- und Landtagswahlen, die Nominierung der Spitzenkandidat*innen aller anderen
11 Parteien und vor allem die Irrungen und Wirrungen, die uns aufgrund der aktuellen pandemischen
12 Situation noch bevorstehen, haben wir noch vor uns und in trockenen Tüchern ist noch gar nichts.
13 Nichts, außer vielleicht der Tatsache, dass wir in diesen Wahlkampf mit einer anderen Prädisposition
14 gehen: Die Möglichkeit einer erneuten lähmenden Große Koalition scheint fast ausgeschlossen, die
15 unumstößliche Konstante der Bundespolitik - Angela Merkel - wird nicht mehr kandidierenden und die
16 SPD hat nicht nur in einem basisdemokratischen Verfahren ein neues Führungsduo gewählt, sondern
17 auch ihr Jugendverband und auch wir Juso-Hochschulgruppen haben in den letzten Jahren innerhalb
18 und außerhalb der Partei ein zuvor nicht dagewesenes Standing erreichen können.

19 Die Grundvoraussetzungen sind also gut – vielleicht besser als lange zuvor, und genau deshalb gilt es
20 jetzt, aus dem Gewohnheitstrott der faden Koalition und der mitgedachten Kompromisse auszubrechen
21 und den schwarzen Bremsklotz am Bein loszuwerden! Die Krise hat gezeigt, dass in der Partei, bei den
22 Jusos und in unserem Verband die Bereitschaft herrscht und die Ideen vorhanden sind, Dinge
23 grundsätzlich anzupacken - wenn man die SPD nur lässt und manchmal auch ein bisschen schubst. Wir
24 hatten alle einen Grund dafür, uns auf die eine oder andere Art mit der sozialdemokratischen und
25 sozialistischen Idee zu verbinden: die SPD legt die richtige Basis für einen Weg, um nicht nur die durch
26 die Krise ans Licht getretenen Risse behelfsmäßig zu kitteln, sondern um eine ganz neuen Vision zu
27 formen!

28 Unser Ziel für die kommenden Bundestagswahlen muss es sein, die Handbremse der SPD zu lösen und
29 stattdessen der Düsenantrieb zu sein!

30 Denn nur die SPD ist für uns die gesellschaftliche Bewegung, die nicht nur Brücken über die klaffenden
31 sozialen Gräben spannt, sondern diese wieder zu schließen vermag! Nur mit einer starken
32 Sozialdemokratie kann es gelingen, dass wir die Zukunft gestalten und sie nicht nur über uns
33 hereinbricht. Wir werden daher auch im nächsten Jahr zusammen mit den Jusos dafür kämpfen, im
34 nächsten Bundestag eine starke, vielfältige und progressive sozialdemokratische vertreten zu haben, an
35 deren Seite wir für gerechte Hochschul- und Wissenschaftspolitik streiten können!.

36 **Wider dem Stillstand in der Hochschulpolitik!**

37 Die aktuelle Krise hat nicht erst gesellschaftliche Risse hervorgebracht, die danach einfach wieder
38 verschwinden. Sie hat vielmehr klaffende Schluchten aufgezeigt, die durch die neoliberale Politikwende
39 in der Bundesrepublik seit den 70er Jahren aufgerissen wurden. Dies betrifft besonders auch den
40 Bereich der Hochschulen, der Bildung und der Wissenschaft.

41 **Konsequent kompetenzbefreit: Anja Karliczek**

42 Die fragile Finanzierungslage, mit der sich viele Studierende mehr schlecht als recht über Wasser halten,
43 brach im Laufe des diesjährigen Frühjahrs für viele komplett ein, als auf Grund des Lockdowns
44 Gastronomiebetriebe, Freizeiteinrichtungen und andere studentische Arbeitsplätze geschlossen
45 wurden. Nachdem wir Juso-Hochschulgruppen, als erste politische Akteurin überhaupt, schon kurz nach
46 dem Lockdown die Öffnung des BAföGs gefordert haben und auch die SPD-Bundestagsfraktion diese
47 Forderung mit unterstützte, dauerte es noch Monate, bis das Bundesbildungsministerium unter
48 Karliczek mit den KfW-Corona-Krediten und den monatlichen "Überbrückungshilfe"-Zahlungen eine
49 mehr als unzureichende "Lösung" fand. Nur durch den gemeinsamen Druck der Juso-
50 Hochschulgruppen und der SPD konnte es gelingen, dass Anja Karliczek mehr als nur überteuerte
51 Kredite für notleidende Studierende anbot.

52 Die Wurzel des Problems lag und liegt aber viel tiefer als nur in der aktuellen Krise. Im Jahr 2019 sanken
53 die Förderzahlen abermals auf unter 12% aller Studierenden und weniger als ein Fünftel der
54 Förderberechtigten bezogen tatsächlich BAföG. Nicht temporäre finanzielle Engpässe sind also das
55 Problem, sondern das systematische Armsparen einer ganzen Generation von Studierenden durch das
56 CDU-geführte Bildungsministerium! Wir brauchen sowohl für die aktuelle Situation als auch für die
57 Studienfinanzierung generell endlich richtige Lösungen. Dafür fordern wir:

- 58 • Eine kurzfristige Öffnung des BAföGs als Instrument im Falle eines erneuten (teilweisen)
59 Lockdowns und Entlassungen von Studierenden.
- 60 • Einen Schuldenschnitt für Studierende, die KfW-Kredite aufnehmen mussten.
- 61 • Die Einrichtung des BAföGs als Vollzuschuss, eltern- und altersunabhängig, unabhängig von
62 Studiendauer, Fach- oder Ortswechsel.
- 63 • Die Einführung einer BAföG-Digitalpauschale in Höhe von 500€ jedes Jahr für die Anschaffung
64 technischer Geräte und Software.
- 65 • Die Entbürokratisierung des BAföG-Antragsverfahrens.

66 **Hilfe zur digitalen Selbsthilfe**

67 Ein eingescanntes Arbeitsblatt und die hochgeladene Seminarpräsentation sind keine Digitalisierung.
68 Die Digitalisierung in der Lehre kann eine große Chance für eine inklusive und inspirierende Hochschule
69 sein. Auch wenn es für eine erfolgreiche Digitalisierung die nötige Infrastruktur braucht, nutzt diese
70 allein jedoch nicht viel. Solange sich die Hochschuldidaktik nicht grundlegend verändert und die neuen
71 Mittel gewinnbringend zu nutzen weiß, sind die schönsten W-Lan Router nur Dekoration.

72 Wir müssen die Lehrenden dabei unterstützen, sich mit den neuen Methoden vertraut zu machen und
73 gleichzeitig eine modernere Lehre einfordern. Dazu brauchen wir ein Netz aus Beratung, Qualifizierung
74 und gegenseitigem Austausch. Auch müssen gute Arbeitsbedingungen für diejenigen zur Verfügung
75 stehen, die die Transformation gestalten und verwalten sollen und müssen.

76 Digitale Lehrmethoden können außerdem Grenzen neu ziehen. Wir haben nicht nur die Möglichkeit
77 inklusivere zu lehren, auch können wir über Hochschul- und sogar Ländergrenzen hinweg Lehre
78 gestalten und so auch unter Lehrenden und Studierenden ein internationaleres Arbeiten fördern. Hierzu
79 brauchen wir:

- 80 • Die Förderung von Pilotprogrammen zur nationalen wie internationalen Vernetzung von
81 verschiedenen Hochschulen.
- 82 • Ein gutes und in die Arbeitswelt der Lehrenden passendes Weiterbildungsangebot.
- 83 • Open-Source-Lösungen zum vernetzten Arbeiten über Grenzen hinweg und zur Anwendung von
84 digitalen Lehrmethoden.
- 85 • Eine Förderung der Forschung im Bereich der „digitalen“ Pädagogik und Didaktik.
- 86 • Ausreichende Mittel, um die einzelnen Anwendungen barrierefrei zu gestalten.

87 **Wohnen ist und bleibt ein Grundrecht!**

88 In den meisten Städten können Studierende froh sein, wenn sie einen Wohnheimplatz bekommen. Die
89 Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt treffen vor allem die Gruppen, die nicht über viel Einkommen
90 verfügen. Das bspw. sind Menschen in prekärer Beschäftigung, Arbeitslose und Asylsuchende. Aber
91 auch Auszubildende und Studierende verfügen häufig zumindest zeitweise nicht über ausreichend
92 Mittel, um auf einem stark profitorientierten Wohnungsmarkt zu bestehen.

93 Für Studierende besteht die reale Gefahr, dass die Frage, wo das Leben und Wohnen noch bezahlbar ist,
94 darüber entscheidet, ob und wo ein Studium überhaupt möglich ist. Wohnen wird dadurch zu einer Hürde
95 beim Hochschul- bzw. Bildungszugang. Studierende geben monatlich bis zu 50% ihrer ohnehin oft
96 knappen finanziellen Mittel für Wohnen aus. Ein WG-Zimmer in einer Hochschulstadt kostet im Schnitt
97 ca. 370€. Zum Vergleich: Die BAföG-Wohnpauschale liegt auch nach der letzten Reform bei nur 325€.
98 Die Studierendenwerke als soziale Partner*innen sind aufgrund ihrer unzulänglichen Finanzierung nicht
99 in der Lage, mehr Studierenden bezahlbaren Wohnraum in Studierendenwohnheimen zur Verfügung zu
100 stellen. Im Gegenteil: im Schnitt wohnt nur jede*r 10. Student*in in einem Studierendenwohnheim,
101 Tendenz sinkend. Seit 2007 ist die Zahl der Studierenden um 48% gestiegen, die Zahl öffentlich
102 geförderter Wohnheimplätze hingegen nur um 8%. Prognosen der Kultusministerkonferenz [sic!] sehen
103 derweil ein gleichbleibend hohes Niveau von jährlichen Studienanfänger*innen bis mindestens 2030
104 voraus. Eine Entspannung der Lage ist also auch langfristig nicht in Sicht. Das Versagen des freien
105 Marktes tritt auf dem Wohnungsmarkt besonders eklatant und für jede*n erfahrbar in Erscheinung.
106 Wohnen verstehen wir nicht als Ware, sondern als ein Recht für alle, dessen Garantie zu
107 Gemeinwohlzwecken dem Staat obliegen sollte. Daher fordern wir in Bezug auf studentisches Wohnen:

- 108 • Die Ausfinanzierung der Studierendenwerke um diese als soziale Akteur*innen am
109 Wohnungsmarkt zu stärken.
- 110 • Bei Neubau und Sanierung von Wohnheimen muss ein klimagerechter Standard eingehalten
111 werden, ohne, dass dabei höhere Kosten für die Studierenden anfallen
- 112 • Nachhaltige und deutliche Erhöhung der Unterbringungsquote durch die Schaffung neuer
113 Wohnheimplätze.
- 114 • Zu diesem Zwecke ein groß angelegter Hochschulsozialpakt.
- 115 • Die Kreditfähigkeit der Studierendenwerke herzustellen.

116 • Die Erhöhung der BAföG-Wohnpauschale und die Möglichkeit einer regionalen Anpassung nach
117 oben in besonders angespannten Gebieten.

118 • Bundesweiter Mietendeckel

119 **Krise und Transformation: Unser weg in eine Klimafreundliche Zukunft**

120 2020 ist ein Krisenjahr. Auch wenn die Corona-Pandemie unser Leben in den letzten Monaten stark
121 verändert hat, gibt es eine weitere Krise, die das Potential hat, noch einschneidendere Veränderungen
122 in unserem Alltag notwendig zu machen. Dass der Klimawandel existiert, ist Fakt. Genauso, dass wir
123 mindestens so schnell und entschlossen handeln müssen, wie in der Corona-Pandemie auch.

124 Die sozial-ökologische-Wende betrifft die gesamte Gesellschaft und daher auch die Hochschulen.
125 Gleichzeitig haben Hochschulen in der Bewältigung der Klimakrise jedoch noch eine herausgestellte
126 Rolle. Wenn wir gesellschaftlichen Wandel nicht nur beobachten, sondern gestalten wollen, dann
127 brauchen wir neue Ideen, wie wir nachhaltig und sozialer Wirtschaften und Leben können. Wir müssen
128 Ideen Raum geben, damit diese wachsen können. Und wir müssen Verschwörungsmythen und
129 Klimaleugner mit einer guten Wissenschaftskommunikation entgegentreten.

130 Das heißt jedoch auch, dass die Hochschulen Vorbilder im Kampf gegen den Klimawandel werden
131 müssen. Dazu müssen wir:

132 • Globale Lösungen für das globale Problem Klimawandel finden. Daher muss es einen
133 verstärkten Einsatz für eine internationalistische Wissenschaft geben und wissenschaftliche
134 Erkenntnisse müssen durch Open-Access Modelle einfacher einsehbar sein.

135 • Die soziale und ökologische Wende zusammen denken. Die zunehmende Gefährdung unserer
136 Umwelt führt zu einer Verschärfung sozialer Ungleichheit. Gleichzeitig ist beides Symptom der
137 kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Deshalb gilt: Gute Sozialpolitik und Nachhaltigkeit dürfen
138 nicht gegeneinander ausgespielt werden. Um den Klimawandel zu stoppen braucht es einen
139 Systemwandel.

140 • Die Energie für Hochschulen, Bibliotheken, Wohnheime und Studentenwerke zu 100% aus
141 erneuerbaren Quellen beziehen. Wir streiten für einen Green Campus.

142 • Auch in Studium und Lehre braucht es eine Auseinandersetzung mit den globalen
143 Herausforderungen der Klimakrise. Nachhaltigkeit muss in Form hochschulweiter
144 Veranstaltungen für Studierende in das Studium eingliederbar sein.

145 • Es braucht eine verstärkte Forschungsförderung für Wasserstoff-, Elektroautos und
146 Mobilitätskonzepte sowie eine breite gesellschaftspolitische Analyse aus einer
147 klimapolitischen Perspektive.

148 **Ein Tesla für alle? Wieso wir einen guten ÖPNV brauchen!**

149 Neben dem Campus spielt sich das Leben vieler Studierender auch in Bussen, Zügen und
150 Straßenbahnen ab. Daher reicht es nicht, über einen Green-Campus zu reden, wir müssen auch darüber
151 sprechen, wie Studierende zuverlässig und umweltfreundlich zum Campus und wieder zurückkommen.

152 Ein guter ÖPNV ist aber nicht nur in Bezug auf den Klimaschutz wichtig. Er ist für viele Studierende auch
153 die einzige Möglichkeit, zu ihren Seminaren zu kommen, entweder, weil sie sich kein Auto leisten, oder
154 weil sie keines fahren können oder wollen. Neben dem ÖPNV ist das Fahrrad ein weiteres wichtiges
155 Verkehrsmittel für Studierende. Dabei können Sharing-Angebote Studierende auch weiter entlasten.
156 Daher fordern wir:

- 157 • Ein zukunftsorientiertes Mobilitätskonzept, das ökologisch, nachhaltig, integrativ und sozial
158 gerecht ist sowie feministische Aspekte betrachtet.
- 159 • Ein zukunftsfähiges Konzept, welches die verschiedenen Verkehrsmittel nicht nur einzeln
160 betrachtet, sondern integrative Ansätze aufzeigt, sodass die einzelnen Verkehrsmittel ihren
161 individuellen Nutzen gänzlich entfalten können.
- 162 • Die Zukunft der klimaneutralen Mobilität baut auf gemeinsam genutzten Verkehrsmitteln und
163 Sharing-Konzepten.
- 164 • Die gebührenfreie ÖPNV-Nutzung und ein allgemein kostenloser Schienenverkehr machen allen
165 Bürger*innen die gleichberechtigte Teilhabe an ökologisch gestalteter Mobilität möglich.
- 166 • Ein gebührenfreies bundes- wenn nicht europaweites Ticket für Nah- sowie Fernverkehr für
167 alle sich in Ausbildung befindenden Menschen
- 168 • Der Ausbau der Fahrradinfrastruktur vor allem in der Nähe von und zwischen den
169 Hochschulstandorten, die Bereitstellung von ausreichend Fahrradstellplätzen auf den Geländen
170 der Hochschulen und eine gute Anbindung aller Hochschulstandorte an den öffentlichen
171 Personennahverkehr leisten einen wichtigen Beitrag hin zur klimaneutralen Mobilität.

172 **Datenautobahn statt Autobahn!**

173 Der Overheadprojektor stand das Sommersemester das erste Mal seit 40 Jahren unbenutzt in der Ecke.
174 Der Grund dafür waren nicht neue digitale Lehrformate, oder anschaulichere Aufarbeitungen von
175 Lehrinhalten, sondern die Tatsache, dass die Studierenden und Lehrenden, um sich vor einer Pandemie
176 zu schützen, zu Hause geblieben sind und von dort aus Arbeiten.

177 Wir haben im Sommersemester 2020 eine ad hoc Digitalisierung erfahren, auf die viele Hochschulen
178 nicht vorbereitet waren. Innerhalb kürzester Zeit hat sich der Alltag in Forschung und Lehre radikal
179 gewandelt. Dabei gibt es begrüßenswerte Innovationen, viele Vorgänge haben jedoch auch noch
180 erheblichen Verbesserungsbedarf. Und Vieles, was der analoge Raum Hochschule zu leisten im Stande
181 ist, kann digitale Lehre auch bei besten Voraussetzungen nicht leisten.

182 Doch der digitale Raum Hochschule wird bleiben. Es wäre ein Desaster, wenn gewonnene Fähigkeiten
183 und Kapazitäten auf dem Feld der digitalen Lehre nach der Pandemie wieder fallen gelassen werden.
184 Dazu bieten diese zu viele neue Möglichkeiten und Freiheiten, die auch abseits von Social Distancing
185 einen wertvollen Beitrag für die Teilhabe an und die Öffnung von Bildung leisten können. Digitale Lehre
186 ermöglicht Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen nicht an Präsenzveranstaltungen
187 teilnehmen können, eine selbstbestimmte Teilhabe an Lehrinhalten. Vorlesungen, die online On-Demand
188 zur Verfügung gestellt werden, erlauben beispielsweise eine individuelle Anpassung an das eigene
189 Lerntempo und befreien Studierende von dem Druck, jedes kleinste Detail mitschreiben zu müssen.

190 Für die Juso-Hochschulgruppen ist klar, dass es gelingen muss, wichtige Vorteile der digitalen Lehre mit
191 dem analogen Leben am Campus zu verbinden. Für eine inklusivere Lehre müssen digitale Angebote
192 dabei insbesondere ergänzend zu Präsenzveranstaltungen angeboten werden. Jetzt gilt es, die
193 optimalen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass mit qualitativ hochwertiger digitaler Lehre die
194 Pandemiezeit zunächst überbrückt und diese anschließend optimal mit dem regulären Lehrbetrieb
195 vernetzt werden kann. Dazu ist es insbesondere notwendig:

- 196 • Die digitale muss die analoge Lehre perspektivisch ergänzen und erweitern können. Dazu
197 müssen die notwendigen finanziellen Mittel, sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen durch
198 den Bund bereitgestellt und geschaffen werden.

199 • Dazu braucht es kurzfristig eine Verdreifachung des „Zukunftsvertrages Studium und Lehre“,
200 rückwirkend zum Haushaltsjahr 2020. Die zusätzlichen Mittel sollen zweckgebunden für die
201 Investition in die digitale Infrastruktur sowie für Schulungen im Umgang mit digitalen Tools
202 vergeben werden.

203 • Auf lange Sicht braucht es eine Ausfinanzierung der Hochschulen durch Bund und Länder.

204 • Open Source Software und Open Access Zugänge müssen konsequent zur Verfügung gestellt
205 und ausgebaut werden.

206 **Lasst Glasscherben regnen!**

207 Gender-Pay-Gap, Gender-Publication-Gap, Gender-Mental-Well-Being-Gap. Die Corona-Krise reißt noch
208 tiefere Gaps, also Abgründe, in den schon zuvor bröckelnden Mythos der Geschlechtergleichstellung.
209 Nun zeigt sich glasklar, was uns schon vorher bewusst war: dass Frauen ja doch diejenigen sind, die im
210 Notfall auf die Kinder aufpassen und sie beschulen, die zuerst gefeuert werden und die die Hauptlast in
211 den Pflegeheimen, Krankenhäusern, Schulen und Kindergärten tragen. Die Überraschung über diese nun
212 angeblich so unvorhergesehen auftretenden Lücken sind die Früchte des jahrelangen "wir sind doch
213 schon gleichberechtigt"-Mantras, das überall vor sich hergebetet wird.

214 Für uns als Hochschulgruppen ist jedoch klar, dass patriarchale Strukturen immer noch unser
215 Geschlechts- und Gesellschaftsverhältnis dominieren - ob in der Familie, im Berufsleben oder in den
216 Hochschulen. Wenn von über 50% Studienanfängerinnen am Ende nur ca. ein Viertel Professorinnen
217 übrig bleibt, wenn Forscherinnen im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen immer noch signifikant
218 weniger veröffentlichen, wenn eine wissenschaftliche Karriere mit dem Mutter-Sein immer noch nicht
219 vereinbar ist (mit dem Vater-Sein ist das offensichtlich kein Problem), solange müssen wir dafür
220 kämpfen, die strukturellen Hindernisse, die Frauen im Weg stehen, abzuschaffen. Hierfür brauchen wir:

221 • Eine Frauenquote von mindestens 50% bei der Neubesetzung von Professuren und weiteren
222 Karrierestufen der akademischen Laufbahn

223 • Die geschlechterparitätische Besetzung von Berufungskommissionen und das Vetorecht der
224 Frauen-/Gleichstellungsbeauftragten, falls diese den Gleichbehandlungsgrundsatz verletzt
225 sieht

226 • Transparente Beteiligungsverfahren, auch für digital Arbeitende, damit Entscheidungen nicht in
227 Männerrunden ausgeklüngelt werden

228 • Transparente Bewerbungsverfahren mit klaren Kriterien für den akademischen Mittelbau sowie
229 die Verankerung von Tenure-Track-Elementen und Entfristung der Stellen

230 • Schaffung von Teilzeitstellen mit Aufstockungsmöglichkeiten und ein wirkliches
231 Teilzeitstudium, das Studierenden keine Nachteile entstehen lässt

232 • Kostenfreie Betreuungsangebote für Kinder von Mitarbeiter*innen und Studierenden

233 **Trotz alledem – gegen alle Widerstände!**

234 Das Verhältnis der Juso-Hochschulgruppen zur SPD ist durch eine kritische Solidarität gekennzeichnet.
235 Wir kämpfen an den Hochschulen, in den Ländern und im Bund für eine verantwortungsvolle
236 Wissenschaftspolitik und eine sozial gerechte Gestaltung der Hochschulen. Dazu gehören nicht nur
237 konkrete Forderungen, sondern auch ein genereller Trendwechsel in der Hochschulpolitik. Wir haben in
238 den letzten Monaten der Krise gemerkt, wie wichtig es ist, dass es eine starke Sozialdemokratie gibt, die
239 mit uns gemeinsam für gute Studien- und Arbeitsbedingungen sowie eine starke Wissenschaft streitet.

240 Damit das wieder möglich ist, müssen wir den ewigen Klotz am Bein - die CDU - loswerden, um in den
241 nächsten Jahren nicht nur die Fehler von Anja Karliczek und der Union wieder auszubessern, sondern
242 einen wirklichen Sprung in der Hochschul- und Wissenschaftspolitik zu wagen!

243 Auch, wenn wir mit Positionen der SPD in der aktuellen Legislaturperiode manchmal nicht einverstanden
244 waren - sie bietet immer noch die richtige Plattform für unseren Aktivismus! Deshalb ist genau jetzt, im
245 Programmprozess vor der Bundestagswahl, die Zeit, unsere Forderungen mit einzubringen, um der
246 Sozialdemokratie wieder ein schärferes Profil zu verpassen. Themen der Jugend und Bildung müssen
247 sich im Herzen des sozialdemokratischen Programms wiederfinden, damit auch junge Leute, denen die
248 Werte der Sozialdemokratie tendenziell sowieso naheliegen, sich wieder sicher sein können, dass der
249 SPD auch besonders ihre Interessen am Herzen liegen. Denn dort sind sie schon immer und tief
250 verankert!

251 Wie alle Umfragen und auch unsere persönlichen Erfahrungen zeigen, ist das allerwichtigste Thema für
252 diese Altersgruppe der Klimaschutz - und das sollte es auch für die Sozialdemokratie sein, allerdings
253 nicht als exklusives, sondern als Querschnittsthema! Für viele Studierende sind auch Fragen des
254 bezahlbaren Wohnraums, der finanziellen Absicherung und des gut ausgebauten Nahverkehrs essentiell
255 wichtig. Unser Ziel sollte es sein, diese Interessen mit dem Anspruch des Umweltschutzes zu
256 verknüpfen und darzustellen, wie auch Themen der sozialen Gerechtigkeit damit verbunden sind.
257 Studierende sind nicht nur durch die langfristige Klimakrise politisiert, sondern gerade in diesem Jahr
258 auch durch die Studienfinanzierungskrise, die durch jahrelanges Missmanagement des
259 Wissenschaftsministeriums durch die CDU zustande gekommen ist. Unser Ziel muss es sein, diese
260 Kämpfe zusammenzuführen, Unzufriedenheit zu bündeln und Parallelen herzustellen. Gemeinsam
261 kämpfen wir für die Interessen der Studierenden und dafür, diese Interessen auch im Programm der SPD
262 abbilden zu können.

263 Gemeinsam mit den Jusos werden wir dazu eine Wahlkampfange auflegen, mit der wir die konkreten
264 Sorgen und Wünsche junger Menschen nach gutem Wohnen, gebührenfreiem ÖPNV und sicherer
265 Ausbildung und Arbeit – auch im digitalen Raum – aufgreifen und uns gemeinsam mit der SPD als
266 Vorreiter*innen in diesen existenziellen Themengebieten positionieren! Unser gemeinsamer Fokus liegt
267 dabei besonders auf der sozialdemokratischen Kerngruppe, die auch unter Studierenden stark vertreten
268 ist: seien das dual Studierende, Menschen, die Hochschulen auf dem zweiten Bildungsweg betreten
269 oder Studierende aus Arbeiter*innenfamilien. Dabei, unsere Forderungen in breite Kreise zu tragen,
270 helfen uns auch die vielen dutzenden Kandidierenden, die bei den Jusos und den Juso-
271 Hochschulgruppen aktiv sind und waren. Unser Anspruch ist es, dass die Sozialdemokratie die
272 Vertreterin der Jugend im Parlament wird. Gemeinsam mit den Jusos, den Kandidierenden und
273 besonders Euch - den Hochschulgrüpler*innen vor Ort - werden wir dieser Bundestagswahl unseren
274 Stempel aufdrücken. Wir wollen Teil einer Wahl sein, bei der viele alte Gewissheiten nicht mehr gelten,
275 Zwänge nicht mehr wirken und in der sich neue Wege öffnen und Visionen eines besseren Morgens für
276 alle entstehen können. Und wir werden mit aller Kraft, die dieser Verband aufbringen kann, dafür
277 kämpfen, dass wir nach der Wahl endlich wieder sozial gerechte Hochschul- und Wissenschaftspolitik
278 machen können, und zwar ohne die Union, mit einem SPD-geführten Bildungsministerium und als
279 stärkste Kraft im Bundestag!

Antragsbereich X: Sonstiges

Antrag X1_20

1 **Antragssteller*in:** Juso-Hochschulgruppen Berlin

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **X1_20 Make The Rich Pay For COVID-19:** 4 **Vermögensabgabe zur Finanzierung der** 5 **staatlichen Mehrausgaben infolge der Corona-** 6 **Pandemie durchführen**

7 Im Juni 2020 hat der Bundestag ein „Konjunkturpaket“ in Höhe von 130 Milliarden Euro bewilligt, um
8 durch staatliche Mehrausgaben eine Wirtschaftskrise abzuwenden/abzumildern. Insgesamt ist für das
9 Haushaltsjahr 2020 ein Nachtragshaushalt mit einer Neuverschuldung in Höhe von 218,5 Milliarden
10 Euro geplant. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass es nicht bei diesen Mehrausgaben bleibt; die Pandemie
11 könnte eine Wirtschaftskrise nach sich ziehen, deren Abwendung/Abmilderung weitere Mehrausgaben
12 erfordern oder sich durch eine zweite Welle verlängern.

13 Doch bereits jetzt sind infolge der Pandemie immense Lasten zu tragen. Grundsätzlich trifft die Krise
14 besonders Menschen, welche wenig oder kein Vermögen haben. Wir fordern, dass diese staatlichen
15 Mehrausgaben nicht aus den „normalen“ Steuererträgen finanziert werden, sondern zu deren
16 Finanzierung eine Vermögensabgabe durchgeführt wird, sodass nur die Reichsten für die staatlichen
17 Mehraufkommen infolge der Krise aufkommen und so ebenfalls an den gesellschaftlichen Kosten der
18 Krise beteiligt werden.

19 Das Grundgesetz sieht zu diesem Zweck das Instrument der einmaligen Vermögensabgabe vor. Wir
20 fordern, von ihm Gebrauch zu machen. Die Vermögensabgabe soll dabei auf Vermögen anfallen, die pro
21 steuerpflichtige Person mehr als 1 Million Euro betragen, das heißt, dass die erste Million als Freibetrag
22 gilt. Die Vermögensabgabe soll gestaffelt erfolgen. Am oberen Ende der Staffelung sollen die
23 vermögensreichsten 25 Steuerpflichtigen um mindestens 50 Prozent, die vermögenszweitreichsten 25
24 Steuerpflichtigen um mindestens 25 Prozent ihres Vermögens besteuert werden.

25 Die Vermögensabgabe soll gleichermaßen auf Geld- und Sachvermögen einschließlich
26 Betriebsvermögen erhoben werden. Hinsichtlich der Betriebsvermögen lässt sich darüber nachdenken,
27 in Härtefällen anzubieten, anstelle einer Geldabgabe eine dem Geldwert entsprechende Abgabe eines
28 Unternehmensanteils zu leisten. Um zu verhindern, dass Vermögende die Abgabe ausschließlich oder
29 zu einem wesentlichen Teil aus neu gebildeten Vermögenserträgen finanzieren – das hieße, dass die
30 Vermögenssubstanz im Wesentlichen unangetastet bliebe –, soll die Abführung der Vermögen nicht
31 langfristig gestreckt werden dürfen, zumindest nicht länger als um ein Jahrzehnt.

32 Neben der Erzielung von Einnahmen soll die Vermögensabgabe dabei einen umverteilenden Zweck
33 haben. In Deutschland herrscht gerade im Vergleich zu den übrigen europäischen Ländern eine
34 besonders starke Vermögensungleichheit. Der die Vermögensungleichheit messende Gini-Koeffizient
35 wird laut der aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) auf 0,83
36 geschätzt. Damit liegt die Vermögensungleichheit dem DIW zufolge auch international auf hohem
37 Niveau.

38 **Begründung**

39 Im Folgenden sind einige Erklärungen und Verweise zur Vertiefung angegeben, die Verständnis und
40 Nachvollziehbarkeit des Antrags erleichtern sollen.

41 I. Zu den verfassungsrechtlichen Grundlagen: Die Vermögensabgabe ist im Art. 106 I Nr. 5 GG
42 vorgesehen: „Der Ertrag der Finanzmonopole und das Aufkommen der folgenden Steuern stehen dem
43 Bund zu: (...) die einmaligen Vermögensabgaben und die zur Durchführung des Lastenausgleichs
44 erhobenen Ausgleichsabgaben, (...)“

45 Nach Art. 105 II GG hat der Bund die Gesetzgebungskompetenz: „Der Bund hat die konkurrierende
46 Gesetzgebung über die Grundsteuer. Er hat die konkurrierende Gesetzgebung über die übrigen Steuern,
47 wenn ihm das Aufkommen dieser Steuern ganz oder zum Teil zusteht oder die Voraussetzungen des
48 Artikels 72 Abs. 2 vorliegen.“

49 In diesem Fall handelt es sich um eine übrige Steuer, deren Aufkommen dem Bund zufließt.
50 „Konkurrierende Gesetzgebung“ bedeutet nach Art. 72 I GG, dass „die Länder die Befugnis zur
51 Gesetzgebung (haben), solange und soweit der Bund von seiner Gesetzgebungszuständigkeit nicht durch
52 Gesetz Gebrauch gemacht hat.“ Das bedeutet, dass der Bund eine grundsätzliche
53 Gesetzgebungszuständigkeit hat und immer von dieser Gebrauch machen kann.

54 Andere Abgaben als Geldabgaben, bspw. Unternehmensanteile als Abgabe, sind als Steuer nicht
55 vorgesehen. (Tatsächlich deckt der verfassungsrechtliche Steuerbegriff den Steuerbegriff aus § 3 I 1
56 AO: „Steuern sind Geldleistungen, (...)“.) Daher ließe sich allenfalls darüber nachdenken, sie als
57 Alternative zur normalen Geldabgabe – quasi als Befreiung von der Geldabgabepflicht gegen eine
58 Naturalabgabe – einzuführen.

59 In der Regel wird vertreten, dass die Vermögensabgabe – auch in Abgrenzung zur Vermögensteuer –
60 einen einmaligen, außergewöhnlichen Finanzierungszweck voraussetzt (so bspw. Hanno Kube,
61 Verfassungsrechtlicher Rahmen von Vermögensteuer und Vermögensabgabe, DStR-Beih 2013, 37, 48,
62 mit Verweis auf die Ausführungen in der 13. Sitzung des Ausschusses für Finanzfragen am 6.10.1948,
63 wiedergegeben in Deutscher Bundestag/Bundesarchiv (Hrsg.), Der Parlamentarische Rat 1948-1949.
64 Akten und Protokolle, Bd. 12, Ausschuß für Finanzfragen, 1999, S. 423; ebenso Maunz/Dürig/Seiler, 90.
65 EL Februar 2020, GG Art. 106 Rn. 114 f.). Dies ist jedoch mit der Pandemie der Fall.

66 II. Weitere rechtliche Grundlagen: Das Bewertungsgesetz (BewG) als allgemeine und besondere
67 Vorschriften zur Bewertung der Höhe von Vermögen.

68 III. Zu bisherigen Gesetzentwürfen zur Durchführung einer Vermögensabgabe:

- 69 • BT-Drs. 17/10770 – Gesetzentwurf der Grünen Bundestagsfraktion zur Einführung einer
70 Vermögensabgabe (2012): <https://dipbt.bundestag.de/doc/btd/17/107/1710770.pdf>

71 IV. Daten zur Vermögensverteilung:

- 72 • Zur aktuellen DIW-Studie über Vermögensverteilung:
73 Dinklage/Ehmann/Faigle/Vu/Blickle/Stahnke, Das obere Prozent, Zeit Online, 14.7.2020,
74 [https://www.zeit.de/wirtschaft/2020-07/vermoegensverteilung-deutschland-diw-studie-](https://www.zeit.de/wirtschaft/2020-07/vermoegensverteilung-deutschland-diw-studie-ungleichheit)
75 [ungleichheit](https://www.zeit.de/wirtschaft/2020-07/vermoegensverteilung-deutschland-diw-studie-ungleichheit) (abgerufen am 14.7.2020)

- 76 • Liste der 500 vermögensreichsten Deutschen lt. Manager Magazin:
77 [https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Liste_der_500_reichsten_Deutschen&oldid=20172](https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Liste_der_500_reichsten_Deutschen&oldid=201722430)
78 [2430](https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Liste_der_500_reichsten_Deutschen&oldid=201722430)

79 • Die DIW-Studie über Vermögensverteilung in Deutschland:
80 Schröder/Bartels/Göbler/Grabka/König, MillionärInnen unter dem Mikroskop: Datenlücke bei
81 sehr hohen Vermögen geschlossen – Konzentration höher als bisher ausgewiesen, DIW
82 Wochenbericht Nr. 19/2020, S. 511 – 520,
83 https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.793785.de/20-29-1.pdf
84 (abgerufen am 2.8.2020)

85 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Antragsbereich X: Sonstiges

Antrag X2_20

1 **Antragssteller*in:** Juso-Hochschulgruppen Berlin

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **X2_20 Resolution: Gegen jeden Antisemitismus! –** 4 **Den Pro-BDS-Beschluss von Die Linke.SDS** 5 **verurteilen**

6 Die Juso-Hochschulgruppen verurteilen den Beschluss „Gegen die Kriminalisierung und Diskreditierung
7 von Palästina-Solidarität“¹ des 62. Die Linke.SDS-Bundeskongresses im Juni 2020, nach dem
8 Boykottkampagnen gegen den Staat Israel wie die BDS-Bewegung „in erster Linie eine strategische
9 Frage“ und legitimes Mittel zum Ausdruck von Kritik an israelischem Regierungshandeln sei. Wir sind
10 schockiert, dass Die Linke.SDS der Auffassung ist, Hand in Hand mit radikal-islamistischen
11 Terrorgruppen wie der „ Hamas“ und mittels Dämonisierung, Delegitimierung sowie doppelten Standards
12 gegenüber dem Staat Israel der „Durchsetzung von Menschenrechten oder dem Kampf gegen
13 Aufrüstung“ näherkommen zu können. Die Linke.SDS stellt sich damit in die Tradition systematischer
14 Verharmlosung von Antisemitismus und spielt einer Bewegung in die Hände, die die Existenz des
15 jüdischen Staates bedroht.

16 Nachdem Die Linke.SDS im ersten Abschnitt des Beschlusses noch behauptet, sie stelle sich wo immer
17 möglich gegen Antisemitismus, greift sie in den folgenden Paragraphen unter dem Banner sog.
18 „Palästina-Solidarität“ verschiedene antisemitische Stereotype auf und solidarisiert sich mit
19 antisemitischen, antiisraelischen Bewegungen wie BDS.

20 Die BDS-Bewegung ist offiziell im Jahr 2005 in den palästinensischen Autonomiegebieten gegründet
21 worden. Seitdem ruft sie „alle rechtschaffenen Menschen auf der ganzen Welt“ zum gezielten Boykott
22 Israels – vor allem in Form israelischer Waren, Produkte und Dienstleistungen – auf. Daneben sieht sie
23 im Kapitalabzug und dem Rückgang von Investitionen in israelische Unternehmen sowie in Sanktionen
24 anderer Staaten gegenüber Israel weitere Mittel, Druck auf den Staat Israel auszuüben. Konkret äußern
25 sich ihre Maßnahmen aber auch in weltweitem akademischem und kulturellem Boykott, wie
26 beispielsweise im Ausschluss israelischer Wissenschaftler*innen von Konferenzen oder der
27 öffentlichen Diskreditierung israelischer Künstler*innen. Als Ziel ihrer Bewegung erklärt BDS online:
28 „Inspiriert vom Kampf der Südafrikaner*innen gegen die Apartheid ruft die palästinensische
29 Zivilgesellschaft zu Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen gegen Israel auf, bis dieses
30 internationalem Recht und den universellen Prinzipien der Menschenrechte nachkommt“, was es der
31 Auffassung von BDS nach nicht tut. Dazu schreibt sie, Israel solle eine vermeintliche „Besetzung und
32 Kolonisation allen arabischen Landes“ beenden und ein Rückkehrrecht für alle Palästinenser*innen mit
33 Flüchtlingsstatus verankern.

34 Die BDS-Kampagne ist – gemäß IHRA-Definition, 3D-Test und weiteren Arbeitsdefinitionen von
35 Antisemitismus – klar als dezidiert antisemitisch zu bezeichnen. Schon das grundlegende Ziel der BDS-
36 Bewegung, der vollumfängliche Boykott des Staates Israel, erinnert an antisemitische Boykott-

¹ Nachzulesen hier: www.linke-sds.org/26-bundeskongress.

37 Kampagnen der vergangenen Jahrhunderte und explizit des Nationalsozialismus: Die Nazi-Kampfparole
38 „Kauft nicht bei Juden“ findet hier nochmals ihre Verwirklichung. Die Stilisierung des jüdischen Staates
39 zum „kolonialen Fremdkörper“ und die historisch verwerfliche Bezeichnung Israels als
40 „Apartheidregime“ dämonisieren Israel ebenso als Aggressor und Übermacht wie der oftmals
41 angewandte, widerliche Vergleich des Staates der Überlebenden der Shoa mit dem NS-Regime. Oft wird
42 dabei, beispielsweise in der Darstellung Israels als Kindermörderstaat, auf antisemitische
43 Verschwörungsideologien zurückgegriffen.

44 Die dringende Konsequenz aus der Shoa, welche der SDS korrekterweise als „das größte Verbrechen
45 der Menschheitsgeschichte“ erkannt hat, muss das Existenzrecht eines jüdischen Staates sowie sein
46 Recht auf Selbstverteidigung sein. Die Delegitimierung Israels, die BDS betreibt, unterstreicht den
47 antisemitischen Charakter ihres Antizionismus. So richten sich Boykottaufrufe nicht etwa explizit gegen
48 Verantwortungsträger*innen wie Regierungsmitglieder, sondern gegen ein als jüdisch
49 wahrgenommenes Kollektiv in der internationalen Staatenwelt. Gleichzeitig drückt sich der Wunsch, den
50 jüdischen Staat zu zerstören, auch in dem BDS-Ziel des sog. „Rückkehrrechts“ für Palästinenser*innen
51 mit Flüchtlingsstatus nach Israel aus. Da der palästinensische Flüchtlingsstatus (als einziger weltweit)
52 vererbt wird, würde dieses in seiner Konsequenz die jüdische Prägung Israels ernsthaft bedrohen.

53 Die Schutzbehauptung des SDS, Kritik an israelischem Regierungshandeln könne nicht geäußert werden,
54 weisen wir vehement zurück. Eine reflektierte, faire kritische Beschäftigung mit der Politik der
55 israelischen Regierung ist sehr wohl möglich. Sowohl die mediale Berichterstattung über Israel in
56 Deutschland als auch das internationale Abstimmungsverhalten der VN lassen diesen angemessenen
57 Umgang allerdings allzu oft vermissen.² Stattdessen sind sie geprägt von Obsession und fehlender
58 Differenzierung. Schon die Selbstverständlichkeit des einzigartigen Begriffs der „Israelkritik“, aber auch
59 die pauschale Stigmatisierung von Israelis und Jüd*innen durch BDS unterstreichen diese
60 Handlungsmuster. Die fehlende Sensibilität des SDS für Antisemitismus drückt sich auch in seiner
61 Diskreditierung der „antideutschen“ Linken – unter denen der SDS die Gesamtheit der
62 israelsolidarischen Linken versteht – als „Handlanger einer rechten israelischen Regierung“ aus, die an
63 die Verschwörungsideologie des mächtigen, weltweit vernetzten und kontrollierenden Juden anknüpft.

64 Als Juso-Hochschulgruppen empfinden wir es als grotesk, dass die Linke.SDS ihre gefährlichen Analyse
65 damit enden lässt, den eigenen Kritiker*innen die Relativierung von „echtem“ Antisemitismus
66 vorzuwerfen, den sie in der politischen Rechten verortet.

67 Für uns Juso-Hochschulgruppen gilt stattdessen, jeden Antisemitismus gleich welcher Form zu
68 benennen und allen Feind*innen Israels entschieden entgegenzutreten. Der Antisemitismus bleibt als
69 barbarisches Aufbegehren gegen die Komplexität der Moderne eine gesamtgesellschaftliche Gefahr für
70 Jüd*innen weltweit. Unsere Grundsätze im Umgang mit Antisemitismus haben wir im Rahmen der
71 Ersten Deutsch-Israelischen Studierendenkonferenz gemeinsam mit dem fzs, verschiedenen Vereinen,
72 ASten und Studierendenverbänden in der „Resolution – gegen BDS und jeden Antisemitismus“³ zum
73 Ausdruck gebracht. Zu dieser stehen wir weiterhin.

74 Solidarisch erklären wir uns zudem mit denjenigen Gliederungen, die sich innerhalb der Partei Die Linke
75 und innerhalb des SDS gegen dessen antisemitische Tendenzen einsetzen und ihre Ablehnung des

² Vgl. bspw. Jan Riebe: „Was ist israelbezogener Antisemitismus?“ In: Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): „Man wird Israel ja wohl noch kritisieren dürfen...?!“ Über legitime Kritik, israelbezogenen Antisemitismus und pädagogische Interventionen. Berlin 2018, S. 7-12.

³ Nachzulesen hier: www.fzs.de/positionen/feminismus-antidiskriminierung/gegen-antisemitismus.

76 gefassten Beschlusses zum Ausdruck gebracht haben. Ihr Engagement gegen Antisemitismus ohne
77 ideologische Scheuklappen unterstützen wir.

78 Wir fordern Die Linke.SDS daher auf,

79 • an Stelle eines vorgeschobenen Lippenbekenntnisses eine klare Positionierung gegen jeden
80 Antisemitismus und Antizionismus zu fassen

81 • eine klare Positionierung gegen die antisemitische BDS-Bewegung zu fassen und den
82 Beschluss vom Juni 2020 zurückzunehmen

83 • sich innerverbandlich kritisch mit Antisemitismus auseinanderzusetzen.

Antragsbereich X: Sonstiges

Antrag X3_20

1 **Antragssteller*in:** Juso-Hochschulgruppen Berlin & Sachsen

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **X3_20 Campus statt Christus! - Endlich laizistisch** 4 **handeln**

5 *“Die Kritik der Religion ist die Voraussetzung aller Kritik.” (Karl Marx, MEW 1, S. 378)*

6 Seit den Anfängen der sozialistischen Bewegungen in Deutschland und weltweit spielt die Kritik der
7 Religion darin eine entscheidende Rolle. Die Trennung von Staat und Religion ist eng mit unserem
8 Grundwert des Sozialismus verbunden, demokratischer Sozialismus ist nur in einem laizistischen Staat
9 möglich. Diesen Anspruch tragen wir in den hochschulpolitischen Raum: An staatlichen Einrichtungen -
10 insbesondere an wissenschaftlichen Institutionen - gibt es keinen Raum für religiöse Bevorzugung.

11 Der Blick auf die Hochschulen und Universitäten der Bundesrepublik zeigt: Die Trennung von Staat und
12 Religion ist alles andere als selbstverständlich. Beispielsweise wurde in Leipzig die Mehrzweckhalle
13 “Paulinum” als christliche Kirche geweiht. Den Einweihungsgottesdienst hielt mit dem damaligen
14 Landesbischof Carsten Rentzing ein erklärter Gegner der Demokratie, der aufgrund rassistischer und
15 queerfeindlicher Texte zurücktrat. Seither tobt eine Debatte um die Aufstellung einer Kanzel in der
16 Mehrzweckhalle. Für uns als Juso-Hochschulgruppen ist klar: Christliche und andere religiöse Symbole
17 haben an Universitäten und Hochschulen nichts zu suchen.

18 **Laizismus in der Sozialdemokratie**

19 Religionskritik ist Teil unserer sozialistischen Gesellschaftsanalyse. Mit Friedrich Engels, der in diesem
20 Jahr 200 Jahre alt geworden wäre, verstehen wir Religion als “phantastische Widerspiegelung, in den
21 Köpfen der Menschen, derjenigen äußern Mächte, die ihr alltägliches Dasein beherrschen, eine
22 Widerspiegelung, in der die irdischen Mächte die

23 Form von überirdischen annehmen” (MEW 20, S. 294). Religion ist demnach kein Weg, die
24 gesellschaftliche Wirklichkeit sachlich zu erfassen, sondern vielmehr eine verzerrte Wahrnehmung der
25 sozialen Realität. Natürlich steht es allen Menschen frei, Religionen anzuhängen. Diskriminierung
26 aufgrund von Religionszugehörigkeit und -nichtzugehörigkeit stellen wir uns wo immer möglich
27 entgegen. Das Recht auf Religionskritik ist für uns nicht verhandelbar. Aufgabe des Staates muss es
28 sein, diese Freiheit der Religion zu schützen. Gleichzeitig sollte der Staat sich nicht mit einzelnen
29 Religionen oder Konfessionen zusammentun. Solche Kumpanei führt zu Bevorzugung einiger und
30 Benachteiligung anderer, die durch nichts zu rechtfertigen ist. Wir fordern: Staat und Religion müssen
31 klar getrennt sein. Damit stellen wir uns in die Tradition des Laizismus.

32 Die Sozialdemokratie hat eine lange Geschichte mit dem Laizismus. Seit ihren Anfängen ist die
33 Trennung von Religion und Staat ein immer wiederkehrendes Thema, das von namhaften
34 Sozialist*innen wiederholt aufgegriffen wurde. Erst nach der Öffnung der Partei gegenüber religiösen
35 Gruppierungen in den späten 50ern rückte der laizistische Gedanke in den Hintergrund. Seither sind
36 religiöse Arbeitskreise in der Partei etabliert worden. Dazu zählen der Arbeitskreis Christinnen und

37 Christen in der SPD, der Arbeitskreis Muslimischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und der
38 Arbeitskreis jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

39 Seit 2010 rückten die Laizist*innen der Sozialdemokratie wieder in den Vordergrund. Nach einem
40 Statement des ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff im Jahr 2010, Christentum, Judentum
41 und Islam gehörten zu Deutschland, kündigte eine Gruppe von Genoss*innen an, einen laizistischen
42 Arbeitskreis bilden zu wollen. Ein entsprechender Antrag wurde 2011 einstimmig vom Parteivorstand
43 abgelehnt, da er gegen Positionen im Parteiprogramm der SPD und im Grundgesetz verstoße. Ein
44 ähnlicher Antrag wurde letztes Jahr erneut mit der gleichen Begründung abgelehnt.

45 Der laizistische Gedanke ist also kein Neuer. Viele andere Staaten haben laizistische Grundsätze schon
46 lange in der Verfassung verankert. In Frankreich gilt bereits seit 1905 eine klare Trennung von Religion
47 und Staat. Darunter fällt die Auffassung, Religion sei Privatsache der Bürger*innen und der Grundsatz
48 der Staatsneutralität gegenüber allen Religionen. Ziel dieser Grundsätze sind die Gleichbehandlung und
49 die Glaubensfreiheit, um Diskriminierung in Zukunft zu vermeiden.

50 Als Juso-Hochschulgruppen teilen wir diese Ziele. Die ungerechten Vorteile für
51 Religionsgemeinschaften müssen ein Ende haben!

52 **Unsere Forderungen an Hochschulpolitik und Gesellschaft**

53 Auch wenn sich die Thematik des Laizismus nicht isoliert betrachten lässt, möchten wir uns in diesem
54 Antrag auf die Hochschulpolitik konzentrieren. Häufig zeichnen Hochschulen und Universitäten den
55 Weg vor, auf den sich eine Gesellschaft begibt. Wir wollen an den Hochschulen und Universitäten dieses
56 Landes den Grundstein für eine laizistische Gesellschaft legen.

57 Deshalb fordern wir:

- 58 • **religiöse Hochschulgruppen** sollten an staatlichen Hochschulen und Universitäten weder
59 offiziell anerkannt noch von Seiten der Hochschulleitung gefördert werden. Hochschulgruppen,
60 die bundesweit als politische Studierendenvertretung agieren, sind davon ausgenommen.
- 61 • die **Abschaffung religiöser Räume** (wie Kirchen) an staatlichen Hochschulen und Unis.
62 Stattdessen sollten Meditations-/Ruheräume geschaffen werden, die allen Studierenden offen
63 stehen, niemanden aufgrund sexistischer Regeln o.ä. ausschließen und keine religiösen
64 Symbole beinhalten.
- 65 • Religionsgemeinschaften sollen **keine Vorzüge** bei der Anmietung von universitären Räumen
66 bekommen.
- 67 • **religiöse Symbole** auf den Geländen staatlicher Hochschulen sollten entfernt werden.
- 68 • **Prüfungen** sollen nicht generell durch hohe religiöse Feiertage beschränkt sein, Personen, die
69 diese Feiertage feiern, können sich jedoch davon befreien lassen, ohne, dass ihnen ein
70 Prüfungsversuch abhanden kommt.

71 Darüber hinaus wird es Zeit, die gesamtgesellschaftlichen Diskussionen rund um Laizismus stärker in
72 den Fokus zu nehmen. Die SPD sollte mit der **Gründung des Arbeitskreises laizistischer**
73 **Sozialdemokrat*innen** auf Bundesebene vorangehen. Ziel dieses Arbeitskreises - und der gesamten
74 Sozialdemokratie - sollte es sein, endlich eine **klare**

75 **Trennung von Religion und Staat** in der Bundesrepublik durchzusetzen. Religionsgemeinschaften
76 sollten nicht mehr als Körperschaften öffentlichen Rechts geführt werden, religiöse Symbole in allen

- 77 staatlichen Gebäuden entfernt werden. Beschäftigte religiöser Einrichtungen müssen endlich
78 Streikrecht bekommen.
- 79 Die Auflösung der Verflechtungen von Staat und Religionen ist keine leichte Aufgabe. Umso wichtiger
80 ist es, dass wir dieses Problem jetzt angehen!

Antragsbereich X: Sonstiges

Antrag X4_20

1 **Antragssteller*in:** Juso-Hochschulgruppen Sachsen

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **X4_20 Keine Umerziehung durch Arbeit –** 4 **Untersagung der Zwangsarbeit in Kooperation mit** 5 **der KPC**

6 Europäische Firmen sollen die Beschäftigung von chinesischen Arbeiter*innen unterlassen, falls der
7 Verdacht oder der Nachweis besteht, dass diese sich aus einem Zwangsarbeitslager, Internierungslager
8 oder Umerziehungslager rekrutieren. Dies geschieht insbesondere im Hinblick auf die Situation der
9 Uyghuren in der Provinz Xinjiang, wo Firmen wie Disney oder Siemens nachweislich Arbeiter*innen aus
10 solchen Lagern beschäftigen. Firmen, die in Europa operieren, sollen mit Strafgeldern belegt werden,
11 sofern sie mit Arbeitskräften agieren, die sich aus solchen Zwangsverhältnissen rekrutieren.

12 Universitäten in Europa sollten zudem die Kooperation mit Unternehmen beenden, die von dieser
13 Zwangsarbeit gebraucht machen, oder für eine weitere Zusammenarbeit die Freiheit von Zwangsarbeit
14 als Bedingung stellen. Forschungsk Kooperationen zwischen chinesischen und europäischen
15 Universitäten, sollen bevorzugt bzw. ausschließlich mit Institutionen gepflegt werden, die Abstand zu
16 Zwangsarbeit wahren und diese weder in Lehre, noch in öffentlicher Kommunikation verharmlosen oder
17 legitimieren.

18 Stimmen aus der unabhängigen chinesischen Zivilgesellschaft, die diese Verhältnisse kritisieren, muss
19 ein neues Gehör verschafft werden. Forschung zu Bürger*innenbewegungen in China muss verstärkt
20 werden und Solidarisierung erfahren.

21 Die Juso-Hochschulgruppen stellen sich auch hinter die Kampagne der European Union of Jewish
22 Students, genannt „Never Again Right Now“, welche Aufmerksamkeit auf die Internierungslager in China
23 lenkt. Mit Unterstützung dieser Kampagne kann die Zivilgesellschaft gemeinsam Druck auf Institutionen
24 ausüben, die Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China zu beenden, falls diese weiterhin
25 Arbeiter*innen ausbeutet.

26 **Begründung:**

27 Es wurde bereits nachgewiesen, dass Siemens Arbeiter*innen aus Internierungslagern in Xinjiang
28 beschäftigt hat. Andere deutsche Firmen, die in Xinjiang operieren, behaupten entgegen des Verdachts
29 auf Zwangsarbeit, dass sie keine solche Kräfte beschäftigt haben. Wir fordern eine gesetzliche
30 Grundlage zur Bestrafung von Zwangsarbeit, sodass Firmen gar nicht erst in Versuchung kommen, mit
31 der KPC solch katastrophale Verflechtungen einzugehen, in denen Menschen wegen ihres Glaubens
32 oder ihrer Überzeugungen leiden müssen.

Protokoll des Bundeskoordinierungstreffen 2019/2 vom 15.-17. November 2019 in Berlin

1 FREITAG, 15. NOVEMBER 2019

2 Der Bundesgeschäftsführer eröffnet das Bundeskoordinierungstreffen.

3 Niklas Konrad, Ferdinand Meyer-Erlach und Katharina Wilke werden auf Vorschlag des
4 Bundesvorstandes per Akklamation als Tagungspräsidium gewählt.

5 TOP 1 | BEGRÜßUNG & FORMALIA

6 Die vorliegende Tagesordnung wird angenommen.

7 Die Geschäftsordnung wird in der vorgeschlagenen Fassung mit großer Mehrheit angenommen.

8 Der Kandidatenschluss für den Bundesvorstand und die ASK wird auf Freitag, 15.11.2019, 20:30 Uhr,
9 der Antragschluss auf 20.30 Uhr festgelegt.

10 Das Präsidium schlägt die Abschätzung und ggf. auf Wunsch Auszählung der Mehrheiten vor. Dieser
11 Vorschlag wird ohne Widerspruch angenommen.

12 Das Präsidium erläutert weitere Formalia zum Änderungsantragsverfahren und zum Tagungsbüro.

13 Das Protokoll des letzten Bundeskoordinierungstreffens (Heidelberg, 2019/1) wird in der vorliegenden
14 Form angenommen mit zwei Enthaltungen.

15 TOP 2 | VORSTELLUNG UND BESTÄTIGUNG DES AWARENESSTEAM

16 Das Awarenesssteam bestehend aus Sabrina, Juso-Hochschulgruppe Dresden und Hauke, Juso-
17 Hochschulgruppe Göttingen, Maris, Juso-Hochschulgruppe HU Berlin wird einstimmig bestätigt.

18 TOP 3 | GRUßWORT VON ELKE HANNACK

19 Elke Hannack, stellvertretende Vorsitzende des DGB, hält ein Grußwort zum Thema Gute Arbeit an
20 Hochschulen.

21 TOP 4 | ANTRAGSBERATUNG

22 DER BUNDESVORSTAND BRINGT DEN ANTRAG G1 EIN.

23 Der Antrag wird vorgestellt.

24 Es findet anschließend eine Generaldebatte statt, an die sich die Änderungsantragsdebatte anschließt.

25 **ÄA1: Juso-HSG Berlin: Übernommen**

26 Z. 10 Ersetzte „unterirdisch“ durch „prekär“

27 **ÄA2: Juso-HSG Berlin: Übernommen**

28 Z. 18 Ergänze nach „...ausgeschlossen werden“: „Das WissZeitVG bedeutet damit auch einen sozialen
29 Ausschluss. Arbeit unter solch prekären Bedingungen im akademischen Mittelbau kann sich nur leisten,
30 wer ein Sicherheitsnetz hat. Da der Weg zur Professur beinahe zwangsläufig durch den Mittelbau führt,
31 sinkt so die Wahrscheinlichkeit, das Arbeiter*innenkinder Professor*innen werden, einmal mehr.

32 **ÄA3 Jusos-HSG Dresden: Übernommen**

33 Ersetzte in Z. 38: „unbefristet“ durch „befristet“

34 **ÄA4: Juso-HSG Berlin: Übernommen**

35 Ergänze nach Z 53 „Darüber zieht es qualifizierte Forscher*innen aufgrund der geringeren
36 Befristungsquote in die freie Wirtschaft, sie bleiben also der öffentlichen Forschung vorenthalten.“

37 **ÄA5 Juso-HSG Hessen: Übernommen**

38 Ersetzte in Z. 150 „die Hälfte“ durch „drei Viertel“

39 **ÄA6: Juso-HSG Mecklenburg-Vorpommern: Nicht Übernommen**

40 Ersetzte in Z.155 „zwei“ durch „fünf“

41 Abstimmung: Abgelehnt

42 **ÄA7 Juso-HSG Dresden: Übernommen**

43 Füge neuen Punkt ein nach Z. 168: unbefristete Arbeitsverträge für Studierende bei Finanzierung aus
44 Haushaltsmitteln oder bei Einsatz im Lehrbetrieb. Nichtbezahlung in vorlesungsfreien Zeiten und
45 jahrelange Kettenbefristung bei gleichbleibender Tätigkeit müssen der Vergangenheit angehören!

46

47 Der Antrag wird einstimmig angenommen.

48 **DIE JUSO HOCHSCHULGRUPPE MARBURG BRINGT DEN ANTRAG Q3 EIN.**

49 Der Antrag wird vorgestellt.

50 Es findet anschließend eine Generaldebatte statt.

51 Der Antrag wird bei einer Enthaltung angenommen.

52

53 **DIE JUSO HOCHSCHULGRUPPEN THÜRINGEN BRINGEN DEN ANTRAG X1 EIN.**

54 Der Antrag wird vorgestellt.

55 Es findet anschließend eine Generaldebatte statt, an die sich die Änderungsantragsdebatte anschließt.

56 **ÄA1 Juso-HSG Mannheim: Nicht Übernommen**

57 Ersetzte Z. 190-192 durch: „Für uns kommt keine Kooperation mit der AfD in Frage. Wir bekämpfen die
58 AfD, ihre Ableger und die von ihnen produzierten Lügen und faktischen Falschdarstellungen inhaltlich
59 auf allen Ebenen.“

60 Abstimmung: Abgelehnt

61

62 Der Antrag wird mit wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen angenommen.

63 **DIE JUSO HOCHSCHULGRUPPE MÜNSTER BRINGT DEN ANTRAG L1 EIN.**

64 Der Antrag wird vorgestellt.

- 65 Es findet anschließend eine Generaldebatte statt, an die sich die Änderungsantragsdebatte anschließt.
- 66 **ÄA1 Juso-HSG Berlin: Übernommen**
- 67 Z. 19: Streiche „zu einem Engagement in Entwicklungsländern“
- 68 **ÄA2 Juso-HSG Berlin: Übernommen**
- 69 Z. 35: Ergänze nach „Freiwillige“: „für jeweils zwischen 6 und 24 Monate.“
- 70 **ÄA3 Juso-HSG Berlin: Übernommen**
- 71 Z. 36: Ergänze nach „auch“: „(2018: 640 Freiwillige)“
- 72 **ÄA4 Juso-HSG Sachsen: Übernommen**
- 73 Füge ein nach Zeile 67: “Während es diese historisch tradierten Hierarchien zwischen Ländern des
74 globalen Nordens und Südens zu berücksichtigen gilt, muss auch festgestellt werden, dass eine derartig
75 strukturiertes Entwicklungshilfe-Gefälle wie hier skizziert insbesondere auch auf Grund materieller und
76 ökonomischer Unterschiede beruht. Die Beziehungen zwischen den Ländern dieser beider Hemisphären
77 werden auch konkret auf dem großen Wohlstandsgefälle, das die beschriebenen Entwicklungshilfe-
78 Strukturen bedingt. Dass dieses Gefälle natürlich auch auf neo- und postkolonialen Strukturen beruht
79 und im Sinne einer internationalistischen Strategie zu bekämpfen ist, ist selbstverständlich.
- 80 **ÄA5 Juso-HSG Berlin: Übernommen**
- 81 Z. 72f.: Ersetze „Arbeitskräften“ bis „benötigt wird“ durch: “Menschen – welche oftmals nicht sinnvoll
82 eingesetzt sind.“
- 83 **ÄA6 Juso-HSG Berlin: Übernommen**
- 84 Z. 84: Ergänze nach „zusätzlich“: "In diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen, dass kurzfristige
85 Freiwilligendienste diesen Effekt weiter verstärken: Sechsmontatige Dienste inklusive Einarbeitungs- und
86 Urlaubszeit, wie sie bei weltwärts möglich sind, lassen keine intensive Auseinandersetzung zu, sondern
87 fördern nur den Aufwand der aufnehmenden Einsatzstellen."
- 88 **ÄA7 Juso-HSG Universität Köln: Übernommen**
- 89 Z. 87: Ersetze „Entwicklungshilfe“ durch „Entwicklungszusammenarbeit“
- 90 **ÄA8 Juso-HSG Hessen: Übernommen**
- 91 Setze in Z. 95 „Schwellen- und Entwicklungsländer“ in Anführungszeichen
- 92 **ÄA9 Juso-HSG Berlin: Übernommen**
- 93 Z. 123-125: Streiche „Grundsätzlich“ bis „denn“
- 94 **ÄA10 Juso-HSG Berlin: Übernommen**
- 95 Z. 124 und an allen anderen stellen: Ersetze „Arbeitskräfte“ durch „Personen“.
- 96 **ÄA11 Juso-HSG Berlin: Übernommen**
- 97 Z. 126: Ersetze „sie“ durch „diese Regelung“
- 98 **ÄA12 Juso-HSG Berlin: Übernommen**

99 Nach Z.142: Ergänze „Die Möglichkeit der Bewerbung für einen Freiwilligendienst mit weltwärts sollte
100 grundsätzlich allen Menschen offen stehen. Eine starre Altersuntergrenze ist aus verschiedenen, vor
101 allem rechtlichen Gründen notwendig. Die willkürliche Obergrenze schließt dagegen ohne eine solche
102 Begründung systematisch Menschen aus. Erfahrungen anderer Freiwilligendienstträger*innen zeigen,
103 dass auch ältere Menschen Interesse an Freiwilligendiensten haben – Recht auf Lebenslanges Lernen
104 heißt auch Berücksichtigung der Bewerbungen älterer Menschen für eine kritische Selbstreflexion und
105 eine Bewusstseinsweiterung durch einen Freiwilligendienst.“

106 **ÄA13 Juso-HSG Berlin: Übernommen**

107 Nach Z. 147: Ergänze „Einsatzstellen bleiben auch deshalb unbesetzt, weil die Barrierefreiheit der
108 weltwärts-Freiwilligendienste in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit nicht ausreichend und an den
109 richtigen Orten hervorgehoben wird. Eine Veränderung in der Ansprache von Menschen mit chronischen
110 Krankheit und/oder Behinderung muss mit dem Ausbau der Barrierefreiheit einhergehen.“

111 **ÄA14 Juso-HSG Niedersachsen: Übernommen**

112 Ergänze nach Zeile 170: Die ausgeführte Kritik an weltwärts lässt sich auch auf andere
113 Freiwilligendienste, wie IJFD oder kulturweit, ausweiten. Diese sind zwar nicht dezidiert
114 entwicklungspolitischen Freiwilligendienste, werden aber sehr häufig ebenfalls in Ländern des Globalen
115 Südens abgeleistet. Somit sollte ein kritischer Blick auch auf diese Programme gerichtet werden.

116 **ÄA15 Juso-HSG Berlin: Übernommen**

117 Nach Z. 174: Ergänze "Die Finanzierung von weltwärts trägt das Etikett „Entwicklungshilfe“. Eine ehrliche
118 Diskussion, inwieweit die Mittel eher in die Profilierung von Lebensläufen fließen, muss fortlaufend
119 geführt werden. Die Konsequenz dieser Diskussion wird eine Anpassung in der Finanzierungsstruktur
120 von weltwärts sein. "

121 **ÄA16 Juso-HSG Sachsen: Übernommen**

122 Füge ein in Z. 175 nach "Geber*innen-Nehmer*innen-Strukturen": "und damit das ökonomische
123 Ungleichgewicht zwischen Staaten des globalen Nordens und Südens"

124 **ÄA17 Juso-HSG Berlin: Übernommen**

125 Nach Z. 189: Ergänze „Aus einer kritischen Betrachtung der Dauer von weltwärts-Freiwilligendiensten
126 sollten längerfristige Dienste gestärkt hervorgehen. Sechs Monate inklusive Einarbeitungs- und
127 Urlaubszeit reichen nicht für eine intensive Auseinandersetzung im Einsatzland und bedeuten
128 vergleichsweise großen Aufwand für die aufnehmenden Einsatzstellen. Bewusstseinswandel statt
129 Freiwilligentourismus!“

130 **ÄA18 Juso-HSG Berlin: Übernommen**

131 Z. 197: Ersetze „gebraucht werden“ durch „sinnvoll sind und unterstützend wirken können“.

132 **ÄA19 Juso-HSG Kiel: Nicht Übernommen**

133 Einfügen als Unterpunkt Z.201: „Weltwärts sollte nicht missbraucht werden, um für die wirtschaftliche
134 Zusammenarbeit/ entwicklung und den kulturellen Austausch gedachte Gelder durch unnötig
135 ausgiebige Vor- und Nachbereitungsseminar o.Ä. in die deutsche Wirtschaft umzuleiten.“

136 Abstimmung: Abgelehnt

137 **ÄA20 Juso-HSG Berlin: Übernommen**

138 Nach Z. 203: Ergänze „Heterogenität meint auch Alter bzw. Generation. Eine Altersobergrenze als
139 Ausschlussgrenze für den Freiwilligendienst mit weltwärts zu definieren, schließt systematisch
140 Menschen aus. Gleichzeitig ist diese Grenze bei weltwärts im Vergleich besonders restriktiv. Die Grenze
141 von 28 Jahren sowie die von 35 Jahren für Menschen mit Behinderung und/oder chronischer Krankheit
142 sollte ersatzlos gestrichen werden. Bei der Zuweisung von Bewerber*innen zu Einsatzstellen sollte der
143 individuelle Einzelfall entscheiden.“

144 **ÄA21 Juso-HSG Berlin: Übernommen**

145 Streiche Z.208: „Junge“

146 **ÄA22 Juso-HSG Berlin: Übernommen**

147 Z. 213 - 215: Ersetze „die sich“ bis „zu ermöglichen“ durch: „Damit sie einen Internationalen
148 Freiwilligendienst als Option für sich erkennen können, braucht es neben einer Erhöhung der Mittel zum
149 Ausbau der Barrierefreiheit durch das BMZ vor allem eine Veränderung in der Information über
150 barrierefreie Freiwilligendienste.“

151

152 Der Antrag wird mit einer Enthaltung angenommen.

153

154 **Der Sitzungstag endet um 22:00 Uhr.**

155 **SAMSTAG, 16. NOVEMBER 2019**

156 Beginn: 9:00 Uhr

157 **TOP 4 | ANTRAGSBERATUNG**

158 **JUSO-HSGN NRW BRINGEN DEN ANTRAG W2 EIN.**

159 Der Antrag wird vorgestellt.

160 Es findet anschließend eine Generaldebatte statt, an die sich die Änderungsantragsdebatte anschließt.

161 **ÄA1: Juso-HSG Berlin: Übernommen**

162 Ergänze in Z. 5 vor "Hochschulen": "Ein Großteil der"

163 **ÄA2: Juso-HSG Berlin: Übernommen**

164 Z9: ergänze hinter "eingebunden werden?" "Wie können die zugrundeliegenden Forschungsdaten zur
165 eigenständigen Analyse frei verfügbar gemacht werden?"

166 **ÄA3: Juso-HSG Berlin: Übernommen**

167 Z12: ergänze vor "Projekten" "teilweise von Drittmittelgeber*innen geförderten"

168 **ÄA4: Juso-HSG Berlin: Übernommen**

169 Streiche von Z. 18 von "..., die zwar" bis Z. 19 "...gleich."

170 **ÄA5: Juso-HSG Berlin: Übernommen**

171 Ersetze Z. 27 „Zum“ bis Z. 28 „verbreitet durch: „zum anderen sind die verschiedenen Varianten des
172 Open Access-Publizierens und die verbundene Reputation auch abhängig von der Art der Publikation
173 und Fachrichtung. Während bspw. In der Informatik Open-Access-Konferenz-Proceedings als
174 Erstveröffentlichung bereits zur Reputation beitragen, ist dies in klassischen Geisteswissenschaften
175 weniger verbreitet. Auch die Möglichkeit der Open-Access Publikation als Zweitveröffentlichung ist
176 weniger verbreitet.“

177 **ÄA6: Juso-HSG Berlin: Übernommen**

178 Ersetze Z. 44 von „eine“ bis „publizieren“ durch: „Eine Verpflichtung zur Erstveröffentlichung von
179 Forschungsergebnissen und –daten in Verlagen in öffentlicher Trägerschaft, wie Universitäts- oder
180 Fachgesellschaftsverlagen“

181 **ÄA7: Juso-HSG Berlin: Übernommen**

182 Ersetze in Z. 55 „Richtlinie“ durch „Verordnung“

183 **ÄA8: Juso-HSG Berlin: Übernommen**

184 Z66: streiche "privat"

185 **ÄA9: Juso-HSG Berlin: Übernommen**

186 Z. 71: streiche "privat"

187 **ÄA10: Juso-HSG Hessen: Übernommen**

188 Z.80 Ersetze “Entwicklungs-und Schwellenländer” durch “außerhalb dieser Industrieländer”

189 **ÄA11: Juso-HSG Hessen: Übernommen**

190 Z.87 Streichung “unserer Meinung”

191

192 Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

193 **JUSO-HSG GIEßEN BRINGT DEN ANTRAG E2 EIN.**

194 Der Antrag wird vorgestellt.

195 Es findet anschließend eine Generaldebatte statt, an die sich die Änderungsantragsdebatte anschließt.

196 **ÄA1: Juso-HSG Hessen: Übernommen**

197 In Z. 7 nach „Frieden“ einfügen: in Europa

198 **ÄA2: Juso-HSG Sachsen: Übernommen**

199 Füge ein in Z.22 nach „sorgen“: „Großbritannien muss auch nach dem Brexit in das Erasmus+-Programm
200 einbezogen werden. Wir wollen jungen Menschen die europäische Perspektive erhalten, auch und
201 besonders in Großbritannien.“

202 **ÄA3: Juso-HSG Sachsen: Übernommen**

203 Füge ein nach Z. 48, neuer Absatz: „**Repräsentation von ausländischen Studierenden.** Das Leben auf
204 dem Campus wird von allen Studierenden gestaltet. Dies beinhaltet Engagement in studentischen

205 Vereinigungen jeglicher Art, egal ob diese nun sportlich, kulturell, politisch etc geprägt sind. Wenig
206 überraschender Weise liegt studentische Selbstverwaltung meist in der Hand von Studierenden, die die
207 deutsche Sprache sehr gut sprechen. Dies hat zur Folge, dass Studierende, die auf Englisch in der
208 Kommunikation angewiesen sind, kaum Möglichkeiten haben, bspw. aktiv an Studien – und
209 Prüfungsordnungen mitzuarbeiten, Vorschläge zur Verbesserung der Mensaeessen einzubringen oder
210 wahrnehmbare Kritik an Hochschulgesetzen zu äußern. Es ist deshalb von Nöten, dass ausländische
211 Studierende Gehör in den studentischen Selbstverwaltungen erhalten. Ein Vorschlag, um diese
212 Forderung zu erfüllen wäre, dass alle ausländischen Studierenden eine festgelegte Anzahl an Personen
213 aus ihren Reihen in die Gremien der studentischen Selbstverwaltung zu wählen. Praktisch würden diese
214 gewählten Personen über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen müssen, um in den Gremien
215 produktiv sein zu können. Alternativ unterstützen wir die Wahl einer Ausländischen
216 Studierendenvertretung (ASV), die als autonomes Referat an die jeweiligen
217 Asten/Studierendenvertretungen angeschlossen werden.

218 **Bleibperspektiven und Sicherheiten schaffen.**

219 Internationale Studierende brauchen vor allem Sicherheit, wie sie ihr Leben nach dem Studium in
220 Deutschland fortsetzen können. Verunsicherung bezüglich Erfüllung von Visakriterien stellt sich schon
221 unmittelbar vor dem Abschluss ein, welches Visum zu beantragen ist, ob bei freiberuflicher Tätigkeit der
222 Mindestverdienst für ein Arbeitsvisum eingehalten wird, und vieles mehr. Wir wollen, dass Studierende
223 unabhängig von ihren Abschlüssen oder dem Studium nachfolgenden Beschäftigungen ein Visum mit
224 dauerhaften Aufenthalt nach dem Studienabschluss zur Verfügung gestellt bekommen, um zumindest
225 dieses bürokratische Hindernis aus dem Weg zu räumen, und es den Studierenden möglich zu machen,
226 in Deutschland ein soziales Netz ohne Trennungsangst durch Visumsablehnung aufzubauen. Ohne
227 Bleibperspektiven bleibt gewollte Repräsentation von internationalen Studierenden eine Farce, da ihr
228 Engagement und Leben in Deutschland mit Wertschätzung aufgewogen werden muss, welche einen
229 garantierten unbefristeten Aufenthalt mindestens beinhaltet.“

230 **ÄA4: Juso-HSG Niedersachsen: Zurückgezogen**

231 Ergänze nach Zeile 48: An vielen Hochschulen gibt es mit den Ausländischen/ Internationalen
232 Studierendenräten oder entsprechenden AStA-Referaten bereits Vertretungen und Ansprechpersonen
233 für ausländische/ internationale Studierende. Ihre Arbeit wollen wir bekannter machen und eine bessere
234 Vernetzung mit den Studierendenparlamenten und -räten herstellen.

235 **ÄA5: Juso-HSG Düsseldorf: Übernommen**

236 Ergänze nach Z. 48 „Um eine Angleichung der Selbstverwaltungskulturen in Europa zu erreichen und
237 allen Studierenden einen demokratischen Zugang zu ihren Hochschulen zu ermöglichen brauchte es
238 eine europäische Richtlinie, die Standards der studentischen Selbstverwaltung festlegt, die jedoch in
239 keinem Mitgliedsstaat eine Absenkung der Mitbestimmung zur Folge haben darf.“

240 **ÄA6: Juso-HSG Münster: Übernommen**

241 Ergänze in Zeile 56 hinter „Universitäten“: „z.B durch Fachschaften“.

242 **ÄA7: Juso-HSG Sachsen: Übernommen**

243 Ergänze in Z. 84 nach „werden“: „Großbritannien soll weiter in das Programm einbezogen werden“

244 **ÄA8: Juso-HSG Düsseldorf: Übernommen**

245 Ergänze in Z. 84 nach „werden“: „Hierzu soll im nächsten mehrjährigen Finanzplan der EU eine
246 Verdreifachung der Mittel für das Erasmus+-Programm vorgesehen werden und im aktuellen
247 mehrjährigen Finanzplan Möglichkeiten gefunden werden, um die Mittel früher zu erhöhen.“

248 **ÄA9: Juso-HSG Berlin: Übernommen**

249 ergänze Z. 88 hinter "offline": ",zudem in englischer Sprache,"

250 **ÄA10: Juso-HSG Düsseldorf: Übernommen**

251 Ergänze nach Z. 97: „Eine europäische Richtlinie zur studentischen Selbstverwaltung, die in keinem
252 Mitgliedsstaat Standards absenken darf.“

253 **ÄA11: Juso-HSG Saar: Übernommen**

254 Ergänze im ganzen Antrag nach „englisch“: „Französisch“

255

256 Der Antrag wird bei wenigen Enthaltungen angenommen.

257 **DER BUNDESVORSTAND BRINGT DEN ANTRAG O1 EIN.**

258 Der Antrag wird vorgestellt.

259 Es findet anschließend eine Generaldebatte statt, an die sich die Änderungsantragsdebatte anschließt.

260 **ÄA1: Juso-HSG Köln: Übernommen**

261 *Die Leitlinien sollen einheitlich und umfassend gegendert werden.*

262 **ÄA2: Juso-HSG Hamburg: Nicht Übernommen**

263 Z. 44 Ersetze „vier“ durch „zwei“

264 Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

265 **ÄA3: Juso-HSG Baden-Württemberg: Nicht Übernommen**

266 Ersetze ab Z. 71 bis Z. 77 „Treffen teilnehmen.“ durch „Neben dem Bundeskoordinierungstreffen findet
267 jedes Jahr im Sommersemester eine Bundesdelegiertenkonferenz statt. Bis zu zwei Delegierte, welche
268 durch ihren jeweiligen Landesverband gewählt sind, können als quotierte Delegation an dieser
269 Konferenz teilnehmen.“

270 Abstimmung: Abgelehnt

271 **ÄA4: Juso-HSG Baden-Württemberg: Nicht Übernommen**

272 Ersetze ab Z. 74 „Anträge, welche...“ bis Z. 77 „zu fassen.“ durch „Anträge, welche nicht während des
273 Bundeskoordinierungstreffens behandelt werden konnten, behandelt die Konferenz der
274 Landeskoordinationen.“

275 Abstimmung: Abgelehnt

276

277 Der Antrag wird bei fünf Enthaltungen mit der erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheit angenommen.

278 **TOP | VERLÄNGERUNG DER AMTSZEITEN DER BUNDESGESCHÄFTSFÜHRUNG UND DER ASK**

279 Es wird vorgeschlagen, die Amtszeiten der Bundesgeschäftsführung und der ASK bis zum nächsten BKT
280 zu verlängern. Danach gelten die gültigen Amtszeiten der Leitlinien.

281 Es wird vorgeschlagen beide Abstimmungen per Akklamation durchzuführen.

282 Das BKT stimmt dem zu.

283 Die Amtszeit der BGF wird einstimmig entsprechend verlängert.

284 Die Amtszeit der ASK wird einstimmig entsprechend verlängert.

285 **TOP 5A) GLEICHSTELLUNGSBERICHT DES BUNDESVORSTANDES**

286 Ann-Kathrin Zierau stellt den Gleichstellungsbericht der Juso-Hochschulgruppen vor.

287 **TOP 5B) RECHENSCHAFTSBERICHT UND ENTLASTUNG DES BUNDESVORSTANDES**

288 Der Rechenschaftsbericht wird von Tabea Häberle für den Bundesvorstand vorgestellt.

289 Nach kurzer Aussprache wird der Bundesvorstand auf Antrag einstimmig entlastet.

290 **TOP 4 | ANTRAGSBERATUNG**

291 **DER BUNDESVORSTAND BRINGT DEN ANTRAG A1 (ARBEITSPROGRAMM) EIN.**

292 Der Antrag wird vorgestellt.

293 Es findet anschließend eine Generaldebatte statt, an die sich die Änderungsantragsdebatte anschließt.

294 **ÄA1: Juso-HSG Berlin: Übernommen**

295 Z. 7f: Ersetze "progressive Bildungs- und Gesellschaftspolitik" durch "emanzipatorische Bildungs- und
296 progressive Gesellschaftspolitik"

297 **ÄA2: Juso-HSG Rostock: Übernommen**

298 Z. 15 Ersetze „und akademischen Selbstverwaltung“ durch „Selbstverwaltung (wie ASten, StuPas,
299 Fachschaftsräte) und akademischen Selbstverwaltung (wie Senate, Fakultätsräte, Rektorate,
300 Präsidien)“

301 **ÄA3: Juso-HSG Berlin: Übernommen**

302 Z. 46 Ersetze "alters- und elternunabhängig" durch "alters-, eltern-, ehepartner*innen- und
303 einkommensunabhängig"

304 **ÄA4: Juso-HSG Tübingen: Nicht Übernommen**

305 Füge in Z.84/85 zwischen „Um auch an den Hochschulen Gleichstellung zu erreichen, fordern wir
306 weiterhin eine...“ und „Frauen*quote von mindestens 50% auf allen Stufen der wissenschaftlichen
307 Karriere“ das Wort „relative“ ein.

308 Abstimmung: Abgelehnt

309 **ÄA5: Juso-HSG Berlin: Übernommen**

310 Z. 90 ergänze vor "junge Studierende" "- insbesondere männliche -"

311 **ÄA6: Juso-HSG Münster: Übernommen**

312 Ergänze nach Z. 96: „Wir kämpfen gegen jeden Antisemitismus! Dieser ist noch immer tief in der
313 Gesellschaft verwurzelt und tritt dieser Tage wieder offen hervor. In welchem Kontext auch immer uns
314 Antisemitismus begegnet, wir lassen ihn niemals unwidersprochen. So engagieren wir uns nicht nur
315 gegen völkisches und nationalistisches Denken. Auch außerhalb dieses Spektrums, insb. In linken
316 Kreisen und in der Hochschullandschaft, decken wir den Antisemitismus z.B. von Vertreter*innen der
317 BDS-Bewegung auf und stellen uns ihm vehement entgegen. Wir solidarisieren uns mit unseren
318 Kommiliton*innen und mit allen Menschen, welche aufgrund ihres jüdisch-Seins Diskriminierung und
319 Gewalt erfahren. Wir suchen den Austausch mit jüdischen Studierendengruppen und –organisationen,
320 wie beispielsweise der JSUD.“

321 **ÄA7: Juso-HSG Rostock: Übernommen**

322 Z. 109 Füge ein hinter „jederzeit hinterfragen“: „, durch den Bundesvorstand lokal stärken“

323 **ÄA8: Juso-HSG Tübingen: Nicht Übernommen**

324 Ergänze in Z. 113 nach „Verband erreichen“: „während wir auf der anderen Seite durch Stabilität unserer
325 Meinungen zu einer Entschleunigung dieses Prozesses beitragen wollen

326 Abstimmung: Abgelehnt

327 **ÄA9: Juso-HSG Berlin: Übernommen**

328 Z. 124ff.: Nach „hier sollen sich“: „Hochschulgrüpler*innen miteinander vernetzen und mit Hilfe von
329 Best-Practice-Formaten über akademische und studentische Selbstverwaltung austauschen.“

330 **ÄA10: Juso-HSG Berlin: Übernommen**

331 Füge ein in Z. 153 nach "soziale": ",emanzipatorische"

332 **ÄA11: Juso-HSG Berlin: Übernommen**

333 Z. 160 Ersetze "eltern- und altersunabhängige" durch "alters-, eltern-, ehedpartner*innen- und
334 einkommensunabhängige"

335 **ÄA12: Juso-HSG Berlin: Übernommen**

336 Z. 167 Ergänze nach "... in der Gesellschaft zu etablieren": "und uns aktiv am Aufbau gewerkschaftlicher
337 Strukturen zu beteiligen"

338 **ÄA13: Juso-HSG Rostock: Übernommen (Kompromiss)**

339 Ergänze in Z. 167/168 nach „CampusGrün“: „sowie weiteren progressiven hochschulpolitischen und
340 politischen Jugendverbänden“

341 **ÄA14: Juso-HSG Rostock: Übernommen**

342 Z. 168 Füge ein nach „kooperieren.“: „Desweiteren setzen wir die gute Zusammenarbeit mit der
343 Jüdischen Studierendunion fort, um gemeinsam gegen Antisemitismus an den Hochschulen zu
344 kämpfen.

345 **ÄA15: Juso-HSG Berlin: Übernommen**

346 Z. 174 Ergänze nach "YES": "als Teil von IUSY"

347 **ÄA16: Juso-HSG Berlin: Übernommen**

348 Z. 178 Ersetze "jünger und weiblicher" durch "jünger, weiblicher und sozialer"

349 **ÄA17: Juso-HSG Berlin: Übernommen**

350 Z. 181 Ergänze nach "intensiv": "und kritisch"

351 **ÄA18: Juso-HSG Berlin: Übernommen**

352 Füge ein in Z. 182 nach "solidarischen": ",demokratischen".

353

354 Der Antrag wird bei einer Gegenstimme angenommen.

355 **TOP 6 | WAHL DES BUNDESVORSTANDES**

356 Zum Bundesvorstand liegen sieben Kandidaturen vor. Die anwesenden Kandidat*innen stellen sich vor.
357 Es folgt eine Befragung.

358 Das Präsidium erklärt das Verfahren zur Wahl. Das BKT beschließt mehrheitlich, die Anzahl der
359 Mitglieder des Bundesvorstandes auf 7 festzulegen. Es folgt der Wahlgang.

360 Wahlergebnis: abgegebene Stimmen: 48, davon 47 gültig, 1 ungültig.

361 Johanna Dangloffist mit 41 Stimmen gewählt und nimmt die Wahl an.

362 Laura Clarissa Loew ist mit 45 Stimmen gewählt und nimmt die Wahl an.

363 Jule Miklis ist mit 42 Stimmen gewählt und nimmt die Wahl an.

364 Oliver Nerger ist mit 45 Stimmen gewählt und nimmt die Wahl an.

365 Charlotte Sonneborn ist mit 43 Stimmen gewählt und nimmt die Wahl an.

366 Lukas Marvin Thum ist mit 38 Stimmen gewählt und nimmt die Wahl an.

367 Benjamin Weiss ist mit 40 Stimmen gewählt und nimmt die Wahl an.

368 **TOP 4 | ANTRAGSBERATUNG**

369 **JUSO-HSGN HESSEN BRINGT DEN ANTRAG F1 EIN.**

370 Der Antrag wird vorgestellt.

371 Es findet anschließend eine Generaldebatte statt, an die sich die Änderungsantragsdebatte anschließt.

372 **ÄA1: Juso-HSG Bochum: Übernommen**

373 Ersetze in Z. 10 „bis hin zu“ durch „und“

374 **ÄA2: Juso-HSG Bochum: Übernommen**

375 Streiche in Z. 56 die Klammern

376 **ÄA3: Juso-HSGn Sachsen: Übernommen**

377 Ersetze Z. 70 "Männlichkeit" bis Z. 71 "existiert" durch "Männlichkeit ist ein soziales Konstrukt, welches
378 auf einem System der binären Geschlechterbeziehungen basiert und außerhalb dieses nicht auf die
379 gleiche Weise existieren könnte."

380 **ÄA4: Juso-HSG Bochum: Übernommen**

381 Streiche in Z. 83 die Klammern

382 **ÄA5: Juso-HSG Bochum: Übernommen**

383 Ersetze in Z. 120 „Opfer“ durch „Betroffene“

384 **ÄA6: Juso-HSGn Sachsen: Übernommen**

385 Streiche Z. 130-133

386

387 Der Antrag wird bei einer Enthaltung angenommen.

388 **Juso-HSG FU BERLIN BRINGT DEN ANTRAG F2 EIN.**

389 Der Antrag wird vorgestellt.

390 Es findet anschließend eine Generaldebatte statt, an die sich die Änderungsantragsdebatte anschließt.

391 **ÄA1: Juso-HSGn Hessen: Übernommen**

392 Titel Ersetze "Gender und Diversity" durch "feministische Perspektiven und
393 Antidiskriminierungsstrategien"

394 **ÄA2: Juso-HSGn Hessen: Übernommen**

395 Z.15-16 Ersetze ab "die keine.." bis Z 16 "reproduzieren" durch "aufgrund von Zuschreibungen anderer
396 auf vielfältige Art und Weise"

397 **ÄA3: Juso-HSGn Sachsen: Übernommen**

398 Ersetze in Z. 17-18 ab "ein hohes" bis "Auswirkungen" durch: "pädagogische Fähigkeiten, solche
399 Situationen zu erkennen und angemessen zu lösen. Dazu ist für Lehrer*innen umfassendes Wissen über
400 die Hintergründe von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit notwendig."

401 **ÄA4: Juso-HSGn Hessen: Übernommen**

402 Z.22, 31, 36, 146, 149, 172, 180-181 Ersetze "Themen Gender und Diversity" durch "feministische
403 Perspektiven und Antidiskriminierungsstrategien"

404 **ÄA5: Juso-HSGn Hessen: Übernommen**

405 Z.25 Füge vor "Gendermainstreaming..." ein "Schlagworte wie"

406 **ÄA6: Juso-HSGn Sachsen: Übernommen**

407 Ersetze in Z. 37 f. ab "den Beginn" bis "Reflektionsprozesses." durch "essentiellen Baustein für die
408 Vorbereitung der Lehrkräfte auf gesellschaftliche Konflikte und Diskriminierungsformen, die sich auch
409 in der Schüler*innenschaft widerspiegeln."

- 410 **ÄA7: Juso-HSGn Sachsen: Übernommen**
- 411 Ersetze in Z. 42 „vermeintlichen“ durch „falsch zugeschriebenen“.
- 412 **ÄA8: Juso-HSGn Sachsen: Übernommen**
- 413 Streiche in Z. 42 „wird häufiger“ bis Z. 43 „Kopftuch“.
- 414 **ÄA9: Juso-HSGn Hessen: Übernommen**
- 415 Z.46 Füge zwischen "sind" und "auf" folgendes ein: "auch, aber nicht nur"
- 416 **ÄA10: Juso-HSGn Hessen: Übernommen**
- 417 Z.50 Ersetze "Chancengleichheit" durch „Chancengerechtigkeit“
- 418 **ÄA11: Juso-HSGn Hessen: Übernommen**
- 419 Z.69 Ersetze "Rassismus, Sexismus und weitere -ismen" durch "Ausgrenzung; Verfolgung und
420 Diskriminierung aufgrund konstruierter Zuschreibungen"
- 421 **ÄA12: Juso-HSGn Hessen: Übernommen**
- 422 Streiche in Z. 78 „ohne Anleitung“
- 423 **ÄA13: Juso-HSGn Sachsen: Angenommen**
- 424 Streiche in Z. 79f "zumal" bis "können"
- 425 **ÄA14: Juso-HSGn Hessen: Übernommen**
- 426 Z. 86 Ersetze "Mikroaggression" durch "Alltagsdiskriminierung"
- 427 **ÄA15: Juso-HSGn Hessen: Übernommen**
- 428 Z. 95 Ersetze "Diversity" durch "Vielfalt"
- 429 **ÄA16: Juso-HSGn Hessen: Übernommen**
- 430 Z.110-111 Streiche "wie etwa eine vorsichtige Abwendung vom rein christlich dominierten
431 Religionsunterricht oder der Hinweis dass "auch Mädchen Fussball spielen können"
- 432 **ÄA17: Juso-HSGn Hessen: Übernommen**
- 433 Z.117-118 Ersetze "Pflichtlektüre" bis " kann nicht universell sein" durch "Bei der Auswahl von Literatur
434 ist auf ein vielfältiges Angebot jenseits der "deutschen Klassiker" zurückzugreifen und darüber hinaus
435 jedes Werk kritisch einzuordnen sowie gerade bei Belletristik die Subjektivität der Autor*innen zu
436 betonen"
- 437 **ÄA18: Juso-HSGn Hessen: Übernommen**
- 438 Z.121 Ersetze "Gender und Diversity-Kompetenzen" durch "feministische Perspektiven und
439 Antidiskriminierungskompetenzen"
- 440 **ÄA19: Juso-HSGn Hessen: Übernommen**
- 441 Z.123 Ersetze "diskriminierungsfrei" durch "diskriminierungsarm"

442 **ÄA20: Juso-HSGn Sachsen: Übernommen**

443 Ersetze Z. 127 "Normalitätskonstruktionen und Diskriminierung" durch "die gesellschaftlichen
444 Hintergründe von Diskriminierung"

445 **ÄA21: Juso-HSGn Sachsen: Übernommen**

446 Ersetze Z. 136 "welche gewaltvolle" bis "strukturieren" durch "wie sich die ökonomische und soziale
447 Ausbeutung der ehemaligen Kolonien auch heute noch auf die Beziehungen zu und den Blick auf Länder
448 des globalen Südens auswirken."

449 **ÄA22: Juso-HSGn Hessen: Übernommen**

450 Z.144 Ersetze "das" durch "ein"

451 **ÄA23: Juso-HSGn Hessen: Übernommen**

452 Z.154 Füge danach ein "Weiterhin müssen die Hochschulen diese Inhalte auch über Fortbildung für im
453 Beruf stehenden Lehrer*innen anbieten, sodass diese neuen Erkenntnisse auch die erreicht, die bereits
454 seit vielen Jahren Schüler*innen ausbilden. In einer sich ständig verändernden Gesellschaft muss diese
455 aktuelle Forschung auch in die laufende Schulpraxis getragen werden, sodass alle Generationen von
456 Lehrer*innen Schüler*innen für feministische Perspektiven und Antidiskriminierungsstrategien mit
457 aktuellen didaktischen Methoden sensibilisieren können.

458 **ÄA24: Juso-HSGn Hessen: Übernommen**

459 Z.172: Ersetze „Gender- und Diversity Konzepte behandeln und dabei insbesondere“ durch
460 „feministische Perspektiven und Antidiskriminierungsstrategien behandeln und“.

461 **ÄA25: Juso-HSGn Sachsen: Übernommen**

462 Ersetze Z. 178 „anregen“ durch „sowie gesellschaftliche Normen, Stereotypen und Vorurteile anregen
463 und Schüler*innen ermuntern diskriminierende Verhaltensweisen nicht als Norm zu akzeptieren,
464 sondern sich gegen diese auszusprechen.“

465 **ÄA26: Juso-HSG Münster: Übernommen**

466 Füge ein in Z. 182 hinter „Queer History Month“ „in Berlin“.

467 **ÄA27 Juso-HSG Münster: Übernommen**

468 Ergänze in Z. 182 nach „Hinweisen“ „und die Zusammenarbeit mit bzw. Unterstützung durch Stiftungen
469 und Initiativen suchen, welche sich dem Kampf gegen Diskriminierung verschrieben haben. In diesem
470 Kontext ist es unerlässlich, für eine auskömmliche Finanzierung solcher Einrichtungen zu streiten.
471 Politische Tendenzen, die dem entgegenwirken, lehnen wir ab.“

472 **ÄA28: Juso-HSGn Sachsen: Übernommen**

473 Ersetze Z. 189 "muss" bis "Perspektiven" durch "müssen selbstverständlich auch feministische Aspekte
474 und vielfältige Perspektiven"

475 **ÄA29 Juso-HSG Münster: Übernommen**

476 Füge ein in Z. 190 nach „Lehrveranstaltungen“ „aller Fachrichtungen“.

477

478 Der Antrag wird einstimmig angenommen.

479 **JUSO-HSGN NRW BRINGT DEN ANTRAG H1 EIN.**

480 Der Antrag wird vorgestellt.

481 Es findet anschließend eine Generaldebatte statt, an die sich die Änderungsantragsdebatte anschließt.

482 **ÄA1: Juso-HSG Freiburg: Übernommen**

483 Ersetze in Z. 27 „Neben der“ bis „gefördert werden“ durch „Hochschulen in Deutschland sind massiv
484 unterfinanziert. Die Grundfinanzierung ist an allen Hochschulen zu niedrig. Digitalisierung, Infrastruktur,
485 prekäre Arbeitsbedingungen und überfüllte Veranstaltungen sind nur einige Stellen, an denen dies
486 täglich zu sehen ist. Wo nicht einmal das finanzielle Grundniveau an allen Hochschulen gesichert
487 werden kann, ist es ein falscher Schritt verfügbares Geld in einige wenige, vermeintlich „exzellente“
488 Universitäten zu investieren. Weiterhin (...)“.

489 **ÄA2: Juso-HSG Magdeburg: Übernommen**

490 Ergänze nach Z. 32 nach „Lebensverhältnisse“ „Des Weiteren wird ein Konkurrenzkampf zwischen
491 Universitäten und Hochschulen gefördert und interdisziplinäre und Hochschulübergreifende Forschung
492 dadurch verhindert.“

493 **ÄA3: Juso-HSG Freiburg: Übernommen**

494 Füge ein hinter Z. 35 „abgeschafft werden“ „Mittelfristig wird dies zu einem Zwei-Klassensystem
495 deutscher Hochschulen führen. Es steht zu befürchten, dass auch das Studium an nicht „exzellenten“
496 Hochschulen zweitklassig wird und, dass dort erlangte Abschlüsse weniger Wert sind. Das ist eine
497 Entwicklung, die zu verhindern ist.“

498 **ÄA4: Juso-HSG Freiburg: Übernommen**

499 Füge als neuen Absatz ein nach Z. 39 „Zudem geht das Konzept von einzelnen Exzellenzuniversitäten
500 vollkommen am deutschen Bildungssystem vorbei. Die Stärke im vorliegenden System liegt
501 insbesondere in der Breite, in vielen besonders guten Fakultäten und Fachbereichen an vielen
502 verschiedenen Universitäten. Die Exzellenzstrategie ist hier besonders destruktiv.“

503 **ÄA 5: Juso-HSG Tübingen: Übernommen**

504 Ersetze in Z. 41 „Finanzierung“ durch „Grundfinanzierung“.

505 **ÄA6: Juso-HSGn Niedersachsen Übernommen**

506 Ergänze in Z. 46 nach „übernehmen“ „und dementsprechend handeln.“

507 **ÄA 7: Juso-HSG Tübingen: Übernommen**

508 Füge ein nach Z. 47 „Erst nach einer soliden Grundfinanzierung aller Hochschulen sollte über
509 Spitzenförderung nachgedacht werden.“

510 **ÄA 8: Juso-HSG Freiburg: Übernommen**

511 Füge ein als neuen Absatz nach Z. 47 „Genau darum muss das Konzept Exzellenzstrategie erst politisch
512 neu diskutiert und dann abgeschafft werden. Um entstehende Ungleichheiten zu verhindern, um das
513 Geld dort zu investieren, wo es gebraucht wird, nicht dort wo es glänzt, um zu verhindern, dass
514 Hochschulen in ewiger Vorbereitung auf den Exzellenzwettbewerb untergehen, soll die

515 Exzellenzstrategie durch ein gerechtes, solidarisches Fördersystem abgelöst werden. Gerade jetzt, wo
516 der aktuelle Wettbewerb zu Ende gegangen ist, ist der Zeitpunkt diese Diskussion zu führen, ohne, dass
517 jemand befürchten muss die Wettbewerbsentscheidung zu beeinflussen.“

518

519 Der Antrag wird einstimmig angenommen.

520 **TOP 7 | BESTÄTIGUNG VON NOMINIERUNGEN**

521 Auf Vorschlag des Bundesvorstands soll

522 Laura Clarissa Loew für den Juso-Bundesvorstand kooptiert werden

523 Lukas Thum in den SPD-Parteivorstand entsendet werden

524 und

525 Oliver Nerger in die AG BF der SPD-Bundestagsfraktion entsendet werden

526 Das BKT bestätigt einstimmig.

527 **TOP 4 | ANTRAGSBERATUNG**

528 **DIE ARBEITSGEMEINSCHAFT NACHHALTIGKEIT BRINGT STELLVERTRETEND FÜR DEN BUNDESVORSTAND DEN ANTRAG** 529 **U1 EIN.**

530 Der Antrag wird vorgestellt.

531 Es findet anschließend eine Generaldebatte statt, an die sich die Änderungsantragsdebatte anschließt.

532 **ÄA1: Juso-HSGN Berlin: Übernommen**

533 Ergänze in Z. 202 f. nach "an einer Hochschule": "...",was kritisch zu betrachten ist. Es ist entscheidend,
534 in der Hochschulausbildung ein ökologisches und solidarisches Bewusstsein zu entwickeln."

535 **ÄA2: Juso-HSGN Berlin: Übernommen**

536 Ergänze in Z. 263 nach "aus den Augen zu verlieren.": Wir müssen beachten, dass Subventionierungen
537 von Lebensmittelherstellung zu einem erhöhten Export insbesondere in Ländern des globalen Südens
538 führen können und dadurch hohe Klimakosten auf mehreren Ebenen verursacht werden. Importierte
539 Lebensmittel können dort so günstig angeboten werden, dass sie den Preis der durch lokale
540 Landwirtschaft erzeugten Lebensmittel deutlich unterschreiten. Dadurch wird lokale, meist
541 klimafreundlichere Landwirtschaft verdrängt und die Menschen vor Ort werden ihrer Existenzgrundlage
542 beraubt."

543 **ÄA3: Juso-HSGN Berlin: Übernommen**

544 Ersetze Absatz von Z. 264 bis Z. 269 mit "Die Relevanz der internationalen Perspektive erkennt man vor
545 allem daran, dass die CO2-Ausstoß Bilanzen von Ländern des globalen Nordens häufig dahingehend
546 geschönt sind, dass durch hohen Import von Gütern und Export von Abfallgütern die großen CO2
547 Emissionsursachen "outgesourced" worden sind. Hier ist der sonst irreführende CO2 Fußabdruck als
548 gutes Messkriterium anzuwenden

549 **ÄA4: Juso-HSG Tübingen: Übernommen**

550 Z.310 streiche „eine ungefähre“ und ersetze es durch „eine“

- 551
- 552 Der Antrag wird einstimmig angenommen.
- 553 **DIE JUSO-HSGN SACHSEN BRINGEN DEN ANTRAG U4 EIN.**
- 554 Der Antrag wird vorgestellt.
- 555 Es findet anschließend eine Generaldebatte statt, an die sich die Änderungsantragsdebatte anschließt.
- 556 **ÄA1: Juso-HSGN Sachsen: Übernommen**
- 557 Ersetze im gesamten Antragstext „emissionsfrei“ bzw. „Emissionsfreiheit“ durch: „klimaneutral“ bzw.
558 „Klimaneutralität“.
- 559 **ÄA2: Juso-HSGN Hessen: Übernommen**
- 560 füge ein nach Z.7 "Nachbarland." einen weiteren Absatz: "Zudem gilt: Mobilität ist Grundrecht. Arbeit,
561 Schule, Uni, aber auch Supermärkte oder ein Kino muss physisch erreichbar sein. Für Teilhabe an der
562 Gesellschaft ist Mobilität ein Muss. Wir müssen also nachhaltig soziale Strategien finden, die allen diese
563 Teilhabe ermöglicht.
- 564 **ÄA3: Juso-HSGN Hessen: Übernommen**
- 565 füge ein hinter Z.31 "abgelaufen." "Zumindest aus der Perspektive der Finanzministerien. Diese
566 Mobilitätswende wird teuer. Für die Endverbraucher*innen kann es dagegen bequem werden. Es muss
567 weniger Auto gefahren werden, stattdessen können Pendler*innen im Zug schlafen, Radfahren wird
568 sicherer und verknüpfte Verkehrsplanung wird einfacher zugänglich."
- 569 **ÄA4: Juso-HSGN Hessen: Übernommen**
- 570 füge neuen Absatz ein hinter Z.44 "Damit einher geht unumgänglich die Frage danach, wie
571 Mobilitätskonzepte der Zukunft gestaltet werden können. Klimaneutrale Mobilität kann jedoch nur
572 gelingen, wenn ein Umstieg vom Individualverkehr hin zur Nutzung von gemeinschaftlichen
573 Fortbewegungsmitteln (Bus, Bahn etc.) stattfindet. Um wirkliche eine klimaneutrale Mobilität zu
574 erreichen, ist es jedoch essentiell genau darauf zu achten woher die Bus- & Bahnunternehmen ihren
575 Strom beziehen oder welche Antriebsformen (z.B. Dieselmotoren) genutzt wird. Die Bahn, die bspw. mit
576 "100 % Ökostrom" wirbt, kam 2018 nur auf einen Anteil von 57% Strom aus erneuerbaren Energien.
577 Verkehrsunternehmen müssen in die Pflicht genommen werden auf Strom aus Kohle-, Gas- und
578 Kernenergie zu verzichten. Zudem ist es zwingend nötig, dass der öffentliche Personenverkehr durch
579 staatliche Subventionen in der Klimaneutralität unterstützt wird."
- 580 **ÄA5: Juso-HSGN Sachsen: Übernommen**
- 581 Ersetze in Z. 54: „kein“ durch: „weniger“.
- 582 **ÄA6: Juso-HSGN Hessen: Übernommen**
- 583 Ergänze nach Z.65 ".. Zu sein." folgendes „Dabei muss jedoch auch die soziale Perspektive mitgedacht
584 werden und Menschen auf dem Land eine Teilkompensation der Abgabe ermöglicht werden.“
- 585 **ÄA7: Juso-HSGN Berlin: Übernommen**
- 586 Z70-71: streichen
- 587 **ÄA8: Juso-HSGN Hessen: Übernommen**

588 Ersetze Z. 83 – 97 durch:

589 „Wir fordern insbesondere die Abschaffung der folgenden Subventionen:

- 590 • 7,4 Mrd. Euro für Steuervergünstigungen für Dieselmotoren
- 591 • 5,1 Mrd. Euro für die vollständige Energiesteuerbefreiung von Kerosin (davon 0,5 Mrd. Euro für
592 Flüge im nationalen & 6,6 Mrd. Euro im internationalen Raum)
- 593 • 5,8 Mrd. Euro für die vollständige Mehrwertsteuerbefreiung internationaler Flüge

594 Des Weiteren muss die Pendler*innenpauschale dringend reformiert werden. Um auch
595 Geringverdiener*innen in die Begünstigungen miteinzubeziehen, muss sie von einer steuerlichen
596 Subvention zu einer Kompensationszahlung werden. Die einfache Abschaffung der
597 Pendler*innenpauschale würde weder der Komplexität des Wohnungsmarktes, noch der Realität des
598 Mangels an einem flächendeckend gut ausgebauten ÖPV und ÖPNV gerecht. Mittelfristig muss auch
599 die Pendler*innenpauschale als Mittel zur Überwindung des motorisierten Individualverkehrs begriffen
600 werden.“

601 **ÄA9: Juso-HSGN Berlin: Erledigt durch ÄA8**

602 Z86-87: ersetze “und auch andere, weniger umwelt-gesundheitsschädliche Technologie, im Wettbewerb
603 benachteiligt” durch “und somit eine der gesundheitsschädlichsten Technologien im Vergleich zu
604 schonenderen Alternativen bevorzugt.”

605 **ÄA10: Juso-HSGN Berlin: Erledigt durch ÄA8**

606 Z97: ersetze “ohne Doppelbesteuerung” durch “einer gerechten Besteuerung”

607 **ÄA 10a: Juso-HSGN Berlin: Übernommen**

608 Ergänze nach Z.97: „– 3.1Mrd. Euro für das Dienstwagenprivileg – 85,7% der besonders
609 umweltschädlichen Oberklassenwagen wurden 2018 auf Firmen zugelassen. Diese können
610 Anschaffungspreise und Spritkosten vollständig von der Steuer absetzen. Der*die Fahrer*in versteuert
611 lediglich 1% des Listenpreises als geldwerten Vorteil.“

612 **ÄA11: Juso-HSGN Berlin: Übernommen**

613 Z99: füge ein nach "sollten die": “Länder und”

614 **ÄA12: Juso-HSGN Berlin: Übernommen**

615 Z120: ersetze “zwei” durch “zahlreiche” und füge nach Z. 123 ein als neue Bullet-Points: „>
616 Investitionsstau der Schieneninfrastruktur, > Überlange Planungs- und Ausführungsdauer, > Geringe
617 Internationale Kooperation, insbesondere durch Deutschland.“

618 **ÄA13: Juso-HSGN Berlin: Übernommen**

619 Z176-177: ersetze “wird gerade der private PKW zum zunehmenden Problem” durch “ist der private PKW
620 das größte Hindernis effektiver und umwelterhaltender Mobilität”

621 **ÄA14: Juso-HSGN Hessen: Übernommen**

622 „Streiche Z. 195 „oder Leihroller““

623 **ÄA15: Juso-HSGN Berlin: Übernommen**

624 Z 207: ersetze "Große Straßen für den Durchgangsverkehr müssen konsequent um die Stadt
625 herumgeführt werden" durch "Durchgangsverkehr darf nicht mehr durch Innenstädte führen"

626 **ÄA16: Juso-HSGN Hessen: Übernommen**

627 In Z. 222 einfügen Zwischen „geschaffen werden. Eine“: „In der Übergangszeit – bis zur vollständigen
628 Abkehr vom personengesteuerten motorisierten Individualverkehr – sind vom ÖPNV gut erschlossene
629 Park-&-Ride-Parkplätze zu erhalten bzw. zu schaffen. Dies führt dazu, dass wir auch denjenigen, die
630 weiterhin auf das Auto angewiesen sind, bspw. Menschen aus dem ländlichen Raum, weiterhin Mobilität
631 garantieren.“

632 **ÄA17: Juso-HSG Greifswald: Nicht übernommen**

633 „Streiche Z. 235-236“

634 Abstimmung: Abgelehnt

635 **ÄA18: Juso-HSGN Berlin: Übernommen**

636 Füge nach Z.239 als neue Punkte:

- 637 • kostenloser Nah- und Regionalverkehr, inkl. Abschaffung der 1. Klasse im Regionalverkehr
- 638 • Förderung von Fahrgemeinschaften
- 639 • Schaffung dezentraler Versorgungsstruktur, bspw. mobile Bürger*innenämter
- 640 • Glasfaserausbau in allen Regionen ohne Bürger*innebefragung & ohne finanzielle Beteiligung
- 641 der Anwohner*innen, um moderne Arbeitskonzepte wie Home-Office überhaupt zu ermöglichen

642 **ÄA19: Juso-HSGN Berlin: Übernommen**

643 Z260: füge ein nach "reduziert werden" ". Zudem können Kosten so solidarisch verteilt werden."

644 **ÄA20: Juso-HSGN Berlin: Übernommen**

645 Z269-270: ersetze "Davon unbeschadet bleibt die Lenkung von Fahrgastströmen durch steigende Preise
646 bei steigender Auslastung." durch "Auch Fahrgastströme müssen bedarfsgerecht gesteuert werden.
647 Steigende Preise dürfen nicht zum Ausschluss von Geringverdienenden führen."

648 **ÄA21: Juso-HSGN Hessen: Übernommen**

649 Z. 270: Ergänze hinter „steigender Auslastung“ folgendes: „Mittelfristig müssen überausgelastete
650 Verbindungen durch weitere Züge bzw. Streckenaus- & -neubau kompensiert werden.“

651 **ÄA22: Juso-HSGN Hessen: Nicht übernommen**

652 Z. 271: Streiche "gerade im Regionalverkehr"

653 Abstimmung: Angenommen

654 **ÄA23: Juso-HSGN Berlin: Übernommen**

655 Streiche Z. 273-276 „Alleine [...] absolviert“

656 **ÄA24: Juso-HSG Kassel und Witzenhausen, Juso-Hochschulgruppen Niedersachsen: Übernommen**

657 Füge ab Z. 277 ein:

658 **„Und die Semestertickets?**

659 Die Semesterbeiträge steigen Jahr für Jahr: Hauptkostentreiber sind die Semestertickets. Die
660 Verhandlungsposition vieler Studierendenschaften vor Ort ist schwierig. Bus- und Bahnunternehmen
661 haben meist Monopolstellungen in ihrem Zuständigkeitsbereich und sind sich dieser Lage sehr
662 bewusst. Viele Verhandlungen sind daher ihre Bezeichnung nicht wert: Angebote werden vorgelegt und
663 können angenommen oder abgelehnt werden.

664 Um unsere Position zu verstärken, sind Vernetzungen mit anderen Hochschulen eine gute Möglichkeit.
665 Am Beispiel Niedersachsen zeigt sich diese Zusammenarbeit deutlich: Die landesweiten Verhandlungen
666 haben die Positionen verändert und die studentische Rolle verstärkt. Transparente Preiskalkulationen,
667 ein einheitlich gültiges Streckennetz und landesweite Solidarpreise sind das Ergebnis langwieriger
668 Verhandlungen zwischen allen Beteiligten. Solche landesweiten Gespräche sind ein erster, kurzfristiger
669 und wirkmächtiger Weg hin zu einer stärkeren studentischen Position. Wir fordern die
670 Landtagsfraktionen der SPD dazu auf, Impulse zur Einsetzung von Verhandlungskreisen für landesweite
671 Semestertickets zu setzen und damit alle Beteiligten und Verantwortlichen in die Pflicht zu nehmen.

672 Wir wollen jedoch weitergehen: Im Sinne der „Mobilität als Grundrecht“ wollen wir studentische Mobilität
673 bundes- und europaweit – gestützt durch ein entsprechendes bezahlbares Semesterticket! Dieses
674 beinhaltet selbstverständlich auch die Nutzung des Nahverkehrs in anderen Städten. Das Ziel ist ein
675 bundes- oder gar europaweit gültiges und zentral ausgehandeltes Semesterticket, bei dem politische,
676 gesellschaftliche und wirtschaftliche Akteur*innen zusammenarbeiten.

677 Langfristig fordern wir nicht nur ein Mobilitätsticket für alle Studierenden, sondern ganz klar auch für
678 Auszubildende, Freiwilligendienstleistende und Schüler*innen finanziert aus Steuermitteln. Der
679 Hintergrund ist klar: Einerseits werden die Hürden für die Aufnahme eines Studiums durch
680 Gebührenreduktion abgebaut und andererseits eine Gewöhnung an die ÖPNV-Nutzung ermöglicht.
681 Abgesehen von den positiven ökologischen Aspekten, bringt das bundesweite Semesterticket somit
682 weitere Vorteile mit sich. Besonders der Aspekt der sozialen Gerechtigkeit spielt dabei eine große Rolle.
683 Unter den immer teurer werdenden Semestertickets leiden vor allem Studierende, die wenig Geld zur
684 Verfügung haben und dadurch auch ohne die zusätzlichen Kosten jedes Semester unter prekären
685 Bedingungen leben. Ziel muss es sein, ein sozialverträgliches Semesterticket zu erkämpfen, das sich
686 jede*r leisten kann.

687 Aber auch der dem wissenschaftlichen Betrieb an Hochschulen kann durch ein bundes- und
688 europaweites Ticket profitieren. Durch die Möglichkeit kostengünstig zu anderen Hochschulstandorten
689 zu fahren bekommen Studierende die Möglichkeit sich an anderen Hochschulen zu vernetzen und
690 gemeinsam mit Studierenden anderer Hochschulen an Projekten zu arbeiten. Dadurch wird auch der
691 interdisziplinäre Diskurs gestärkt und der Wettbewerbsgedanke zwischen den Hochschulen abgebaut.

692 Dies bedeutet nicht das Ende der Mobilitätsreferate in den studentischen Strukturen vor Ort. Im
693 Gegenteil: Sie sind weiterhin innovationsgebend, indem sie neue Verkehrsanbieter wie
694 Leihfahrradsystem oder ähnliches mit in die Mobilitätstickets einbinden. Im Besonderen sind sie aber
695 das Sprachrohr der Studierenden, die Probleme vor Ort auffangen und in die großen Verhandlungen
696 miteinfließen lassen.

697 **ÄA25: Juso-HSG Münster: Zurückgezogen:**

698 Z.278-297: streichen, Anpassung des Absatzes über E-Scooter

699 **ÄA26: Juso-HSGN Thüringen: Nicht übernommen**

700 Ersetze Z. 278 bis Z. 297

701 **Innovatives Verkehrsmittel oder doch nur Spielzeug?**

702 Seit dem diesjährigen Juni tauchen in deutschen Großstädten immer mehr E-Scooter großer Sharing-
703 Unternehmen auf, die sich nun die Straßen und Radwege mit Radfahrer*innen teilen.

704 Anfangs wurden sie als Chance gesehen, die „letzte Meile“ zu überwinden und Autoverkehr zu
705 reduzieren und somit ökologische Vorteile zu bieten. Die Zeit hat allerdings gezeigt, wie auch vom
706 Umweltbundesamt bestätigt, dass die Elektroroller tatsächlich eine negative Umweltbilanz haben.
707 Grund ist, dass sie nur dann umweltfreundlich sind, wenn sie Autoverkehr ersetzen, doch die meisten
708 Nutzer*innen der E-Roller würden normalerweise zu Fuß gehen, den ÖPNV oder das Rad nutzen, alles
709 Verkehrsmittel, die umweltfreundlicher sind als E-Scooter (Stellungnahme des Umweltbundesamts).
710 Somit hat die Einführung dieser Fahrzeuge der Umwelt bis heute lediglich geschadet.

711 An Orten, an denen die E-Scooter wirklich das Auto ersetzen könnten, wie in Klein- und Mittelstädten, in
712 denen der ÖPNV nicht ausreichend ausgebaut ist, gibt es keine, da die Anbieter*innen dort weniger Profit
713 machen. Angebote gibt es lediglich in großen Städten, in denen allerdings hinreichend andere,
714 umweltfreundlichere Fortbewegungsmöglichkeiten vorhanden sind.

715 Kritisch zu betrachten sind auch die Umweltbelastungen durch die Herstellung der Roller (insbesondere
716 der Akkus), durch die Art und Weise des nächtlichen Ladens der Geräte (Einsammeln mit PKW) und die
717 kurze Lebensdauer, ebenso wie die Gefährdung der Verkehrssicherheit und der Platzbedarf (auch durch
718 unsachgemäßes Abstellen der E-Roller) in den Städten. Auch die Arbeitsbedingungen und Bezahlung
719 der Personen, die sie zum Laden einsammeln, sind zu verurteilen.

720 Es ist ein richtiger Ansatz, neue Verkehrsmittel und Sharing-Konzepte zu unterstützen, allerdings bedarf
721 es dazu einer eingehenden und kritischen Beurteilung des ökologischen und verkehrstechnischen
722 Nutzens. Da sich dieser bei E-Scootern nicht gezeigt hat, lehnen wir diese in ihrer jetzigen Form als
723 Verkehrsmittel ab. Andere innovative Ideen, die das Potential haben, Umweltbelastungen durch den
724 Verkehr zu reduzieren, sollen hingegen gefördert werden.

725 Abstimmung: Angenommen

726

727 GO-Antrag auf Redezeitbegrenzung auf 2 Minuten: Angenommen

728

729 **ÄA27: Juso-HSGN NRW: Hat sich erledigt**

730 **ÄA28: Juso-HSGN Niedersachsen: Hat sich erledigt**

731 Ergänze nach Zeile 291: „Stattdessen sollten Sicherheitsrelevante Aspekte wie ein
732 Mindestraddurchmesser und eine Helmpflicht überdacht werden.““

733 **ÄA29: Juso-HSGN Niedersachsen: Hat sich erledigt**

734 „Ersetze in Zeile 292 „besser“ durch „denkbar““

735 **ÄA30: Juso-HSGN Hessen: Hat sich erledigt**

736 Füge nach Z. 293 ein: „Es ist dabei zu evaluieren bis zu welcher Geschwindigkeit Elektrokleinstfahrzeuge
737 auf Radwegen fahren dürfen.“

738 **ÄA31: Juso-HSGN Berlin: Übernommen**

739 Ersetze Z.307-315 mit: "Viele Strecken, die bisher mit Autos oder Motorrädern gefahren werden, können
740 sogar schneller mit dem Rad hinter sich gebracht werden. Unter zehn Kilometern ist man bei gut
741 ausgebauten Radwegen schneller am Ziel. Zudem können längere Strecken durch Pedelecs und E-Bikes
742 zurückgelegt werden. Deshalb fordern wir den Ausbau sicherer und komfortabler Radwege.
743 Radfernwege und Radschnellwege, wie der RS1 Ruhr in NRW, müssen in den Bundesverkehrswegeplan
744 mit aufgenommen werden. Sie bieten nicht nur Sicherheit und Komfort, sondern erlauben auch zügige
745 Geschwindigkeiten. In anderen Ländern, wie Dänemark und den Niederlanden sind sie bereits die Regel.

746 Die Verkehrsplanung in Deutschland hat dagegen vollständig versagt. Es braucht Erneuerungen und
747 Umstrukturierungen. Planfeststellungsverfahren für Radwege müssen vereinfacht und bevorzugt
748 behandelt werden. Radwege müssen zu Erhöhung der Sicherheit, wenn möglich baulich getrennt von
749 der Straße für den Kfz-Verkehr geplant und gebaut werden. Die Stadt und ihre Straßen müssen an das
750 Rad angepasst werden. Fahrradstraßen oder in die andere Richtung freigegebene Einbahnstraßen sind
751 dabei ein erster, aber viel zu kleiner, Schritt. Die Kommunen sollten sich hier an neuen Konzepten
752 orientieren, denn auch kleine Maßnahmen, wie die Anpassung von Ampelschaltungen (Grüne-Welle für
753 Radfahrende) und der grüne Pfeil für Radfahrende, können eine große Wirkung entfalten. Kommunen
754 sind in der Pflicht einen zusammenhängenden und engmaschigen Radverkehrsplan zu erstellen, in den
755 auch Hochschulen miteingebunden werden. Nicht nur neue Radwege schaffen mehr Sicherheit, auch an
756 Fahrzeugen kann etwas gemacht werden. Denn obwohl die Zahl der Verkehrstoten sinkt, bleibt die
757 Unfallquote extrem hoch. Abbiegeassistenten für LKWs müssen verpflichtend sein, außerdem muss die
758 Verkehrsführung so gestaltet werden, dass geöffnete Türen kein Risiko für Radfahrer*innen mehr
759 darstellen.

760 Autos und Lieferverkehr, „der nur mal kurz“ auf dem Radweg parkt, sind Unfallschwerpunkte im
761 Radverkehr, da Radfahrende dazu genötigt werden, in den fließenden Autoverkehr zu wechseln. Um
762 das Risiko von Unfällen zu verringern, muss Stadt- und Verkehrsplanung Rad- und Lieferverkehr
763 miteinbeziehen. Diese Forderung könnte zum Beispiel durch kostenlose Reparaturwerkstätten, die von
764 angemessen bezahlten (studentischen)Expert*innen betreut werden, erfolgen. Hier sollten Studierende
765 nicht bloß Reifen flicken, sondern auch große Reparaturen erledigen können. Zusätzlich müssen
766 genügend diebstahlsichere Stellplätze bereitgestellt werden. Die Lösung könnte in Fahrradgaragen
767 liegen. Studierende können hier ihre Räder ruhigen Gewissens parken und vielleicht könnten diese auch
768 Fahrradselbsthilfewerkstätten integriert. Zuletzt ist es hier auch sehr wichtig, die Hochschulen
769 Fahrradtechnisch an das Verkehrsnetz anzubinden. Gerade in Metropolen oder Metropolregionen, wo
770 Studierende weite Wege zurücklegen müssen sind Hochschulen in die Planung von Radschnellwege
771 einzubeziehen.

772 Es ist unglaublich ärgerlich, wenn Fahrräder gestohlen werden. Es ist nicht nur eine finanzielle
773 Belastung, sondern das Anzeigen erstellen und den Schaden bei der Versicherung zu melden ist sehr
774 zeitaufwändig. Die Aufklärungsquote sinkt jährlich und ist in einem einstelligen Bereich angekommen.
775 Es braucht sichere, überdachte und überwachte Fahrradstellplätze oder Fahrradparkhäuser.

776 Zudem muss Forschung zum Thema Radverkehr konsequent gefördert werden. Das Bundesministerium
777 für Verkehr und digitale Infrastruktur (BmVI) soll eine gesonderten Forschungsbereich in der
778 Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) einrichten, der sich mit dem Thema Radverkehr in der Zukunft
779 beschäftigt. Dies umschließt die Forschung und Entwicklung von Richtlinien zu den Schwerpunkten:
780 Planung und Bau von (Fern-)Radwegen im ländlichen und städtischen Raum, Weiterentwicklung des
781 Fahrrads an sich als technisches System, Sicherung des Fahrrads am Abstellort und die Chancen der
782 Digitalisierung für einen moderne Radverkehr. Da der Radverkehr ein Teil des Straßenverkehrs ist, sollte
783 die BASt dafür zuständig werden. Die BASt kann ihren großen Erfahrungsschatz im Bereich des
784 Straßenverkehrs mit in die Forschung einbringen.“

785 **ÄA32: Juso-HSGN Berlin: Übernommen**

786 Z323-324: ersetze „Einen weiteren großartigen Aspekt der digitalen Mobilität bildet das autonome
787 Fahren – vorrangig für öffentlichen Verkehrsmitteln – sei es beim geteilte Auto, beim Bus oder beim
788 Fernzug. Arbeitskräfte in dadurch obsolet werdende Arbeitsverhältnisse müssen angemessene
789 Folgebeschäftigungen erhalten.“

790 **ÄA33: Juso-HSG Kassel und Witzenhausen, Juso-HSGN Niedersachsen: Übernommen**

791 Füge nach Z. 364 folgendes ein: „Wir setzen uns für ein kostenloses bundesweites, langfristig
792 europaweites Semesterticket ein.“

793 **ÄA34: Juso-HSG Ilmenau: Übernommen**

794 Ersetze Z.373f durch: „Förderung und Zulassung von innovativen Verkehrsträgern mit dem Potential,
795 Umweltbelastungen zu verringern, unter Beachtung der Verkehrssicherheit“

796 **ÄA35: Juso-HSGN Berlin: Hat sich erledigt**

797 Z373: streiche „Liberale“

798

799 Der Antrag wird angenommen.

800 **VERABSCHIEDUNG DER AUSSCHIEDENDEN MITGLIEDER AUS DEM BUNDESVORSTAND**

801 Armin, Julian, Julie, Tabea, Philipp, Gabriele und Ann-Kathrin werden verabschiedet.

802 **Der Sitzungstag endet um 22:00 Uhr.**

803 **SONNTAG, 17.11.2019**

804 Beginn: 9:15 Uhr

805 **TOP 4 | ANTRAGSBERATUNG**

806 **JUSO-HSG BOCHUM BRINGT DEN ANTRAG P2 EIN.**

807 Der Antrag wird vorgestellt.

808 Es findet anschließend eine Generaldebatte statt, an die sich die Änderungsantragsdebatte anschließt.

809 **ÄA1: Juso-HSG Niedersachsen: Übernommen**

810 Ergänze in Z. 57 nach „Studiums.“ Folgendes: „Davon unangetastet bleibt unsere Forderung nach einer
811 Bürger*innenversicherung für alle.“

812 **ÄA2: Juso-HSG Sachsen: Übernommen**

813 Ersetze Z.60 „Für die Berechnung des Beitragssatzes zur Krankenversicherung werden alle realen
814 Einkommen berücksichtigt, insb. Auch die Kapitalerträge und Einkünfte aus nebenberufliche
815 Beschäftigung. So können selbstverständlich auch Beitragssätze unterhalb des aktuellen Beitrages zur
816 studentischen Krankenversicherung berechnet werden.“

817

818 Der Antrag wird einstimmig angenommen.

819 **TOP 8 | NACHWAHL ZUR ASK**

820 Zur ASK liegt eine Kandidatur vor. Hauke Bruns stellt sich vor.

821 Das Präsidium erklärt das Verfahren zur Wahl.

822 Es folgt der Wahlgang.

823 Wahlergebnis: abgegebene Stimmen: 43, 43 gültig, 0 ungültig.

824 Hauke Bruns ist mit 43 Stimmen gewählt und nimmt die Wahl an.

825 **TOP 9 | BESTÄTIGUNG DES BEIRATES**

826 Der Vorschlag des Beirates wird bestätigt.

827 **GENDERPLENA**

828 Die Juso-HSG Berlin stellt einen GO-Antrag, Genderplena abzuhalten.

829 Das BKT wird für die Dauer der Plena unterbrochen.

830 **TOP 4 | ANTRAGSBERATUNG**

831 **JUSO-HSG NIEDERSACHSEN BRINGT DEN ANTRAG D1 EIN.**

832 Der Antrag wird vorgestellt.

833 Es findet anschließend eine Generaldebatte statt, an die sich die Änderungsantragsdebatte anschließt.

834 **ÄA1: Juso-HSG Sachsen: Übernommen**

835 Ergänze in Z. 5 nach „Mund“: „zumindest in manchen Teilen der öffentlichen Debatte. Die CDU, deren
836 eigener Amtsträger schließlich Opfer dieser Tat geworden ist, äußerte sich entsetzend wenig zu dem
837 Fall.“.

838 **ÄA2: Juso-HSG Hessen: Übernommen**

839 Z.6 füge zwischen “nicht” und “auf dem Schirm” das Wort “mehr” ein

840 **ÄA3: Juso-HSG Berlin: Übernommen**

841 Z.8 ergänze nach „Behörden“ „und Medien“

842 **ÄA4: Juso-HSG Sachsen: Übernommen**

843 Ersetze in Z. 10 „löste“ bis „aus“ durch: „lösten zwar in einschlägigen linken Milieus Betroffenheit aus,
844 wurden von der breiten Öffentlichkeit und den Behörden lange als Bandenkriminalität unter Ausländern
845 oder Familienstreitigkeiten abgetan. Das Muster hinter den Abschlügen wurde ignoriert, Hinweise auf
846 eine gezielt agierende rechte Terrorzelle wurden unterschätzt oder schlimmer – unterschlagen.“.

847 **ÄA5: Juso-HSG Sachsen: Übernommen**

848 Füge ein nach Z. 12 nach „Dunkeln“: „oder ließen Beweise und Ermittlungsspuren gezielt unter den Tisch
849 fallen.“

850 **ÄA6: Juso-HSG Hessen: Übernommen (wird an den vorgehen ÄA angefügt)**

851 Z.12 füge nach "im Dunkeln" folgendes ein: "Und das obwohl beispielsweise der Mörder Walter Lübckes,
852 2006 zum Zeitpunkt des Mordes an Halit Yozgat (NSU Opfer), in derselben militanten Neonazi-Szene
853 aktiv war, die den NSU unterstützte und bis 2014 selbst immer wieder in Berichten des
854 Verfassungsschutzes auftaucht."

855 **ÄA7: Juso-HSG Sachsen: Übernommen**

856 Füge ein in Z.21 nach „wurde“: „Worden sein!“

857 **ÄA8: Juso-HSG Sachsen: Übernommen**

858 Streiche in Z. 23 „willkürlich und“.

859 **ÄA9: Juso-HSG Hessen: Übernommen**

860 Z. 30 füge nach „fort“ folgendes ein: „Erst jetzt, nach dem Mord an Walter Lübcke, wird die Gefahr durch
861 den rechten Terror innerhalb der Politik und der Gesamtgesellschaft ernsthaft wahrgenommen .Denn
862 dieser Mordanschlag richtete sich nun doch explizit gegen einen politisch hohen Repräsentanten und
863 somit liegen ihm eben nicht "nur" willkürliche, rassistische Kriterien des Erscheinungsbildes zugrunde.
864 Erst dieser Anschlag wird von vielen als ein Anschlag gegen unsere Demokratie und eine freiheitliche,
865 weltoffene Gesellschaft gewertet.Vorangegangene Anschläge hingegen waren geprägt von der
866 kontinuierlich fehlende Aufarbeitung des Rechtsterrorismus und dessen Ursachen, sowie der
867 gesamtgesellschaftliche Verharmlosung rechter Gewalt, als Anschläge mit "schlicht rassistischen
868 Hintergründen"

869 **ÄA10: Juso-HSG Sachsen: Übernommen**

870 Füge ein in Z. 37 „Dass dieses Netzwerk auch durch Personen getragen wurden, die den
871 Verfassungsschutzämter Informationen über verfassungsfeindliche Aktivität als sogenannte V-Leute
872 mitteilen sollte, wird weitgehend von Entscheidungsträger*innen ignoriert, wodurch Konsequenzen für
873 verantwortliche Beamt*innen und die Aufgaben und Strukturen der Verfassungsschutzämter
874 ausgeblieben sind.“

875 **ÄA11: Juso-HSG Sachsen: Übernommen**

876 Füge ein in Z. 43 nach „Terrorist*innen.“: „Vielmehr entstehen über gemeinsame Kontakte informelle
877 Netzwerke, welche einen Austausch von Informationen über Strukturen, Fähigkeiten, Personen und
878 Waffen möglich machen.“

879 **ÄA12: Juso-HSG Sachsen: Übernommen**

880 Füge ein in Z. 46 nach „zusammenläuft.“: „Sicherheitsbehörden haben weder die Fähigkeiten noch
881 großes Interesse die wenigen Hinweise auf netzwerkartige Strukturen von Rechtsterrorist*innen zu
882 verfolgen, da dies nur mit einem hohem personellen, finanziellen Aufwand zu bewerkstelligen ist, der
883 auch unterstützende Fehlentwicklungen in den Sicherheitsbehörden nicht ignorieren darf. Wir fordern
884 deshalb maximale Transparenz von Sicherheitsbehörden, welche angestellten und angeworbene
885 Personen sich in rechtsradikalen und rechtsterroristischen Kreisen aufgehalten haben.“

886 **ÄA13: Juso-HSG Sachsen: Übernommen**

887 Ersetze in Z. 58 „Scene“ durch. „Szene“.

888 **ÄA14: Juso-HSG Hessen: Übernommen**

889 Z.46 füge nach "zusammenläuft" folgendes ein: "Dabei müssen auch unsere „Sicherheitsbehörden“ ins
890 Visier genommen werden. Spätestens seit dem Bekanntwerden der engen Verknüpfung zur rechten
891 Szene und der sich gebildeten Parallelstrukturen ist der Verfassungsschutz in seiner jetzigen Form
892 absolut nicht mehr tragbar ist. Die Reaktion der "Verfassungsschützer*innen" 2011 zu Beginn des
893 Bekanntwerdens der Skandale rund um den NSU kann nur exemplarisch für das Gesamte Versagen der
894 Behörde gesehen werden."

895 **ÄA15: Juso-HSG Hessen: Übernommen**

896 Z.69 füge zwischen "Diskurs" und "nach rechts" folgendes ein "immer weiter"

897 **ÄA16: Juso-HSG Sachsen: Übernommen**

898 Füge ein in Z. 70 nach „Die“ : „offene“.

899 **ÄA17: Juso-HSG Berlin: Übernommen**

900 Ersetze den Satz in Z. 72 "Durch" bis Z. Z. 73 "bietet" durch: Die AfD versucht mit ihrer Politik -
901 beispielsweise durch Narrative wie das der "Umvolkung" - eine Notwehrlage zu suggerieren, die als
902 Rechtfertigung für rechtsradikale Exzesse dient.

903 **ÄA18: Juso-HSG Berlin: Übernommen**

904 Z76-77: ersetze von "Die Gefahr" bis "dargestellt" durch "Geflüchtete werden als IS-Terrorist*innen
905 diffamiert."

906 **ÄA19: Juso-HSG Hessen: Übernommen**

907 Z.81 füge nach "erkennen" folgendes ein: "Ein besonderes Augenmerk ist hierbei, auch auf die Junge
908 Alternative für Deutschland, kurz JA, zu legen. Die Jugendorganisation wird seit dem 15. Januar 2019
909 offiziell, vom Verfassungsschutz, aufgrund ihrer "migrations- und insbesondere islamfeindlichen
910 Haltung", als "Verdachtsfall" eingestuft. Für die Rechtsradikalismusforschung stellt die JA den
911 "Brückenkopf" zwischen der Partei und der Neuen Rechten dar."

912 **ÄA20: Juso-HSG Sachsen: Übernommen**

913 Streiche in Z. 82 und 83 „Damit einher geht auch die Radikalisierung in den militant-rechten Kreisen.“

914 **ÄA21: Juso-HSG Hessen: Übernommen**

915 Z.82 ersetze "driftet die AfD" durch "driften die AfD und ihre Jugendorganisation"

916 **ÄA22: Juso-HSG Hessen: Übernommen**

917 Z.98 füge nach "rechtsradikalen Ideologien." folgendes ein: "Über den Campus an Universitäten und
918 Hochschulen hinweg nehmen Studentenverbindungen Einfluss auf das politische Geschehen, sei es die
919 Durchführung von rechtsradikalen Veranstaltungen in den Verbindungshäusern, Kontakte und
920 Austausch mit durch den Verfassungsschutz beobachteten Organisationen wie bspw. die Identitäten
921 Bewegung etc., sind sie längst zu einer der Nachwuchsschmieden von rechtspopulistischen Parteien
922 wie der AfD geworden. So greifen AfD Abgeordnete gerne auf Mitarbeitende aus Verbindungen zurück
923 oder sind sogar selbst Teil von Burschenschaften, Landsmannschaften etc. „

924 **ÄA23: Juso-HSG Hessen: Übernommen**

925 Z.101 füge nach "Zustimmung." folgendes ein "Es lassen sich insbesondere immer wieder enge
926 Verbindungen zwischen Burschenschaften und der Identitären Bewegung beobachten, welche es der IB
927 ermöglichen noch stärker in die Hochschulen bzw. Studierendenschaften vorzudringen."

928 **ÄA24: Juso-HSG Hessen: Übernommen**

929 Z. 109 füge nach "haben" folgendes ein:" Auch in den Hochschulpolitischen Kreisen halten vermehrt
930 Hochschulgruppen mit rechtem Gedankengut Einzug, oftmals ohne von Studierenden direkt als solche
931 erkannt zu werden. Denn die Namensgebung dieser Hochschulgruppen lässt nicht immer Rückschlüsse
932 auf Verbindungen zur Identitären Bewegung, Burschenschaften, AfD, Jungen Alternativen oder anderen
933 rechtsnationalistischen Organisationen/Parteien zu. Ein Blick auf die personellen Aufstellungen dieser
934 Hochschulgruppen zeigt allerdings deutliche Überschneidungen zu politischen Verbänden am rechten
935 Rand. Einmal in die Gremien gewählt, bekommen die Hochschulgruppen Einblicke in die
936 parlamentarische Arbeit und ggf. in die Strukturen der studentischen oder akademischen
937 Selbstverwaltung. Seien es geplante und unterstützte Veranstaltungen im antifaschistischen oder
938 feministischen Bereich oder die Arbeit in den verschiedenen selbstverwalteten Referaten. Insbesondere
939 in akademischen Gremien können rechte und konservative Hochschulgruppen einen massiven Schaden
940 anrichten, da in diesen Gremien i.d.R. nur wenige Studierende sitzen, um die gesamte
941 Studierendenschaft zu vertreten. Aber auch innerhalb der studentischen Selbstverwaltung verstärkt sich
942 vielerorts die Bedrohung, dass gerade durch rechte Hochschulgruppen im demokratischen Tarnmantel,
943 die Mehrheiten sich immer weiter in Richtung rechts-konservative Lager verschieben. Wir als Juso-
944 Hochschulgruppen müssen uns auch weiterhin gegen rechtes Gedankengut innerhalb der Gremien,
945 sowie der gesamten Universität einsetzen. Hierzu gehört es auch, dass wir die Studierendenschaft über
946 die Hintergründe rechter Hochschulgruppen aufklären und immer wieder ihre Verbindungen zu den
947 genannten Gruppierungen aufzeigen."

948 **ÄA25: Juso-HSG Hessen: Übernommen**

949 Ersetze in Z. 110 „Rechtsextremismusforschung“ durch: „Forschung zu menschenverachtenden
950 Ideologien und deren Umsetzung in die Praxis“

951 **ÄA26: Juso-HSG Niedersachsen: Übernommen**

952 Füge neue Bullet Points nach Z. 122 ein:

- 953 • Es muss eine lückenlose Aufklärung der Strukturen und Netzwerke bezüglich der Mord- und
954 Anschlagserie des NSU und des Mordes an Walter Lübke, sowie eine Benennung aller
955 verantwortlichen Personen stattfinden. Antifaschistische Recherche- und Aufklärungsarbeit
956 darf nicht dämonisiert werden, sondern ist essentiell, um die Strukturen Rechten Terrors
957 aufzudecken. Bei der Aufklärung rechten Terrors muss auch die Rolle der Sicherheitsbehörden,
958 insbesondere des Bundesamtes für Verfassungsschutz, kritisch hinterfragt werden. Die Arbeit
959 dieses Bundesamtes in Bezug auf den rechten Terror muss sich von Grund auf ändern.
- 960 • Gerade in den schlagenden Burschenschaften gehören Sexismus, Antisemitismus, Rassismus
961 und Nationalismus fast immer zum gemeinsamen Zusammenleben dazu. Wir machen es uns
962 zur Aufgabe diese Männerbünde aufzubrechen und Studierenden zu zeigen, was sich hinter der
963 Fassade von Studentenverbindungen verbirgt.
- 964 • Weiterhin möchten wir die Universitäten dazu anleiten, Maßnahmenkataloge im Umgang mit
965 rechten Ideologien und Akteur*innen an den Hochschulen zu entwickeln. Auch muss die
966 Sicherheit von Mandatsträger*innen in der akademischen und studentischen Selbstverwaltung
967 sowie Vertreter*innen anderer hochschulpolitischer Gremien, die in der Vergangenheit vermehrt
968 rechtsmotivierter Angriffe ausgesetzt waren, sichergestellt werden.

- 969 **ÄA1 zu ÄA26: Juso-HSG Hessen: Nicht übernommen**
- 970 Ersetze im ÄA die Zeilen 9-10 ab „Die Arbeit...“ durch: „Der Verfassungsschutz muss für seine Rolle
971 zur Verantwortung gezogen werden. Er ist in seiner jetzigen Form nicht mehr tragbar, wir fordern
972 daher seine Auflösung.“
- 973 Abstimmung: Abgelehnt
- 974 **ÄA2 zu ÄA26: Juso-HSG Niedersachsen: Übernommen**
- 975 Ersetze in Z.15 des ÄA „Universitäten“ durch „Hochschulen“.
- 976 **ÄA3 zu ÄA26: Juso-HSG Sachsen-Anhalt: Übernommen**
- 977 Ergänze nach Zeile 20: Außerdem sollen gefährdete Objekte (wie bspw. Gotteshäuser) verstärkt
978 geschützt werden, diese dadurch anfallenden Kosten sollen durch das Land getragen werden.
- 979
- 980 Der Antrag wird einstimmig angenommen.
- 981 **DIE JUSO-HSG HESSEN BRINGEN DEN ANTRAG G2 EIN.**
- 982 Der Antrag wird vorgestellt.
- 983 Es findet keine Generaldebatte statt und es wird direkt in die Änderungsantragsdebatte gegangen.
- 984 **ÄA1: Juso-HSG Berlin: Übernommen**
- 985 Z. 32 Ergänze nach "... an der Promotion": "Besonders krass ist das Missverhältnis von Arbeitszeit und
986 Bezahlung auch bei (externen) Lehraufträgen. Eigentlich sind diese dazu gedacht, externes Wissen an
987 die Hochschule zu holen, in der Realität machen sie aber einen stetig wachsenden Anteil der
988 Lehrveranstaltungen aus, da so Geld gespart werden kann. Üblicherweise werden solche Lehraufträge
989 mit 35-40€ pro unterrichteter Stunde vergütet. Wenn jedoch der Arbeitsaufwand für die Vor- und
990 Nachbereitung und nicht selten auch der lange Arbeitsweg in die Arbeitszeit miteinberechnet werden,
991 kommt man nicht selten auf einen Stundenlohn weit unter dem Mindestlohn"
- 992 **ÄA1: Juso-HSG Saar: Nicht übernommen**
- 993 Streiche 69 ab „statt“ bis einschließlich 71
- 994 Abstimmung: abgelehnt
- 995
- 996 Der Antrag wird mit wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen angenommen.
- 997 **DIE JUSO-HSG TU DARMSTADT BRINGEN DEN ANTRAG Q1 EIN.**
- 998 Der Antrag wird vorgestellt.
- 999 Es findet anschließend eine Generaldebatte statt, an die sich die Änderungsantragsdebatte anschließt.
- 1000 **ÄA1: Juso-HSG TU Darmstadt: Übernommen**
- 1001 Ersetzte im Titel „Sprachnachweisen“ durch „Sprachniveaus“
- 1002 **ÄA2: Juso-HSG Dresden: Übernommen**

- 1003 Füge ein nach Z. 48:
- 1004 **Sinn und Zweck von Sprachvoraussetzungen für ein Studium?**
- 1005 Das private Anbieter für Sprachnachweise überhaupt ein Geschäftsmodell haben, ist maßgeblich darauf
1006 zurückzuführen, dass diese Voraussetzung sind, um ein bestimmtes Studium aufzunehmen. Wenn
1007 Hochschulen fremdsprachige Inhalte in ihren Studiengänge anzubieten, sehen sie sich in der Regel dazu
1008 gezwungen, entsprechende Sprachnachweise für die jeweilige Fremdsprache beim Studienbeginn
1009 vorzusetzen. Teilweise tun sie dies aus gesetzlichem Zwang, teilweise aus einem falschen
1010 Verständnis von Hilfe zur Selbsthilfe heraus.
- 1011 Wir fordern, dass fremdsprachige Inhalte im Studium nicht zu Zugangsvoraussetzungen für die
1012 Aufnahme des Studiums führen dürfen. Stattdessen sollten unverbindliche Empfehlungen für ein
1013 Sprachniveau zur Orientierung der Studienanfänger*innen ausgesprochen werden.
- 1014 **ÄA3: Juso-HSG Berlin: Übernommen**
- 1015 ergänze hinter Z. 54 "Dieser Test sollte zudem kostenlos sein."
- 1016 **ÄA4: Juso-HSG Sachsen: Übernommen**
- 1017 Füge ein nach Zeile 54: „Bis zur Einführung eines solchen Zertifikates fordern wir die Anerkennung aller
1018 anderen Sprachnachweise.“
- 1019 **ÄA5: Juso-HSG Berlin: Nicht Übernommen**
- 1020 Z. 55-56 streichen
- 1021 Abstimmung: abgelehnt
- 1022 **ÄA6: Juso-HSG Berlin: Nicht Übernommen**
- 1023 Z. 57-58 streiche
- 1024 Abstimmung: Abgelehnt
- 1025 **ÄA7: Juso-HSG Dresden: Übernommen**
- 1026 Füge ein nach Z. 60
- 1027 • die Abschaffung von Sprachnachweisen als Zugangsvoraussetzung für die Aufnahme eines
1028 bestimmten Studiums.
- 1029 **ÄA8: Juso-HSG Sachsen: Übernommen**
- 1030 Ergänze als Z. 61 die Forderungen um: „
- 1031 • die Abschaffung der begrenzten Geltungsdauer von Sprachnachweisen.
- 1032
- 1033 Der Antrag wird mit wenigen Gegenstimmen angenommen.
- 1034 **DER BUNDESVORSTAND BRINGT DEN ANTRAG W1 EIN.**
- 1035 Der Antrag wird vorgestellt.

- 1036 Es findet anschließend eine Generaldebatte statt, an die sich die Änderungsantragsdebatte anschließt.
- 1037 **ÄA1: Juso-HSG Hessen: Übernommen**
- 1038 Z.20 ersetze „Unabhängigkeit“ durch „Abhängigkeit“
- 1039 **ÄA2: Juso-HSG Sachsen: Übernommen**
- 1040 Füge in Z.30 ein nach „wird“: „Gleichzeitig begründet sie auch eine Leistungspflicht des Staates. Nur
1041 durch eine gut ausgebaute und ausfinanzierte Hochschullandschaft kann wissenschaftliche Arbeit und
1042 Forschung gelingen.“
- 1043 **ÄA3: Juso- HSG Hessen: Übernommen**
- 1044 Z. 77 füge nach „Neuen Rechten“ folgendes ein: „Insbesondere die Infragestellung von
1045 wissenschaftlichen Erkenntnissen, durch pseudowissenschaftliche Theorien bedroht die Freiheit der
1046 Wissenschaft und ihre Glaubwürdigkeit massiv.“
- 1047 **ÄA4: Juso-HSG Sachen: Übernommen**
- 1048 Füge in Z. 123 neu ein: „Hochschulen müssen durch die öffentliche Hand ausfinanziert werden, in einem
1049 Niveau , dass wahrhaft frei und unabhängige Forschung erlaubt.“
- 1050
- 1051 Der Antrag wird einstimmig angenommen.
- 1052 **ABSCHLUSSBERICHT DES AWARENESS TEAMS.**
- 1053 Das Awareness-Team hält seinen Abschlussbericht.
- 1054 **TOP 10 | SCHLUSSWORT & SINGEN DER INTERNATIONALEN**
- 1055 Der Bundesvorstand hält das Schlusswort und schließt das BKT.
- 1056 **Das BKT endet um 12:45 Uhr.**

